

# BILDUNGS- FINANZBERICHT 2025

Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland



Gefördert vom:



# **BILDUNGS- FINANZBERICHT 2025**

Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung,  
Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der  
Ständigen Konferenz der Kultusminister der  
Länder in der Bundesrepublik Deutschland



**KULTUSMINISTER  
KONFERENZ**

Gefördert vom:



Bundesministerium  
für Bildung, Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend

---

**Herausgeber:** Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

**Gestaltung:** Statistisches Bundesamt

**[www.destatis.de](http://www.destatis.de)**

Ihr Kontakt zu uns: **[www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)**

Zentraler Auskunftsdienst:

Telefon: +49 (0) 611 / 75 24 05

Erscheinungsfolge: zweijährlich

Erschienen im Dezember 2025

**Download**

Artikelnummer: 1023206-25700-4

Fotorechte: © Hans-Joachim Bechheim / panthermedia.net / 469239 / eigene Bearbeitung

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2025

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

---

Der Bericht wurde von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gruppe „Bildung, Forschung, Kultur, Rechtspflege“ des Statistischen Bundesamtes erstellt.

#### **Autorinnen und Autoren**

Pia Brugger  
Saskia Sandforth  
Ulrike Gerber  
Martina Fußmann  
Marie Leiste

#### **Unter Mitarbeit von**

Harald Eichstädt  
Anna Grzesista  
Marco Threin

#### **Mitglieder der Arbeitsgruppe Bildungsfinanzbericht**

Das Statistische Bundesamt wurde bei der Erstellung des Bildungsfinanzberichts von einer Arbeitsgruppe beraten. Dieser Arbeitsgruppe gehörten an:

Dr. Saskia Baderschneider	Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland – Sekretariat
Dr. Heike Behle	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg
Dr. Alexandra Blanke	Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Pia Brugger	Statistisches Bundesamt (Vorsitzende)
Dr. Frieder Dittmar	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg
Prof. Dr. Gisela Färber	Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer
Christian Herbst	Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt
Markus Kelcec	Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst
Jördis Klügel	Bundesministerium der Finanzen
Dr. Markus Labasch	Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst
Andrea Malecki	Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Mirja Menke	Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Dr. Anja Mayer	Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg
Prof. Dr. Kerstin Schneider	Bergische Universität Wuppertal
Martin Schulze	Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland – Sekretariat
Gitte Warnick	Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Dr. Felix Wenzelmann	Bundesinstitut für Berufsbildung
Rainer Wilhelm	Ministerium für Bildung Rheinland-Pfalz
Dr. Jürgen Wixforth	Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister

# Inhalt

Abbildungsverzeichnis.....	6
Tabellenverzeichnis.....	8
Vorbemerkung.....	10
Hinweise für die Leserinnen und Leser.....	11
Glossar.....	12
Abkürzungsverzeichnis .....	14
<b>Einleitung.....</b>	<b>15</b>
<b>1 Zusammenfassung der Hauptergebnisse .....</b>	<b>18</b>
<b>2 Bildungsbudget im Überblick.....</b>	<b>20</b>
2.1 Entwicklung des Bildungsbudgets .....	20
2.2 Bildungsbudget nach Bildungsbereichen .....	22
2.3 Bildungsbudget in Relation zum Bruttoinlandsprodukt .....	22
2.4 Finanzierungsstruktur des Bildungsbudgets nach Bildungsbereichen .....	24
2.5 Bildungsbudget nach durchführenden Sektoren .....	26
2.6 Methodische Fragen.....	26
<b>3 Entwicklung und Struktur der öffentlichen Bildungsausgaben.....</b>	<b>30</b>
3.1 Öffentliche Bildungsausgaben im Überblick .....	32
3.1.1 Sondervermögen .....	35
3.1.2 Gehälter im Bildungsbereich .....	39
3.2 Inflationsbereinigte Bildungsausgaben .....	41
3.3 Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zur Bevölkerung.....	42
3.4 Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden .....	45
3.5 Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt .....	46
<b>4 Öffentliche Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen und Ländern .....</b>	<b>50</b>
4.1 Öffentliche Ausgaben für Kindertagesbetreuung.....	52
4.1.1 Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Kindertagesbetreuung im Überblick.....	52
4.1.2 Öffentliche Ausgaben für Kindertagesbetreuung nach Körperschaftsgruppen.....	53
4.1.3 Öffentliche Ausgaben für Kindertagesbetreuung nach Ländern.....	54
4.1.4 Ausgaben für Krippen und Kindergärten je Kind.....	54
4.2 Öffentliche Ausgaben für Schulen (allgemeinbildende und berufliche Schulen) .....	55
4.2.1 Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Schulen im Überblick .....	55
4.2.2 Öffentliche Ausgaben für Schulen nach Körperschaftsgruppen .....	55
4.2.3 Öffentliche Ausgaben für Schulen nach Ländern .....	56
4.2.4 Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler nach Schularten und Ländern .....	58
4.2.5 Auswirkungen der Berücksichtigung von unterstellten Sozialbeiträgen auf die Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler .....	61

<b>4.3</b>	<b>Öffentliche Ausgaben für Hochschulen</b>	62
4.3.1	Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Hochschulen im Überblick	63
4.3.2	Öffentliche Ausgaben für Hochschulen nach Körperschaftsgruppen	64
4.3.3	Öffentliche Ausgaben für Hochschulen nach Ländern	65
4.3.4	Ausgaben der öffentlichen Hochschulen je Studierende bzw. Studierenden	66
4.3.5	Ausgaben der öffentlichen und privaten Hochschulen	68
<b>4.4</b>	<b>Öffentliche Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern</b>	71
4.4.1	Entwicklung der öffentlichen Ausgaben zur Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern im Überblick	71
4.4.2	Öffentliche Ausgaben zur Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern nach Körperschaftsgruppen	72
4.4.3	Öffentliche Ausgaben zur Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern nach Ländern	73
<b>4.5</b>	<b>Öffentliche Ausgaben für das sonstige Bildungswesen</b>	74
<b>4.6</b>	<b>Öffentliche Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit</b>	75
4.6.1	Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit im Überblick	75
4.6.2	Öffentliche Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit nach Körperschaftsgruppen	75
<b>4.7</b>	<b>Weitere öffentliche Bildungsausgaben</b>	76
4.7.1	Bildungsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales	76
4.7.2	Ausgaben und Einnahmen der Berufsakademien in öffentlicher und privater Trägerschaft	77
<b>5</b>	<b>Bildungsausgaben im internationalen Kontext</b>	82
5.1	Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer	82
5.2	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt	85
5.3	Öffentliche Ausgaben für Bildung	88
<b>Anhang</b>		92
<b>A 1</b>	<b>Haushaltssystematische Abgrenzung der Bildungsbereiche</b>	92
<b>A 2</b>	<b>International Standard Classification of Education 2011 (ISCED-2011)</b>	94
<b>A 3</b>	<b>Datenquellen</b>	97
<b>A 4</b>	<b>Ergebnisdarstellung</b>	98
<b>A 5</b>	<b>Hinweise zur Vergleichbarkeit sowie zu methodischen Einzelfragen</b>	101
<b>A 6</b>	<b>Ergänzende Abbildungen</b>	110
<b>A 7</b>	<b>Tabellen</b>	113
<b>Literaturverzeichnis</b>		154

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2.1-1.....	Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2022 .....	21
Abbildung 2.2-1.....	Bildungsbudget nach Bildungsbereichen .....	23
Abbildung 2.3-1.....	Bildungsbudget nach Bildungsbereichen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 2022.....	23
Abbildung 2.4-1.....	Bildungsbudget für alle Bildungsbereiche zusammen nach finanzierenden Sektoren 2022.....	25
Abbildung 2.5-1.....	Finanzierungs- und Durchführungsanteile öffentlicher und privater Einrichtungen für ausgewählte Bildungsbereiche 2022 .....	25
Abbildung 3-1 .....	Öffentliche Bildungsausgaben nach Bildungsbudget und Finanzstatistik 2022 .....	31
Abbildung 3.1.1 .....	Angebote der Länder im Bildungsbereich zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine .....	33
Abbildung 3.1-2.....	Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben.....	34
Abbildung 3.1.1-1 .....	Abgerufene Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes für den Kinderbetreuungsausbau .....	36
Abbildung 3.1.2-1 .....	Durchschnittliche Monatsbruttogehälter 2024 für Beschäftigte in öffentlichen Bildungseinrichtungen für ausgewählte Funktionen .....	39
Abbildung 3.1.2-2 .....	Durchschnittliche Monatsbruttogehälter 2024 für ausgewählte Entgelt- bzw. Besoldungsgruppen der Beschäftigten in öffentlichen Bildungseinrichtungen .....	40
Abbildung 3.2-1.....	Nominale und reale öffentliche Bildungsausgaben nach Körperschaftsgruppen (Basisjahr 2010) .....	42
Abbildung 3.3-1.....	Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zur Bevölkerung .....	43
Abbildung 3.3-2.....	Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zur Bevölkerung im Ländervergleich 2024 .....	44
Abbildung 3.4-1.....	Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden nach Körperschaftsgruppen .....	45
Abbildung 3.5-1.....	Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt nach Körperschaftsgruppen.....	47
Abbildung 3.5-2.....	Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der öffentlichen Bildungsausgaben (Grundmittel), nominale Veränderung zum Vorjahr .....	47
Abbildung 4-1 .....	Öffentliche Ausgaben für Bildung nach Bildungsbereichen 2024 .....	51
Abbildung 4-2 .....	Öffentliche Ausgaben für Bildung nach Körperschaftsgruppen 2024 .....	51
Abbildung 4.1.2-1 .....	Öffentliche Ausgaben für Kindertagesbetreuung nach Körperschaftsgruppen .....	54
Abbildung 4.2.2-1 .....	Öffentliche Ausgaben für Schulen nach Körperschaftsgruppen.....	56
Abbildung 4.2.3-1 .....	Öffentliche Ausgaben für Schulen nach Ländern mit und ohne Berücksichtigung von Beihilfezahlungen und unterstellten Sozialbeiträgen für aktive Beamtinnen und Beamte 2022.....	57
Abbildung 4.2.4-1 .....	Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler .....	58
Abbildung 4.2.4-2 .....	Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler nach Schularten 2023 .....	60
Abbildung 4.2.4-3 .....	Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler nach Ausgabearten und Ländern 2023.....	60
Abbildung 4.2.4-4 .....	Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler in Euro und Schüler-Lehrer-Relationen an öffentlichen Schulen nach Ländern 2023 .....	61
Abbildung 4.2.5-1 .....	Personalausgaben und unterstellte Sozialbeiträge sowie Beihilfen für aktive Beamtinnen und Beamte an öffentlichen Schulen je Schülerin und Schüler 2023 .....	62
Abbildung 4.3.2-1 .....	Öffentliche Ausgaben für Hochschulen nach Körperschaftsgruppen.....	65
Abbildung 4.3.4-1 .....	Laufende Ausgaben (Grundmittel) für Lehre und Forschung je Studierende bzw. Studierenden an öffentlichen Hochschulen nach Ländern 2023.....	66
Abbildung 4.3.4-2 .....	Laufende Ausgaben (Grundmittel) je Studierende bzw. Studierenden an öffentlichen Universitäten nach ausgewählten Fächergruppen 2023 .....	67



Abbildung 4.3.5-1 .....	Übersicht zu den finanzstatistischen Kategorien der Ausgaben der Hochschulen 2023.....	69
Abbildung 4.3.5-2 .....	Anteil der Aufgabenbereiche an den Ausgaben und Mittelherkunft der Einnahmen der Hochschulen in öffentlicher bzw. privater Trägerschaft 2023.....	70
Abbildung 4.4.2-1 .....	Öffentliche Ausgaben zur Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern nach Körperschaftsgruppen .....	73
Abbildung 4.6.2-1 .....	Öffentliche Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit nach Körperschaftsgruppen.....	76
Abbildung 4.7.1-1 .....	Bildungsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.....	77
Abbildung 4.7.2-1 .....	Ausgaben nach Ausgabearten und Einnahmen nach Mittelherkunft der Berufsakademien nach Trägerschaft 2023 .....	78
Abbildung 5.1-1 .....	Jährliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer (ISCED 1-8) 2022.....	83
Abbildung 5.1-2 .....	Jährliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer nach Bildungsbereichen 2022 .....	84
Abbildung 5.2-1 .....	Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt für den Schulbereich (ISCED 1-4) und den Tertiärbereich (ISCED 5-8) .....	86
Abbildung 5.2-2 .....	Anteil der unter 30-Jährigen an der Bevölkerung und Anteil der Ausgaben für Bildungseinrichtungen (ISCED 1-8) am Bruttoinlandsprodukt 2022 .....	87
Abbildung 5.2-3 .....	Ausgaben für Bildungseinrichtungen (ISCED 1-8) nach Herkunft der Mittel in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 2022 .....	88
Abbildung 5.3-1 .....	Öffentliche Ausgaben für Bildung (ISCED 1-8) in Relation zu den öffentlichen Gesamtausgaben 2022 .....	89
Abbildung A6-1 .....	Übersicht zu den unmittelbaren Ausgaben für Kindertageseinrichtungen und für öffentlich geförderte Kindertagespflege 2022 .....	111
Abbildung A6-2 .....	Übersicht zu den unmittelbaren Ausgaben im Schulbereich 2022 .....	112

# Tabellenverzeichnis

Tabelle A 4-1 .....	Öffentliche Bildungsausgaben nach Ausgabe- und Einnahmearten .....	98
Tabelle A 4-2 .....	Bildungsausgaben nach unterschiedlichen Ausgabenkonzepten.....	99
Tabelle A 5-1 .....	Berücksichtigung von Sondervermögen des Bundes in den Grundmitteltabellen des Bildungsfinanzberichts .....	105
Tabelle A 5-2 .....	Bildungsrelevante Extrahaushalte der Länder 2024.....	107
Tabelle 2.1-1 .....	Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft nach Bereichen .....	113
Tabelle 2.3-1 .....	Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft nach Bereichen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt....	115
Tabelle 2.4-1a .....	Finanzierungsstruktur (Ursprüngliche Mittelherkunft) des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft nach Bereichen 2022 .....	116
Tabelle 2.4-1b .....	Finanzierungsstruktur (Abschließende Mittelbereitstellung) des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft nach Bereichen 2022.....	117
Tabelle 2.5-1 .....	Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft nach durchführenden Sektoren 2022 .....	118
Tabelle 2.6-1 .....	Versorgungsausgaben der öffentlichen Haushalte für pensionierte Beamtinnen und Beamte sowie unterstellte Sozialbeiträge für aktive Beamtinnen und Beamte 2011.....	119
Tabelle 2.6-2 .....	Beihilfeausgaben der öffentlichen Haushalte für pensionierte und aktive Beamtinnen und Beamte 2011.....	121
Tabelle 3.1-1 .....	Öffentliche Bildungsausgaben nach Ländern und Körperschaftsgruppen .....	122
Tabelle 3.1-2.....	Kommunalinvestitionsförderungsfonds .....	123
Tabelle 3.1.2-1 ....	Durchschnittliche Monatsbruttogehälter 2024 nach Bildungsbereichen für die Beschäftigten in öffentlichen Bildungseinrichtungen.....	124
Tabelle 3.1.2-2 ....	Durchschnittliche Monatsbruttogehälter nach Bildungsbereichen für die Beschäftigten in öffentlichen Bildungseinrichtungen.....	124
Tabelle 3.2-1.....	Nominale und reale öffentliche Bildungsausgaben nach Körperschaftsgruppen (Basisjahr 2010) .....	125
Tabelle 3.3-1.....	Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zur Bevölkerung nach Ländern und Körperschaftsgruppen .....	126
Tabelle 3.3-2.....	Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zur Bevölkerung der unter 30-Jährigen nach Ländern und Körperschaftsgruppen .....	127
Tabelle 3.3-3.....	Anteil der Bevölkerung der unter 30-Jährigen an der Gesamtbevölkerung.....	128
Tabelle 3.4-1.....	Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum Gesamthaushalt nach Ländern und Körperschaftsgruppen .....	129
Tabelle 3.5-1.....	Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt nach Ländern und Körperschaftsgruppen .....	130
Tabelle 4-1 .....	Öffentliche Ausgaben für Bildung nach Bildungsbereichen, Ländern und Körperschaftsgruppen 2024.....	131
Tabelle 4-2 .....	Anteile der Bildungsbereiche an den öffentlichen Bildungsausgaben nach Ländern und Körperschaftsgruppen 2024.....	132
Tabelle 4-3 .....	Entwicklung der Anzahl der Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer (Basisjahr 2015).....	133
Tabelle 4.1.1-1 ....	Öffentliche Ausgaben für Kindertagesbetreuung nach Ländern und Körperschaftsgruppen .....	134
Tabelle 4.1.4-1 ....	Ausgaben für Krippen und Kindergärten je Kind nach Einrichtung und Ausgabearten .....	135
Tabelle 4.2.1-1 ....	Öffentliche Ausgaben für allgemeinbildende und berufliche Schulen nach Ländern und Körperschaftsgruppen .....	136
Tabelle 4.2.3-1 ....	Öffentliche Ausgaben für Schulen nach Ländern ohne und mit Berücksichtigung von Beihilfezahlungen und unterstellten Sozialbeiträgen für aktive Beamtinnen und Beamte.....	137
Tabelle 4.2.4-1 ....	Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler nach Schularten und Ländern 2023 .....	137
Tabelle 4.2.4-2 ....	Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler nach Ländern .....	138
Tabelle 4.2.4-3 ....	Ausgaben für öffentliche allgemeinbildende Schulen je Schülerin und Schüler nach Schularten und Ländern 2023.....	138
Tabelle 4.2.4-4 ....	Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler nach Ausgabearten und Ländern 2023 .....	139

Tabelle 4.3.1-1 .... Öffentliche Ausgaben für Hochschulen nach Ländern und Körperschaftsgruppen.....	140
Tabelle 4.3.4-1 .... Laufende Ausgaben (Grundmittel) je Studierenden an öffentlichen Hochschulen .....	141
Tabelle 4.3.5-1 .... Ausgaben der Hochschulen nach Aufgabenbereichen 2023 .....	141
Tabelle 4.3.5-2 .... Einnahmen der Hochschulen nach Mittelherkunft 2023 .....	142
Tabelle 4.3.5-3 .... Ausgaben der Hochschulen nach Fächergruppen 2023 .....	142
Tabelle 4.4.2-1 .... Öffentliche Ausgaben zur Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern nach Ländern und Körperschaftsgruppen.....	143
Tabelle 4.5.1-1 .... Öffentliche Ausgaben für das sonstige Bildungswesen nach Ländern und Körperschaftsgruppen .....	144
Tabelle 4.6.1-1 .... Öffentliche Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit nach Ländern und Körperschaftsgruppen .....	145
Tabelle 4.7.1-1 .... Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für die Erstausbildung und für die Förderung beruflicher Bildung (Weiterbildung).....	146
Tabelle 4.7.2-1 .... Ausgaben der Berufsakademien nach Ausgabearten 2023.....	147
Tabelle 4.7.2-2 .... Einnahmen der Berufsakademien nach Mittelherkunft 2023 .....	147
Tabelle 4.7.2-3 .... Ausgaben der Berufsakademien nach Fächergruppen 2023 .....	147
Tabelle 5.1-1..... Jährliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer für alle Bildungsbereiche 2022.....	148
Tabelle 5.1-2..... Veränderung der Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer zwischen 2015 und 2022.....	150
Tabelle 5.2-1..... Ausgaben für Bildungseinrichtungen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 2022 .....	151
Tabelle 5.2-2..... Ausgaben für Bildungseinrichtungen nach Herkunft der Mittel (nach öffentlichen Transferzahlungen an den Privatsektor) in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 2022 .....	152
Tabelle 5.3-1..... Öffentliche Gesamtausgaben für Bildung in Relation zu den öffentlichen Gesamtausgaben und zum Bruttoinlandsprodukt 2022 .....	153

## Vorbemerkung

Seit 2008 erstellt das Statistische Bundesamt jährlich im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend und im Einvernehmen mit der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland den Bildungsfinanzbericht. Im Bildungsfinanzbericht werden die wichtigsten verfügbaren Informationen zu den Bildungsausgaben zusammengefasst. Der Bildungsfinanzbericht ist Teil der Bildungsberichterstattung, die kontinuierlich datengestützte Informationen über Rahmenbedingungen, Input, Verläufe, Ergebnisse und Wirkungen von Bildungsprozessen bereitstellt.

Bis 2023 wurde der Bildungsfinanzbericht jährlich herausgegeben. Im Jahr 2024 beschlossen die Steuerungsgruppe „Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich“ und die Kultusministerkonferenz eine zweijährliche Erscheinungsweise. In den Zwischenjahren können die wichtigsten Tabellen aktualisiert aus den Statistischen Berichten zum Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft, zu den Bildungsausgaben der öffentlichen Haushalte sowie zu den Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler abgerufen werden.

Der Bildungsfinanzbericht 2025 folgt hinsichtlich Gliederung und Methodik den vorherigen Berichten und wurde gemäß dem aktuell verfügbaren Stand statistischer Erhebungen aktualisiert.

In erster Linie richtet sich der Bildungsfinanzbericht an politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf Bundes- und Landesebene sowie an die Bildungsadministration. Er ist aber auch für die Wissenschaft und die Öffentlichkeit eine wichtige Informationsquelle zu den Bildungsfinanzen und der bei der Finanzberichterstattung angewandten Methodik. Im Mittelpunkt der Berichterstattung stehen aus Gründen der Steuerungsrelevanz insbesondere die Bildungsausgaben der öffentlichen Haushalte. Mit dem Bildungsbudget wird aber auch ein Gesamtüberblick über die öffentlichen und privaten Bildungsausgaben gegeben.

Bei der Erstellung des Berichts wird das Statistische Bundesamt durch die Arbeitsgruppe Bildungsfinanzbericht beraten und unterstützt. Diesem Gremium gehören Vertreterinnen und Vertreter der Bundes- und Landesministerien für Bildung und Wissenschaft, des Bundesministeriums der Finanzen, der Zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister, des Sekretariats der Kultusministerkonferenz, der Wissenschaft und der Statistischen Ämter der Länder an. Für die Weiterentwicklung und die Erörterung der für den Bildungsfinanzbericht relevanten Fragen finden in regelmäßigem Turnus Sitzungen der Arbeitsgruppe statt.

Die Autorinnen und Autoren danken den Mitgliedern der Arbeitsgruppe und den anderen Mitwirkenden für die gute Zusammenarbeit und die zahlreichen Hinweise und Vorschläge. Anregungen von Leserinnen und Lesern zur Weiterentwicklung des Bildungsfinanzberichts sind jederzeit willkommen.

*Wiesbaden im Dezember 2025*

*Die Autorinnen und Autoren*

# Hinweise für die Leserinnen und Leser

## Kernaussagen

Die Kernaussagen der einzelnen Kapitel werden als Textbausteine (Marginalien) rechts bzw. links neben dem zugehörigen Fließtext hervorgehoben.

Marginalien als kurze,  
zentrale Informationen

## Abbildungen und Tabellen

Bei Verwendung grafischer Darstellungen und Tabellen wird im Fließtext auf die entsprechende Abbildung bzw. Tabelle verwiesen.

- Lesebeispiel: **Abb. 3.3-1** ist der Verweis auf die erste Abbildung im Textabschnitt „3.3 Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zur Bevölkerung“ des Kapitels „3 Entwicklung und Struktur der öffentlichen Bildungsausgaben“.

Zugleich wird die Tabelle benannt, aus der die Datenwerte der entsprechenden Textabschnitte entnommen werden können. In der Regel sind Tabellen nicht im Fließtext integriert. Sie sind vorwiegend am Ende des Berichts im Anhang zu finden.

- Lesebeispiel: **Tab. 3.3-1** ist der Verweis auf die erste Tabelle im Tabellenanhang zum Textabschnitt „3.3 Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zur Bevölkerung“ des Kapitels „3 Entwicklung und Struktur der öffentlichen Bildungsausgaben“.

## Methodenkästen

Ein hochgestelltes <sup>M</sup> an der jeweiligen Textpassage verweist auf die „Methodenkästen“, in denen am Ende jedes Abschnitts methodische und begriffliche Erläuterungen zusammengefasst werden. Nur in Ausnahmefällen werden methodische und datentechnische Anmerkungen in den Fließtext integriert.

### <sup>M</sup> Methodische Erläuterungen

## Glossar

Im Glossar werden zentrale Begriffe und Abgrenzungen des Bildungsfinanzberichts erklärt.

## Weitere Informationen

Auf der Homepage [www.destatis.de](http://www.destatis.de) werden der Bildungsfinanzbericht und weitere konzeptionelle Informationen zur nationalen und internationalen Bildungsfinanzberichterstattung bereitgestellt. Aufgrund der Fülle an Daten, die dem Bildungsfinanzbericht zugrunde liegen, erscheint eine Reihe von Tabellen nicht im Anhang des Bandes. Das entsprechende flankierende Datenmaterial wird unter [www-genesis.destatis.de](http://www-genesis.destatis.de) bereitgestellt.

# Glossar

## Ausgaben je Schülerin und Schüler

Die Kennzahl „Ausgaben je Schülerin und Schüler“ wird jährlich vom Statistischen Bundesamt, basierend auf den Daten des Bildungsbudgets, berechnet. Sie zeigt, wie viele Mittel durchschnittlich für die Ausbildung einer Schülerin bzw. eines Schülers an einer öffentlichen Schule aufgewendet werden. Die Kennzahl ermöglicht Aussagen für jedes Land und ausgewählte Schularten.

## Bildungsbudget

Das Bildungsbudget wird jährlich vom Statistischen Bundesamt berechnet. Es zeigt die Bildungsausgaben in Deutschland, die von den öffentlichen Haushalten, dem privaten Bereich und dem Ausland bereitgestellt wurden. Es setzt sich zusammen aus einem internationalen Teil (Budgetteil A) und zusätzlichen Bildungsausgaben in nationaler Abgrenzung (Budgetteil B).

## Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft

Das Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft wird jährlich vom Statistischen Bundesamt berechnet. Es zeigt die Ausgaben für Bildung und Forschung in Deutschland, die von den öffentlichen Haushalten, dem privaten Bereich und dem Ausland bereitgestellt wurden. Es setzt sich zusammen aus dem Bildungsbudget (Budgetteile A+B) und dem Forschungsbudget (Budgetteile C+D).

## Gesamthaushalt, öffentliche Gesamtausgaben

Die Kategorien Gesamthaushalt und öffentliche Gesamtausgaben werden im Bildungsfinanzbericht je nach Analysezweck unterschiedlich abgegrenzt. In den **Kapiteln 3** und **4** werden Grundmittel verschiedener Aufgabenbereiche auf die unmittelbaren Ausgaben aller Aufgabenbereiche bezogen. Darin ist die Sozialversicherung nicht enthalten.

Im **Kapitel 5** wird für internationale Vergleiche der öffentlichen Gesamtausgaben auf die Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zurückgegriffen, da keine vergleichbaren Finanzstatistiksysteme vorliegen und in den einzelnen Staaten die öffentliche Hand unterschiedliche Aufgabenprogramme hat.

## Grundmittel

Bei den Grundmitteln handelt es sich um die Ausgaben eines Aufgabenbereichs abzüglich der dem jeweiligen Aufgabenbereich zurechenbaren Einnahmen (aus dem öffentlichen und nicht öffentlichen Bereich). Die Grundmittel zeigen die aus allgemeinen Haushaltsmitteln (Steuern, Mittel aus Finanzausgleich, Kreditmarktmittel und Rücklagen) zu finanzierenden Ausgaben eines bestimmten Aufgabenbereichs einschließlich der investiven Maßnahmen.

## Haushaltsansatzstatistik

In der Haushaltsansatzstatistik werden die Einnahmen und Ausgaben der staatlichen Haushalte in einer Gliederung nach Funktionen (Aufgabenbereichen) und Arten aufbereitet.

Die Basis ist dabei der einzelne Haushaltstitel, der entsprechend der Systematik der staatlichen Haushalte im Haushaltsplan bzw. der Haushaltsrechnung verschlüsselt wird. Die Haushaltsansatzstatistik liefert Informationen über die vorläufigen Ist-Ausgaben des Vorjahres und die Soll-Ausgaben des laufenden Haushaltsjahres. Die Bildungsausgaben werden über die Funktion und die Ausgabeart definiert.

## ISCED

Die Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED) ist eine Klassifikation der Vereinten Nationen für Bildungsprogramme und Bildungsabschlüsse. Durch die Zuordnung der nationalen Bildungsprogramme und Bildungsabschlüsse zu den ISCED-Stufen werden die Daten international vergleichbar und interpretierbar.

## Jahresrechnungsstatistik

In der Jahresrechnungsstatistik werden die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte nach Funktionen/Gliederungen (Aufgabenbereichen) und Ausgabearten abgegrenzt. Die Basis ist dabei der einzelne Haushaltstitel, der entsprechend der Systematik der staatlichen und kommunalen Haushalte in der Haushaltsrechnung verschlüsselt wird. Jeder Haushaltstitel ist grundsätzlich nur einer Funktion und einer Ausgabe bzw. Einnahmeart zugeordnet. Die Bildungsausgaben werden über die Funktion/Gliederung und die Ausgabeart definiert.

## Körperschaftsgruppen

Der Nachweis der öffentlichen Bildungsausgaben erfolgt in einer Gliederung nach Körperschaftsgruppen (Bund, Länder, Gemeinden) und nach einzelnen Ländern, wobei ebenfalls zwischen der staatlichen Ebene (Land) und der kommunalen Ebene (Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände) unterschieden wird.

## Laufende Ausgaben (Grundmittel) je Studierende/-n

Die Kennzahl wird jährlich vom Statistischen Bundesamt auf Grundlage der Hochschulfinanzstatistik und Studierendenstatistik berechnet. Bei den laufenden Ausgaben (Grundmitteln) handelt es sich um den Teil der Hochschuleausgaben, die vom Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Für die Ermittlung der Kennzahl werden nur die laufenden Ausgaben (Grundmittel, ohne Mieten und Pachten, ohne Investitionen, einschließlich

unterstellter Sozialbeiträge) auf die Studierendenzahlen des jeweiligen Wintersemesters bezogen. Die Kennzahl ermöglicht Aussagen für einzelne Länder, nach Art der Trägerschaft, nach der Hochschulart sowie nach Fächergruppen.

**Unmittelbare Ausgaben**

Die unmittelbaren Ausgaben sind die im Zuge der Aufgabenerfüllung getätigten Ausgaben, wobei die Zahlungen an den öffentlichen Bereich nicht berücksichtigt werden.

# Abkürzungsverzeichnis

Abb. .... Abbildung  
 Abs. .... Absatz  
 AsylbLG ... Asylbewerberleistungsgesetz  
 BAföG ..... Bundesausbildungsförderungsgesetz  
 Bill. .... Billionen  
 BIP ..... Bruttoinlandsprodukt  
 BKGG ..... Bundeskindergeldgesetz  
 BMAS ..... Bundesministerium für Arbeit und Soziales  
 BMBFSFJ .. Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
 BMDS ..... Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung  
 BMDV ..... Bundesministerium für Digitales und Verkehr  
 BMF ..... Bundesministerium der Finanzen  
 BMFTR ..... Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt  
 BStatG .... Bundesstatistikgesetz  
 bzw. .... beziehungsweise  
 ca. .... circa  
 DFG ..... Deutsche Forschungsgemeinschaft  
 EAG ..... Education at a Glance (Bildung auf einen Blick, Veröffentlichung der OECD)  
 einschl. .... einschließlich  
 ESVG ..... Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen  
 Eurostat .. Statistisches Amt der Europäischen Union  
 ff. .... Fortfolgende  
 FH ..... Fachhochschule  
 Fkt. .... Funktion  
 FMK ..... Finanzministerkonferenz  
 FuE ..... Forschung und Entwicklung  
 Gl. Nr. .... Gliederungsnummer  
 GRV ..... Gesetzliche Rentenversicherung  
 HGrG ..... Haushaltssatzungsgesetz  
 ISCED ..... International Standard Classification of Education (Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens)  
 kam. .... kameral  
 kaufm. .... kaufmännisch  
 KInvFG ..... Kommunalinvestitionsförderungsgesetz  
 KiQuTG KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetz  
 KKP ..... Kaufkraftparitäten  
 KMK ..... Kultusministerkonferenz  
 Mill. .... Millionen  
 Mrd. .... Milliarden

OECD ..... Organisation for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)  
 OF ..... Oberfunktion  
 SGB ..... Sozialgesetzbuch  
 Tab. .... Tabelle  
 Tsd. .... Tausend  
 u. a. .... unter anderem  
 u. dgl. .... und dergleichen  
 UNESCO .. United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur)  
 UOE ..... UNESCO, OECD, Eurostat (gemeinsame Datenerhebung der drei internationalen Organisationen)  
 vgl. .... vergleiche  
 VGR ..... Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen  
 z. B. .... zum Beispiel  
 ZDL ..... Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister  
 Zweckv. ... Zweckverbände

## Territoriale Kurzbezeichnungen

EU ..... Europäische Union  
 EU-25 ..... Die 25 EU-Mitgliedstaaten, die gleichzeitig auch der OECD angehören  
 G20 ..... Gruppe der 19 führenden Industrie- und Schwellenländer und der Europäischen Union

## Symbole für fehlende Daten, die ...

... in den **Kapiteln 2 bis 4, A 1 und A 2** Anwendung finden:

- ..... Nichts vorhanden oder keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- ..... Merkmal nicht vorhanden
- . .... Zahlenwert unbekannt

... im **Kapitel 5** Anwendung finden:

- a ..... Keine Daten, da die Kategorie nicht zutrifft
- m ..... Keine Daten verfügbar
- x ..... Die Daten sind in einer anderen Kategorie oder Spalte der Tabelle enthalten (z. B. bedeutet x(2), dass die Daten in Spalte 2 der Tabelle enthalten sind)



# Einleitung

## Bildungsfinanzbericht – Teil des Bildungsmonitorings

Nach Artikel 91b Abs. 2 des Grundgesetzes haben Bund und Länder vereinbart, zur Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich zusammenzuwirken, entsprechende Empfehlungen zu erarbeiten und Berichte in Auftrag zu geben. Um diese Aufgabe zu erfüllen, wurde in Deutschland ein Bildungsmonitoring etabliert, das kontinuierlich datengestützte Informationen über die Rahmenbedingungen, den Input, die Gestaltung, die Verläufe, die Ergebnisse und die Wirkungen von Bildungsprozessen bereitstellt.

Der Bericht „Bildung in Deutschland“ ist neben den Schulleistungsvergleichen und der zentralen Überprüfung des Erreichens der Bildungsstandards einer der Eckpfeiler des Monitoring Systems. Er wird ergänzt durch regionale Berichte (z. B. Landes- und kommunale Bildungsberichte), bereichsspezifische Berichte (z. B. den Berufsbildungsbericht) und die „Internationalen Bildungsindikatoren im Ländervergleich“. In dieser Gemeinschaftspublikation der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder werden ausgewählte Indikatoren der internationalen Bildungsberichterstattung auf Länderebene dargestellt.

Da die adäquate Ausstattung des Bildungswesens mit Finanzressourcen von großer Bedeutung für die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens ist, hat das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Einvernehmen mit der Kultusministerkonferenz das Statistische Bundesamt beauftragt, einen Bildungsfinanzbericht zu erstellen. Das Statistische Bundesamt wird bei der Erstellung des Berichts durch die Arbeitsgruppe Bildungsfinanzbericht beraten, der Vertreterinnen und Vertreter der Bundes- und Landesministerien für Bildung und Wissenschaft, des Bundesministeriums der Finanzen, der Zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister, des Sekretariats der Kultusministerkonferenz, der Wissenschaft und der Statistischen Ämter angehören.

## Datengestützte Analyse der Bildungsfinanzen

Beim Bildungsfinanzbericht handelt es sich um eine datengestützte Analyse der Bildungsfinanzen. Als objektive und neutrale Informationsquelle richtet sich der Bericht in erster Linie an politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie Nutzerinnen und Nutzer auf Bundes- und Länderebene. Darüber hinaus sollen auch Informationsbedürfnisse der Wissenschaft und der Öffentlichkeit befriedigt werden. Im Vordergrund steht die politische Steuerungsrelevanz, weshalb insbesondere die Bildungsausgaben der öffentlichen Haushalte dargestellt werden. Von besonderer Bedeutung für die Steuerungsrelevanz ist die Aktualität der Ergebnisse. Es werden daher auch Informationen über die Haushaltsplanung zum laufenden Haushaltsjahr (2025) aufgenommen. Dafür wird in Kauf genommen, dass die öffentlichen Ausgaben in einzelnen Kapiteln zwar nicht vollständig dargestellt, aber in ihrer Entwicklung bis zum aktuellen Rand in möglichst vergleichbarer Form abgebildet werden.

Der Bericht orientiert sich nach den Vorgaben der Auftraggeber hinsichtlich Datenbasis und Methodik an den Bildungsfinanzberichten 2008 bis 2023. Um eine kohärente Darstellung der statistischen Ergebnisse zu den Bildungsfinanzen sicherzustellen, ist eine enge Verzahnung des Bildungsfinanzberichts mit den anderen Publikationen und Datenlieferungen der amtlichen Statistik erforderlich. Zur Anschlussfähigkeit an die internationale Bildungsberichterstattung werden Daten in internationaler Abgrenzung dargestellt, die sich u. a. auch in der Berichterstattung der OECD wiederfinden.

## Datengrundlagen und Datenprobleme

Um Aussagen über die Bildungsausgaben treffen zu können, sind Informationen aus verschiedenen Datenquellen heranzuziehen und zu einem Gesamtbild zusammenzufügen. Dies erfordert aufgrund der methodischen Unterschiede zwischen den Statistiken, der Lücken im System der monetären Bildungsstatistiken und des unterschiedlichen Zeitpunkts der Datenverfügbarkeit eine Vielzahl von Datenanpassungen, die teilweise nur

mit Hilfe spezieller Schätz- und Fortschreibungsmethoden durchgeführt werden können. Bedingt durch methodische Umstellungen der Kern- und Extrahaushalte in der Jahresrechnungsstatistik liegen für die Berichtsjahre 2012 bis 2016 keine Jahresrechnungsergebnisse vor und aktuelle Ergebnisse erscheinen mit einer großen Verzögerung. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des vorliegenden Berichts standen lediglich Ergebnisse für die Berichtsjahre 2017 bis 2020 zur Verfügung. Die Jahresrechnungsstatistik wird daher am aktuellen Rand nicht als Quelle für den Statistischen Bericht verwendet. Die benötigten Informationen für die Berichtsjahre 2012 bis 2024 werden als vorläufige Ist-Werte sowie die veranschlagten Ausgaben (Soll) für 2025 der Haushaltsansatzstatistik entnommen und um eine Vorabaufbereitung der Gemeindefinanzstatistik ergänzt. Die so erhaltenen Finanzdaten werden als valide eingeschätzt, können sich allerdings von den endgültigen Ergebnissen unterscheiden. Bei den veranschlagten Ausgaben (Soll) handelt es sich um Plandaten, die in der Regel von den Ist-Ausgaben abweichen. Daher sind direkte Vergleiche von Soll- mit Ist-Ausgaben aus methodischer Sicht mit Zurückhaltung zu interpretieren.

### Definitionen der Bildungsausgaben

Bildungsprozesse finden in allen Lebensabschnitten, in öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen und außerhalb von Bildungseinrichtungen statt. Dabei sind die Aufgaben und Leistungen der Bildungseinrichtungen unterschiedlich (z. B. einschließlich bzw. ohne individuellen Förderunterricht, Hausaufgabenbetreuung, Unterbringung) und teilweise mit Komplementärleistungen (z. B. Forschung und Entwicklung an Hochschulen) verbunden. Ein abgestimmtes, überschneidungsfreies und das gesamte Bildungswesen umfassendes System monetärer Statistiken, das unmittelbar Informationen über die Bildungsausgaben bereitstellt, gibt es daher nicht.

Im Fokus der monetären Analysen des Bildungswesens steht zum einen die Frage nach dem Gesamtwert der erbrachten Bildungsleistungen und der den Bildungseinrichtungen zur Verfügung stehenden Mittel. Zum anderen interessiert, in welchem Umfang sich Bund, Länder und Gemeinden bzw. Unternehmen und die privaten Haushalte an der Finanzierung der Bildung beteiligen. Die Analysen können für einzelne Bildungseinrichtungen, für Bildungsbereiche (z. B. Hochschulen) oder für das gesamte Bildungswesen durchgeführt werden. Sie können sich auf die Ausgaben für den Bildungsprozess beziehen, aber auch die Finanzierung der Lebenshaltungskosten der Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer berücksichtigen. Für die monetäre Betrachtung der Gesamtleistung des Bildungswesens oder einzelner Bildungsbereiche stehen die Ausgaben für Personal, Sachaufwand und Investitionen im Mittelpunkt.

Für internationale Vergleiche sind die Bildungsausgaben entsprechend der methodischen Vorgaben der internationalen Organisationen abzugrenzen und nach den Stufen der International Standard Classification of Education 2011 (ISCED-2011) zu gliedern. Für die allgemeine Verständlichkeit wäre es optimal, wenn eine einheitliche Abgrenzung der Bildungsausgaben in allen Kapiteln des Bildungsfinanzberichts angewendet würde. Dies ist jedoch nicht möglich, da für internationale Vergleiche eine Gliederung nach der ISCED erforderlich ist, während auf nationaler Ebene aus Gründen der Steuerungsrelevanz eine Gliederung nach Bildungsbereichen (z. B. Schule, Hochschule) oder Schul- bzw. Hochschularten zweckmäßiger ist. Dennoch wurde das Bildungsbudget (**Kapitel 2**) so gegliedert, dass im nationalen Bildungsbudget auch die Bildungsausgaben in internationaler Abgrenzung ablesbar sind (**Abb. 2.1-1, Tab. 2.1-1**).

Da die öffentliche Hand rund vier Fünftel der Bildungsausgaben finanziert, stehen die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden im Mittelpunkt des Bildungsfinanzberichts. Die aktuellen Entwicklungen lassen sich – auch wegen der Ausgliederungen aus den öffentlichen Haushalten – am besten auf der Basis der nach dem Grundmittelkonzept abgegrenzten Bildungsausgaben darstellen. Bei den Grundmitteln handelt es sich um die Ausgaben eines Aufgabenbereichs abzüglich der dem Aufgabenbereich zurechenbaren Einnahmen (aus dem öffentlichen und nicht öffentlichen Bereich). Sie zeigen die aus allgemeinen Haushaltsmitteln zu finanzierenden Ausgaben des Aufgabenbereichs. Die Bildungsausgaben der **Kapitel 3** und **4** sind – falls nicht anders vermerkt – nach dem Grundmittelkonzept abgegrenzt.

### **Struktur des Bildungsfinanzberichts**

Die Struktur des Bildungsfinanzberichts 2025 entspricht dem Aufbau der vorherigen Berichte und sieht vor, dass der Bericht aus den folgenden fünf Kapiteln sowie einem Anhang und einem erweiterten Tabellenteil besteht:

1. Zusammenfassung der Hauptergebnisse
2. Bildungsbudget im Überblick
3. Entwicklung und Struktur der öffentlichen Bildungsausgaben
4. Öffentliche Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen und Ländern
5. Bildungsausgaben im internationalen Kontext

# 1 Zusammenfassung der Hauptergebnisse

Bund, Länder und Gemeinden betrachten die Schaffung bzw. den Ausbau eines leistungsfähigen Bildungssystems als Schlüsselaufgabe für die Sicherung der Zukunft unseres Landes. Bildung beeinflusst nicht nur in einem wesentlichen Maße die Chancen des Individuums im Arbeits- und Privatbereich, sondern auch die Entwicklungschancen und die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Volkswirtschaften in einer globalisierten und wissensbasierten Weltwirtschaft. Für das Wachstum der Volkswirtschaften sind die Humanressourcen und die durch Forschung und Entwicklung gewonnenen Erkenntnisse zunehmend wichtiger als Sachressourcen. Deshalb kommt der Beobachtung der Entwicklung der Bildungsausgaben eine große Bedeutung zu. Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse des Bildungsfinanzberichts 2025 kurz vorgestellt. Die Ergebnisse der Bildungsfinanzstatistiken werden dabei, sofern nicht anders angegeben, in den jeweiligen Preisen dargestellt (nominale Ergebnisse).

### Kapitel 2.1

**Bildungsbudget stieg 2022 auf 267,5 Mrd. Euro:** Im Jahr 2021 waren es noch 254,0 Mrd. Euro. Nach vorläufigen Berechnungen stieg das Bildungsbudget im Jahr 2023 um weitere 15,3 Mrd. Euro auf 282,8 Mrd. Euro. Die öffentlichen und privaten Ausgaben des Bildungsbudgets machen den größten Teil des umfassenderen Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft aus, das neben dem Bildungsbudget auch Ausgaben für Forschung und Entwicklung und sonstige Wissenschaftsinfrastruktur umfasst. Im Jahr 2022 wurden insgesamt 373,7 Mrd. Euro für Bildung, Forschung und Wissenschaft ausgegeben. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) waren das 9,5 %. Im Jahr 2023 betrug das Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft nach vorläufigen Berechnungen 398,0 Mrd. Euro (9,5 % des BIP).

### Kapitel 2.3

### Kapitel 2.2

**Mehr als vier Fünftel des Bildungsbudgets 2022 für formale Bildungseinrichtungen:** 220,7 Mrd. Euro des Bildungsbudgets entfielen 2022 auf öffentliche und private Ausgaben für formale Bildungseinrichtungen wie Krippen, Kindergärten, Schulen, Berufsbildung oder Hochschulen. Nach vorläufigen Berechnungen wurden diese Ausgaben 2023 um 10,3 Mrd. Euro auf 231,0 Mrd. Euro erhöht. Die Ausgaben der privaten Haushalte für Nachhilfeunterricht, Lernmittel und dergleichen betrugen 2022 zusammen genommen 7,8 Mrd. Euro. Für die Finanzierung des Lebensunterhalts von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern in formalen Bildungsgängen stellten die öffentlichen Haushalte 2022 bundesweit 14,2 Mrd. Euro zur Verfügung (Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Kindergeld für volljährige Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer). Für non-formale Angebote wie die betriebliche Weiterbildung, die Lehrerfortbildung, die sonstige Weiterbildung sowie für Horte, Jugendarbeit und dergleichen wurden 2022 insgesamt 24,7 Mrd. Euro ausgegeben.

### Kapitel 3.1

**Bund, Länder und Gemeinden erhöhten ihre Ausgaben in nahezu allen Bildungsbereichen:** Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte (Grundmittel) für Bildung sind im Zeitraum von 2015 (125,7 Mrd. Euro) bis 2024 (198,4 Mrd. Euro) um 57,8 % (+5,2 % pro Jahr) gestiegen. Die Entwicklungen variierten zwischen den einzelnen Bildungsbereichen und den Ländern. Gegenüber 2015 wurden die Ausgaben für Kindertagesbetreuung um 104,6 % (+8,3 % pro Jahr), für Schulen um 52,4 % (+4,8 % pro Jahr), für Hochschulen um 33,7 % (+3,3 % pro Jahr) und für die Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern um 41,5 % (+3,9 % pro Jahr) erhöht. Auch im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Ausgaben in der Regel, lediglich für die Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern wurden 2023 aufgrund von Einmalzahlungen noch 12,5 % höhere Grundmittel eingesetzt.

### Kapitel 4

### Kapitel 3.1

**Mehr als zwei Drittel der Bildungsausgaben 2024 durch die Länder finanziert:** Der Großteil der öffentlichen Bildungsausgaben (Grundmittel) entfällt auf die Länder. Im Jahr 2024 stellten diese 134,8 Mrd. Euro bzw. 67,9 % der Bildungsausgaben bereit. Der Anteil des Bundes lag bei 5,7 % bzw. 11,4 Mrd. Euro und die Gemeinden finanzierten 26,3 % bzw. 52,2 Mrd. Euro der Bildungsausgaben.

**Weiter steigende öffentliche Bildungsausgaben für 2025 geplant:** Die Haushaltspläne der öffentlichen Haushalte sehen für 2025 (Soll) Bildungsausgaben in Höhe von 205,7 Mrd. Euro vor. Der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden (ohne Sozialversicherungssysteme) belief sich 2024 auf 20,4 %.

Kapitel 3.1

Kapitel 3.4

**Signifikante Gehaltsunterschiede zwischen den Bildungsbereichen:** Das durchschnittliche Monatsbruttogehalt einer Erzieherin bzw. eines Erziehers in öffentlichen Kindertageseinrichtungen belief sich 2024 auf 4 600 Euro, während eine Universitätsprofessur (W3) an öffentlichen Hochschulen mit durchschnittlich 12 200 Euro einschließlich Leistungszulagen vergütet wurde. Das Lehrpersonal an einer weiterführenden allgemeinbildenden Schule verdiente 2024 durchschnittlich zwischen 6 000 Euro (E13) und 8 000 Euro (A14) monatlich, an öffentlichen Grundschulen waren es durchschnittlich 6 200 Euro.

Kapitel 3.1

**Bildungsausgaben je Einwohnerin und Einwohner unter 30 Jahre 2024 bei 7 959 Euro:** Die öffentlichen Bildungsausgaben je Einwohnerin und Einwohner beliefen sich im Jahr 2024 auf 2 374 Euro. Bezogen auf die unter 30-jährigen brachten die öffentlichen Haushalte im Bildungsbereich 2024 pro Person 7 959 Euro auf. Das waren 7,0 % mehr als 2023 und 58,5 % mehr als 2015.

Kapitel 3.3

**Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am BIP gestiegen:** Die öffentlichen Bildungsausgaben (Grundmittel) von Bund, Ländern und Gemeinden in Höhe von 198,4 Mrd. Euro im Jahr 2024 stellen einen Anteil am BIP von 4,6 % dar. Im Vorjahr waren es 4,4 %.

Kapitel 3.5

**Knapp die Hälfte der gesamten öffentlichen Bildungsausgaben 2024 für Schulen:** Bund, Länder und Gemeinden haben 2024 nach dem Grundmittelkonzept der Finanzstatistik insgesamt 198,4 Mrd. Euro für Bildung aufgewendet. Davon entfielen 97,4 Mrd. Euro auf die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, 48,8 Mrd. Euro auf die Kindertagesbetreuung, 38,3 Mrd. Euro auf die Hochschulen, 8,1 Mrd. Euro auf die Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern, 3,1 Mrd. Euro auf die Jugend- und Jugendverbandsarbeit und 2,6 Mrd. Euro auf das sonstige Bildungswesen.

Kapitel 4

**Anstieg der Ausgaben für Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen:** Pro Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen gaben die öffentlichen Haushalte im Jahr 2023 nach vorläufigen Ergebnissen im Durchschnitt 9 800 Euro aus, im Vergleich zu 9 500 Euro im Vorjahr bzw. 6 900 Euro im Jahr 2015. An allgemeinbildenden Schulen wurden dabei 10 500 Euro je Schülerin und Schüler aufgewendet, an beruflichen Schulen waren es insgesamt 7 100 Euro.

Kapitel 4.2

**Überdurchschnittliche Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer 2022 im OECD-Vergleich:** Die Bildungsausgaben pro Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer vom Primar- bis Tertiärbereich lagen 2022 in Deutschland kaufkraftbereinigt bei 18 000 US-Dollar. Der OECD-Durchschnitt und der EU-25-Durchschnitt betrugen 15 000 US-Dollar bzw. 14 300 US-Dollar. Zwischen den Bildungsbereichen bestanden deutliche Unterschiede. So reichten die Ausgaben je Bildungsteilnehmerin bzw. Bildungsteilnehmer in Deutschland von 13 000 US-Dollar im Primarbereich bis 23 300 US-Dollar im Tertiärbereich und 24 500 US-Dollar im Elementarbereich (unter 3-Jährige).

Kapitel 5.1

**Anteil der Bildungsausgaben für formale Bildungseinrichtungen am BIP in Deutschland deutlich niedriger als in anderen OECD-Staaten:** 2022 wurden in Deutschland 5,5 % des BIP für öffentliche und private Bildungseinrichtungen (einschließlich Elementarbereich) verwendet. Gemessen an der Wirtschaftskraft waren die Ausgaben für Bildungseinrichtungen im Primar- bis Tertiärbereich 2022 in Deutschland mit 4,4 % deutlich niedriger als im OECD-Durchschnitt mit 4,7 %. Im Elementarbereich beliefen sich die Ausgaben für Bildungseinrichtungen im Verhältnis zum BIP in Deutschland 2022 auf 1,1 % und lagen damit über den OECD- und EU-25-Durchschnitten von 0,9 %.

Kapitel 5.2

## 2 Bildungsbudget im Überblick

Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes wird erheblich von den Ausgaben für den Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsbereich geprägt. Einen Überblick dazu gibt das Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft, das jährlich vom Statistischen Bundesamt erstellt wird. Im quantitativ bedeutsamsten Teilbereich, dem Bildungsbudget, werden die dem Bildungssystem zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen abgebildet. An ihrer Höhe lässt sich der Stellenwert ablesen, welcher der Bildung in der Gesellschaft beigemessen wird. Die Ausstattung des Bildungswesens mit Finanzmitteln, deren Verteilung auf die einzelnen Bildungsbereiche und deren Finanzierung durch Bund, Länder, Gemeinden und den privaten Bereich stehen häufig im Mittelpunkt der bildungspolitischen Diskussion.

### 2.1 Entwicklung des Bildungsbudgets

**Bildungsbudget**  
2022 bei 267,5 Mrd. Euro,  
2023 bei 282,8 Mrd. Euro

Die Bildungsausgaben des öffentlichen und privaten Bereichs in der Abgrenzung des Bildungsbudgets beliefen sich 2022 auf 267,5 Mrd. Euro und stiegen 2023 nach vorläufigen Berechnungen um 5,7 % auf 282,8 Mrd. Euro. Gegenüber 2015 (195,5 Mrd. Euro) entspricht dies einem Anstieg von 44,6 %.

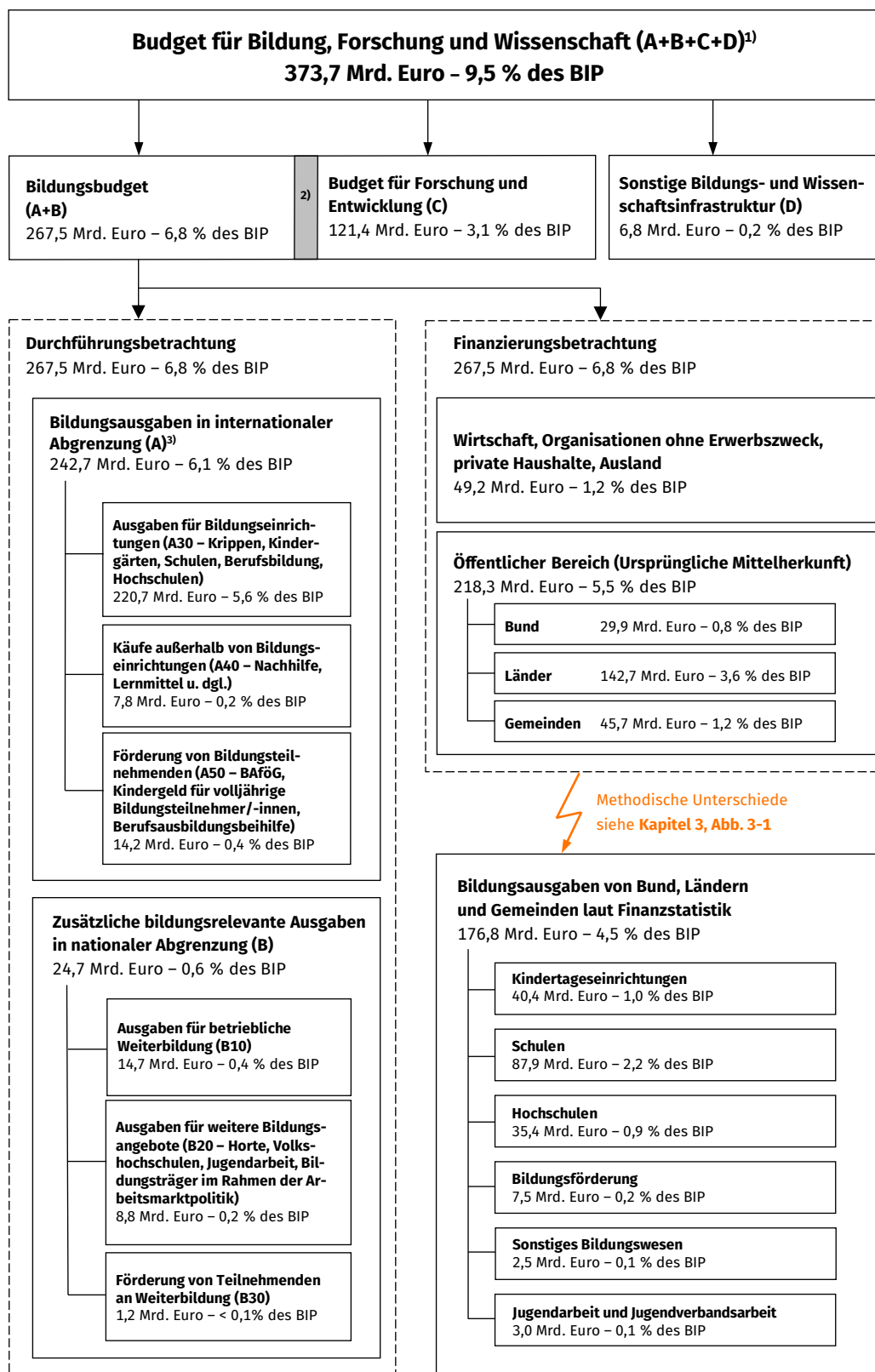
Das Bildungsbudget<sup>M</sup> ist Teil des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft. Nach dem Konzept des lebenslangen Lernens umfasst das Bildungsbudget die Ausgaben für Angebote des formalen Bildungswesens (Krippen, Kindergärten, Schulen, Berufsbildung, Hochschulen) in internationaler Abgrenzung und für sonstige Bildungsangebote. Zu den sonstigen, non-formalen Angeboten zählen die betriebliche Weiterbildung, die allgemeine und berufliche Weiterbildung in Volkshochschulen, Jugendarbeit, Betreuung von Kindern in Horten und dergleichen. Das Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft umfasst neben dem Bildungsbudget auch das Budget für Forschung und Entwicklung sowie die Ausgaben für sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur.

**Budget für Bildung,  
Forschung und Wissenschaft**  
2022 bei 373,7 Mrd. Euro,  
2023 bei 398,0 Mrd. Euro

Das Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft lag im Jahr 2022 bei 373,7 Mrd. Euro. Gegenüber 2015 entsprach dies einer Steigerung um 98,9 Mrd. Euro bzw. 36,0 %. Nach vorläufigen Berechnungen belief es sich im Jahr 2023 auf 398,0 Mrd. Euro (+6,5 %; **Tab. 2.1-1**).

Im Jahr 2022 entfielen von den Gesamtausgaben des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft 71,6 % bzw. 267,5 Mrd. Euro (einschließlich der Ausgaben für Forschung und Entwicklung an Hochschulen in Höhe von 22,0 Mrd. Euro) auf das Bildungsbudget, 26,6 % bzw. 99,4 Mrd. Euro auf Forschung und Entwicklung in Unternehmen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie 1,8 % bzw. 6,8 Mrd. Euro auf Museen, Bibliotheken, Fachinformationszentren und die außeruniversitäre Wissenschaftsinfrastruktur (**Abb. 2.1-1, Tab. 2.1-1**).

Abbildung 2.1-1: Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2022



Bei den Summen kann es aufgrund von Rundungen in den Zwischensummen zu Abweichungen kommen.

1) Konsolidiert hinsichtlich der Ausgaben für Forschung und Entwicklung an Hochschulen.

2) Der graue Bereich markiert die Ausgaben für Forschung und Entwicklung an Hochschulen (22,0 Mrd. Euro). Diese Ausgaben werden nach der internationalen Abgrenzung sowohl dem Budgetteil A als auch C zugeordnet. Für die Ermittlung des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft (A+B+C+D) ist eine Konsolidierung um diesen Betrag erforderlich.

3) Bildungsprogramme der ISCED-2011.



Mehr als vier Fünftel der Ausgaben für formale Bildungseinrichtungen

### 2.2 Bildungsbudget nach Bildungsbereichen

Mit 220,7 Mrd. Euro entfielen rund 82,5 % des Bildungsbudgets in Höhe von 267,5 Mrd. Euro im Jahr 2022 auf die Ausgaben für formale Bildungseinrichtungen (Krippen, Kindergärten, Schulen, Berufsbildung, Hochschulen). Nach vorläufigen Berechnungen wurden diese Ausgaben 2023 auf 231,0 Mrd. Euro gesteigert.

2022 betrugen die Ausgaben der privaten Haushalte für Nachhilfeunterricht, Lernmittel und dergleichen 7,8 Mrd. Euro. Für die Finanzierung des Lebensunterhalts von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern in formalen Bildungsgängen stellten die öffentlichen Haushalte im gleichen Jahr 14,2 Mrd. Euro zur Verfügung (BAföG, Kindergeld für volljährige Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer). Nach vorläufigen Ergebnissen für 2023 stiegen die Ausgaben der privaten Haushalte auf 8,4 Mrd. Euro. Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für die Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern in formalen Bildungsgängen stieg ebenfalls, und zwar auf 16,4 Mrd. Euro.

Während sich die internationalen Vergleichsstudien der OECD auf das formale Bildungssystem beziehen, umfasst das nationale Bildungsbudget auch die Ausgaben für non-formale Bildungsangebote. Im Jahr 2022 wurden für non-formale Angebote wie die betriebliche Weiterbildung, die Lehrerfortbildung und die sonstige Weiterbildung sowie für Horte, Jugendarbeit und dergleichen 24,7 Mrd. Euro (2023: 27,0 Mrd. Euro) ausgegeben.

Die Bildungsbereiche des Bildungsbudgets werden seit dem Bildungsfinanzbericht 2015 nach der ISCED-2011 abgegrenzt. Gemäß der ISCED-2011 werden Programme zur Bildung, Betreuung und Erziehung von unter 3-Jährigen in Krippen und Kindertagespflege dem formalen Bildungswesen zugeordnet. Schulen des Gesundheitswesens zählen zu den postsekundären, nicht-tertiären Bildungsprogrammen (**Anhang A 2**).

Gliedert man die Gesamtausgaben für Bildung im Jahr 2022 nach einzelnen Bereichen (**Abb. 2.2-1**), so dominierten mit großem Abstand die allgemeinbildenden Bildungsgänge des Schulbereichs mit 91,3 Mrd. Euro. Für berufliche, nicht-tertiäre Bildungsgänge einschließlich der Schulen des Gesundheitswesens wurden 28,8 Mrd. Euro aufgewendet, während im Tertiärbereich 50,1 Mrd. Euro ausgegeben wurden. Darin sind 22,0 Mrd. Euro für die Forschung und Entwicklung an Hochschulen enthalten. Auf den Elementarbereich, zu dem die Krippen, Kindergärten, Vorschulklassen und Schulkindergärten zählen, entfielen 43,9 Mrd. Euro (**Abb. 2.2-1, Tab. 2.1-1**).

### 2.3 Bildungsbudget in Relation zum Bruttoinlandsprodukt

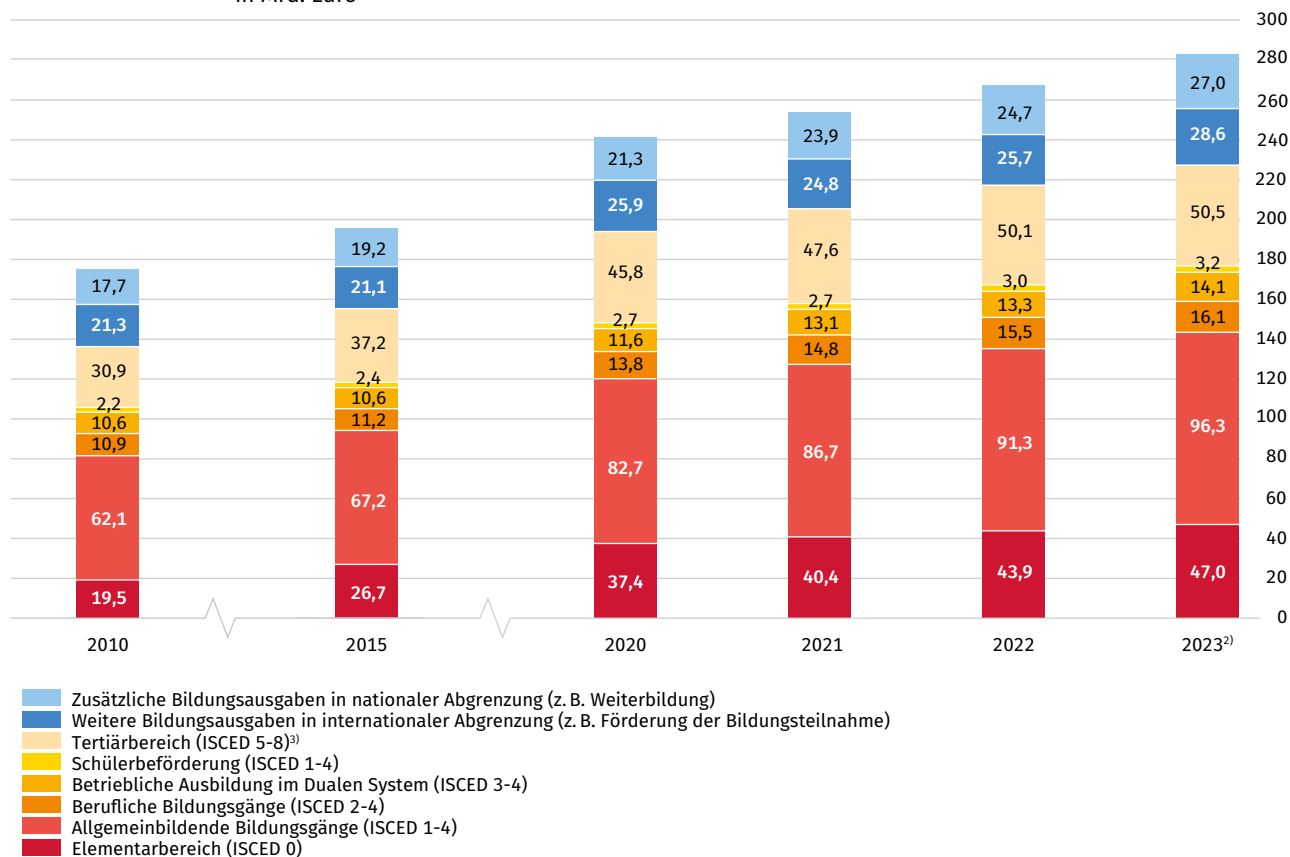
Anteil des Bildungsbudgets am BIP 2022 bei 6,8 %

Auf den Bildungsbereich insgesamt (einschließlich der Ausgaben der Hochschulen für Forschung und Entwicklung) entfielen 2022 insgesamt 6,8 % des BIP (2015: 6,3 %, 2020: 7,0 %, 2021: 6,9 %). Der höhere Wert im Jahr 2020 lässt sich u. a. mit dem Rückgang des BIP im ersten Jahr der Corona-Pandemie erklären. In den Folgejahren sank der Anteil wieder. Die Ausgaben für formale Bildungseinrichtungen lagen im Jahr 2022 bei 5,6 % (2015: 5,1 %). 2023 waren es nach vorläufigen Berechnungen 5,5 %. Die Transfers der öffentlichen Haushalte für die Lebenshaltung der am Bildungsprozess teilnehmenden Kinder, Schülerinnen und Schüler, Auszubildenden und Studierenden sowie die Ausgaben der privaten Haushalte für Nachhilfeunterricht, Lernmittel und dergleichen entsprachen 0,4 % des BIP (2015: 0,4 %). 2022 wurden für Weiterbildung und andere non-formale Bildungsangebote 0,6 % (2015: 0,6 %) des BIP ausgegeben (**Abb. 2.3-1, Tab. 2.3-1**).

Legt man die Abgrenzung des Gesamtbudgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft zugrunde, so wurden im Jahr 2022 insgesamt 9,5 % des BIP für diese Aufgaben verwendet. Im Jahr 2015 lag die Relation bei 8,9 % (**Tab. 2.3-1**).



**Abbildung 2.2-1: Bildungsbudget nach Bildungsbereichen<sup>1)</sup>**  
in Mrd. Euro



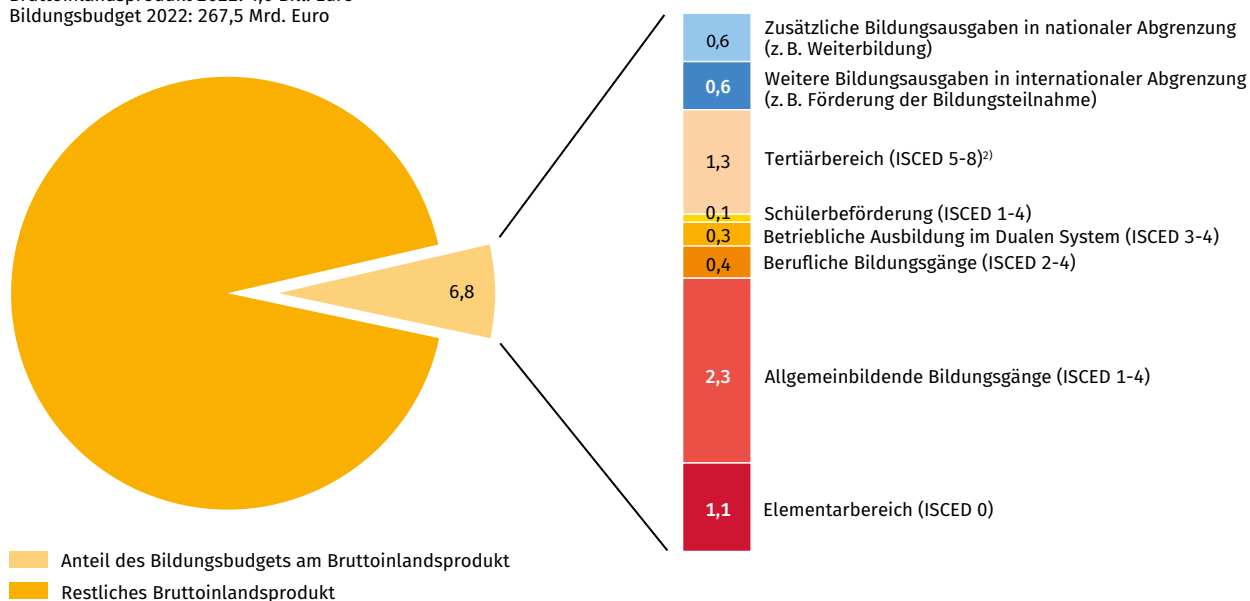
1) Abgegrenzt nach der ISCED-Gliederung: International Standard Classification of Education 2011 (**Tab. A 2.1**).

2) Vorläufige Berechnungen.

3) Einschließlich Ausgaben für Forschung und Entwicklung an Hochschulen.

**Abbildung 2.3-1: Bildungsbudget nach Bildungsbereichen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 2022<sup>1)</sup>**  
in %

Bruttoinlandsprodukt 2022: 4,0 Bill. Euro  
Bildungsbudget 2022: 267,5 Mrd. Euro



1) Abgegrenzt nach der ISCED-Gliederung: International Standard Classification of Education 2011 (**Tab. A 2.1**).

2) Einschließlich Ausgaben für Forschung und Entwicklung an Hochschulen.

### 2.4 Finanzierungsstruktur des Bildungsbudgets nach Bildungsbereichen

**Rund 82 % des Bildungsbudgets aus öffentlicher Hand finanziert**

Das deutsche Bildungswesen ist im Schul- und Hochschulbereich überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert, während im Elementarbereich, in der beruflichen Bildung und in der Weiterbildung private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbszweck und Unternehmen traditionell stärker an der Finanzierung beteiligt sind. Mehr als vier Fünftel der gesamten Bildungsausgaben wurden 2022 von Bund, Ländern und Gemeinden aufgebracht, der restliche Betrag wurde von Privathaushalten, Organisationen ohne Erwerbszweck, Unternehmen sowie aus dem Ausland finanziert (**Abb. 2.4-1**).

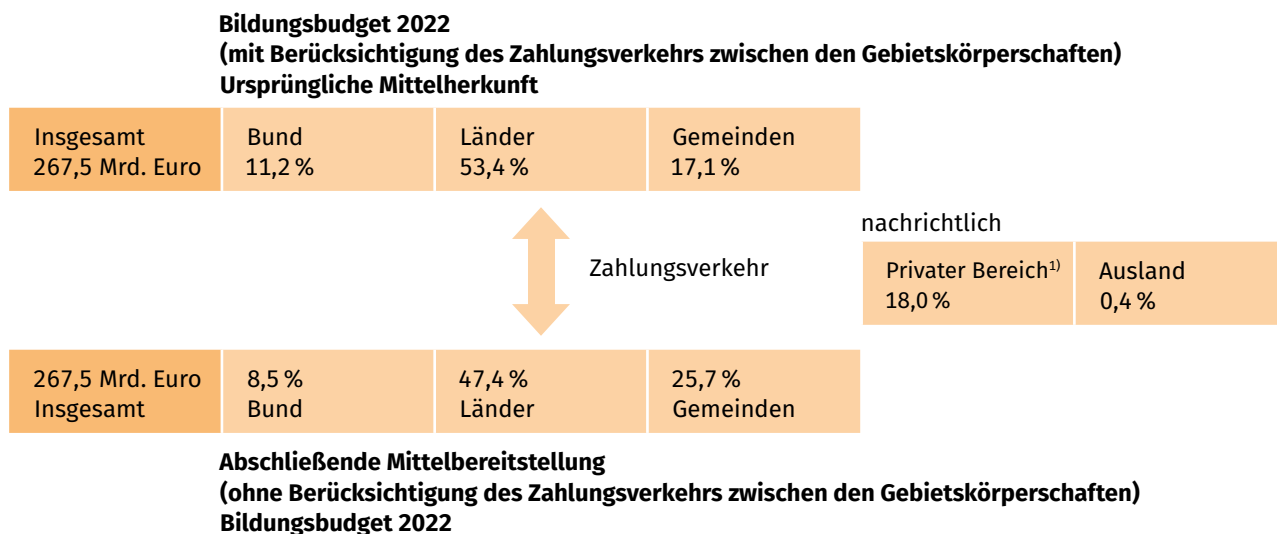
2022 finanzierten die öffentlichen Haushalte 218,3 Mrd. Euro des Bildungsbudgets. Der private Bereich stellte 48,1 Mrd. Euro zur Verfügung und das Ausland 1,1 Mrd. Euro. Die Finanzierungsbeiträge der öffentlichen Gebietskörperschaften können dabei auf zwei verschiedene Weisen betrachtet werden. Bei der Darstellung nach der ursprünglichen Mittelherkunft wird der Zahlungsverkehr zwischen den öffentlichen Gebietskörperschaften berücksichtigt. Mittel, die der Bund beispielsweise den Ländern oder Gemeinden zur Verfügung stellt, werden in dieser Betrachtungsweise dem Bund zugerechnet. Bei der Betrachtung nach der abschließenden Mittelbereitstellung wird der Zahlungsverkehr zwischen den öffentlichen Gebietskörperschaften hingegen nicht berücksichtigt. Mittel, welche die Länder beispielsweise den Gemeinden zur Verfügung stellen, werden in dieser Betrachtung bei den Gemeinden berücksichtigt. Die Betrachtungsweise hat keinen Einfluss auf das Gesamtvolumen der öffentlichen Mittel für den Bildungsbereich. Für den privaten Bereich sowie das Ausland ist die Darstellung des Zahlungsverkehrs nicht möglich. Die Mittel werden daher nur nachrichtlich aufgeführt.

Insgesamt lag der Finanzierungsbetrag des Bundes unter Berücksichtigung des Zahlungsverkehrs zwischen den öffentlichen Gebietskörperschaften 2022 bei 29,9 Mrd. Euro. Die Länder finanzierten insgesamt 142,7 Mrd. Euro des Bildungsbudgets und damit einen Großteil der Bildungsausgaben in Deutschland. Auf die Gemeinden entfielen 45,7 Mrd. Euro (**Tab. 2.4-1a**). Abgegrenzt nach der abschließenden Mittelbereitstellung finanzierte der Bund 22,6 Mrd. Euro, die Länder 126,9 Mrd. Euro und die Gemeinden 68,7 Mrd. Euro (**Tab. 2.4-1b**). Berücksichtigt man den Zahlungsverkehr zwischen den öffentlichen Gebietskörperschaften, steigt demnach der Finanzierungsanteil von Bund und Ländern (**Abb. 2.4-1**).

**Finanzierungsanteil der Länder bei den allgemeinbildenden Schulen 2022 bei 82 %**

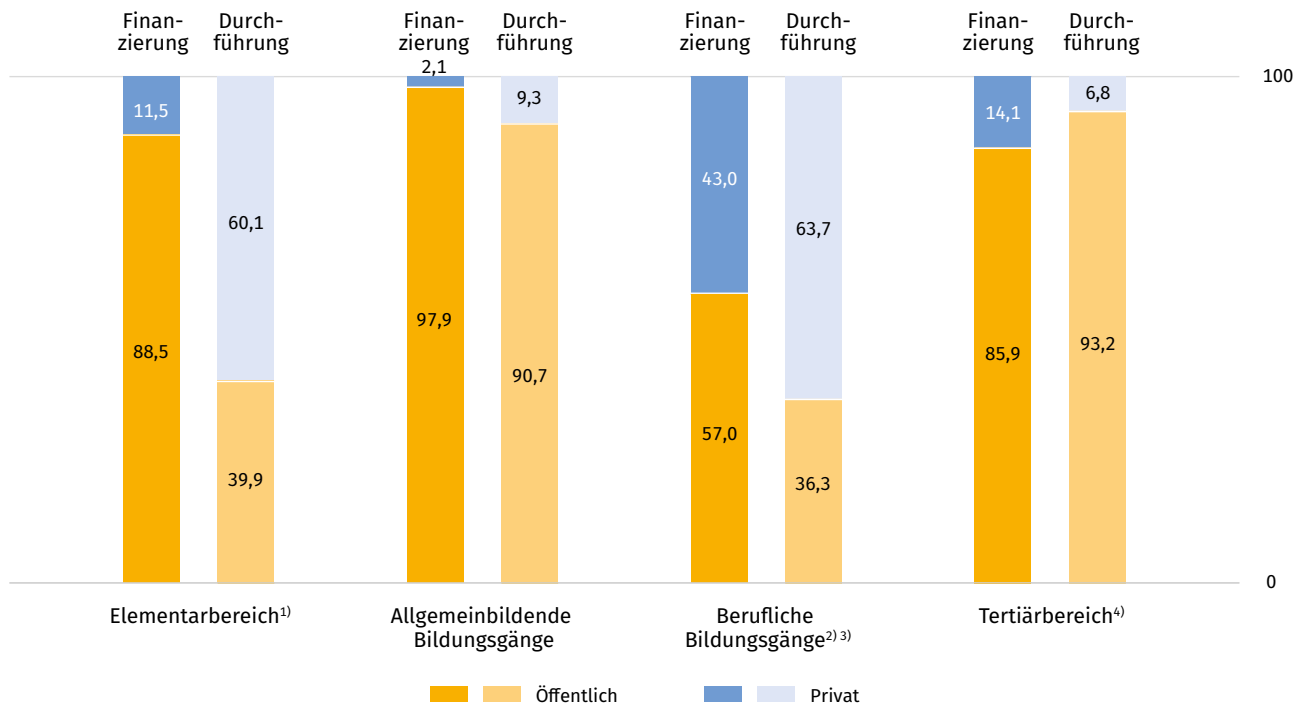
Deutliche Unterschiede zeigen sich bei den Finanzierungsschwerpunkten von Bund, Ländern und Gemeinden. Der Bund finanzierte 11,2 % der Bildungsausgaben insgesamt. Der Zahlungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften ist dabei berücksichtigt. Seine Finanzierungsschwerpunkte lagen im Bereich der Förderung von Bildungs- sowie Weiterbildungsteilnahme, die zu jeweils 76,5 % bzw. 100 % vom Bund finanziert wurden (**Tab. 2.4-1a**). Die Länder trugen insgesamt 53,4 % des Bildungsbudgets. Besonders hoch war ihr Finanzierungsanteil mit 81,7 % bei den allgemeinbildenden Schulen und mit 67,4 % bei den Studiengängen an Hochschulen. Die Gemeinden, deren Anteil an den Bildungsausgaben insgesamt 17,1 % betrug, finanzierten schwerpunktmäßig die Kindertagesbetreuung im Elementarbereich (44,3 % Finanzierungsanteil).

**Abbildung 2.4-1: Bildungsbudget für alle Bildungsbereiche zusammen nach finanzierenden Sektoren 2022**  
in % der Gesamtausgaben



1) Privathaushalte, Unternehmen, private Organisationen ohne Erwerbszweck.

**Abbildung 2.5-1: Finanzierungs- und Durchführungsanteile öffentlicher und privater Einrichtungen für ausgewählte Bildungsbereiche 2022**  
in % der Gesamtausgaben



Die Abgrenzung der Abbildung entspricht den internationalen Vorgaben der ISCED-2011.

1) Krippen, Kindergärten, Vorschulklassen, Schulkindergärten.

2) Einschließlich betriebliche Ausbildung im Dualen System und Schulen des Gesundheitswesens, ohne Fachschulen, Fachakademien, Berufsakademien.

3) Beim öffentlichen Bereich einschließlich ausbildungsrelevanter Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit.

4) Ohne Ausgaben für die Krankenbehandlung, einschließlich Ausgaben für Fachschulen, Fachakademien, Berufsakademien, Forschung und Entwicklung an Hochschulen, Studentenwerke.

### 2.5 Bildungsbudget nach durchführenden Sektoren

Alternativ zu den zwei verschiedenen Sichtweisen der Finanzierungsbetrachtung kann das Bildungsbudget auch nach durchführenden Sektoren dargestellt werden. Entscheidend ist hier, ob eine Ausgabe letztendlich von einer öffentlichen oder privaten Bildungseinrichtung getätigt wird. Die Herkunft der Mittel aus öffentlicher und privater Finanzierung spielt dabei keine Rolle. Im Fokus der Durchführungsbetrachtung steht der Sektor bzw. die Bildungseinrichtung, welche die Mittel abschließend verausgabt.

2022 wurden insgesamt 167,1 Mrd. Euro der insgesamt 267,5 Mrd. Euro des Bildungsbudgets von Einrichtungen im öffentlichen Bereich und 100,4 Mrd. Euro von Einrichtungen im privaten Bereich (z. B. Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft) verausgabt (**Tab. 2.5-1**). Damit entfielen in der Durchführungsbetrachtung 62,5 % der Bildungsausgaben auf den öffentlichen Bereich und 29,3 % auf den privaten Bereich. Für die restlichen 22,0 Mrd. Euro (8,2 %) ist methodisch bedingt keine Aufteilung nach öffentlich/privat möglich. Betroffen hiervon sind insbesondere die Ausgaben privater Haushalte für Bildungsdienste außerhalb von Bildungseinrichtungen sowie Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden, da in diesen Bereichen die abschließende Verwendung der Mittel nicht klar abgrenzbar ist.

Beim Vergleich der Ergebnisse von Durchführungs- und Finanzierungsbetrachtung zeigt sich, dass im Elementarbereich beispielsweise der private Durchführungsanteil bei 60,1 % liegt (**Abb. 2.5-1**). In anderen Worten: 60,1 % der Mittel (26,4 Mrd. Euro) im Elementarbereich werden von Einrichtungen in freier Trägerschaft verausgabt. Hingegen liegt der private Finanzierungsanteil nur bei 11,5 %. Dies lässt sich dadurch erklären, dass sich in Deutschland viele Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft befinden, die allerdings überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Bei den allgemeinbildenden Schulen zeigt sich ein ähnliches Bild, allerdings auf einem deutlich niedrigeren Basisniveau aufgrund insgesamt niedrigerer Anteile des privaten Bereichs. Hier steht ein Durchführungsanteil privater Einrichtungen von 9,3 % einem Finanzierungsanteil von 2,1 % gegenüber. Auch bei den beruflichen Bildungsgängen übertrifft der Ausgabenanteil der privaten Einrichtungen ihren Finanzierungsanteil.

### 2.6 Methodische Fragen

Die dargestellten Ausgaben im Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft beruhen auf einem Gesamtrechnenwerk, in das verschiedene Datenquellen und Verfahren eingehen. Diese beruhen im primären Budgetteil (Teil A) auf internationalen Vorgaben und abgestimmten Verfahrensweisen, hingegen lässt Teil B auch bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung zu. Dabei kommt es zu unterschiedlichen Auffassungen bei der verwendeten Rechenmethodik und dem Berichtskreis. So vertritt beispielsweise die Länderfinanzseite die Meinung, dass die Bildungsausgaben in diesem Bericht in zwei Themenkomplexen unterzeichnet werden. Eine ausführliche Erläuterung der Positionen findet sich im „Bildungsfinanzbericht 2023“ auf den Seiten 24 bis 26.

#### Versorgungsausgaben und unterstellte Sozialbeiträge

Im Bildungsbereich, vor allem im Schul- und Hochschulwesen, sind viele Beamtinnen und Beamte tätig, für deren Versorgung im Ruhestand (Pensionen und Beihilfen) der Staat aufkommt. Im Gegensatz zu Angestellten, bei denen Arbeitgeber und Beschäftigte gemeinsame Beiträge zur Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) leisten, werden für Beamtinnen und Beamte in der Regel keine Beiträge an einen Alterssicherungsfonds gezahlt. Daher werden sogenannte unterstellte Sozialbeiträge für die im Bildungsbereich aktiven Beamtinnen und Beamten ermittelt, die in das Bildungsbudget einfließen. Für die Ermittlung dieser unterstellten Sozialbeiträge verwendet das Statistische Bundesamt ein Zuschlagsverfahren, das mit dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) konform ist. Das Verfahren berücksichtigt den aktuellen Beitragssatz zur GRV, einen Zuschlag für die Beihilfe der Pensionärinnen und Pensionäre sowie die Beiträge für die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL). Im Jahr 2024 lag der Zuschlagssatz bei 34,83 %.

Einige Mitglieder der Arbeitsgruppe Bildungsfinanzbericht, darunter die Finanzseite der Länder, vertreten die Auffassung, dass die unterstellten Sozialbeiträge nach diesem Verfahren (2022: 16,2 Mrd. Euro) zu niedrig ausgewiesen werden. Aktuell übersteigen die tatsächlich gezahlten Versorgungsbezüge und Beihilfen an ehemalige Beamtinnen und Beamte des Bildungsbereichs (nach Angaben der ZDL 2024: 30,1 Mrd. Euro, **Tab. 2.1-1**) bereits die unterstellten Sozialbeiträge deutlich und die Zahl der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Nach Ansicht einiger Mitglieder unterschätzt der ermittelte Zuschlagssatz die künftigen Versorgungsausgaben im Bildungsbereich aus mehreren Gründen: (a) Der Bundeszuschuss deckt etwa ein Viertel der Ausgaben der GRV, wird aber beim Zuschlagsverfahren nicht berücksichtigt. (b) Versicherungsfremde Leistungen, die in der GRV ebenfalls durch Bundeszuschüsse gedeckt werden, fallen in der Beamtenversorgung unmittelbar an. (c) Besondere Merkmale der Beamtinnen und Beamten im Bildungsbereich (hohes Entgeltniveau, hoher Frauenanteil mit hohen Lebenserwartungen, relativ späte Verbeamtung) werden nicht angemessen berücksichtigt. (d) Umlage- und Beitragssätze werden sich aufgrund der demografischen Alterung und des medizintechnischen Fortschritts künftig erhöhen.

### Kalkulatorische Unterbringungskosten

Die Kosten der Liegenschaften für Bildungs- und Forschungszwecke werden zwischen den Ländern uneinheitlich veranschlagt. Ein Teil der Gebietskörperschaften hat ihr Grundstückswesen aus dem Haushalt ausgegliedert, indem die Grundstücke und Gebäude einem Eigenbetrieb übertragen wurden. Dieser vermietet die Grundstücke und Gebäude an Bildungseinrichtungen, die sich in der Trägerschaft der Gebietskörperschaft befinden, gegen Entgelt. Für den Erhalt und Bau der Liegenschaften sind die Eigenbetriebe zuständig, die sich in der Regel durch die Entgelte finanzieren. Viele Länder und Gemeinden, die ihre Grundstücke und Gebäude nicht ausgelagert haben, verlangen von ihren Bildungseinrichtungen kein Nutzungsentgelt. Hierfür werden bislang keine kalkulatorischen Kosten angesetzt. Dafür werden in der Regel die von den Ländern und Gemeinden getätigten Investitionsausgaben für den Erwerb der Grundstücke sowie den Bau und Erhalt der Gebäude nachgewiesen.

Die Landesfinanzministerinnen und Landesfinanzminister vertreten die Auffassung, dass die mehrheitlich immer noch unentgeltliche Überlassung öffentlicher Liegenschaften für den Bildungsbereich eine bedeutsame geldwerte Leistung darstellt, die statistisch untererfasst ist. Im Zuge einer vollständigen Bestandsaufnahme der öffentlichen Bildungsaufwendungen sollte die kostenfreie Unterbringung nach einem einheitlichen Verfahren bewertet und ausgewiesen werden. Andernfalls kommt es zu einer Verkürzung der tatsächlichen Leistungserbringung durch die Länder (unentgeltliche Überlassung der Hochschulgebäude) und durch die Kommunen (unentgeltliche Überlassung der Schul- und Kindertagesstättegebäude).

Nach Ansicht des Statistischen Bundesamtes werden in Finanz- und Wirtschaftsstatistiken grundsätzlich keine kalkulatorischen Kosten erfasst. Im Sinne der Haushaltsgrundsätze wäre es zweckmäßig, wenn die Ministerien klare Vorgaben für objektiv nachprüfbarbare Verfahren zur Berechnung kalkulatorischer Mieten erlassen würden. Der Ansatz gleicher Mietsätze für Großstädte und den ländlichen Raum ist nicht sachgerecht. Ferner sind marktübliche Vergleichsmieten für Hörsaal-, Laboratoriums- und Schulgebäude allenfalls an Hochschulen verfügbar, jedoch nicht aus der amtlichen Statistik ableitbar. Aus Sicht des Statistischen Bundesamtes ist außerdem zu betonen, dass der Ansatz kalkulatorischer Mieten für die Nutzung von Bildungseinrichtungen den Grundsätzen der internationalen Bildungsstatistik widerspricht und auch das ESG den Ansatz kalkulatorischer Mieten nicht zulässt. Der unentgeltlichen Nutzung der Liegenschaften durch die Bildungseinrichtungen stehen Investitionsausgaben der öffentlichen Körperschaften gegenüber, die in der Regel durch die Finanzstatistik erfasst werden und in die Berechnung des Bildungsbudgets einfließen.

### <sup>M</sup> Methodische Erläuterungen

#### Ausgaben in Abgrenzung des Bildungsbudgets

Die nach dem Konzept des Bildungsbudgets 2015 abgegrenzten Ausgaben erfassen, wie auch im letzten Bildungsfinanzbericht, die Personalausgaben (einschließlich Beihilfen und Sozialversicherungsbeiträge), Sachaufwand, Investitionsausgaben und unterstellte Sozialbeiträge für die Alters- und Krankenversorgung im Versorgungsfall der im Bildungsbereich aktiven Beamtinnen und Beamten nach dem Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Nicht enthalten sind Abschreibungen, Finanzierungskosten, Ausbildungsvergütungen, Personalausfallkosten der Weiterbildungsteilnehmerinnen und Weiterbildungsteilnehmer im Rahmen der betrieblichen Weiterbildung und die Versorgungszahlungen für im Ruhestand befindliche ehemalige Beschäftigte des Bildungsbereichs. Im Rahmen der Bildungsförderung werden öffentliche Ausgaben für BAföG, Umschulungen, Schülerförderung und andere nachgewiesen.

Kindergeldzahlungen und Kinderfreibeträge sind nach den Grundsätzen der internationalen Bildungsberichterstattung nicht in die Bildungsausgaben einzubeziehen, wenn sie unabhängig von der Teilnahme am Bildungssystem gezahlt werden. Da minderjährige Personen grundsätzlich einen Anspruch auf Kindergeld und Kinderfreibeträge haben, werden Kindergeldzahlungen für diesen Personenkreis nicht in die Bildungsausgaben einbezogen. Für volljährige Personen werden in Deutschland in die Bildungsausgaben die Kindergeldzahlungen nur dann einbezogen, wenn sie an Bildungsmaßnahmen teilnehmen.

Die Bildungsausgaben werden in jeweiligen Preisen angegeben. Einzelne Komponenten des Bildungsbudgets sowie dessen Einbindung in das Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft werden in **Abbildung 2.1-1** dargestellt.

Die in der Vergangenheit vorgenommenen methodischen Weiterentwicklungen des Bildungsbudgets sind ausführlich und umfassend im Bildungsfinanzbericht 2016 (Statistisches Bundesamt, 2016a, S. 124) bzw. seit dem Berichtsjahr 2019/2020 im Statistischen Bericht zum Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft (Statistisches Bundesamt 2025b) dokumentiert.

#### Finanzierungsbeiträge der Gebietskörperschaften mit Berücksichtigung des Zahlungsverkehrs

Dieses Konzept knüpft an die direkten Bildungsausgaben der Gebietskörperschaft an. Es werden jedoch Transfers an andere öffentliche Haushalte berücksichtigt. Der Finanzierungsbeitrag einer Haushaltsebene errechnet sich aus den direkten Bildungsausgaben dieser Ebene zuzüglich der an andere Haushalte geleisteten Transfers abzüglich der von den anderen Ebenen empfangenen Zahlungen. Der Finanzierungsbeitrag des Bundes setzt sich damit aus den direkten Ausgaben des Bundes zuzüglich seiner Nettotransfers an die Landes- und Gemeindeebene zusammen.

#### Finanzierungsbeiträge der Gebietskörperschaften ohne Berücksichtigung des Zahlungsverkehrs

Nach den internationalen Konventionen gelten die direkten Ausgaben eines öffentlichen Haushalts für Bildungseinrichtungen als Finanzierungsbeitrag dieser Haushaltsebene. Hierbei handelt es sich z. B. um die Ausgaben der Bildungseinrichtungen in der Trägerschaft der Gebietskörperschaft (abzüglich der direkten Einnahmen vom privaten Bereich, vom Ausland u. dgl.), um Zuschüsse an Bildungseinrichtungen anderer Träger, um Zahlungen von Stipendien und dergleichen an Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer. Unberücksichtigt bleiben aber Zuweisungen an andere Haushaltsebenen, wenn diese mit den Transfers ihre Ausgaben refinanzieren. Als direkte Ausgaben des Bundes gelten beispielsweise Drittmittelzahlungen an öffentliche und private Hochschulen, während die Transfers an die Länder nach dem Hochschulpakt bzw. nach dem „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ im Finanzierungsbeitrag des Bundes unberücksichtigt bleiben.



# 3 Entwicklung und Struktur der öffentlichen Bildungsausgaben

Der Finanzbedarf des deutschen Bildungssystems wird zu circa vier Fünfteln durch die öffentlichen Haushalte gedeckt. Die finanziellen Mittel werden durch Bund, Länder und Gemeinden bereitgestellt. Aufgrund der föderalen Strukturen der Bundesrepublik können die Gebietskörperschaften weitgehend autonom über die Höhe ihrer Bildungsausgaben entscheiden. In **Kapitel 3** werden die öffentlichen Bildungsausgaben für den Zeitraum von 2010 bis 2025 in einer Gliederung nach Körperschaftsgruppen<sup>M</sup> dargestellt und anhand relevanter Indikatoren analysiert. Datengrundlage hierfür ist die Finanzstatistik, in der die Bildungsbereiche entsprechend der Haushaltssystematik<sup>M</sup> und folglich nicht deckungsgleich mit der Abgrenzung gemäß ISCED-2011, die dem Bildungsbudget zugrunde liegt, abgegrenzt sind. Die Darstellung für die einzelnen Bildungsbereiche erfolgt in **Kapitel 4**. Zur Unterscheidung der hier dargestellten öffentlichen Bildungsausgaben und der Bildungsausgaben in Abgrenzung des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft siehe auch **Abbildung 2.1-1**.

Für die Steuerung des Bildungswesens werden stets aktuelle Informationen benötigt. Von besonderem Interesse sind die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden. Für die Berechnung der Ausgaben in der Abgrenzung des Bildungsbudgets müssen die Basisdaten mithilfe komplexer Berechnungsverfahren auf die Bildungsbereiche verteilt, bildungsfremde Ausgaben herausgerechnet und die Zahlungsströme zwischen den Sektoren und Haushaltsebenen berücksichtigt werden. Die erforderlichen Informationen liegen in vielen Bereichen nicht zeitnah bzw. nicht in der erforderlichen Gliederungstiefe vor. Für die Darstellung der öffentlichen Ausgaben<sup>M</sup> wird daher auf die Finanzstatistiken (Jahresrechnungsstatistik, Kassenstatistik, Haushaltsansatzstatistik) zurückgegriffen, wobei die Daten der Haushaltsansatzstatistik für Bund und Länder bis zum aktuellen Rand (2025) reichen. Die Bildungsausgaben der Gemeinden werden in den Jahren 2012 bis 2023 um eine Vorabauflbereitung der Gemeindefinanzstatistik ergänzt und am aktuellen Rand fortgeschrieben (**Anhang A 3**).

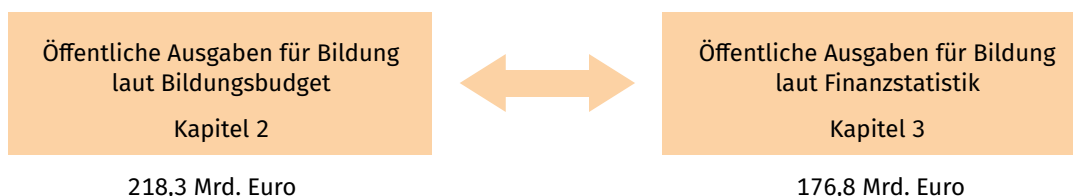
Das Statistische Bundesamt legt bei der Analyse der Bildungsfinanzierung in den **Kapiteln 3** und **4** das Grundmittelkonzept (**Anhang A 4.3**) zugrunde. Nach diesem Konzept können die Bildungsausgaben – trotz Ausgliederungen, Flexibilisierung und Globalisierung der Haushalte (**Anhang A 5.1**) – zwischen den Körperschaftsgruppen und im Zeitverlauf in vergleichbarer Form bis 2024 dargestellt werden. Die Grundmittel ermöglichen zwar eine Analyse der Bildungsfinanzierung, lassen aber keine eindeutigen Rückschlüsse auf das Gesamtvolumen des Bildungsangebots zu, da den Bildungseinrichtungen für die Finanzierung ihrer Ausgaben auch Finanzbeiträge anderer Mittelgeber (z. B. der privaten Haushalte oder der Wirtschaft) zur Verfügung stehen.

Die Grundmittel für Bildung von Bund, Ländern und Gemeinden beliefen sich im Jahr 2022 laut der Finanzstatistik auf 176,8 Mrd. Euro (**Tab. 3.1-1**), laut Bildungsbudget stellte der öffentliche Bereich aber 218,3 Mrd. Euro zur Verfügung (**Tab. 2.4-1a, Abb. 2.1-1**). Diese Unterschiede sind in erster Linie methodisch bedingt, da für die Budgetberechnungen neben der Finanzstatistik eine Vielzahl anderer Statistiken genutzt wird. So werden für die Ermittlung des Budgets die tief gegliederten Angaben der Hochschulfinanzstatistik verwendet und nicht die Angaben der Finanzstatistik zum Aufgabenbereich Hochschulen. Insofern ist keine eindeutige Überleitung der Ergebnisse möglich. Es lassen sich aber einige Sachverhalte anführen, welche die Unterschiede erklären. Der Hauptunterschied zwischen den Angaben der Finanzstatistik und dem Budget besteht darin, dass bestimmte bildungsbezogene Ausgaben in der Finanzstatistik gar nicht oder unter anderen Aufgabenbereichen nachgewiesen werden. Hierbei handelt es sich beispielsweise um Beihilfezahlungen (2,7 Mrd. Euro) und unterstellte Sozialbeiträge für die Beamtenversorgung (16,2 Mrd. Euro). Im Budget enthalten sind auch die Bildungsausgaben der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (6,8 Mrd. Euro). Weitere in der Finanzstatistik außerhalb des Bildungsbereichs veranschlagte Bildungsausgaben sind das Kindergeld für volljährige Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer (6,7 Mrd. Euro) sowie die Ausgaben für Bundeswehr- und Polizeihochschulen, die Beamtenausbildung, die betriebliche Aus- und Weiterbildung in



den öffentlichen Verwaltungen sowie Projektfördermittel für die Hochschulforschung. Im Rahmen der Budgetberechnungen werden zum Teil aber auch Ausgaben eliminiert, die im Bildungsbereich veranschlagt werden, aber nicht Bildungszwecken dienen (z. B. die Ausgaben für die Krankenbehandlung in Hochschulkliniken, Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen). Hinzu kommen noch Unterschiede aufgrund unterschiedlicher Periodenabgrenzungen. So werden die vom Bund und den Ländern an die DFG, an Sondervermögen oder an ausgegliederte Hochschulen geleisteten Zahlungen zum Teil erst in späteren Perioden bildungswirksam (**Abb. 3-1**).

**Abbildung 3-1: Öffentliche Bildungsausgaben nach Bildungsbudget und Finanzstatistik 2022**



#### Abweichungen aufgrund methodischer Unterschiede

- |  |   |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterstellte Sozialbeiträge für die Altersversorgung aktiver Beamtinnen und Beamter im Bildungsbereich<sup>1)</sup></li> <li>• Beihilfen für aktive Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte im Bildungsbereich<sup>1)</sup></li> <li>• Bildungsausgaben der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales</li> <li>• Kindergeld für volljährige Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer</li> <li>• Betriebliche Ausbildung im Dualen System und betriebliche Weiterbildung</li> <li>• Sonstige Ausgaben und Unterschiede in der Rechenmethodik, z. B.                         <ul style="list-style-type: none"> <li>• Andere zusätzliche Bildungsausgaben (z. B. Beamtenausbildung und Bundeswehrhochschulen, Verwaltungsleistungen der Besoldungsstelle u. dgl. für den Bildungsbereich)</li> <li>• Unterschiede in der Periodenabgrenzung (z. B. Zahlungen an DFG, ausgegliederte Hochschulen, Sondervermögen)</li> <li>• Bereinigung der Ausgaben um bildungsfremde Leistungen (z. B. Eliminierung der Krankenbehandlung, DFG-Mittel für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen)</li> </ul> </li> </ul> | 16,2 Mrd. Euro<br><br>2,7 Mrd. Euro<br><br>6,8 Mrd. Euro<br><br>6,7 Mrd. Euro<br><br>4,9 Mrd. Euro<br><br>4,2 Mrd. Euro |
|--|---|

<sup>1)</sup> In der Finanzstatistik sind diese teilweise in den Zuschüssen an ausgegliederte Hochschulen enthalten (länderspezifisch).

**2024: 198,4 Mrd. Euro  
für Bildung**

## 3.1 Öffentliche Bildungsausgaben im Überblick

Die öffentlichen Haushalte haben 2024 nach dem Grundmittelkonzept insgesamt 198,4 Mrd. Euro für Bildung (einschließlich Tageseinrichtungen für Kinder und Jugend- bzw. Jugendverbandsarbeit) aufgewendet. Der Ausgabenzuwachs beträgt gegenüber dem Vorjahr 7,2 % bzw. 13,4 Mrd. Euro. Die Bildungsausgaben lagen 2024 deutlich über dem Niveau von 2015 (125,7 Mrd. Euro, +57,8 % bzw. +5,2 % pro Jahr) und 2010 (106,2 Mrd. Euro, **Abb. 3.1-2**).

Die Flächenländer West finanzierten 2024 den Bildungsbereich mit einem Betrag von 142,8 Mrd. Euro, die Flächenländer Ost mit 26,3 Mrd. Euro und die Stadtstaaten mit 17,9 Mrd. Euro. In einer Betrachtung nach Körperschaftsgruppen entfielen auf den Bund 11,4 Mrd. Euro (5,7 %), auf die Länder (staatliche Ebene) 134,8 Mrd. Euro (67,9 %) und auf die Gemeinden 52,2 Mrd. Euro (26,3 %, **Tab. 3.1-1**).

Für das Jahr 2025 sehen die Haushaltspläne der öffentlichen Haushalte Ausgaben für Bildung in Höhe von 205,7 Mrd. Euro vor. Davon stellt der Bund 12,2 Mrd. Euro zur Verfügung. Die Länder und Gemeinden planen, den Bildungssektor mit 139,7 Mrd. Euro bzw. 53,8 Mrd. Euro zu finanzieren.

Die Bildungsfinanzen wurden in den Jahren 2023 bis 2025 weiterhin maßgeblich durch die Themen Digitalisierung, Kinderbetreuungsausbau und Chancengleichheit sowie die Aufgabe bestimmt, geflüchtete Kinder und Jugendliche – insbesondere aus der Ukraine – zu integrieren. Hierzu wurden staatliche Programme aufgelegt und Sondervermögen eingerichtet (**Abschnitt 3.1.1**).

### Startchancen-Programm

Im Rahmen des Startchancen-Programms unterstützen Bund und Länder bundesweit etwa 4 000 Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler, um den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufzubrechen und für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen. Dafür stellt der Bund über die zehnjährige Laufzeit des am 1. August 2024 gestarteten Programms bis zu 10 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung. Die Länder beteiligen sich an der Finanzierung des Startchancen-Programms insgesamt in gleicher Höhe wie der Bund.

Der vom Bund bereitgestellte Betrag setzt sich zusammen aus Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Art. 104c des Grundgesetzes zur Umsetzung der Säule I des Startchancen-Programms (Investitionsprogramm Startchancen für moderne, klimagerechte und barrierefreie Bildungsinfrastruktur) in Höhe von bis zu 3,8 Mrd. Euro über die Gesamtlaufzeit. Die Finanzhilfen des Bundes werden nach einem neu entwickelten, programmspezifischen Verteilschlüssel auf die Länder verteilt. Im Rahmen der Säule I des Startchancen-Programms beteiligt sich der Bund mit einer Förderquote von 70 %, die Länder einschließlich der Gemeinden und Gemeindeverbände beteiligen sich mit 30 % am Gesamtvolumen des öffentlichen Finanzierungsanteils.

Außerdem wird zur Umsetzung des Startchancen-Programms in den Säulen II (Chancenbudgets für Maßnahmen der Schul- und Unterrichtsentwicklung) und III (Personal zur Stärkung multiprofessioneller Teams) der Umsatzsteueranteil der Länder zunächst bis Ende 2029 befristet im Jahr 2024 um 300 Mill. Euro und in den Jahren 2025 bis 2029 um jeweils 600 Mill. Euro jährlich zu Lasten des Bundes erhöht. Die entsprechende Gesetzesänderung im Finanzausgleichsgesetz (FAG) ist im August 2024 in Kraft getreten.

Bis 2034 sind ferner insgesamt 200 Mill. Euro an Bundesmitteln für die wissenschaftliche Begleitung, die wissenschaftsgeleitete Evaluation und die Programmbegleitung vorgesehen.

### Unterstützung für Kinder und Jugendliche aus der Ukraine

Die Integration geflüchteter Kinder und Jugendliche aus der Ukraine in das deutsche Bildungssystem stellt seit 2022 einen zusätzlichen Tätigkeitsschwerpunkt der öffentlichen Haushalte dar. Nach Angaben der Kultusministerkonferenz (KMK) werden an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen rund 227 000 Kinder und Jugendliche aus der Ukraine unterrichtet (Stand 2. Quartal 2025). In Kindertageseinrichtungen

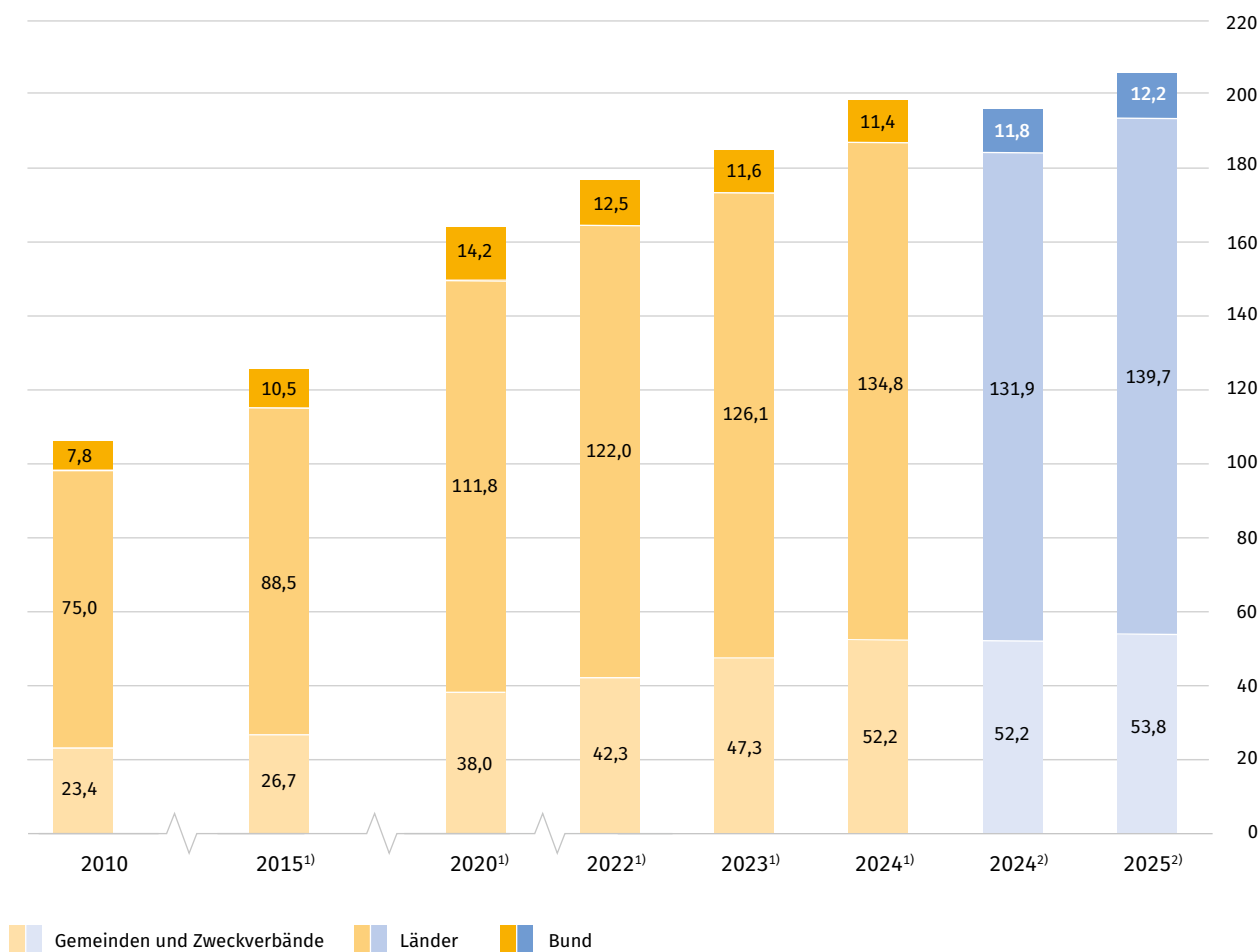
werden ebenfalls Kinder aus der Ukraine betreut. Genaue Zahlen hierzu liegen nicht vor. Näherungsweise können aber Informationen aus der Statistik der Schutzsuchenden genutzt werden. In dieser sind zum 31. Dezember 2023 rund 63 000 Kinder unter sechs Jahren aus der Ukraine erfasst. Die Schaffung von zusätzlichen Betreuungskapazitäten erfordert dabei einen Mehrbedarf an finanziellen Ressourcen. Um einen Überblick über die Tätigkeiten und Mehrbelastungen zu bekommen, führte das Statistische Bundesamt eine Umfrage bei den Kultus- und Finanzministerien der Länder durch. Die Tätigkeits-schwerpunkte können anhand der Zweckbestimmungen der Haushaltstitel deskriptiv dargestellt werden, eine Quantifizierung der Angaben ist aufgrund der Heterogenität des Haushaltswesens in diesem Bereich jedoch nicht möglich. Eine Übersicht über die verschiedenen Tätigkeitsbereiche der Länder findet sich in **Abbildung 3.1-1**.

**Abbildung 3.1-1: Angebote der Länder im Bildungsbereich zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine**

<b>Personalbereich</b>
Schaffung zusätzlicher Planstellen Einstellung von Honorar- oder Vertretungskräften bzw. Zeitpersonal, teilweise mit gesonderten Anforderungen an die Ausbildung (z. B. „Deutsch als Fremdsprache“) Zusätzliche Stellen im Bereich der Schulsozialarbeit bzw. der Schulpsychologie (z. B. Traumapädagogik) Aufstockung des Personals in der Hochschulverwaltung (z. B. Feststellungsprüfung, Zeugnisanerkennung, Kontaktstellen, Serviceplattformen) Schulungen bzw. Fortbildungen zur Unterstützung des bestehenden Personals Stundenaufstockungen für Personal zur Betreuung und Beschulung Integration von ukrainischen Lehrkräften (z. B. durch Sprachkurse oder Fortbildungen)
<b>Zusätzliche Bildungs- und Betreuungsangebote</b>
Sprachförderung Angebote zur Kinderbetreuung (z. B. „offener Ganztag“ oder in Erstaufnahmeeinrichtungen) Willkommens- bzw. Brückenklassen Zusätzliche Angebote der Jugendsozialarbeit (z. B. Integrationsprogramme, Traumapädagogik) Spezielle Unterstützung für Mädchen in besonderen Lebenslagen Ergänzungsangebote auf Ukrainisch (z. B. Kulturvermittlung) Ferienangebote (z. B. Angebote zur Vorbereitung auf das nächste Schuljahr) Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung (Übergang in das Duale System) Stipendienprogramme an Hochschulen
<b>Sonstige Ausgaben / Sachkosten / Zuschüsse</b>
Allgemeine Zuschüsse an Bildungs- und Kindertageseinrichtungen zur Deckung von Mehrausgaben, darunter auch Zuschüsse bzw. Zahlungen von Fallpauschalen an freie Träger Zusätzliche Mittel für Lernmaterialien (z. B. Leihgeräte) Zuschüsse zu Mittagessen in Schulmensen KITA-Gutscheine Unterstützung geflüchteter Studierender und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (z. B. HessenFonds, NRWeg ins Studium, QuiS-Mittel, Scholars at Risk)

Quelle: Umfrage bei den Kultus- und Finanzministerien der Länder, eigene Darstellung

**Abbildung 3.1-2: Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben**  
in Mrd. Euro



1) Vorläufiges Ist.  
2) Soll.

Insbesondere im Schulbereich erfordert die Integration ukrainischer Schülerinnen und Schüler einen deutlichen Mehrbedarf an Personal. In vielen Ländern wurden die Bedarfe dabei durch zusätzliches Zeitpersonal gedeckt, teilweise wurden aber auch neue Planstellen geschaffen. Gefragt war dabei außerdem Personal, das Unterrichtsfächer wie z. B. „Deutsch als Fremdsprache“ abdecken kann. Auch bei der Schulsozialarbeit wurden die Personalkapazitäten aufgestockt. Darüber hinaus wurden ukrainischer Lehrkräfte (z. B. durch Sprachkurse) in den Arbeitsmarkt integriert.

Neben der Schaffung zusätzlicher Personalkapazitäten stellten die Länder weitere Angebote bereit. Exemplarisch zu nennen sind hier, neben allgemeinen Maßnahmen zur Lernförderung, Ferienangebote zur Schulvorbereitung bzw. zur Freizeitgestaltung, die Ausweitung allgemeiner Angebote der Jugendsozialarbeit, Sprachkurse für verschiedene Altersklassen und Sprachniveaus sowie die Schaffung von Ergänzungsangeboten in ukrainischer Sprache. Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung, die Jugendlichen den Übergang in das duale Ausbildungssystem erleichtern sollen, können an dieser Stelle ebenfalls aufgeführt werden.

Die bisher genannten Maßnahmen betreffen überwiegend den Schulbereich bzw. Kinder und Jugendliche im Schulalter. Die Kindertagesbetreuung stellt einen weiteren Schwerpunkt in den Landeshaushalten dar. Auch hier erfordert die Aufnahme von Kindern aus der Ukraine einen Mehrbedarf an finanziellen Ressourcen. Neben allgemeinen Haushaltstiteln zur Deckung der Mehrausgaben finden sich hier auch Angebote wie KITA-Gutscheine oder Möglichkeiten zur Vereinfachung der Kinderbetreuung in Einrichtungen der Erstaufnahme.

### 3.1.1 Sondervermögen

Sondervermögen des Bundes und der Länder sind rechtlich unselbstständige, abgesonderte Teile des Bundes- oder Landesvermögens, die der Erfüllung einzelner, abgegrenzter Aufgaben der jeweiligen Gebietskörperschaft dienen und getrennt vom übrigen Vermögen zu verwalten sind (**Anhang A 5.1.9**). Aus den Sondervermögen im Bildungsbereich stellt z. B. der Bund den Ländern finanzielle Mittel zur Förderung von Investitionsausgaben zur Verfügung.

#### Berücksichtigung von Sondervermögen in den Grundmitteln des Bildungsfinanzberichts

Grundlage für die Berechnung der Grundmitteltabellen in **Kapitel 3** und **4** im Bildungsfinanzbericht ist die Haushaltsansatzstatistik. Der primäre Fokus auf die Haushaltsansätze hat dabei einen unmittelbaren Einfluss auf die Berücksichtigung von Sondervermögen in den Grundmitteln. Da Sondervermögen in Wirtschaftsplänen und nicht im Haushaltsplan veranschlagt werden, ist in der Regel nur die Zuweisung an das Sondervermögen, nicht aber die späteren Zahlungen aus dem Sondervermögen in der Haushaltsansatzstatistik enthalten. Folglich können auch nur die Zuweisungen an die Sondervermögen in den Berechnungen berücksichtigt werden. Dadurch kann es in den Zuweisungsjahren zu Ausgabensprüngen kommen. Die abgerufenen bzw. verplanten Mittel werden in den Grundmitteltabellen nicht berücksichtigt. Um einen besseren Gesamtüberblick über die Zahlungsströme der Sondervermögen zu bekommen, wird in den Textabschnitten zu den einzelnen Sondervermögen aber Bezug auf die abgerufenen Mittel genommen. Der Datenstand der dargestellten abgerufenen Mittel entspricht dem aktuellen Datenstand bei Redaktionsschluss des Berichts.

Darüber hinaus ist für die Auswertung der Haushaltsansätze für den Bildungsfinanzbericht die Funktion des Haushaltstitels von Bedeutung. Zuweisungen an Sondervermögen, die unter einer Bildungsfunktion nach der staatlichen Haushaltssystematik (**Anhang A 1**) veranschlagt sind, werden automatisch bei der Berechnung der Grundmittel berücksichtigt. Ist die Zahlung an das Sondervermögen hingegen nicht unter einer Bildungsfunktion veranschlagt, ist das Sondervermögen normalerweise nicht in den Grundmittelberechnungen enthalten.

Eine Ausnahme zu diesem Vorgehen stellen für den Bund die Sondervermögen Kommunalinvestitionsförderungsfonds (Kapitel I+II) sowie die Mittel für den DigitalPakt Schule aus dem Sondervermögen Digitale Infrastruktur dar. Diese Sondervermögen sind im Bundeshaushalt nicht unter einer Bildungsfunktion veranschlagt, enthalten jedoch in erheblichem Umfang bildungsrelevante Ausgaben. Die Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt an diese Sondervermögen werden den Grundmitteln des Bundes in den Ist-Werten hinzugesetzt. In den Soll-Werten sind die zugesetzten Sondervermögen nicht enthalten. Die Zuführungen an das Sondervermögen zum Kinderbetreuungsausbau sowie an das Sondervermögen zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter sind hingegen bereits in den Standardauswertungen der Haushaltsansätze in Ist und Soll vorhanden, da sie unter einer Bildungsfunktion veranschlagt werden.

Detaillierte Informationen über die Berücksichtigung der Sondervermögen und die damit verbundenen Umsetzungen finden sich im Anhang (**A 5.1.9**). Dort finden sich außerdem eine tabellarische Übersicht bildungsrelevanter Sondervermögen der Länder sowie ausführliche methodische Hinweise. Die Tabelle zu den Sondervermögen der Länder vermittelt einen Eindruck von den Aufgabenbereichen und Größenordnungen der bildungsrelevanten Ausgliederungen auf Länderebene.

#### Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau

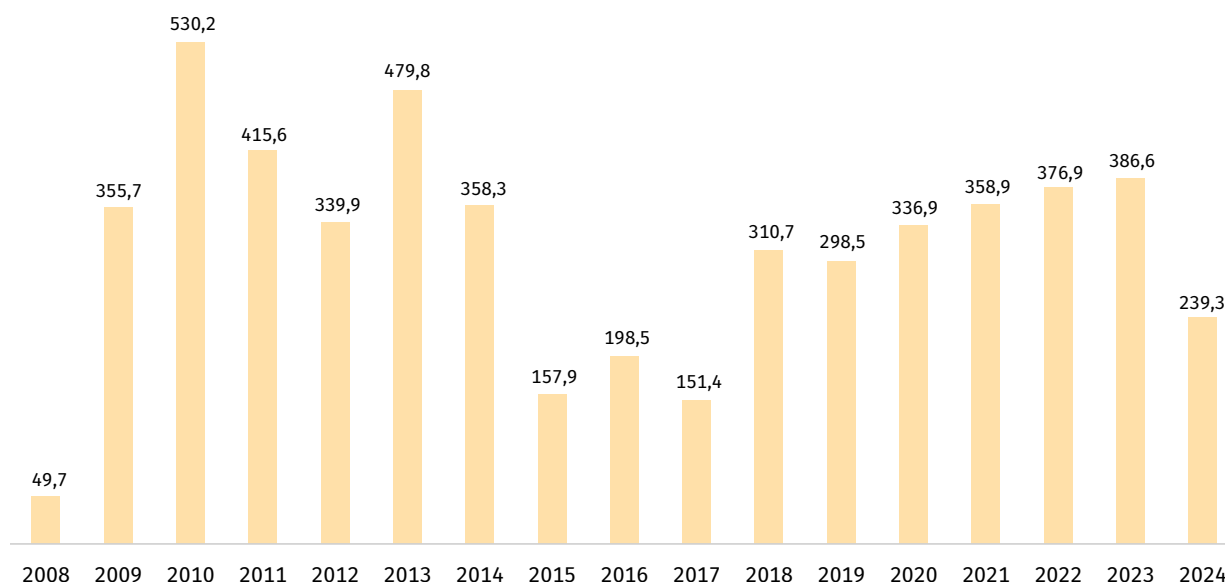
Mit dem Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau (**Abschnitt 4.1.1**) stellte der Bund den Ländern Finanzhilfen für Investitionen zum bedarfsgerechten Ausbau von Betreuungsplätzen in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege – zunächst für Kinder unter drei Jahren, seit 2017 auch für Kinder bis zum Schuleintritt – bereit.

2007 wurde das Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau eingerichtet und zunächst im Zusammenhang mit dem ersten Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzie-

rung“ 2008 bis 2013 mit rund 2,2 Mrd. Euro aus dem Bundeshaushalt ausgestattet. Vor dem Hintergrund eines fortwährend steigenden Betreuungsbedarfs wurde das Sondervermögen in den Folgejahren mit weiteren Investitionsprogrammen sukzessive aufgestockt. Insgesamt förderte der Bund im Zeitraum 2008 bis 2024 den Kinderbetreuungsausbau mit 5,4 Mrd. Euro. Am 30. Juni 2024 endete das Programm. Als Ausgleich für deren Belastungen durch die ausbaubedingten Betriebskosten in den Kindertagesbetreuungseinrichtungen haben die Länder zusätzlich bis einschließlich 2024 über Festbeträge zusätzliche Umsatzsteuermittel in Höhe von rund 11,3 Mrd. Euro erhalten. Es ist weiterhin ein jährlicher Betrag von 845 Mill. Euro vorgesehen.

Nach Angaben des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) wurden im Rahmen des vierten und fünften Investitionsprogramms (Programmphasen 2017 bis 2020 und 2020 bis 2021) im Jahr 2023 rund 386,6 Mill. Euro aus dem Sondervermögen abgerufen und im Jahr 2024 rund 239,3 Mill. Euro (**Abb. 3.1.1-1**, Stand Mai 2025).

**Abbildung 3.1.1-1: Abgerufene Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes für den Kinderbetreuungsausbau<sup>1)</sup>**  
in Mill. Euro



1) Stand Mai 2025.

Quelle: Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ)

#### **Sondervermögen Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter**

**3,5 Mrd. Euro für den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder**

Mit dem Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (Ganztagsförderungsgesetz – GaFöG) vom 2. Oktober 2021 wurde die Einführung eines Ganztagsbetreuungsanspruchs gesetzlich verankert. Die stufenweise Einführung beginnt 2026. Ab 2029 sollen dann alle Kinder im Grundschulalter Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung haben. Um den notwendigen Ausbau zu unterstützen, stellt der Bund den Ländern Finanzhilfen in Höhe von 3,5 Mrd. Euro für Investitionen in die Bildungsinfrastruktur zur Verfügung. Festgeschrieben wird der Betreuungsanspruch in § 24 Abs. 4 des Achten Buches Sozialgesetzbuch. Die Finanzhilfen wurden den Ländern bisher bis zum 30. Juni 2028 überjährig aus dem Sondervermögen gewährt. Mit dem Gesetz zur Verlängerung der Fristen im Investitionsprogramm Ganztagsausbau wird den Planungs- und Umsetzungsanforderungen der Länder und Kommunen Rechnung getragen. Der Förder- und Abrechnungszeitraum für die Mittel des Sondervermögens wird um zwei Jahre bis 30. Dezember 2029 bzw. 30. Juni 2030 verlängert.

Die Gewährung der Finanzhilfen wird im Ganztagsfinanzhilfegesetz sowie in zwei Verwaltungsvereinbarungen geregelt. Die Verwaltungsvereinbarung für das erste Investitionsprogramm über 750 Mill. Euro zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder wurde Ende 2020 zwischen Bund und Ländern geschlossen und hatte eine Laufzeit bis Ende 2022. Insgesamt wurden aus dieser Verwaltungsvereinbarung 497 Mill. Euro abgerufen. Die zweite Verwaltungsvereinbarung („Investitionsprogramm Ganztagsausbau“) über die verbleibenden 2,75 Mrd. Euro zuzüglich der Restmittel aus dem ersten Investitionsprogramm wurde im Mai 2023 zwischen Bund und Ländern getroffen. Bislang wurden aus dem Investitionsprogramm Ganztagsausbau insgesamt rund 224 Mill. Euro abgerufen (Stand 15.08.2025).

Um den zusätzlichen laufenden Belastungen bei den Betriebskosten der Länder infolge des Rechtsanspruchs Rechnung zu tragen, wurde zudem eine Änderung der vertikalen Umsatzsteuerverteilung zugunsten der Länder geregelt, von 135 Mill. Euro im Jahr 2026 stufenweise ansteigend auf 1,3 Mrd. Euro pro Jahr ab 2030.

#### Sondervermögen Kommunalinvestitionsförderungsfonds

Zur Förderung von besonders bedeutsamen Investitionen finanzschwacher Gemeinden und Gemeindeverbände hat der Bund mit dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KInvFG) ein Sondervermögen eingerichtet. Der Bund stellte im Jahr 2015 diesem Sondervermögen im Rahmen des Kapitel I einen Betrag in Höhe von 3,5 Mrd. Euro zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen im Zeitraum 2015 bis 2023 zur Verfügung. Diese Mittel sind allerdings nur zum Teil für Investitionen in die Bildungsinfrastruktur vorgesehen. Die Förderquote des Bundes der Gesamtheit der Investitionen beträgt bis zu 90 %, wobei die Länder sicherstellen, dass die Kommunen einen Eigenanteil von mindestens 10 % der Investitionssumme erbringen. Die Länder können dabei den Eigenanteil der Kommunen übernehmen.

**3,5 Mrd. Euro zur Förderung der kommunalen Infrastruktur**

Finanzhilfen für Investitionen im Förderbereich Bildungsinfrastruktur werden für Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur, energetische Sanierungen von Einrichtungen der Schulinfrastruktur, energetische Sanierungen kommunaler oder gemeinnütziger Einrichtungen der Weiterbildung sowie für Modernisierungen von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten gewährt. Die Länder konnten frei wählen, für welche der im Gesetz aufgeführten Förderbereiche die Mittel verwendet werden.

Obwohl der Förderzeitraum abgelaufen ist, liegen dem Bundesministerium für Finanzen (BMF) noch nicht sämtliche Informationen über die einzelnen geförderten Investitionsmaßnahmen vor. Diese übersenden die Länder dem Ministerium erst nach Abschluss und länderspezifischer Prüfung der Maßnahmen. Bis zur Meldung der Vorhaben der Länder zum 30. Juni 2025 konnte ein kumulierter Mittelabfluss von 3,5 Mrd. Euro bzw. 99,5 % des Sondervermögens verzeichnet werden.

Im Förderbereich Bildungsinfrastruktur haben die Länder dem Bund letztmalig zum 30. Juni 2024 insgesamt 5 366 vorgesehene Vorhaben gemeldet. Das Investitionsvolumen (Bundesbeteiligung inkl. Kofinanzierung) der vorgesehenen bzw. bereits durchgeführten Vorhaben beläuft sich auf 2,8 Mrd. Euro (**Tab. 3.1-2**). Die meisten Investitionen dienen der energetischen Sanierung von Schulinfrastruktureinrichtungen.

Im Zuge der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit dem Art. 104c Grundgesetz und zuletzt mit dessen Anpassung vom 4. April 2019 wurde eine Regelung geschaffen, die es dem Bund ermöglicht, Länder und Kommunen flächendeckend bei Investitionen in die Bildungsinfrastruktur zu unterstützen. Hierfür werden über das Kapitel II des Kommunalinvestitionsförderungsfonds bis 2025 weitere 3,5 Mrd. Euro ausschließlich für Sanierung, Umbau und Erweiterung von Schulgebäuden zur Verfügung gestellt. Die Zuführung an das Sondervermögen wird im Jahr 2016 gänzlich den Grundmitteln des Bundes zugesetzt.

**Weitere 3,5 Mrd. Euro für die Schulsanierung**

Seit Inkrafttreten dieses zweiten Kapitels des KInvFG im August 2017 haben nach Angaben des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) die Länder weitere 5 116 Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 6,6 Mrd. Euro gemeldet (Stand 31.03.2025). Davon entfielen 3,4 Mrd. Euro bzw. 51,8 % auf Fördermittel aus dem Sondervermögen.



**Insgesamt 6,5 Mrd. Euro  
für den Ausbau digitaler  
Infrastrukturen an  
Schulen**

#### **Überführung der Ausgaben für den DigitalPakt Schule aus dem Sondervermögen Digitale Infrastruktur in den Haushaltsplan**

Im Rahmen des DigitalPakt Schule gewährt der Bund den Ländern auf Grundlage von Art. 104c des Grundgesetzes Finanzhilfen für Investitionen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der digitalen kommunalen Bildungsinfrastruktur. Der DigitalPakt trat am 17. Mai 2019 in Kraft und sah ursprünglich im Basis-DigitalPakt eine finanzielle Förderung aus dem Sondervermögen Digitale Infrastruktur in Höhe von 5 Mrd. Euro zwischen 2019 und 2024 vor. Im Rahmen der Corona-Pandemie wurden die Mittel durch drei Zusatzvereinbarungen in Höhe von je 500 Mill. Euro auf insgesamt 6,5 Mrd. Euro erhöht. Die Länder haben sich gleichzeitig verpflichtet, diese Investitionen mit einem Eigenanteil in Höhe von mindestens 10 % der Bundesmittel zu unterstützen und eigene Maßnahmen im Rahmen ihrer Kultushoheit und in eigener finanzieller Verantwortung zu erbringen.

Im Februar 2024 wurde das Sondervermögen Digitale Infrastruktur aufgelöst, seitdem werden die Ausgaben für den DigitalPakt Schule im Haushaltsplan des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR, ehemals Bundesministerium für Bildung und Forschung, BMBF) veranschlagt.

In den Grundmitteltabellen wurden im Ist die für den DigitalPakt Schule relevanten Zuführungen aus dem Bundeshaushalt an das Sondervermögen in den Jahren 2018 (720 Mill. Euro), 2020 (1,72 Mrd. Euro), 2021 (571 Mill. Euro), 2022 (2,08 Mrd. Euro), 2023 (256 Mill. Euro) und 2024 (1,46 Mrd. Euro) berücksichtigt. Die anteilig zur Verfügung gestellten Mittel aus den Frequenzerlösen werden hingegen nicht in den Grundmitteltabellen berücksichtigt.

Seit Inkrafttreten des DigitalPakt Schule wurden innerhalb des Basis-DigitalPakt Schule insgesamt Förderanträge in Höhe von 4,9 Mrd. Euro bewilligt (Stand 30.06.2025). Abgeflossen an die Länder sind davon bislang 3,7 Mrd. Euro. Im Rahmen der Zusatzvereinbarungen zum DigitalPakt sind darüber hinaus weitere 1,4 Mrd. Euro an die Länder geflossen. Diese verteilen sich auf die Sonderprogramme mobile Endgeräte für Schülerinnen und Schüler (496 Mill. Euro), Leihgeräte für Lehrkräfte (495 Mill. Euro) sowie das Programm zum Aufbau bzw. Unterhalt von IT-Infrastruktur in Schulgebäuden (381 Mill. Euro).

#### **Neues Sondervermögen zur Förderung Breitbandausbau geplant**

Gemäß Angaben des Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) wurden seit der Einrichtung des Sondervermögens Digitale Infrastruktur Projekte des Breitbandausbaus an 2 280 Schulen gemeldet.<sup>1</sup> Im Rahmen des „Graue-Flecken-Programms“ zum Gigabitausbau, gestartet am 26. April 2021, sind 550 weitere Schulanbindungen geplant. Diese sind als vorläufige Bewilligungen zu verstehen, die Zahl der tatsächlich über das Programm realisierten Anschlüsse kann davon abweichen. Die Gigabitförderung 2.0 wurde durch das (ehemalige) Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) gemeinsam mit den Ländern, den kommunalen Spitzenverbänden sowie unter Einbindung der Branche weiterentwickelt und am 3. April 2023 startete ein neuer Förderzeitraum. Derzeit sind 291 Schulanbindungen geplant. Auch zuvor wurde der Ausbau von Breitbandanschlüssen an Schulen mit Bundesmitteln bezuschusst. Im Rahmen der Offensive „Digitales Klassenzimmer“ wurden seit 2017 insgesamt 10 204 Schulen in das Förderprogramm Breitbandausbau integriert (Stand Ende Mai 2025).

Die Ausgaben für den Breitbandausbau wurden nach der Auflösung des Sondervermögens Digitale Infrastruktur in den Einzelplan des (ehemaligen) Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) überführt. Für das Haushaltsjahr 2025 ist ein neues Sondervermögen geplant, das die Breitbandförderung beinhalten soll.

1 Im Rahmen des Förderprogramms Breitbandausbau wurden Sonderaufrufe zur Förderung von Schulen und Krankenhäusern veröffentlicht. Diese wurden seit Einrichtung des Sondervermögens aus diesem finanziert. Seit der letzten Veröffentlichung eines Sonderaufrufs am 15.11.2018 wurden Fördermittel in Höhe von ca. 95,8 Mill. Euro bewilligt. Die Höhe der Mittel, die für Förderprojekte an Schulen anfallen, kann nicht separat beziffert werden.



3.1.2 Gehälter im Bildungsbereich

Die Personalausgaben stellen die quantitativ bedeutendste Komponente der Ausgaben für öffentliche Bildungseinrichtungen dar. Sie werden signifikant durch die Anzahl der Lehrkräfte und das Entgelt- bzw. Besoldungsniveau beeinflusst.

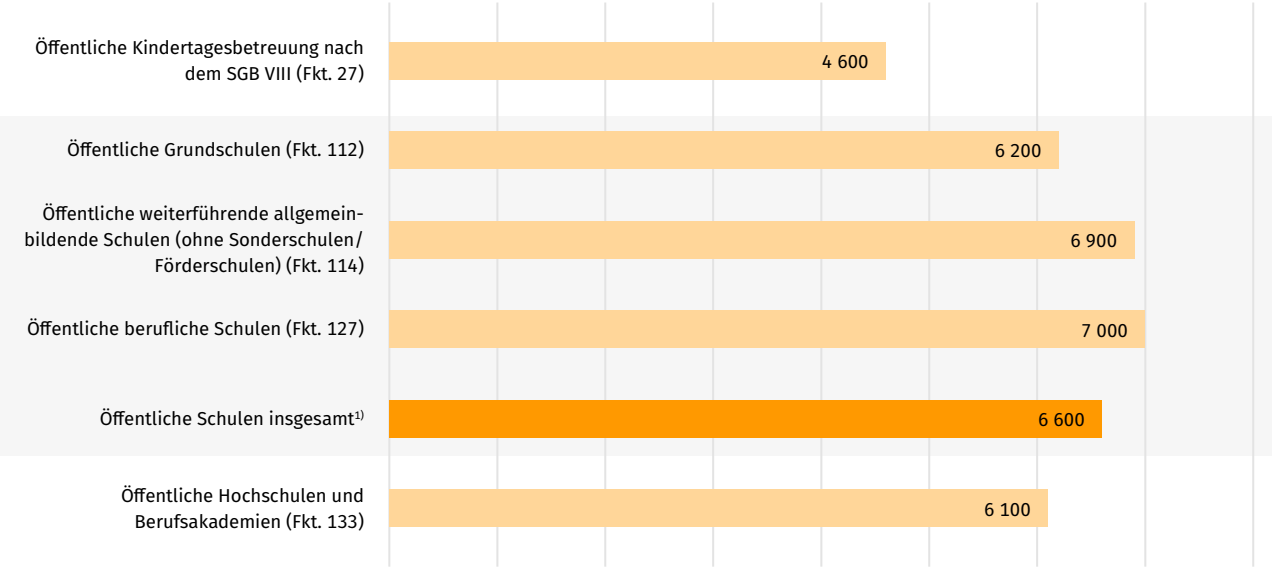
Die Durchschnittsgehälter für das pädagogische und wissenschaftliche Personal sind aufgrund der unterschiedlichen Qualifikationsanforderungen in den Bildungsbereichen sehr verschieden (**Abb. 3.1.2-1**). Die Höhe der jeweiligen durchschnittlichen Bruttomonatsgehälter inklusive unterstellter Sozialbeiträge für die Altersversorgung von Beamtinnen und Beamten wird außerdem von der Altersstruktur und dem Familienstand beeinflusst. Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass die Personalstruktur, die Entgelt- bzw. Besoldungsniveaus und der Status des Personals grundsätzlich durch landesspezifische Regelungen festgelegt werden. So sind die Lehrkräfte an Schulen in Westdeutschland überwiegend verbeamtet, während sie in einigen Ländern Ostdeutschlands überwiegend im Angestelltenverhältnis sind.

Die durchschnittlichen Monatsbruttogehälter<sup>m</sup> des pädagogischen Personals in öffentlichen Kindertageseinrichtungen 2024 betrugen 4 600 Euro und waren damit im Vergleich mit anderen Bildungsbereichen am niedrigsten. Die Ausgaben in den Ländern variierten zwischen 4 200 Euro in Berlin und 4 900 Euro in Bremen (**Tab. 3.1.2-1**).

Deutliche Gehaltsunterschiede zwischen den Bildungsbereichen

An öffentlichen Grundschulen betrug 2024 das durchschnittliche Monatsbruttogehalt 6 200 Euro. Die Gehaltsspanne erstreckte sich hier von 5 400 Euro in Sachsen-Anhalt bis zu 6 700 Euro in Hessen. Die geringsten durchschnittlichen Monatsbruttogehälter des pädagogischen Personals an öffentlichen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen zahlte Sachsen-Anhalt mit 5 700 Euro. Demgegenüber verdienten Beamtinnen und Beamte sowie Angestellte an öffentlichen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in Hessen mit durchschnittlich 7 500 Euro monatlich am meisten. In Deutschland lag das Durchschnittsgehalt bei den öffentlichen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen bei 6 900 Euro. Im Bereich der öffentlichen beruflichen Schulen erreichten die Lehrkräfte ein ähnliches Besoldungsniveau wie in den öffentlichen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen. Im Berichtsjahr 2024 betrug das durchschnittliche Monatsbruttogehalt hier 7 000 Euro.

Abbildung 3.1.2-1: Durchschnittliche Monatsbruttogehälter 2024 für Beschäftigte in öffentlichen Bildungseinrichtungen für ausgewählte Funktionen in Euro

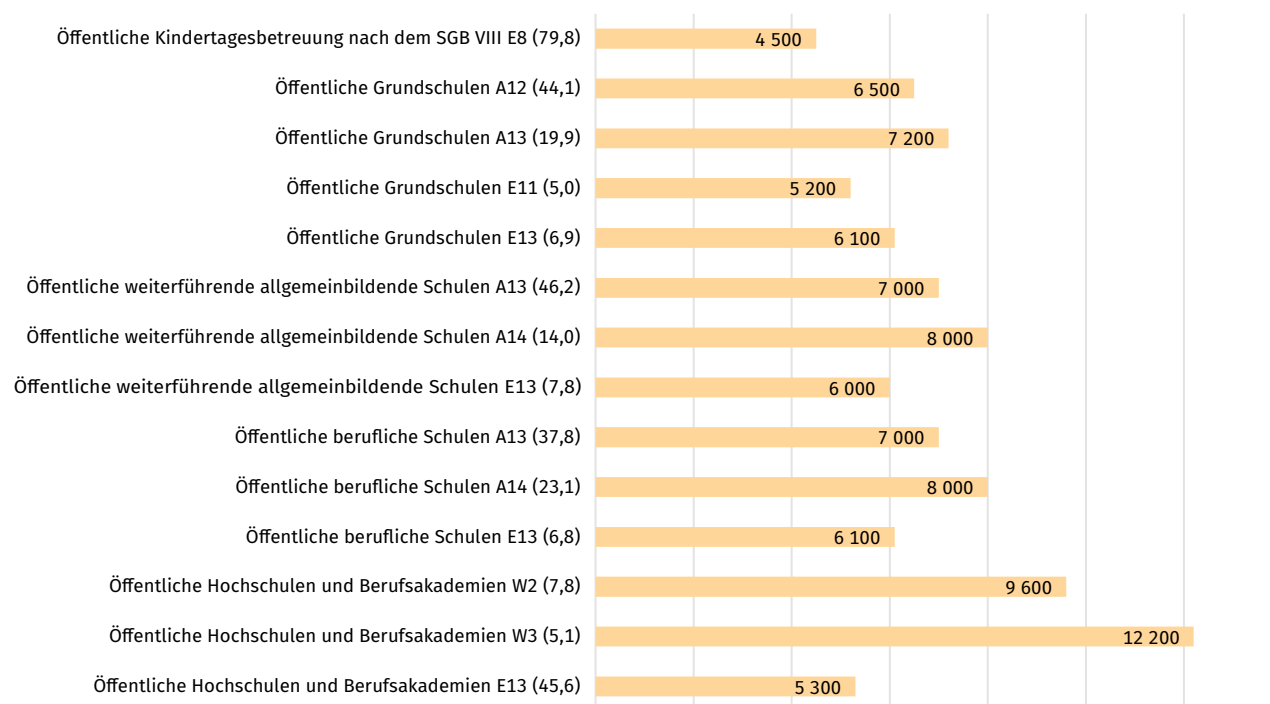


1) Einschließlich Unterrichtsverwaltung (Fkt. 111), Öffentliche Grundschulen (Fkt. 112), Öffentliche weiterführende allgemeinbildende Schulen (ohne Sonderschulen/Förderschulen) (Fkt. 114), Öffentliche Sonderschulen/Förderschulen des allgemeinbildenden Bereichs (Fkt. 124), Öffentliche Berufliche Schulen (Fkt. 127) und Sonstige schulische Aufgaben (Fkt. 129).

Im Jahr 2024 beliefen sich im Bereich der öffentlichen Hochschulen und Berufsakademien die durchschnittlichen Monatsbruttogehälter auf 6 100 Euro. Die vergleichsweise geringen Durchschnittsgehälter im Bereich der öffentlichen Hochschulen und Berufsakademien sind auf die hohe Anzahl von Angestellten in der Entgeltgruppe E13 zurückzuführen. Hierbei handelt es sich in der Regel um junge wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die befristete Arbeitsverträge haben. So waren 45,6 % der Beschäftigten an öffentlichen Hochschulen und Berufsakademien in der Gehaltsgruppe E13 angestellt. Das Durchschnittsgehalt belief sich für diese Gehaltsgruppe auf 5 300 Euro. Hingegen wurde die Arbeit einer Professorin oder eines Professors (W3) mit durchschnittlich 12 200 Euro vergütet. In der Besoldungsgruppe W3 waren dabei 5,1 % der Beschäftigten der öffentlichen Hochschulen und Berufsakademien eingruppiert (**Abb. 3.1.2-2, Tab. 3.1.2-1, Tab. 3.1.2-2**).

In den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und an den beruflichen Schulen ist A13 die häufigste Besoldungsgruppe. Die durchschnittlichen Monatsbruttogehälter beliefen sich hier im Jahr 2024 auf 7 000 Euro. In der öffentlichen Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII lag das Monatsbruttogehalt in der Entgeltgruppe E8 bei durchschnittlich 4 500 Euro (**Abb. 3.1.2-2, Tab. 3.1.2-2**).

**Abbildung 3.1.2-2: Durchschnittliche Monatsbruttogehälter 2024 für ausgewählte Entgelt- bzw. Besoldungsgruppen der Beschäftigten<sup>1)</sup> in öffentlichen Bildungseinrichtungen<sup>2)</sup>**  
in Euro



1) Angestellte oder Beamte, differenziert nach Entgelt- oder Besoldungsgruppen.

2) In Klammern: Anteil der jeweiligen Vergütungsgruppe am pädagogischen bzw. wissenschaftlichen Personal (Entgelt- bzw. Besoldungsgruppe E8 bzw. A8 und höher) der jeweiligen öffentlichen Bildungseinrichtung in %.

## 3.2 Inflationsbereinigte Bildungsausgaben

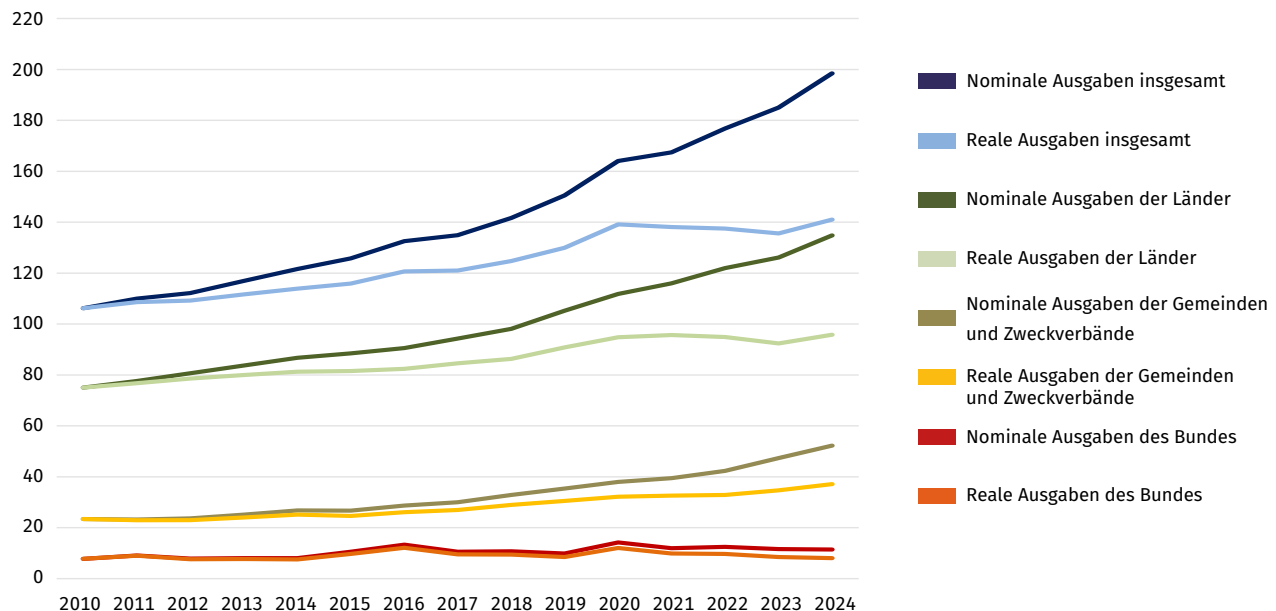
Die Hauptdatenquelle für die Berechnung der Bildungsfinanzen sind die Finanzstatistiken der öffentlichen Haushalte. In diesen werden die Ausgaben und Einnahmen für das jeweilige Haushaltsjahr dargestellt. Damit liegt der Fokus der Finanzstatistiken und des vorliegenden Berichts auf der Beschreibung nominaler Ergebnisse, mit denen Veränderungen in den Haushalten nachvollzogen werden können.

Betrachtet man die nominalen öffentlichen Bildungsausgaben im Zeitverlauf, so ist ein stetiger Anstieg zu verzeichnen (**Tab. 3.1-1, Tab. 3.2-1, Abb. 3.2-1**). Vor dem Hintergrund erhöhter Inflationsraten insbesondere in den Jahren 2021 bis 2023 ist die Darstellung von realen Bildungsausgaben aussagekräftiger. Daher wird in diesem Abschnitt eine zentrale Größe – die Grundmittel für den Bildungsbereich – inflationsbereinigt dargestellt.

Für die Ermittlung der realen Bildungsausgaben gibt es kein abgestimmtes nationales oder internationales Verfahren oder spezifische Deflatoren, so dass sie mit Hilfe des BIP-Deflators geschätzt werden. Der BIP-Deflator berechnet sich aus dem Quotienten von nominalem und realem Bruttoinlandsprodukt (BIP) und dient als Indikator für die Preisentwicklung in der gesamten Volkswirtschaft. Im Bildungsbereich spielen jedoch Personalkosten eine dominierende Rolle, weshalb die Preisentwicklung in der Gesamtwirtschaft von der Preisentwicklung im Bildungsbereich abweichen kann. Diese Diskrepanz ist bei der Interpretation der inflationsbereinigten Bildungsausgaben zu berücksichtigen. Als Basisjahr für die Schätzung wird das Jahr 2010 (= 100 %) verwendet.

Wie **Tabelle 3.2-1** und **Abbildung 3.2-1** zeigen, wurden die nominalen öffentlichen Bildungsausgaben ab dem Jahr 2010 kontinuierlich von 106,2 Mrd. Euro auf 198,4 Mrd. Euro im Jahr 2024 erhöht. Auch für die realen Ausgaben war in den Jahren 2010 bis 2020 ein jährlicher Anstieg zu verzeichnen. Seit 2020 stiegen die Ausgaben insgesamt jedoch nicht mehr kontinuierlich an, sondern sanken zwischen 2020 mit 139,1 Mrd. Euro und 2023 mit 135,6 Mrd. Euro leicht. Das ist vorrangig den Ausgaben auf Bundes- und Länderebene geschuldet. Der Bund und die Länder stellten im Jahr 2020 verschiedene Sondervermögen zur Verfügung (**Abschnitt 3.1.1**). Dies führte 2020 zu einem stärkeren Anstieg der Bildungsausgaben, der in **Abbildung 3.2-1** auch in der Gesamtsumme deutlich erkennbar ist. In den Folgejahren bis 2023 gingen die inflationsbereinigten Ausgaben der Länder und des Bundes von 94,8 Mrd. Euro bzw. 12,1 Mrd. Euro im Jahr 2020 auf 92,4 Mrd. Euro bzw. 8,5 Mrd. Euro im Jahr 2023 zurück. Die Ausgaben des Bundes gingen nach 2020 sogar nominal zurück – von 14,2 Mrd. Euro auf 11,6 Mrd. Euro. Ab 2023 entwickeln sich die nominalen und realen Bildungsausgaben wieder synchron, was auf das Sinken der Inflationsraten zurückzuführen ist. Auf Ebene der Gemeinden und Zweckverbände stiegen die nominalen Bildungsausgaben im Verhältnis zu ihrer absoluten Höhe so stark, dass ab 2015 durchgängig ein leichter Anstieg der realen Bildungsausgaben zu verzeichnen ist, von 24,6 Mrd. Euro im Jahr 2015 und 32,1 Mrd. Euro im Jahr 2020 auf 37,1 Mrd. Euro im Jahr 2024.

**Abbildung 3.2-1: Nominale und reale öffentliche Bildungsausgaben nach Körperschaftsgruppen (Basisjahr 2010)**  
in Mrd. Euro



### 3.3 Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zur Bevölkerung

Die Höhe der öffentlichen Bildungsausgaben eines Landes wird maßgeblich durch die Anzahl der in diesem Land lebenden Personen bestimmt. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Altersstruktur der Bevölkerung. Insbesondere die Zahl der Personen der Altersgruppen, in denen üblicherweise ein Kindergarten, eine Schule oder eine Hochschule besucht oder eine Ausbildung absolviert wird, beeinflusst zusammen mit dem Bildungsverhalten und dem Bildungsangebot die Höhe der absoluten Bildungsausgaben der Länder. Mit der Kennzahl Bildungsausgaben je Einwohnerin und Einwohner<sup>M</sup> lassen sich die Bildungsausgaben von Ländern unter Berücksichtigung der Bevölkerungsgröße besser miteinander vergleichen.

Die Bildungsausgaben je Einwohnerin und Einwohner zeigen die von Bund, Ländern und Gemeinden zur Verfügung gestellten Mittel. Beim Vergleich der Ausgaben auf Länderebene bleiben die Finanzmittel des Bundes, der Wirtschaft und der privaten Haushalte unberücksichtigt. Hier zeigt die Kennzahl Bildungsausgaben je Einwohnerin und Einwohner alle von der staatlichen und kommunalen Ebene des jeweiligen Landes für das Bildungswesen bereitgestellten Mittel.

Im Bildungsfinanzbericht werden für die Berechnung der Pro-Kopf-Bildungsausgaben ab dem Jahr 2011 die Bevölkerungszahlen aus der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung herangezogen, die bis 2021 auf den Ergebnissen des Zensus 2011 und ab 2022 auf den Ergebnissen des Zensus 2022 basieren. Bis 2011 werden die Bevölkerungszahlen aus der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage früherer Volkszählungen verwendet (**Anhang A 4.4.3**).

Die durchschnittlichen öffentlichen Ausgaben je Einwohnerin und Einwohner für Bildung beliefen sich im Jahr 2024 auf 2 374 Euro (ohne Bund 2 238 Euro). Gegenüber dem Vorjahr gaben die öffentlichen Haushalte 7,1 % bzw. 157 Euro je Einwohnerin und Einwohner mehr aus. Von den 2 374 Euro je Einwohnerin und Einwohner entfielen 136 Euro auf den Bund, 1 613 Euro auf die Länder und 625 Euro auf die Gemeinden.

**2024 gaben Bund, Länder und Gemeinden 2 374 Euro je Einwohnerin und Einwohner für Bildung aus**

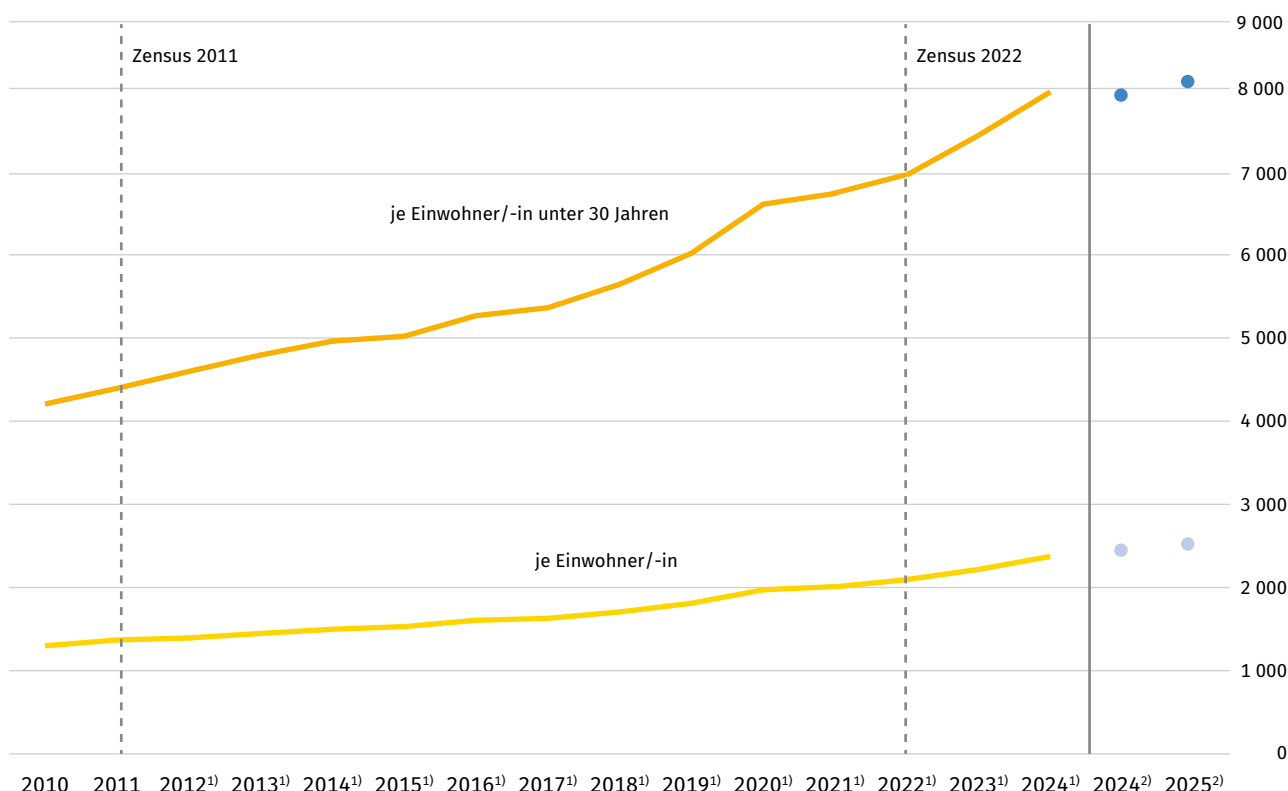
Zwischen Stadtstaaten und Flächenländern treten deutliche Unterschiede in der Höhe der öffentlichen Bildungsausgaben pro Kopf auf. Während 2024 in Berlin durchschnittlich 2 909 Euro je Einwohnerin und Einwohner aufgewendet wurden, waren es in Rheinland-Pfalz lediglich 1 919 Euro (**Tab. 3.3-1**). Bei der Interpretation ist zu berücksichtigen, dass insbesondere in den Stadtstaaten viele Personen Bildungseinrichtungen besuchen, die ihren Wohnsitz im Umland, also in einem anderen Bundesland (Brandenburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen) haben. Umgekehrt ist die Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer aus den Stadtstaaten in den Bildungseinrichtungen des Umlandes eher gering.

Der größte Teil der öffentlichen Bildungsausgaben entfiel auf Bildungseinrichtungen, die in erster Linie von jungen Menschen besucht wurden (Kindertageseinrichtungen, Schulen, Hochschulen). Dabei sind die unter 30-Jährigen die primäre Zielgruppe, für die das Bildungssystem die entsprechenden Angebote bereitzustellen hat. Um die öffentliche Finanzierung des Angebots an Bildungsleistungen im Verhältnis zum potentiellen Nachfragevolumen abzubilden, werden üblicherweise die Bildungsausgaben auf die Bevölkerung der unter 30-Jährigen bezogen.

Die öffentlichen Bildungsausgaben pro Person der Altersgruppe der unter 30-Jährigen beliefen sich im Jahr 2024 auf 7 959 Euro, dies entsprach einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 7,0 % bzw. 523 Euro (**Abb. 3.3-1, Tab. 3.3-2**).

**2024 gaben die öffentlichen Haushalte 7 959 Euro je Einwohnerin und Einwohner unter 30 Jahren aus**

**Abbildung 3.3-1: Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zur Bevölkerung in Euro**



Hinweise zum Bevölkerungsstand: Siehe methodische Erläuterungen.

1) Vorläufiges Ist.

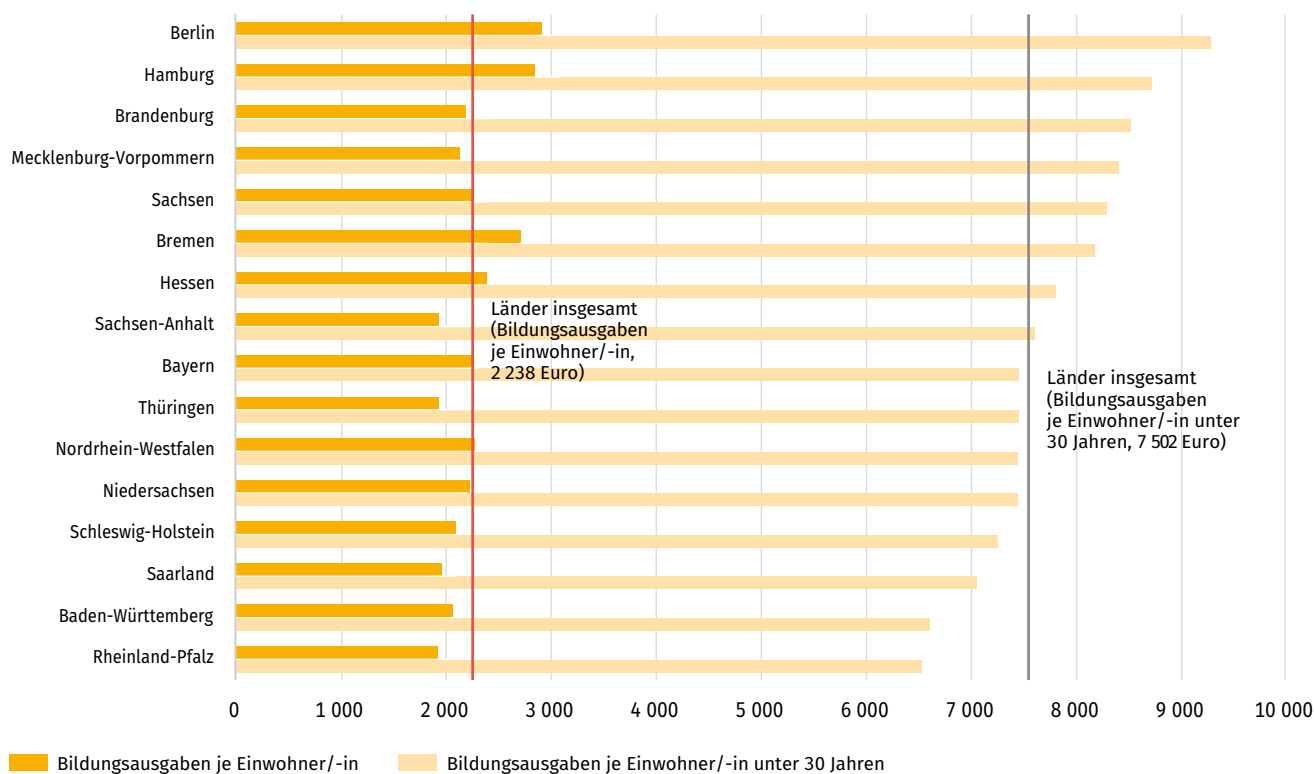
2) Soll.

### 3 Entwicklung und Struktur der öffentlichen Bildungsausgaben

Der Vergleich auf Länderebene zeigt, dass 2024 die öffentlichen Bildungsausgaben pro Kopf, bezogen auf die Altersgruppe der unter 30-Jährigen, in Berlin mit 9 274 Euro am höchsten waren. Im Vergleich dazu bewegte sich die Kennzahl in den Flächenländern zwischen 6 524 Euro in Rheinland-Pfalz und 8 511 Euro in Brandenburg. In allen Ländern wurden die Bildungsausgaben seit 2015 deutlich erhöht. Während 2015 in den Flächenländern Ost durchschnittlich 4 896 Euro (Flächenländer West 4 474 Euro) für eine unter 30-jährige Person ausgegeben wurden, waren es 8 092 Euro im Jahr 2024 (Flächenländer West 7 225 Euro, **Abb. 3.3-2, Tab. 3.3-2**).

Einen maßgeblichen Einfluss auf die berechneten Zahlen hat dabei die Entwicklung der Kohorte der unter 30-Jährigen. Nachdem ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung nach 2015 durch den Geburtenrückgang zunächst weiter zurückging, stieg er in den letzten Jahren wieder an (**Tab. 3.3-3**). In den Flächenländern Ost lag der Anteil der unter 30-Jährigen im Jahr 2024 mit 26,6 % um 0,5 Prozentpunkte über dem Wert von 2015. In den Flächenländern West lag der Anteil mit 30,7 % zwar höher als in den Flächenländern Ost, allerdings immer noch um 0,5 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2015.

**Abbildung 3.3-2: Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zur Bevölkerung im Ländervergleich 2024**  
in Euro



Hinweise zum Bevölkerungsstand: Siehe methodische Erläuterungen.

### 3.4 Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden

Die für den Bildungsfinanzbericht errechneten Gesamtausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden (ohne Sozialversicherung) hatten 2024 ein Volumen von 971,0 Mrd. Euro (unmittelbare Ausgaben). Darin enthalten waren die öffentlichen Bildungsausgaben (Grundmittel) in Höhe von 198,4 Mrd. Euro, was einem Anteil von 20,4 % entsprach. Damit steigt der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben seit der Corona-Pandemie erstmals wieder (2020: 20,9 %, 2023: 20,2 %), liegt aber unter dem Wert von 2015 mit 20,7 %. Nach den Haushaltsansätzen wird der Anteil im Jahr 2025 auf 19,7 % geschätzt.

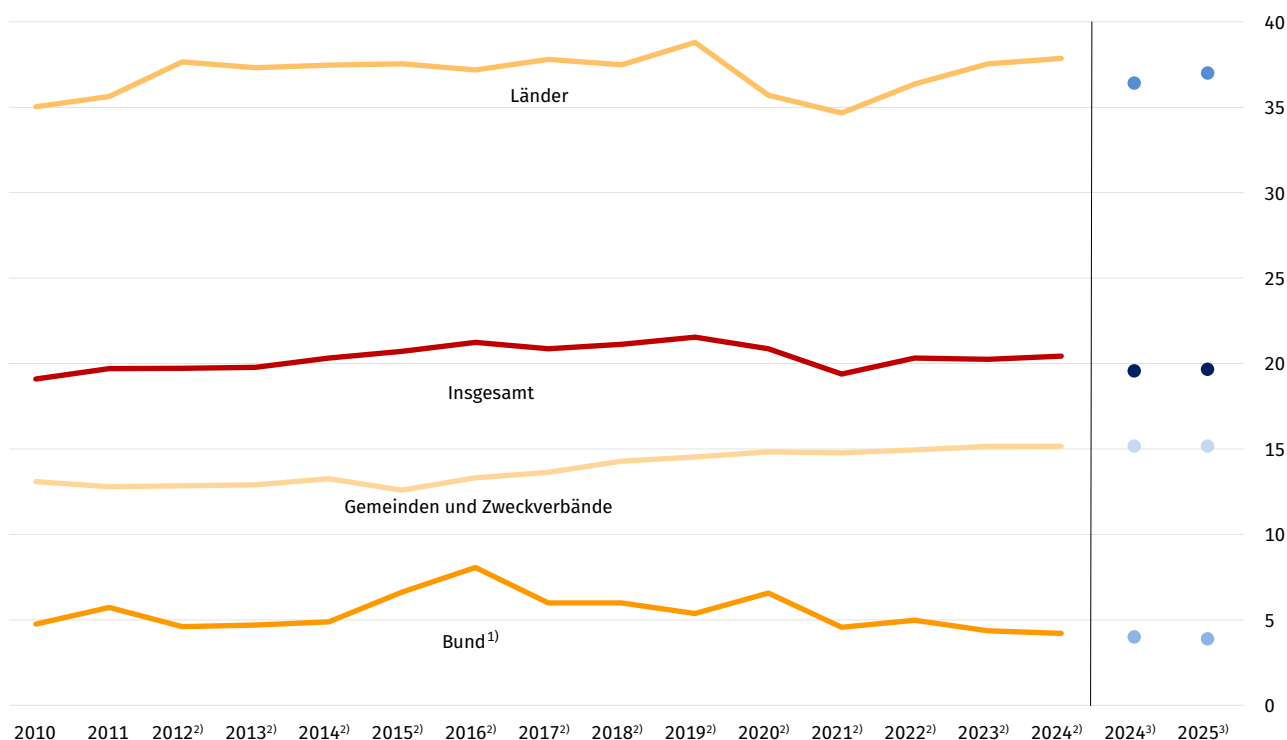
**2024: Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am Gesamthaushalt bei 20,4 %**

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass aus den Haushalten ausgegliederte Einrichtungen nur in Höhe des öffentlichen Zuschusses im Gesamthaushalt<sup>m</sup> berücksichtigt werden und sich die Struktur des Haushalts wegen der Ausgliederungen im Zeitverlauf veränderte.

In den Ländern wurden im Jahr 2024 auf der staatlichen Ebene durchschnittlich 37,9 % (2023 und 2015: 37,5 %) und in den Gemeinden 15,2 % (2023: 15,2 %; 2015: 12,6 %) für Bildung verausgabt. Für die kommunale und staatliche Ebene zusammen lag der Anteil der Bildungsausgaben am Gesamthaushalt 2024 bei 26,7 % (2023: 26,8 %, 2015: 25,7 %). Die niedrigsten Bildungsanteile am Gesamthaushalt verzeichneten 2024 Bremen mit 23,2 % und Sachsen-Anhalt mit 25,0 %. Im Gegensatz dazu lagen die Anteile in Sachsen mit 29,2 % sowie in Niedersachsen mit 28,4 % am höchsten (**Tab. 3.4-1**).

**Gut ein Drittel der Länderausgaben für Bildung**

**Abbildung 3.4-1: Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden nach Körperschaftsgruppen**  
in %



1) Die gestiegenen Bundesausgaben im Jahr 2011 sind auf das Zukunftsinvestitionsgesetz zurückzuführen.

Die Anstiege 2015 und insbesondere 2016 sind durch die Zuführung an das Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ (Kapitel I + II) bedingt. 2020 und 2022 gab es größere Zuweisung an den DigitalPakt Schule.

2) Vorläufiges Ist.

3) Soll.

#### 3.5 Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt

Die öffentlichen Bildungsausgaben sind im Bundesgebiet seit 1995 jährlich gestiegen. Die Relation der Bildungsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) zeigt, in welchem Verhältnis die öffentlichen Mittel für Bildung zur Wirtschaftskraft der Volkswirtschaft stehen.

**Anteil der öffentlichen  
Bildungsausgaben am  
BIP 2024 bei 4,6 %**

Im Jahr 2024 stellten Bund, Länder und Gemeinden Mittel in Höhe von 198,4 Mrd. Euro für Bildung zur Verfügung. Dies entsprach einem Anteil von 4,6 % des BIP. Damit liegt der Anteil am BIP über dem Niveau des Vorjahres (2023: 4,4 %) und über dem Wert für 2015 (4,1 %), jedoch noch unter dem Anteil aus dem ersten Jahr der Corona-Pandemie (2020: 4,8 %).

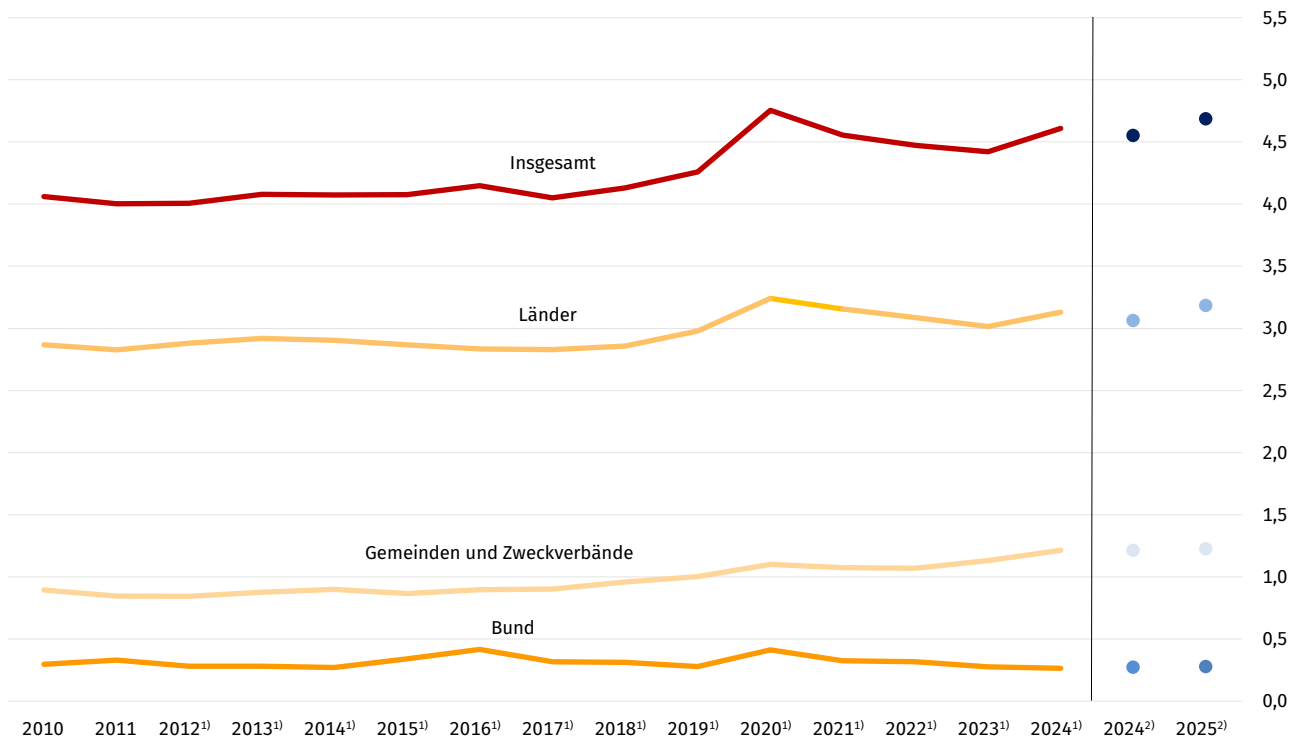
In Bezug zur Wirtschaftskraft gaben die öffentlichen Haushalte der Flächenländer Ost im Jahr 2024 mit 5,5 % überdurchschnittlich viel für Bildung aus. Im Vergleich dazu lag der Anteil in den Flächenländern West bei 4,2 % und in den Stadtstaaten bei 4,4 %. Die Spannweite reichte von 3,3 % in Hamburg bis hin zu 5,7 % in Brandenburg und Sachsen (**Tab. 3.5-1**).

Zu berücksichtigen ist, dass die Umsatzsteuerverteilung für einen weitgehenden Ausgleich der Finanzkraft von ansonsten unterschiedlich finanz- und wirtschaftsstarken Ländern sorgt. Hierdurch wird es auch Ländern mit unterdurchschnittlicher Wirtschaftskraft ermöglicht, dem Bildungsbereich eine ähnlich hohe fiskalische Priorität einzuräumen, wie dies finanz- und wirtschaftsstärkere Länder tun, so dass die betreffenden Ausgaben in Relation zur Wirtschaftskraft hier vergleichsweise hoch erscheinen. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist ferner zu berücksichtigen, dass die Stadtstaaten zentralörtliche Funktionen übernehmen. Außerdem konzentrieren sich Unternehmen, Verwaltungen und Bildungseinrichtungen in Städten, in denen daher eine vergleichsweise überdurchschnittlich hohe Wirtschaftskraft vorhanden ist.

Vergleicht man die Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben mit der Entwicklung des BIPs, so zeigen sich Unterschiede in den jährlichen Veränderungsraten (**Abb. 3.5-2**). Die Unterschiede in der Dynamik der beiden Zeitreihen beeinflussen die Höhe und Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben in Relation zum BIP.



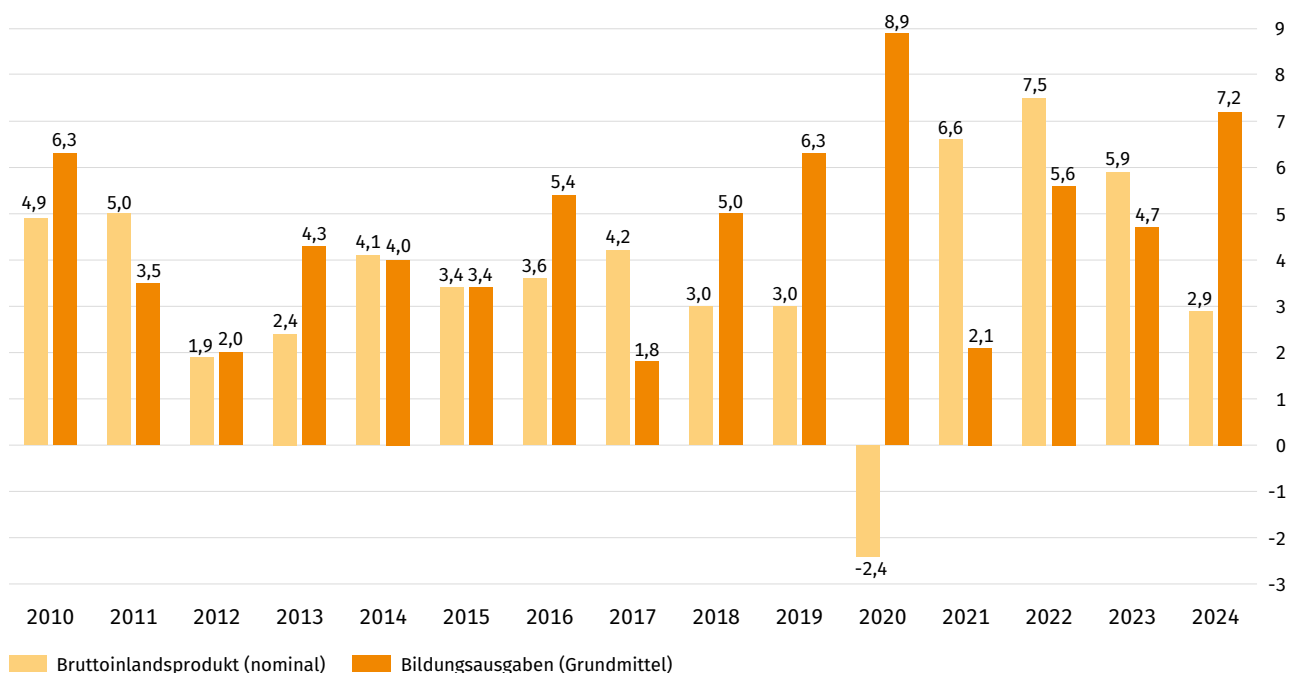
**Abbildung 3.5-1: Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt nach Körperschaftsgruppen in %**



1) Vorläufiges Ist.

2) Soll.

**Abbildung 3.5-2: Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der öffentlichen Bildungsausgaben (Grundmittel), nominale Veränderung zum Vorjahr in %**



#### **M Methodische Erläuterungen**

##### **Körperschaftsgruppen**

Der Nachweis der öffentlichen Bildungsausgaben erfolgt in einer Gliederung nach Körperschaftsgruppen (Bund, Länder, Gemeinden) und nach einzelnen Ländern, wobei ebenfalls zwischen der staatlichen Ebene (Land) und der kommunalen Ebene (Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände) unterschieden wird. Die Bildungsausgaben der Sozialversicherungen (z. B. Bundesagentur für Arbeit) sind in den Angaben grundsätzlich nicht enthalten.

##### **Abgrenzung der Bildungsausgaben nach den Aufgabenbereichen der Haushaltssystematiken**

Die Bildungsausgaben werden entsprechend der kommunalen und staatlichen Haushaltssystematiken abgegrenzt. Sie umfassen die Bereiche allgemeinbildende und berufliche Schulen, Hochschulen, Förderung von Schülerinnen und Schülern, Studierenden und dergleichen sowie das sonstige Bildungswesen. Ebenfalls einbezogen werden die Ausgaben für Kinder in Tageseinrichtungen und in Tagespflege sowie die Ausgaben im Bereich Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit (**Anhang A 1**).

##### **Darstellung der öffentlichen Ausgaben (Datenquellen für Jahresdaten)**

Bis zum Jahr 2011 werden die Bildungsausgaben sowohl für die staatliche Ebene (Bund, Länder) als auch für die kommunale Ebene (Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände) der Jahresrechnungsstatistik der öffentlichen Haushalte entnommen. Danach bildet für den staatlichen Bereich die Haushaltsansatzstatistik die Basis für die vorläufigen Ist-Ergebnisse für die Jahre 2012 bis 2024 sowie für die Soll-Ergebnisse der Jahre 2024 und 2025. Die kommunale Ebene wird in den Jahren 2012 bis 2023 auf Basis einer Vorabaufbereitung der Gemeindefinanzstatistik dargestellt. Für die Jahre 2024 und 2025 werden die Ausgaben der kommunalen Ebene fortgeschrieben (**Anhang A 3**).

##### **Bildungsausgaben je Einwohnerin und Einwohner**

Zur Berechnung der Kennzahl werden im Zeitverlauf unterschiedliche Bevölkerungsdaten herangezogen.

Bis zum Jahr 2011 entstammen die Bevölkerungsdaten der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zum Jahresdurchschnitt, wie sie für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder berechnet wurden. In dieser Abgrenzung liegen keine Angaben zu einzelnen Jahrgängen vor. Die Bevölkerungszahlen der Kenngröße „Bildungsausgaben je Einwohnerin und Einwohner unter 30 Jahren“ beruhen daher bis 2011 auf der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zum 1. Januar des jeweiligen Jahres.

Für die Jahre 2011 bis 2024 basieren beide Kennzahlen auf den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember des jeweiligen Jahres (bis 2021 auf Grundlage des Zensus 2011, ab 2022 auf Grundlage des Zensus 2022). Für das Jahr 2025 wird die 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basis: 31.12.2021, Variante 02 - G2L2W1) verwendet.

##### **Anteil am Gesamthaushalt**

Die Bildungsausgaben werden in Beziehung zu den unmittelbaren Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden für alle Aufgabenbereiche gesetzt (**Anhang A 4.4.2**). Die für den Bildungsfinanzbericht gewählte Abgrenzung des Gesamthaushalts umfasst nicht die Sozialversicherung. Grundmittel und unmittelbare Ausgaben sind analytische Kategorien der Finanzstatistik und nicht deckungsgleich mit den spezifischen Abgrenzungen der einzelnen Haushaltspläne, in denen vielfach Anteile der Aufgabenbereiche (in Ressortabgrenzung) an den Bruttoausgaben (ohne Bereinigung des Zahlungsverkehrs) dargestellt werden.

##### **Durchschnittliche Monatsbruttogehälter**

Der Vergleich der durchschnittlichen Monatsbruttogehälter der im öffentlichen Dienst Beschäftigten erfolgt auf Basis des im jeweiligen Bildungsbereich beschäftigten pädagogischen und wissenschaftlichen Personals. Dabei werden nur Beamtinnen und Beamte ab A8 und Angestellte ab E8 in die Berechnung einbezogen, weil dies die Mindesteinstufung für das pädagogische Personal ist. Betrachtet werden die entsprechenden durchschnittlichen Monatsbruttobezüge der Beschäftigten, umgerechnet auf Vollzeitäquivalente. Daraus wird für den jeweiligen Bildungsbereich ein gewichtetes durchschnittliches Monatsbruttogehalt berechnet. Um die Gehälter von Beamtinnen und Beamten und Angestellten vergleichen zu können, werden – in Anlehnung an die internationale Bildungsberichterstattung mit dem Verfahren der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) – Zusetzungen für unterstellte Sozialbeiträge bei den Beamtinnen und Beamten vorgenommen. Im Berichtsjahr 2024 werden demnach 17,42 % der Beamtenvergütung für unterstellte Sozialbeiträge für die Altersversorgung hinzugerechnet (50 % des revidierten Zuschlagssatzes der VGR für das Berichtsjahr 2024, 34,83 %). Die Erhebung der Personalstandstatistik erfolgt stichtagsbezogen zum 30. Juni. Aus diesem Grund werden Zusetzungen von

Sonderzahlungen entsprechend den jeweils geltenden gesetzlichen Regelungen für Angestellte, Beamtinnen und Beamte (ohne Berücksichtigung von Familienzuschlägen und Leistungsprämien) vorgenommen. Jährliche Einmalzahlungen werden anteilig auf die Monate umgelegt. Für das Berichtsjahr 2022 werden außerdem Corona-Sonderzahlungen und für die Berichtsjahre 2023 und 2024 Inflationsausgleichsprämien berücksichtigt.

# 4 Öffentliche Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen und Ländern

Gemäß der Verfassung liegt die primäre Zuständigkeit für Bildung bei den Ländern. Diese gestalten ihre Bildungssysteme weitgehend autonom und setzen bei der Ausstattung der einzelnen Bildungsbereiche mit Finanzmitteln teilweise unterschiedliche Schwerpunkte. Außerdem variiert der Kommunalisierungsgrad der Bildungsausgaben in den einzelnen Ländern und Bildungsbereichen. Im Folgenden werden daher die öffentlichen Ausgaben für Bildung (Grundmittel) nach den Aufgabenbereichen Kindertagesbetreuung, Schulen, Hochschulen, Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern, sonstiges Bildungswesen sowie Jugend- und Jugendverbandsarbeit dargestellt. Die Abgrenzung der Bildungsbereiche wird durch die staatlichen und kommunalen Haushaltssystematiken bestimmt, welche die Basis für die Haushaltsaufstellung durch Bund, Länder und Gemeinden bilden und der Jahresrechnungsstatistik sowie der Haushaltsansatzstatistik zugrunde liegen. Im **Abschnitt 4.7** werden weitere öffentliche Bildungsausgaben vorgestellt, die unter anderen Aufgabenbereichen nachgewiesen werden. Die Entwicklung der Finanzierungsbeiträge von Bund, Ländern und Gemeinden lässt jedoch nur bedingt Rückschlüsse auf die Finanzausstattung der Bildungseinrichtungen zu. Einerseits finanzieren diese einen signifikanten Teil ihrer Ausgaben durch eigene Einnahmen (z. B. Elternbeiträge für Kindertagesbetreuung, Drittmittel an Hochschulen). Andererseits sind diese im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung und der Entwicklung der Bildungsbeteiligung zu sehen. Deshalb werden in **Kapitel 4** ausgewählte Kennzahlen (z. B. Ausgaben je Schülerin und Schüler, je Studierende und Studierenden) berichtet, die nach spezifischen Konzepten berechnet werden und zum Teil andere Datenquellen nutzen.

Rund 50 % der öffentlichen Ausgaben für Schulen aufgewendet

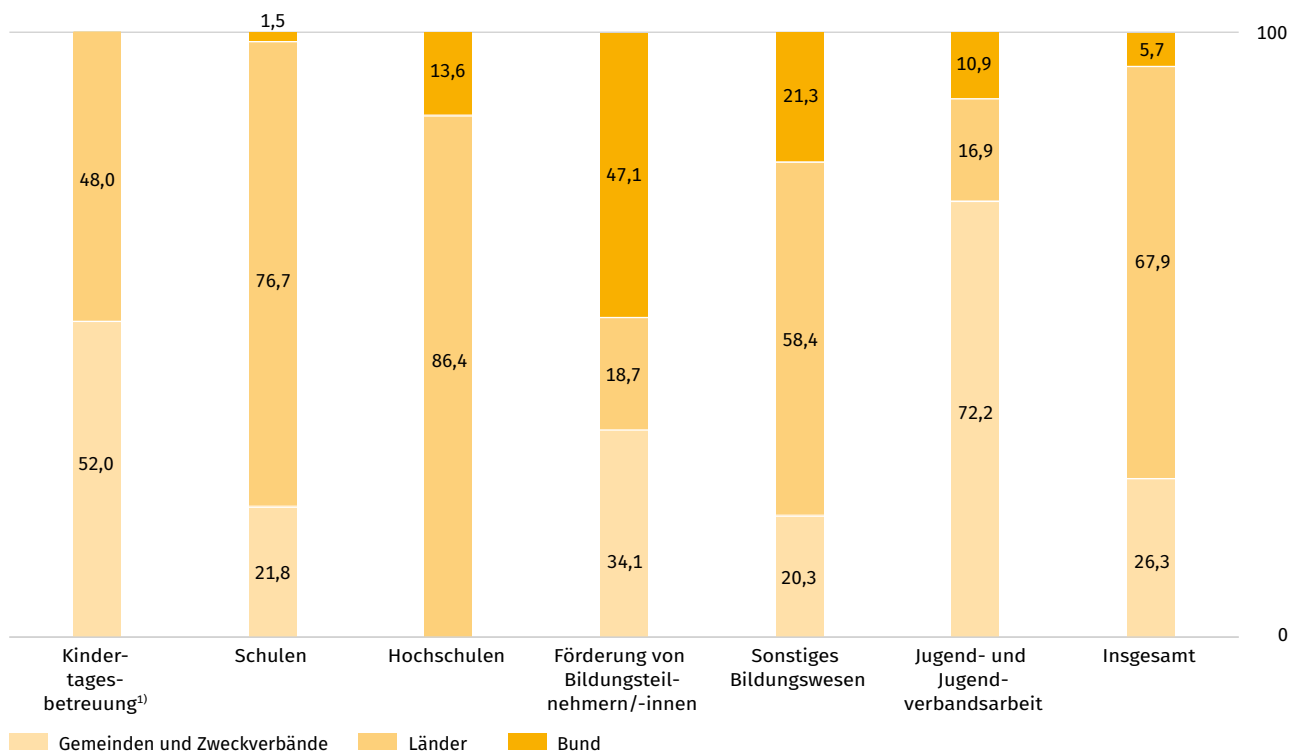
Im Jahr 2024 beliefen sich die gesamten öffentlichen Bildungsausgaben auf 198,4 Mrd. Euro. Rund die Hälfte der öffentlichen Bildungsausgaben, 97,4 Mrd. Euro bzw. 49,1 %, wurden für den Schulbereich verwendet. Mit 48,8 Mrd. Euro bzw. einem Anteil von 24,6 % waren die öffentlichen Ausgaben für die Kindertagesbetreuung die zweitgrößte Ausgabenposition.

Von den im Jahr 2024 getätigten öffentlichen Ausgaben für Bildung wurden 11,4 Mrd. Euro durch den Bund bereitgestellt. Gemessen an allen öffentlichen Ausgaben für Bildung entsprach dies einem Anteil von 5,7 %. Der Bund engagierte sich vor allem im Hochschulsektor sowie im Bereich der Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern. Von den Bundesmitteln für Bildung wurden 45,7 % bzw. 5,2 Mrd. Euro für Hochschulen und 33,8 % bzw. 3,9 Mrd. Euro für die Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern verwendet.

Die Bildungsausgaben der Länder betrugen 2024 insgesamt 187,0 Mrd. Euro. Dies entsprach 67,9 % der gesamten Bildungsausgaben. Traditionell verwendeten die Länder den Großteil davon, nämlich 55,4 % bzw. 74,7 Mrd. Euro, für den Schulbereich und 24,6 % bzw. 33,1 Mrd. Euro für die Hochschulen.

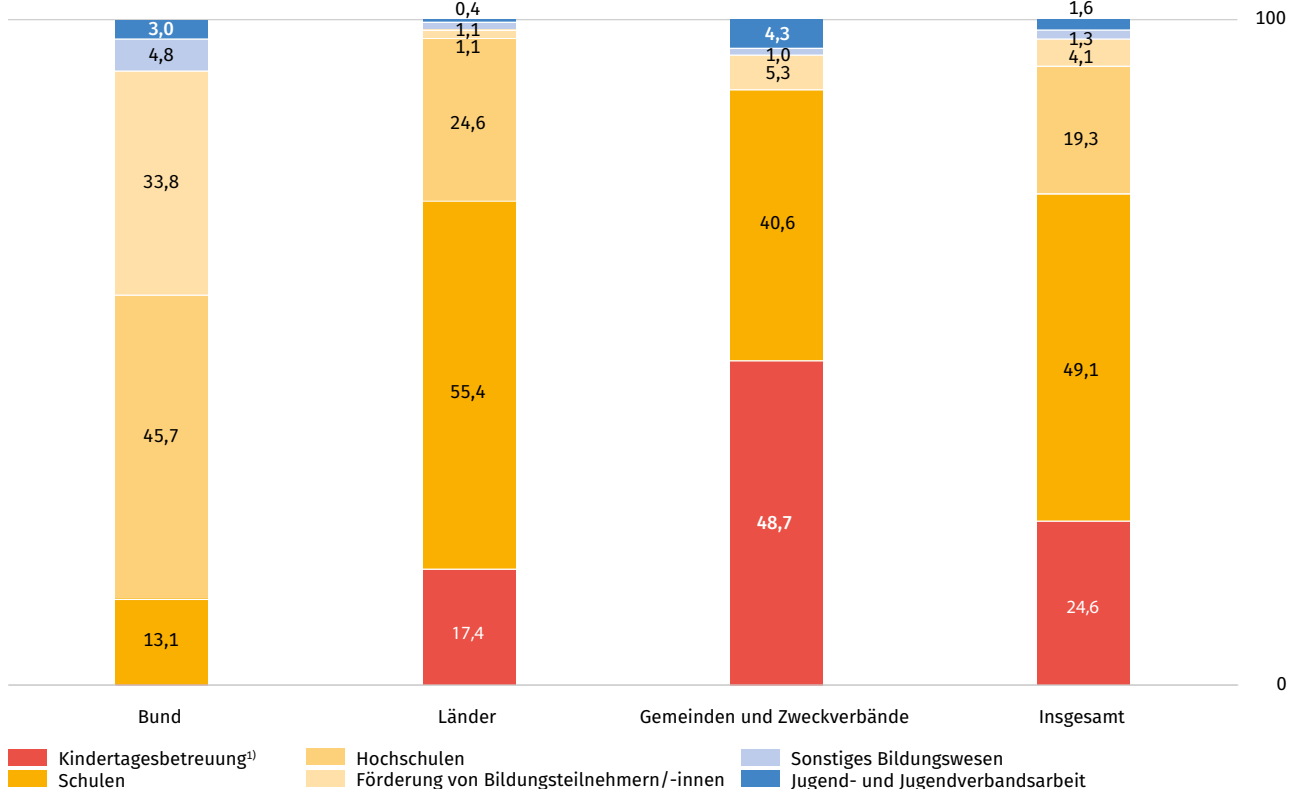
Die öffentlichen Bildungsausgaben der Gemeinden beliefen sich im Jahr 2024 auf 52,2 Mrd. Euro. Dies entsprach 26,3 % der gesamten Bildungsausgaben. Bei den Gemeinden banden die Ausgaben für die Kindertagesbetreuung mit 48,7 % bzw. 25,4 Mrd. Euro den größten Teil der Mittel. Darüber hinaus wurden 40,6 % bzw. 21,2 Mrd. Euro der Bildungsausgaben der Gemeinden für den Schulbereich verwendet. (**Tab. 4-1, Tab. 4-2, Abb. 4-1, Abb. 4-2**).

**Abbildung 4-1: Öffentliche Ausgaben für Bildung nach Bildungsbereichen 2024**  
in %



1) Vorhaben, die der Bund durch eine Veränderung der Umsatzsteueranteile finanziert, sind in den Grundmitteln nicht bei den Bundesmitteln berücksichtigt.

**Abbildung 4-2: Öffentliche Ausgaben für Bildung nach Körperschaftsgruppen 2024**  
in %



1) Vorhaben, die der Bund durch eine Veränderung der Umsatzsteueranteile finanziert, sind in den Grundmitteln nicht bei den Bundesmitteln berücksichtigt.

### 4.1 Öffentliche Ausgaben für Kindertagesbetreuung

Die Ausgaben für Kindertagesbetreuung umfassen die Ausgaben für Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderhorte und die Kindertagespflege. Im Jahr 2022 wurden in Deutschland für Kindertageseinrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft einschließlich der öffentlich geförderten Tagespflege 46,3 Mrd. Euro unmittelbar verausgabt (**Abb. A 6-1**). Die öffentlichen Haushalte stellten für Kindertagesbetreuung im selben Jahr Grundmittel in Höhe von 40,4 Mrd. Euro bereit. Bis 2024 wurden diese Ausgaben auf 48,8 Mrd. Euro erhöht (**Tab. 4.1.1-1**).

Der Vergleich der Ausgaben für Kindertagesbetreuung zwischen den Ländern und im Zeitverlauf wird erschwert durch die Änderung der Haushaltssystematiken und die Unterschiede in der Veranschlagungspraxis<sup>m</sup> der Länder, insbesondere in den Stadtstaaten (**Anhang A 5.1.1**).

Die Ausgabenentwicklung in der Kindertagesbetreuung hängt stark mit der Entwicklung der betreuten Kinder zusammen. Im Zeitraum von 2015 bis 2024 erhöhte sich die Anzahl der Kinder in öffentlichen Kindertagesstätten um 17,8 %. Mit Ausnahme von Thüringen, wo die Zahl der in Kindertagesstätten betreuten Kinder um 0,4 % zurückging, stieg sie in allen Ländern an. Der stärkste Anstieg war mit 26,0 % in Bayern zu verzeichnen (**Tab. 4-3**).

#### 4.1.1 Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Kindertagesbetreuung im Überblick

In der öffentlichen Diskussion ist ein Wandel der Aufgaben der Kindertagesbetreuung festzustellen. Während in der Vergangenheit der Betreuungscharakter im Vordergrund stand, wird nun die Bildungsaufgabe betont. Dies hat dazu geführt, dass ab dem Jahr 1996 jedes Kind ab dem vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt ein Recht auf einen Kindergartenplatz hat und sich viele Länder bemühen, die Beiträge für einen Platz in der Kindertagesbetreuung zu reduzieren bzw. zumindest den Besuch des letzten Jahres vor Schuleintritt kostenfrei zu ermöglichen. Zudem trat zum 1. August 2013 der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr in Kraft. Auch ist zu beachten, dass seit einigen Jahren ein Trend zur Vorverlegung des Eintrittsalters in Kindergarten und Schule zu beobachten ist, immer mehr Eltern ein vorschulisches Betreuungsangebot für ihre Kinder nutzen und sich der Anteil der Kindertagesbetreuung in freier Trägerschaft kontinuierlich erhöht hat. Außerdem wirken sich Veränderungen im Ganztagsschulangebot in den Ländern in unterschiedlicher Form auf das Hortangebot aus. Mit dem Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG) vom 2. Oktober 2021 wird ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder gesetzlich verankert, welcher ab 2026 stufenweise greifen soll.

Die öffentlichen Haushalte gaben 2024 für Kindertagesbetreuung 48,8 Mrd. Euro aus. Das waren 10,0 % mehr als im Vorjahr (44,4 Mrd. Euro) und 104,6 % mehr als 2015 (23,9 Mrd. Euro, +8,3 % pro Jahr). Die Haushaltsansätze für 2025 sehen einen Anstieg auf 50,7 Mrd. Euro vor. Damit planen Bund, Länder und Gemeinden 3,5 % mehr Mittel für diesen Bildungsbereich als für das Jahr 2024 (Soll: 49,0 Mrd. Euro) ein (**Tab. 4.1.1-1**).

Der Anstieg der Ausgaben für die Kindertagesbetreuung steht in einem engen Zusammenhang mit dem Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder bis zum Schuleintritt (**Kapitel 3.1**). Im Rahmen dieser Investitionsförderprogramme des Bundes müssen Länder und Gemeinden einen Anteil an den Investitionskosten selbst tragen. Aufgrund dieses Kofinanzierungsanteils und weiterer Fördertatbestände (z. B. Zukunftsinvestitionsgesetz) sind seit Bestehen der Investitionsprogramme auch die Investitionsausgaben von Ländern und Gemeinden für Kindertagesbetreuung gestiegen. Durch die Erweiterung der Betreuungskapazitäten müssen zusätzliches Personal und Sachmittel bereitgestellt werden. Die Länder bzw. Gemeinden beteiligen sich an den zusätzlichen Betriebskosten direkt (öffentliche Kindertageseinrichtungen) oder in Form von Zuschüssen (Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft).

Öffentliche Ausgaben  
für Kindertages-  
betreuung liegen 2024  
bei 48,8 Mrd. Euro

Im Rahmen des am 1. Januar 2019 in Kraft getretenen Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Verbesserung der Teilhabe in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (KiQuTG) unterstützt der Bund die Länder bei Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität und zur Gebührenentlastung der Eltern. Die Verträge, die zwischen den Ländern und dem Bund jeweils individuell geschlossen werden, können dabei beispielsweise Maßnahmen hinsichtlich der Schaffung eines bedarfsgerechten Angebotes, der Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels, der Qualifizierung von Fachkräften oder der Gebührenreduktion beinhalten. Insgesamt wurden den Ländern zwischen 2019 und 2022 rund 5,5 Mrd. Euro durch Erhöhung ihres Umsatzsteueranteils zur Verfügung gestellt.

Mit dem Zweiten Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (KiTa-Qualitätsgesetz) vom 20. Dezember 2022 wurde die Finanzierung für Maßnahmen nach dem KiQuTG für weitere zwei Jahre sichergestellt. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung. In den Jahren 2023 und 2024 wurden den Ländern rund 4 Mrd. Euro durch Erhöhung ihres Umsatzsteueranteils zur Verfügung gestellt, davon 1,884 Mrd. Euro im Jahr 2023 und 1,993 Mrd. Euro im Jahr 2024.

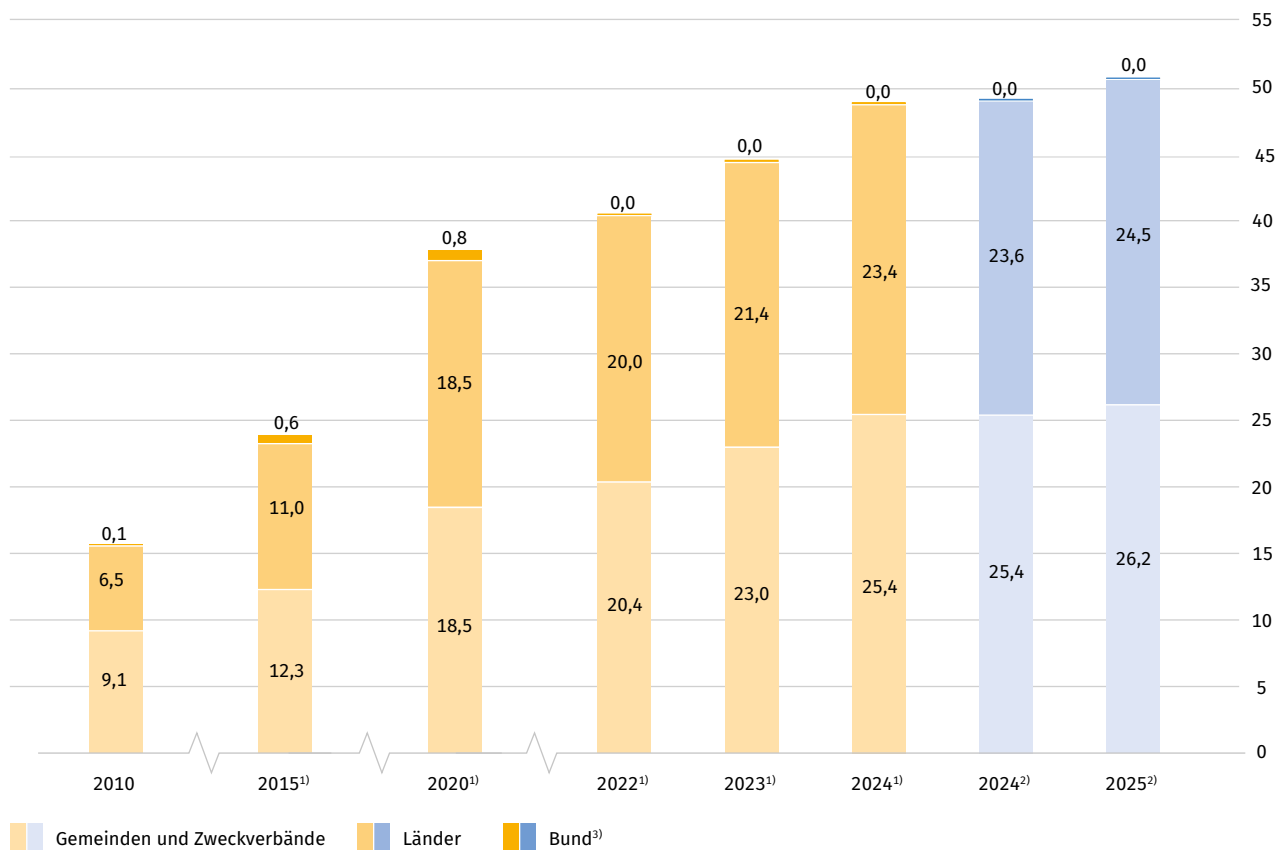
Mit dem am 1. Januar 2025 in Kraft getretenen Dritten Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung wird der Prozess auch in den Jahren 2025 und 2026 fortgesetzt. Es erfolgt eine stärkere Ausrichtung auf sieben Handlungsfelder, darunter u. a. „Fachkraft-Kind-Schlüssel“, „Förderung der sprachlichen Bildung“ und „Stärkung der Leitung“. Über eine Veränderung der vertikalen Umsatzsteuerverteilung für die Jahre 2025 und 2026 zugunsten der Länder (2025: 1,993 Mrd. Euro, 2026: 1,993 Mrd. Euro) soll ihren zusätzlichen Belastungen Rechnung getragen werden.

### 4.1.2 Öffentliche Ausgaben für Kindertagesbetreuung nach Körperschaftsgruppen

Die Betreuung von Kindern und Jugendlichen ist im Wesentlichen eine kommunale Aufgabe. Die dafür anfallenden öffentlichen Ausgaben teilen sich in der Regel die Länder und Gemeinden. Im Jahr 2024 betrug der Anteil der Gemeinden an den Ausgaben für Kindertagesbetreuung 52,0 %. Der Länderanteil lag bei 48,0 %. Die Ausgaben der Gemeinden beliefen sich 2024 auf 25,4 Mrd. Euro, während die Länder 23,4 Mrd. Euro für Kindertagesbetreuung ausgaben (**Abb. 4.1.2-1, Tab. 4.1.1-1**).

Auch der Bund unterstützte mit dem Sondervermögen Kinderbetreuungsbaus und den nachfolgenden Programmen finanziell die Kindertagesbetreuung (**Kapitel 3.1**). Darüber hinaus beteiligt sich der Bund indirekt an den Betriebskosten sowie an Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und Beitragsentlastungen in der Kindertagesbetreuung durch den Verzicht auf einen Teil der Umsatzsteuer zugunsten der Länder.

**Abbildung 4.1.2-1: Öffentliche Ausgaben für Kindertagesbetreuung nach Körperschaftsgruppen**  
in Mrd. Euro



1) Vorläufiges Ist.

2) Soll.

3) Zusätzliche Finanzmittel vom Bund aus dem Sondervermögen Kinderbetreuungsusbau in den Jahren 2007 bis 2021 (**Tab. A5-1**). Vorhaben, die der Bund durch eine Veränderung der Umsatzsteueranteile finanziert, sind in den Grundmitteln nicht bei den Bundesmitteln berücksichtigt.

### 4.1.3 Öffentliche Ausgaben für Kindertagesbetreuung nach Ländern

Der Ausbau von Betreuungsangeboten und die gesetzliche Verankerung von Betreuungsansprüchen schlagen sich in steigenden Ausgaben für den Kinderbetreuungs Bereich in allen Ländern nieder. Den größten Zuwachs zwischen 2015 und 2024 verzeichneten Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit 161,2 % bzw. 158,3 % (**Tab. 4.1.1-1**).

### 4.1.4 Ausgaben für Krippen und Kindergärten je Kind

In der Budgetbetrachtung (vgl. **Kapitel 3**) wurden 2022 in Relation zur Anzahl der betreuten Kinder in Deutschland gut 12 400 Euro für Kinderkrippen und Kindergärten aufgewendet. Dabei blieb unberücksichtigt, wie viele Stunden am Tag oder Tage in der Woche ein Kind betreut wurde. Für Krippenkinder liegt der Betrag mit 17 200 Euro je Kind um 61,8 % höher als für Kindergartenkinder mit 10 600 Euro. Im Schnitt werden in öffentlichen Einrichtungen 15 000 Euro pro Kind aufgewendet. Das sind 34,1 % mehr als in privaten Einrichtungen, wo der Kostensatz bei 11 200 Euro liegt. Dies ist insbesondere auf höhere Personalkosten in öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen. Unabhängig von der Art der Einrichtung nehmen die Personalkosten etwa drei Viertel der Gesamtkosten ein (**Tab. 4.1.4-1**). Finanziert wurden Krippen und Kindergärten hauptsächlich von der öffentlichen Hand, nur rund ein Zehntel der Ausgaben wurden 2022 durch private Mittel aufgebracht (vgl. auch **Kapitel 2.5** und **Abb. 2.5-1**).



## 4.2 Öffentliche Ausgaben für Schulen (allgemeinbildende und berufliche Schulen)

Die Ausgaben des Schulbereichs umfassen in der Finanzstatistik die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für allgemeinbildende und berufliche Schulen. Die Schulen des Gesundheitswesens sind vielfach den Krankenhäusern angegliedert. Da die Krankenhäuser überwiegend aus den öffentlichen Haushalten ausgegliedert sind, werden die Ausgaben der Schulen des Gesundheitswesens zum größten Teil nicht in der Finanzstatistik der öffentlichen Haushalte erfasst, sondern über Sondererhebungen ermittelt.

Im Bildungsbudget und in der internationalen Bildungsberichterstattung werden die Schulausgaben verschiedenen ISCED-Stufen zugeordnet (ISCED 0-6). Für Steuerungszwecke wäre es vorteilhaft, die Ausgaben in einer Gliederung nach allgemeinbildenden und beruflichen Bildungsgängen bzw. nach einzelnen Schularten darzustellen. Dies ist jedoch mit den allgemeinen Angaben der Finanzstatistik nicht möglich, da die Veranschlagungspraxis in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich ist. Darüber hinaus bieten z. B. berufliche Schulen in einem großen Umfang auch allgemeinbildende Bildungsschlüsse an, was eine trennscharfe Abgrenzung erschwert. Um ergänzende Aussagen zur Finanzstatistik machen zu können und Vergleiche für einzelne Schularten zu ermöglichen, hat das Statistische Bundesamt analytische Verfahren entwickelt, die es erlauben, die Ausgaben je Schülerin und Schüler nach Schularten zu berechnen (**Kapitel 4.2.4**).

Im Jahr 2022 beliefen sich die unmittelbaren Ausgaben für Schulen in öffentlicher und privater Trägerschaft einschließlich der Schulen des Gesundheitswesens auf 105,2 Mrd. Euro (**Abb. A 6-2**). Die öffentlichen Haushalte stellten im selben Jahr Grundmittel in Höhe von 87,9 Mrd. Euro bereit (**Tab. 4.2.1-1**).

### 4.2.1 Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Schulen im Überblick

Die Kultusministerien der Länder erarbeiten regelmäßig Reformmaßnahmen im Schulbereich, um die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems weiter zu erhöhen, die Bildungsbereiche an aktuelle Anforderungen anzupassen und der demografischen und gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen. Der Auf- und Ausbau der Ganztagschulen und die Schaffung von Bildungsprogrammen zur Förderung benachteiligter Jugendlicher und zur Integration von Neuzugewanderten sind Beispiele für diese Entwicklungen. In der Regel führen diese Maßnahmen zu höheren Ausgaben. Dagegen führte die Verringerung der Schülerzahlen in einzelnen Ländern und Schulbereichen zum Abbau von Kapazitäten, der in einigen Jahren Ausgabenkürzungen nach sich zog (Stellenfreisetzungen durch den demografiebedingten Schülerrückgang). Im Zeitraum von 2015 bis 2024 sind die Schülerzahlen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Deutschland um 3,2 % gestiegen, im langfristigen Vergleich lagen sie 2024 allerdings um 2,9 % unter denen von 2010.

Insgesamt betrugen im Jahr 2024 die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen 97,4 Mrd. Euro. Dies waren 9,0 % mehr als im Vorjahr (89,3 Mrd. Euro) und 52,4 % (+4,8 % pro Jahr) als 2015 (63,9 Mrd. Euro). Die Haushaltsansätze für 2025 sehen Ausgaben in Höhe von 101,3 Mrd. Euro vor (2024 Soll: 94,7 Mrd. Euro, **Tab. 4.2.1-1**).

Öffentliche Ausgaben für Schulen liegen 2024 bei 97,4 Mrd. Euro

### 4.2.2 Öffentliche Ausgaben für Schulen nach Körperschaftsgruppen

Von den Schulausgaben in Höhe von 97,4 Mrd. Euro im Jahr 2024 stellten die Länder 74,7 Mrd. Euro (2015: 51,7 Mrd. Euro) und die Gemeinden 21,2 Mrd. Euro (2015: 11,1 Mrd. Euro) zur Verfügung. Die Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt im Rahmen des DigitalPakt Schule lagen 2024 bei rund 1,5 Mrd. Euro. Der Länderanteil an den Gesamtausgaben lag 2024 demnach bei 76,7 %, die Gemeinden trugen 21,8 % der Ausgaben.

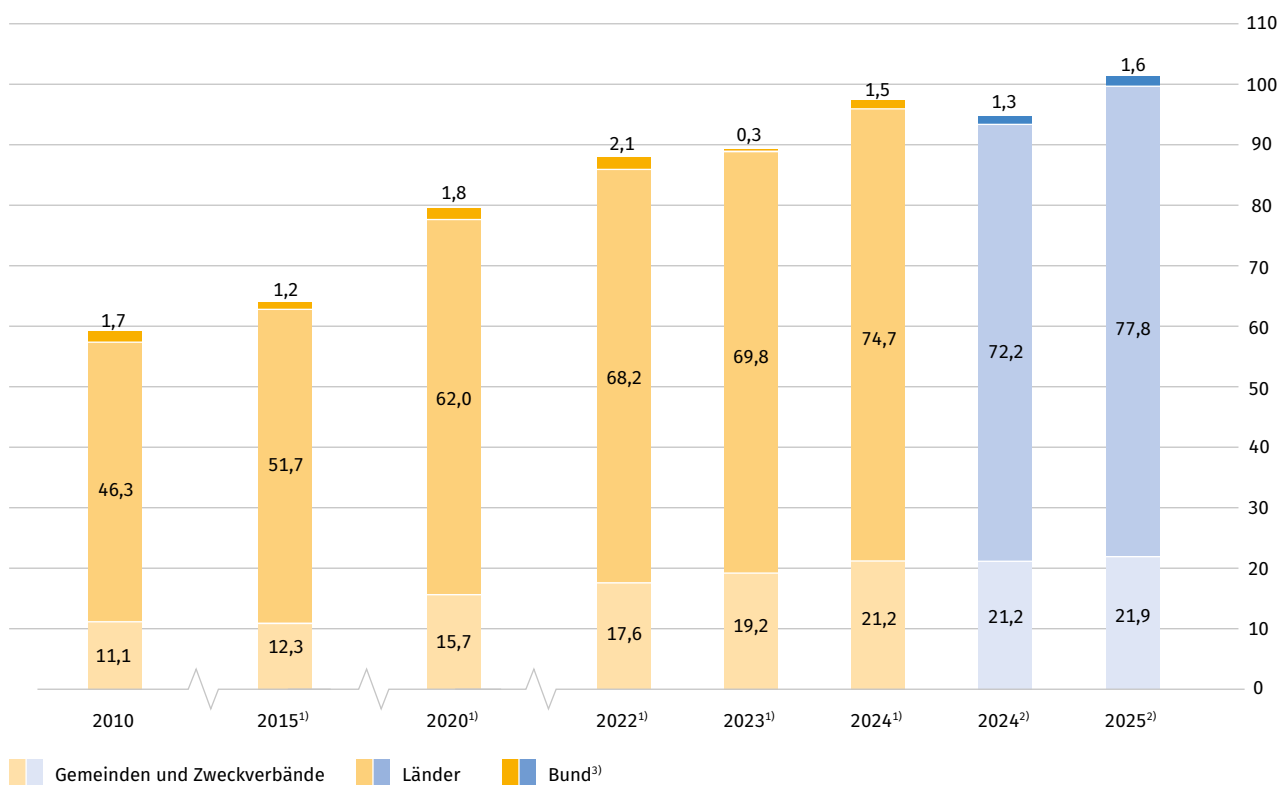
Die Ausgaben des Bundes für Schulen variieren im Zeitverlauf, überwiegend bedingt durch Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt an verschiedene Sondervermögen. Im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes stellte der Bund in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt 6,5 Mrd. Euro für den Schulbereich zur Verfügung. Daher betrug der Anteil des Bundes im Jahr 2010 an den öffentlichen Ausgaben für Schulen 2,8 %. In den Jahren

Gut drei Viertel der Schulausgaben tragen die Länder

## 4 Öffentliche Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen und Ländern

2015 (1,1 Mrd. Euro) und 2016 (3,5 Mrd. Euro) gab es im Schulbereich Zuführungen an das Sondervermögen Kommunalinvestitionsförderungsfonds (Kapitel I + II), welches Mittel für den Schulbereich enthält. In den Jahren 2018 (720 Mill. Euro), 2020 (1,7 Mrd. Euro), 2021 (571 Mill. Euro) und 2022 (2,6 Mrd. Euro) wurden die Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt an den DigitalPakt Schule berücksichtigt.

**Abbildung 4.2.2-1: Öffentliche Ausgaben für Schulen nach Körperschaftsgruppen**  
in Mrd. Euro



1) Vorläufiges Ist.

2) Soll.

3) Die Ausgaben des Bundes 2010 sind auf das Zukunftsinvestitionsgesetz zurückzuführen (**Tab. 4.2.1 1**). Im Jahr 2015 gab es im Schulbereich Zuweisungen an das Sondervermögen Kommunalinvestitionsförderungsfonds. Die Ausgaben 2020 bis 2025 ergeben sich aus den Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt an den DigitalPakt Schule.

### 4.2.3 Öffentliche Ausgaben für Schulen nach Ländern

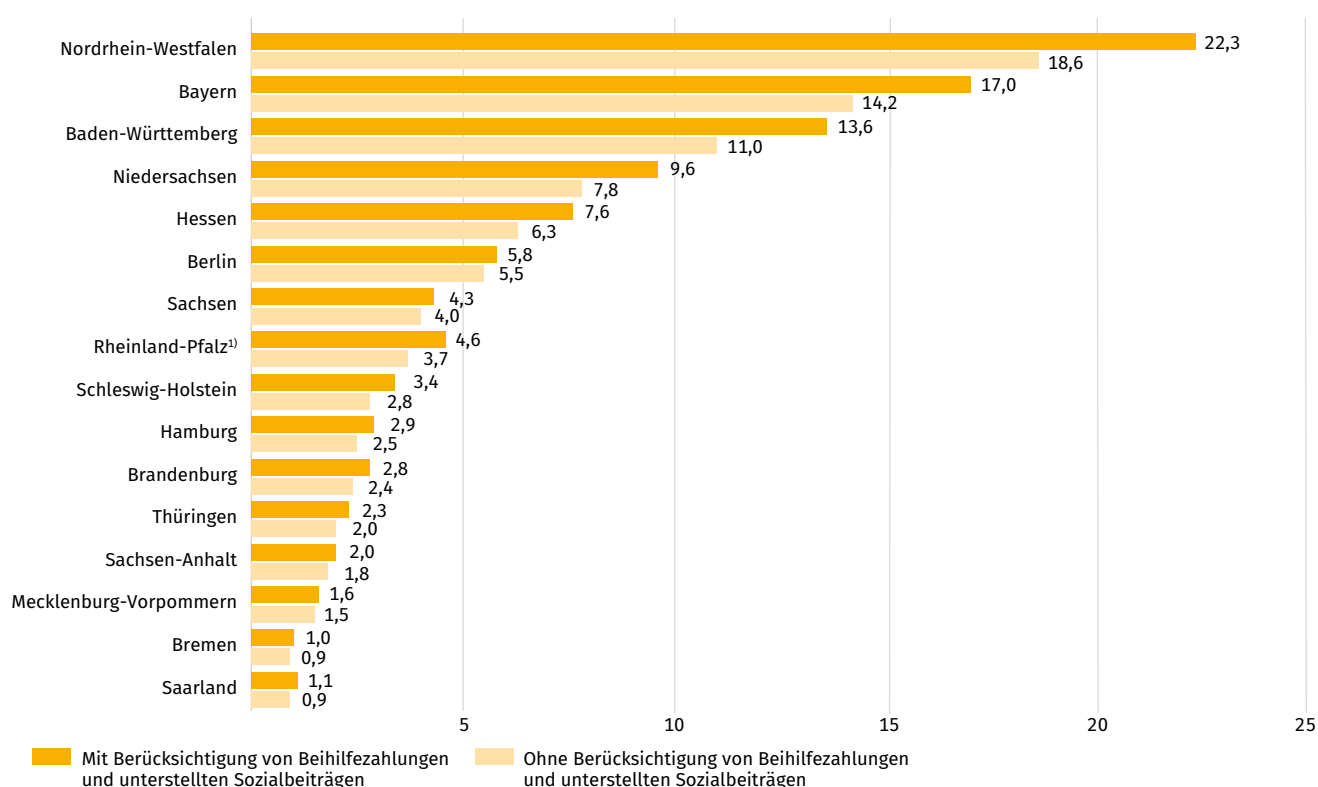
Im Jahr 2024 waren die Schulausgaben in allen Ländern höher als im Jahr 2015. Den größten Ausgabenanstieg verzeichneten die Stadtstaaten Berlin und Bremen mit 85,0 % bzw. 92,7 %. Am geringsten stiegen dagegen die Ausgaben in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, wo Steigerungsraten von 24,7 % bzw. 27,2 % beobachtet wurden (**Tab. 4.2.1-1**).

Beim Vergleich der Schulausgaben der Länder ist zu beachten, dass die Personalstruktur die Höhe der Ausgaben beeinflusst. Für die Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis sind Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge für die Sozialversicherung in den Schulausgaben enthalten. Für die verbeamteten Lehrerinnen und Lehrer werden jedoch weder Beihilfe noch Beiträge für die spätere Altersversorgung berücksichtigt. Da sich in einigen der Flächenländer Ost das Lehrpersonal überwiegend im Angestelltenverhältnis befindet, in den Flächenländern West und in den Stadtstaaten die Lehrerinnen und Lehrer aber überwiegend im Beamtenverhältnis angestellt werden, sind die Ausgaben für Schulen zwischen den Ländern nur eingeschränkt vergleichbar. Außerdem ist zu beachten, dass Investitionsausgaben in der Regel nicht gleichmäßig auf verschiedene Haushaltsjahre

verteilt sind. Dadurch kann es zu Ausgabesprüngen und folglich höherer Fluktuation der Ausgaben im Zeitvergleich kommen.

Um die Unterschiede in der Personalstruktur auszugleichen, werden in der internationalen Bildungsberichterstattung und bei der Berechnung der Ausgaben je Schülerin und Schüler Zusetzungen für Beihilfe und die spätere Altersversorgung der im Haushaltsjahr aktiven verbeamteten Lehrkräfte vorgenommen. Ergänzt man die öffentlichen Ausgaben für Schulen um die Beihilfezahlungen und die unterstellten Sozialbeiträge für aktive Beamtinnen und Beamte, so erhöhen sich z. B. die Ausgaben für öffentliche Schulen im Jahr 2022 in Rheinland-Pfalz um 23,8 % während sich hingegen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen die Ausgaben lediglich um 6,4 % erhöhen, in Berlin sogar nur um 6,1 % (**Abb. 4.2.3-1, Tab. 4.2.3-1**).

**Abbildung 4.2.3-1: Öffentliche Ausgaben für Schulen nach Ländern mit und ohne Berücksichtigung von Beihilfezahlungen und unterstellten Sozialbeiträgen für aktive Beamtinnen und Beamte 2022**  
in Mrd. Euro



1) Siehe **Anhang A 5.2**.

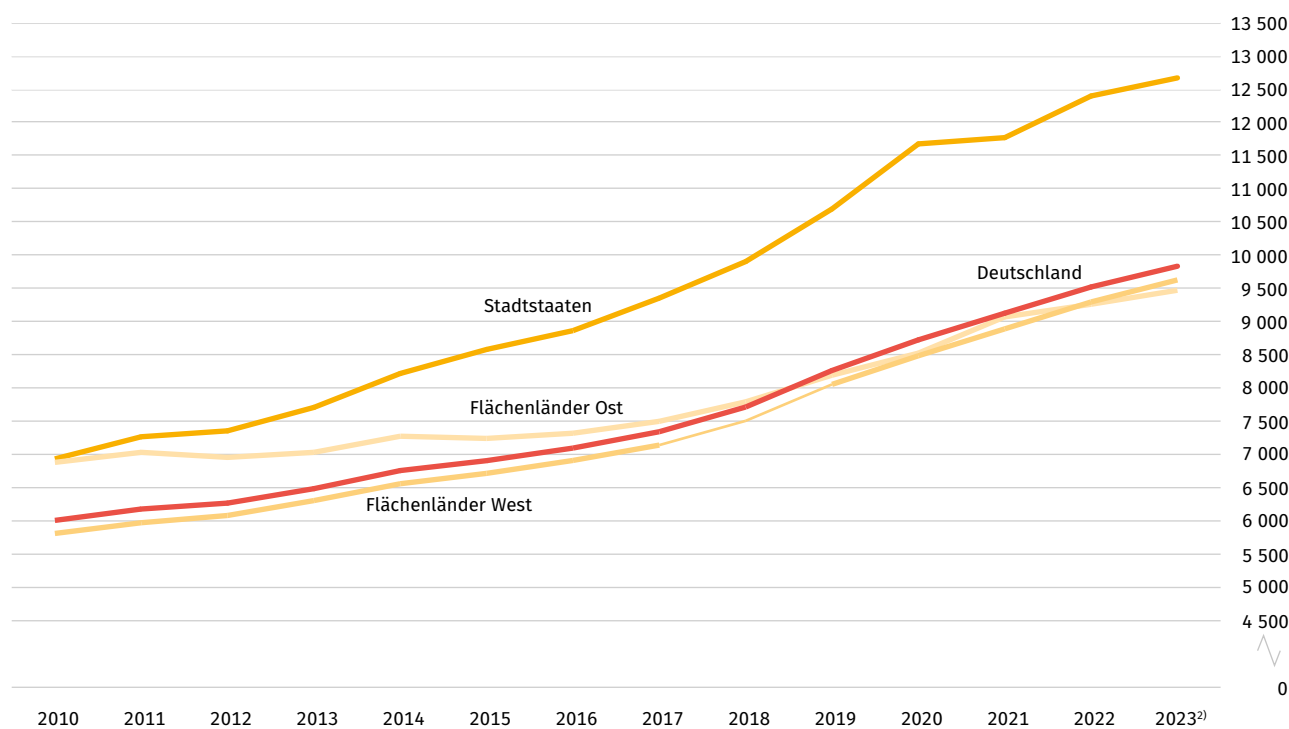
### 4.2.4 Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler nach Schularten und Ländern

Die Ausgaben je Schülerin und Schüler<sup>M</sup> an öffentlichen Schulen sind ein Maß dafür, wie viele Mittel jährlich im Durchschnitt für die Ausbildung einer Schülerin bzw. eines Schülers an öffentlichen Schulen aufgewendet werden. Die Ausgaben öffentlicher Schulen setzen sich zusammen aus den Ausgaben für das Personal (einschließlich Zuschläge für Beihilfen und unterstellte Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte), für den laufenden Sachaufwand sowie für Investitionen. Bei der Berechnung der Ausgaben je Schülerin und Schüler wurden die Zuschlagssätze für die Altersversorgung der Beamtinnen und Beamte aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendet.

**9 800 Euro je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen**

Die öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik gaben 2023 nach vorläufigen Ergebnissen durchschnittlich 9 800 Euro je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen aus. Gegenüber 2015 wurden somit 2 900 Euro mehr je Schülerin und Schüler ausgegeben. Nachdem die Schülerzahlen im bundesdeutschen Durchschnitt bis 2021 rückläufig waren, stiegen sie seit 2022 wieder, wobei in die Berechnung für das Finanzjahr die Angaben je Schuljahr gewichtet einfließen (**Tab. 4.2.4-1, Tab. 4.2.4-2, Abb. 4.2.4-1, Tab. 4-3**). 2022 beliefen sich die Pro-Kopf-Ausgaben nach endgültigen Ergebnissen auf 9 500 Euro.

**Abbildung 4.2.4-1: Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler<sup>1)</sup>**  
in Euro



1) Methodische Umstellung der Berechnung ab 2021.<sup>M</sup>

2) Werte für 2023 sind vorläufig.

Die Ausgaben für öffentliche Schulen und die Schülerzahlen entwickeln sich nicht zwangsläufig gleichgerichtet, da die Ausgaben von weiteren Rahmenbedingungen abhängen. Grundsätzlich soll beispielsweise ein wohnortnahes Schulangebot erhalten bleiben. Zudem müssen Unter- und Obergrenzen für Klassengrößen, personalrechtliche Regelungen sowie bildungspolitische Entscheidungen (z. B. Ganztagschulen, Inklusion) berücksichtigt werden.

In den Flächenländern Ost stiegen die durchschnittlichen Ausgaben je Schülerin und Schüler zwischen 2015 und 2023 von 7 200 Euro auf 9 500 Euro, in den Flächenländern West im gleichen Zeitraum von 6 700 Euro auf 9 600 Euro. In den Stadtstaaten sind die Ausgaben seit 2015 um 4 100 Euro auf durchschnittlich 12 700 Euro im Jahr 2023 gewachsen. Im Jahr 2023 reichte das Spektrum der Ausgaben von 8 900 Euro in Nordrhein-Westfalen bis hin zu 13 400 Euro in Berlin (**Abb. 4.2.4-1, Tab. 4.2.4-1, Tab. 4.2.4-2**).

**Ausgaben je Schülerin und Schüler in Berlin am höchsten**

Zwischen den einzelnen Schularten bestehen ebenfalls Unterschiede bei den Ausgaben je Schülerin und Schüler. Im Jahr 2023 beliefen sich die durchschnittlichen Ausgaben für einen Schulplatz an einer allgemeinbildenden Schule nach vorläufigen Ergebnissen auf 10 500 Euro und an einer beruflichen Schule auf 7 100 Euro, im Jahr 2022 lagen die Ausgaben noch bei 10 300 Euro bzw. 6 700 Euro. Innerhalb der öffentlichen beruflichen Schulen waren die Ausgaben je Schülerin und Schüler im Dualen System 2023 mit 4 400 Euro vergleichsweise niedrig, was im Wesentlichen auf den Teilzeitunterricht zurückzuführen ist. Bei den allgemeinbildenden Schulen lagen die Ausgaben je Schülerin und Schüler an Grundschulen mit 8 400 Euro und an Realschulen mit 9 700 Euro unterhalb des Durchschnitts aller Schularten (**Tab. 4.2.4-1, Abb. 4.2.4-2, Tab. 4.2.4-3**).

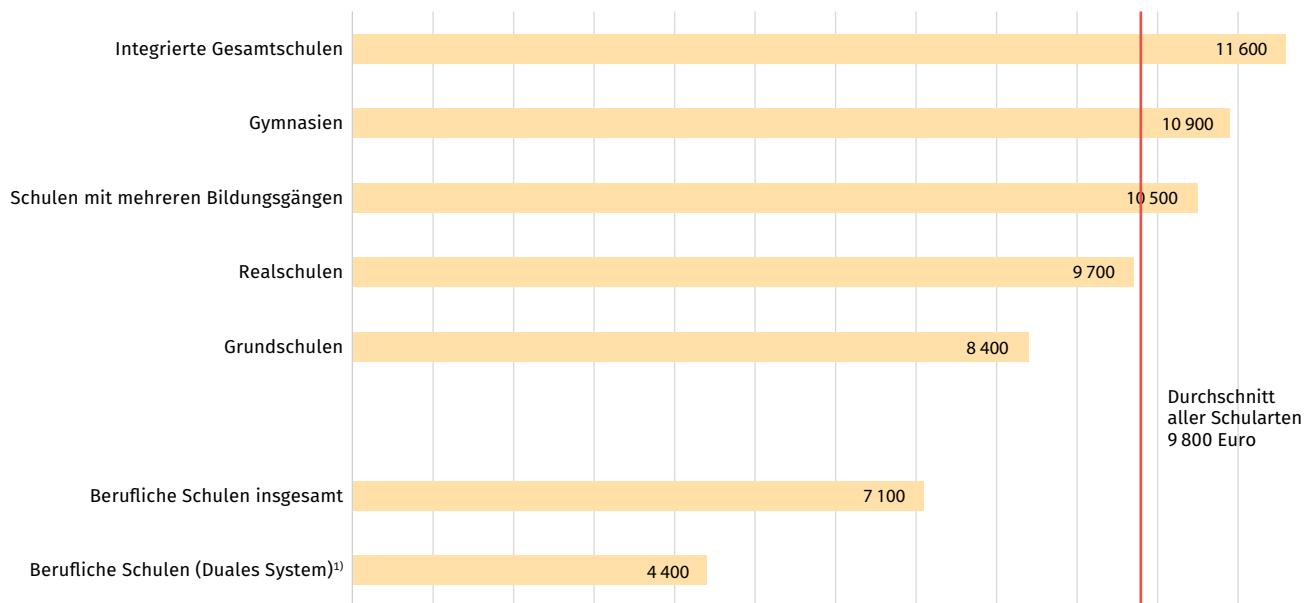
Der Anteil der Schulausgaben für Personal belief sich im Länderdurchschnitt 2023 auf 75,5 %. Bezogen auf die im Jahr 2023 durchschnittlich aufgewendeten 9 800 Euro je Schülerin und Schüler entsprach dies 7 400 Euro. Für den laufenden Sachaufwand wurden 1 400 Euro und für die Investitionsausgaben 1 000 Euro je Schülerin und Schüler aufgewendet (**Abb. 4.2.4-3, Tab. 4.2.4-4**).

**Drei Viertel der Schulausgaben werden für Personal aufgewendet**

Die Ausgabenunterschiede zwischen den Ländern und den einzelnen Schularten stehen im Zusammenhang mit unterschiedlichen Schüler-Lehrer-Relationen, in die u. a. differierende Pflichtstundenzahlen der Lehrkräfte und unterschiedliche Klassengrößen einfließen (**Abb. 4.2.4-4**). Aber auch Unterschiede in der Schulstruktur und in der Vergütungsstruktur der Lehrkräfte, die zeitliche Verteilung von Investitionsprogrammen, Unterschiede im Gebäudemanagement und Unterschiede im Umfang des Ganztagschulangebots und der Lernmittelfreiheit sowie in der materiellen Ausstattung der Schulen beeinflussen diese Kennzahl. Zu beachten ist auch, dass die Ausgaben der Kinderhorte zur Betreuung bei der Berechnung der Ausgaben je Schülerin und Schüler nicht berücksichtigt werden.

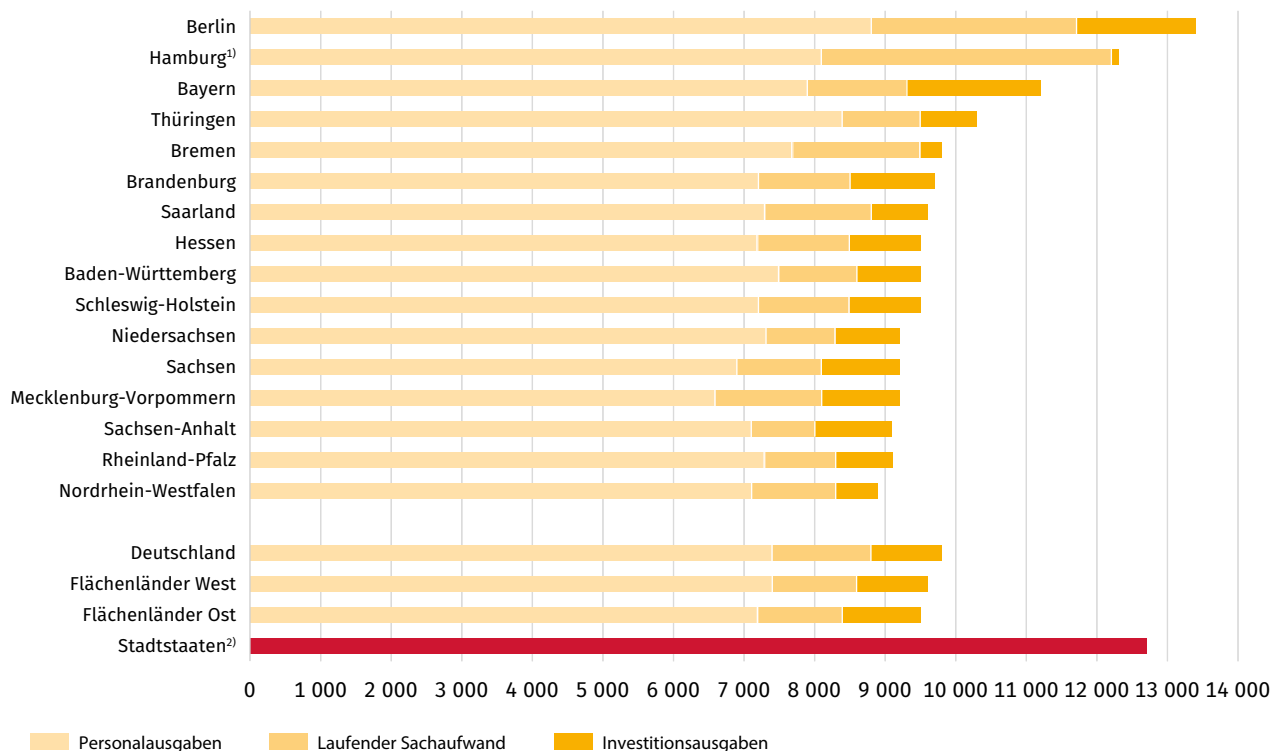
## 4 Öffentliche Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen und Ländern

**Abbildung 4.2.4-2: Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler nach Schularten 2023**  
in Euro



1) Teilzeitunterricht.

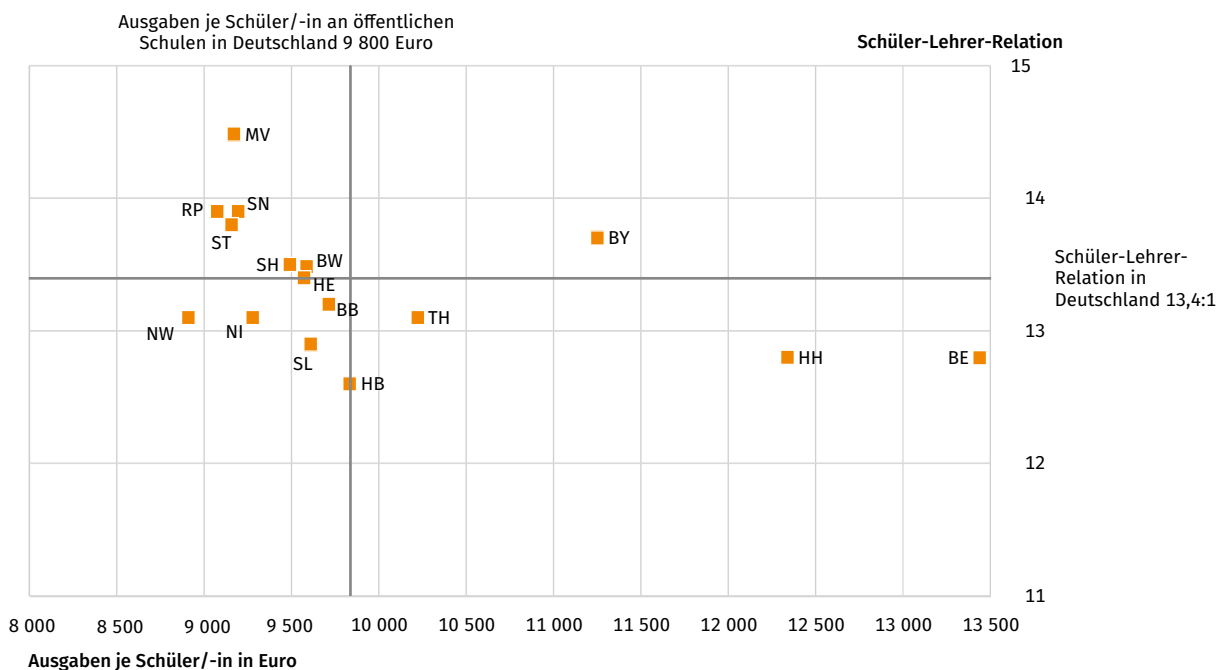
**Abbildung 4.2.4-3: Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler nach Ausgabearten und Ländern 2023**  
in Euro



1) In Hamburg werden Schulbaumaßnahmen in einem Mieter-Vermieter-Modell durch eine ausgegliederte Einrichtung getätigt. Daher werden Investitionen für Baumaßnahmen nur in geringer Höhe ausgewiesen. Stattdessen werden die Mietzahlungen im laufenden Sachaufwand berücksichtigt.

2) Aufgrund der eingeschränkten Vergleichbarkeit wird der Mittelwert für die Stadtstaaten nicht nach Ausgabearten differenziert.

**Abbildung 4.2.4-4: Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler in Euro und Schüler-Lehrer-Relationen<sup>1)</sup> an öffentlichen Schulen nach Ländern 2023**



Lesehilfe: In Brandenburg betrugen im Jahr 2023 die Ausgaben je Schülerin und Schüler an öffentlichen Schulen 9 700 Euro bei einer Schüler-Lehrer-Relation von 13,2 zu 1.

BB: Brandenburg; BE: Berlin; BW: Baden-Württemberg; BY: Bayern; HB: Bremen; HE: Hessen; HH: Hamburg; MV: Mecklenburg-Vorpommern; NI: Niedersachsen; NW: Nordrhein-Westfalen; RP: Rheinland-Pfalz; SH: Schleswig-Holstein; SL: Saarland; SN: Sachsen; ST: Sachsen-Anhalt; TH: Thüringen

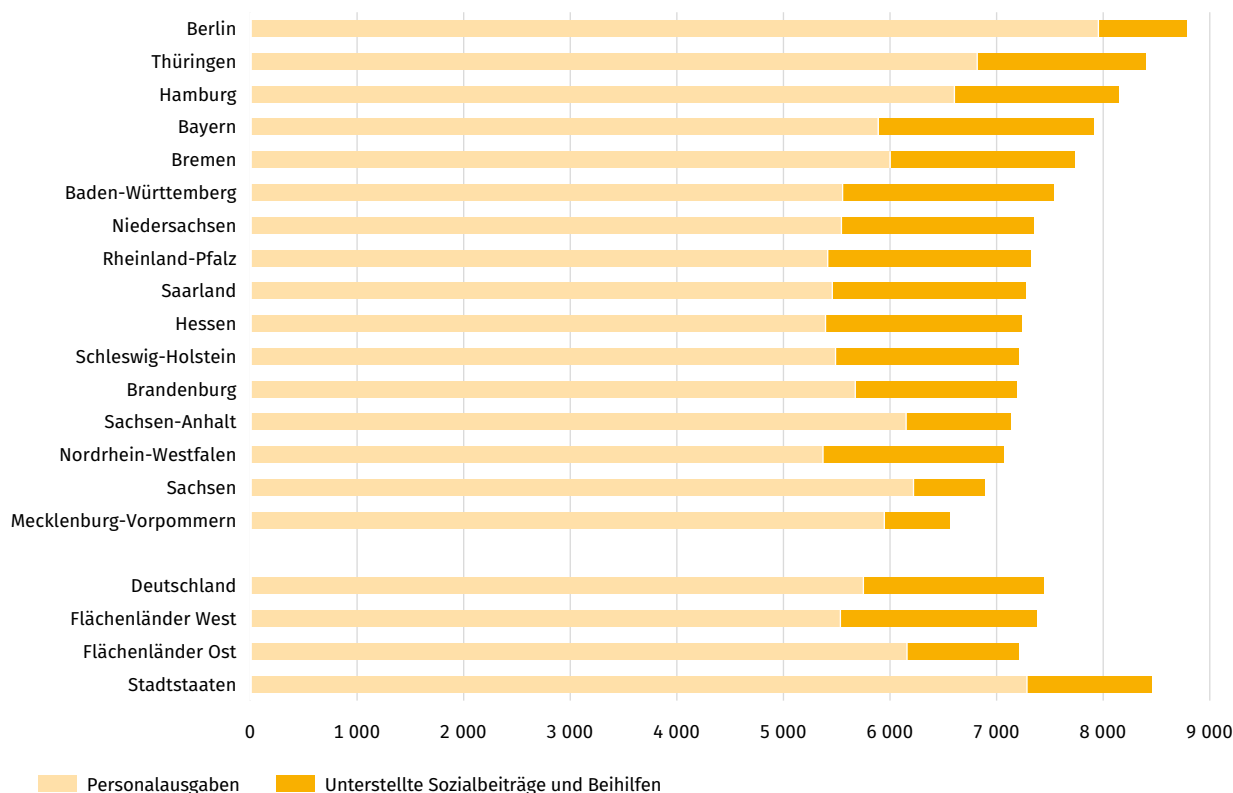
1) Abweichend zur Veröffentlichung im Bildungsfinanzbericht 2023 wurde die Berechnung der Schüler-Lehrer-Relation an die internationale UOE-Datenmeldung angepasst. Dabei fließt die Anzahl der Berufsschüler nun nur noch zu 40 % ein, da sie den überwiegenden Teil ihrer Ausbildung in den jeweiligen Betrieben bei einem Ausbilder absolvieren. Die Schüler-Lehrer-Relation ist dadurch um rund einen Prozentpunkt günstiger als nach der früheren Berechnung. Die Zahl der Berufsschüler ist 2023 im Vergleich zu 2021 jedoch so stark zurückgegangen, dass die Lehrer-Schüler-Relation auch unabhängig von diesem Effekt um 0,3 Prozentpunkte gesunken ist (13,1:1 im Jahr 2021).

#### 4.2.5 Auswirkungen der Berücksichtigung von unterstellten Sozialbeiträgen auf die Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler

In einigen Ländern Ostdeutschlands ist der überwiegende Teil der Lehrkräfte als Angestellte tätig, während in Westdeutschland der überwiegende Teil verbeamtet ist. Um die Unterschiede in der Berücksichtigung der Altersversorgung auszugleichen, werden bei der Berechnung des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft, der Ausgaben je Schülerin und Schüler und in der internationalen Bildungsberichterstattung unterstellte Sozialbeiträge für die Altersversorgung der im Bildungsbereich tätigen verbeamteten Lehrkräfte ebenso berücksichtigt wie Beihilfen im Krankheitsfall.

Im Bundesdurchschnitt beliefen sich die Zusetzungen für verbeamtete Lehrkräfte im Schulbereich je Schülerin und Schüler 2023 nach vorläufigen Berechnungen auf 1 700 Euro. Während in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen nur geringfügige Zusetzungen (unter 700 Euro) vorgenommen wurden, beliefen sich diese in Bayern auf 2 000 Euro je Schülerin und Schüler (**Abb. 4.2.5-1**).

**Abbildung 4.2.5-1: Personalausgaben und unterstellte Sozialbeiträge sowie Beihilfen für aktive Beamtinnen und Beamte an öffentlichen Schulen je Schülerin und Schüler 2023**  
in Euro



### 4.3 Öffentliche Ausgaben für Hochschulen

Die Ausgaben für Hochschulen umfassen die Ausgaben für Universitäten, pädagogische und theologische Hochschulen, Hochschulkliniken, Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen sowie Kunst- und Musikhochschulen. Nach der Haushaltssystematik zählen auch die Zuschüsse an die Hochschulen in privater oder kirchlicher Trägerschaft sowie die Ausgaben für die Berufsakademien (**Kapitel 4.7.2**) und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), den Wissenschaftsrat, das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) und dergleichen zu diesem Aufgabenbereich, nicht aber Fördermittel aus allgemeinen Forschungsprogrammen, die für Hochschulen und außeruniversitäre Einrichtungen vom Bund im Wettbewerb vergeben werden. Da die Hochschulkliniken aus den Haushalten vollständig ausgegliedert worden sind und die Ausgaben nach dem Grundmittelkonzept nachgewiesen werden, bleiben die Ausgaben für die Krankenbehandlung an Hochschulkliniken unberücksichtigt. Die öffentlichen Ausgaben für Hochschulen in dieser Abgrenzung finden in den **Abschnitten 4.3.1 bis 4.3.3** Betrachtung.

Die Ausgliederung zahlreicher Hochschulen<sup>M</sup> aus den Haushalten der Länder hat zur Folge, dass die Finanzstatistik lediglich die Zuschüsse der öffentlichen Körperschaften an die Hochschulen erfasst. Eine Aufschlüsselung der Ausgaben nach Aufgabenbereichen oder Fächergruppen ist daher nicht möglich. Darüber hinaus werden Zusatzmittel (z. B. Verwaltungseinnahmen, Einwerbung von Drittmitteln, Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit), über die die Hochschulen jedoch einen entscheidenden Anteil ihrer Ausgaben finanzieren, nicht berücksichtigt. Um die finanzielle Ausstattung der Hochschulen mit Finanzmitteln zwischen den Ländern, mit anderen Bildungsbereichen und zwischen verschiedenen Fächergruppen vergleichbar zu machen, wird daher in den **Abschnitten 4.3.4 und 4.3.5** auf die Hochschulfinanzstatistik zurückgegriffen. In der Hochschulfinanz-



statistik werden die Einnahmen inklusive der erhaltenen Zusatzmittel und Ausgaben der Hochschulen in öffentlicher und privater Trägerschaft<sup>M</sup> nach Arten und in fachlicher Gliederung erhoben.

### 4.3.1 Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Hochschulen im Überblick

Die Hochschulfinanzierung ist in Deutschland in den letzten Jahrzehnten wesentlich umgestaltet worden. In einigen Ländern sorgte die Einführung von Globalhaushalten für größere Flexibilität im Mitteleinsatz. In mehreren westlichen Flächenländern wurden zur Verbesserung der Finanzausstattung in der ersten Dekade dieses Jahrhunderts Beiträge der Studierenden für das Erststudium eingeführt.<sup>2</sup> In allen Ländern wurden diese jedoch bis zum Wintersemester 2014/2015 sukzessive wieder abgeschafft. In einigen Ländern existieren Studiengebühren für das Zweitstudium sowie für ausländische Studierende. Die im Wettbewerb eingeworbenen Forschungsmittel, die zu einem beträchtlichen Teil vom öffentlichen Bereich zur Verfügung gestellt werden, ergänzen die Grundfinanzierung der Hochschulen. Der Anteil der Grundfinanzierung durch den Träger an der Gesamtfinanzierung der Hochschulen war über viele Jahre rückläufig, während die von den Hochschulen im Wettbewerb um Studierende und Forschungsprojekte eingeworbenen Mittel an Bedeutung gewannen. Seit 2013 ist die Drittmittelquote stabil, da die Zunahme der Grundmittel vielfach stärker ausfiel als der Anstieg der Drittmittel.

Die Ausgaben der Gebietskörperschaften für Hochschulen beliefen sich laut Finanzstatistik im Jahr 2024 auf insgesamt 38,3 Mrd. Euro. Damit gaben die öffentlichen Haushalte 5,2 % bzw. 1,9 Mrd. Euro mehr für Hochschulen aus als im Vorjahr. Im Zeitraum von 2015 (28,7 Mrd. Euro) bis 2024 wurden die öffentlichen Ausgaben für Hochschulen um 33,7 % (+3,3 % pro Jahr) erhöht.

Für das Jahr 2025 sehen die Haushaltsansätze eine weitere Ausgabensteigerung um 3,1 % auf 38,8 Mrd. Euro vor (2024 Soll: 37,6 Mrd. Euro, **Tab. 4.3.1-1**).

Die Entwicklung der Ausgaben für Hochschulen steht auch in Zusammenhang mit der Entwicklung der Studierendenzahlen. Von 2015 bis 2020 stieg die Anzahl der Studierenden an Hochschulen um 6,8 %. Danach ging die Zahl bis 2024 um 2,9 Prozentpunkte zurück (**Tab. 4-3**).

### Stärkung des Bildungs- und Wissenschaftsstandorts Deutschland – Förderprogramme des Bundes und der Länder

Mit dem Hochschulpakt reagierten Bund und Länder auf die hohe Zahl von Studieninteressierten, welche u. a. auf die doppelten Abiturjahrgänge und das Aussetzen der Wehrpflicht zurückzuführen ist. In den Jahren 2007 bis 2020 konnten dadurch 1,6 Mill. Studienanfängerinnen und -anfänger zusätzlich gegenüber dem Referenzjahr 2005 ein Studium beginnen. Über die Gesamtlaufzeit des Hochschulpakts von 2007 bis 2020 einschließlich der Ausfinanzierung bis 2023 hat der Bund rund 20,2 Mrd. Euro bereitgestellt, die Länder rund 18,6 Mrd. Euro.

Seit 2021 werden im Rahmen des Zukunftsvertrags „Studium und Lehre stärken“ die mit dem Hochschulpakt geschaffenen Studienkapazitäten bedarfsgerecht erhalten und die Qualität von Studium und Lehre verbessert. Bund und Länder haben in den Jahren 2021 und 2022 jährlich jeweils rund 1,9 Mrd. Euro bereitgestellt. Für die Jahre 2023 bis 2027 wurde beschlossen, diesen Betrag zu dynamisieren, sodass in diesem Zeitraum von Bund und Ländern jeweils rund 338 Mill. Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Die Vergabe der Bundesmittel auf die Länder wird jährlich auf Basis der Zahl der Studierenden<sup>3</sup>, Absolventinnen und Absolventen<sup>4</sup> sowie Studienanfängerinnen und Studienanfänger errechnet.

Im Jahr 2007 wurde mit der zweiten Säule des Hochschulpakts eine Programmpauschale für die von der DFG geförderten Projekte an Hochschulen zur Deckung der indirekten,

Öffentliche Ausgaben  
für Hochschulen steigen  
2024 auf 38,3 Mrd. Euro

Zwischen 2007 und 2023  
Investition von rund  
39 Mrd. Euro in den  
Ausbau des Studien-  
angebots

<sup>2</sup> Zwischen 2006 und 2007 wurden in Baden-Württemberg, Hamburg, Niedersachsen, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland Studiengebühren für das Erststudium eingeführt, um mit den Zusatzmitteln die Studienbedingungen zu verbessern.

<sup>3</sup> Studierende im Wintersemester innerhalb der Regelstudienzeit zuzüglich zwei Semester (ohne sonstige Abschlüsse und Promotionen).

<sup>4</sup> Ohne Absolventinnen und Absolventen von sonstigen Abschlüssen und Promotionen.

zusätzlichen und variablen Projektausgaben eingeführt. Diese soll die Wettbewerbsfähigkeit der Forschung an Hochschulen stärken. Die DFG-Programmpauschale beträgt für alle ab dem 1. Januar 2016 neu bewilligten Projekte 22 % der von der DFG bewilligten und verausgabten direkten Projektmittel (Finanzierungsverhältnis Bund/Länder: 20 %/2 %). Von 2016 bis 2023 wurden von Bund und Ländern knapp 3,7 Mrd. Euro bereitgestellt. Nach Ablauf des Hochschulpakts 2020 wurde die Programmpauschale zum 1. Januar 2021 in die institutionelle Förderung der DFG überführt und wird seitdem im Rahmen des Pakts für Forschung und Innovation IV mit einem jährlichen Mittelzuwachs von 3 % gesteigert; die prozentuale Höhe der Programmpauschale sowie die Finanzierungsanteile von Bund und Ländern bleiben bis zum Ablauf des Jahres 2025 unverändert und werden für die Zeit ab 2026 neu verhandelt.

Mit der in der Nachfolge des Qualitätspakts Lehre initiierten Stiftung „Innovation in der Hochschullehre“ soll dauerhaft ein Anreiz zur Erneuerungsfähigkeit der Hochschullehre gegeben werden. Hierfür stellte der Bund zwischen 2021 und 2023 jährlich bis zu 150 Mill. Euro zur Verfügung. Ab 2024 wird diese Förderung von Bund und Ländern gemeinsam getragen, wobei der Bund jährlich für 110 Mill. Euro und die Länder für 40 Mill. Euro aufkommen.

Mit der Exzellenzstrategie als Weiterentwicklung der Exzellenzinitiative fördern Bund und Länder gemeinsam die universitäre Spitzenforschung in Deutschland in zwei Förderlinien. Mit der ersten Förderlinie der Exzellenzcluster werden international wettbewerbsfähige Forschungsfelder an Universitäten bzw. Universitätsverbünden projektbezogen gefördert. Die zweite Förderlinie der Exzellenzuniversitäten dient der Stärkung der Universitäten als Institution. Mit der am 4. November 2022 geänderten Bund-Länder-Vereinbarung wurde die Exzellenzstrategie als Wettbewerbsraum einmalig mit zusätzlichen Mitteln für weitere Cluster ausgestattet. Ab dem Jahr 2026 werden bis zu 70 Exzellenzcluster gefördert. Bund und Länder haben dafür die Gesamtfördermittel von derzeit 533 Mill. Euro pro Jahr auf 687 Mill. Euro pro Jahr erhöht. Die Mittel werden vom Bund und dem jeweiligen Sitzland im Verhältnis 75:25 getragen.

Mit dem Pakt für Forschung und Innovation IV soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit der außeruniversitären Forschungsorganisationen und der DFG ab 2021 weiter gestärkt werden. Es ist vorgesehen, dass die institutionelle Förderung bis 2030 wie bisher jährlich um drei Prozent steigt. Diese Investitionen werden jedoch dem Bereich Forschung und nicht dem Bildungsbereich zugerechnet.

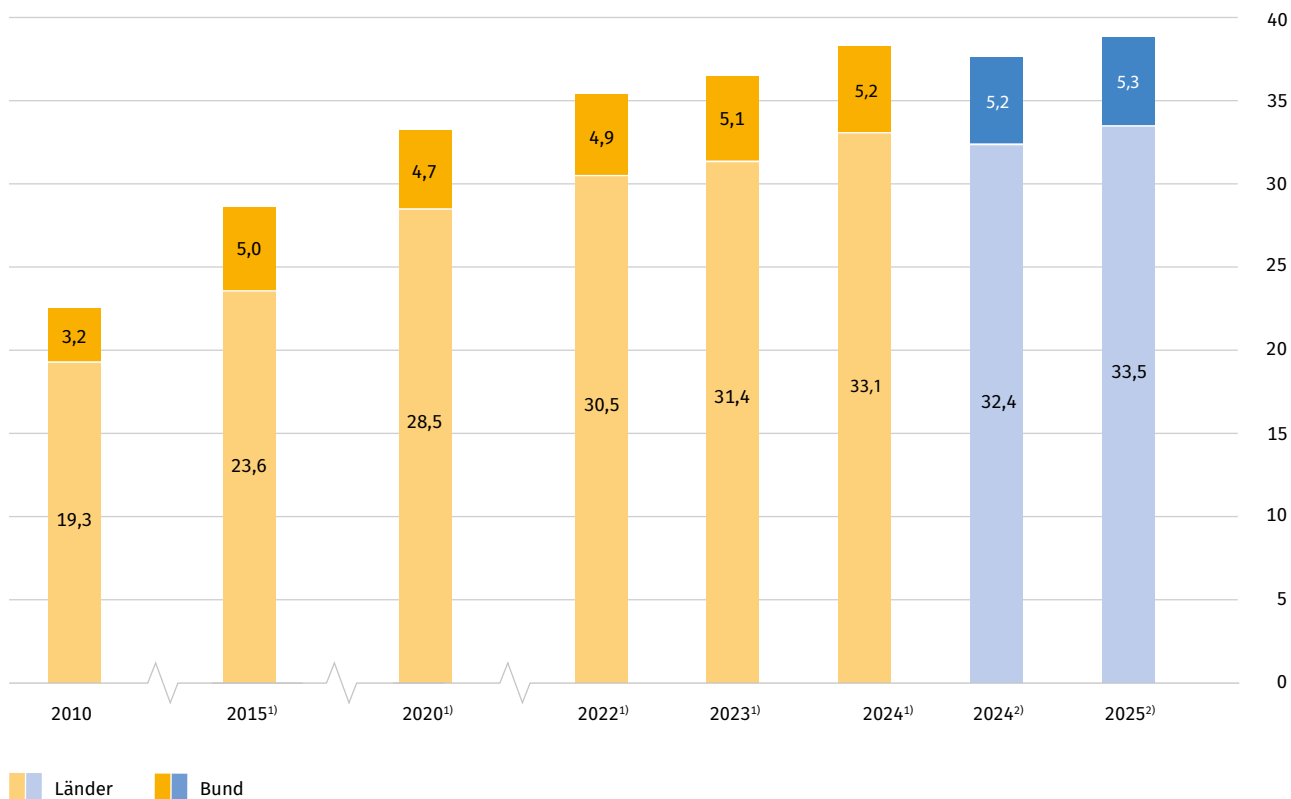
Durch die gemeinsame Förderinitiative „Künstliche Intelligenz in der Hochschulbildung“ streben Bund und Länder an, Künstliche Intelligenz wirksam in die Hochschulbildung zu integrieren. So werden u. a. Maßnahmen gefördert, die zur Qualifizierung von zukünftigen akademischen Fachkräften beitragen. Zur Finanzierung stellen Bund und Länder von 2021 bis 2025 insgesamt bis zu 133 Mill. Euro zur Verfügung. Die Fördermittel werden jeweils im Verhältnis 90:10 vom Bund und vom jeweiligen Sitzland getragen.

### 4.3.2 Öffentliche Ausgaben für Hochschulen nach Körperschaftsgruppen

Im Aufgabenbereich Hochschulen wurden die öffentlichen Ausgaben gemäß vorläufiger Werte der Finanzstatistik 2024 zu 86,4 % von den Ländern bestritten. Gemessen an den Gesamtausgaben 2024 in Höhe von 38,3 Mrd. Euro entsprach dies einem Ausgabevolumen von 33,1 Mrd. Euro. Gegenüber 2023 wurden die Ausgaben der Länder um 5,5 % angehoben. Für das Jahr 2025 haben die Länder Ausgaben in Höhe von 33,5 Mrd. Euro vorgesehen (**Tab. 4.3.1-1, Abb. 4.3.2-1**).

Die Ausgaben des Bundes für den Hochschulbereich beliefen sich 2024 auf insgesamt 5,2 Mrd. Euro. Der Grundmittelanteil des Bundes an den Ausgaben für Hochschulen lag damit bei 13,6 %. Gegenüber dem Vorjahr (2023: 5,1 Mrd. Euro) zeigt sich ein Anstieg um 2,9 %. Für das Jahr 2025 veranschlagt der Bund Ausgaben in Höhe von 5,3 Mrd. Euro (**Abb. 4.3.2-1, Tab. 4.3.1-1**).

**Abbildung 4.3.2-1: Öffentliche Ausgaben für Hochschulen nach Körperschaftsgruppen**  
in Mrd. Euro



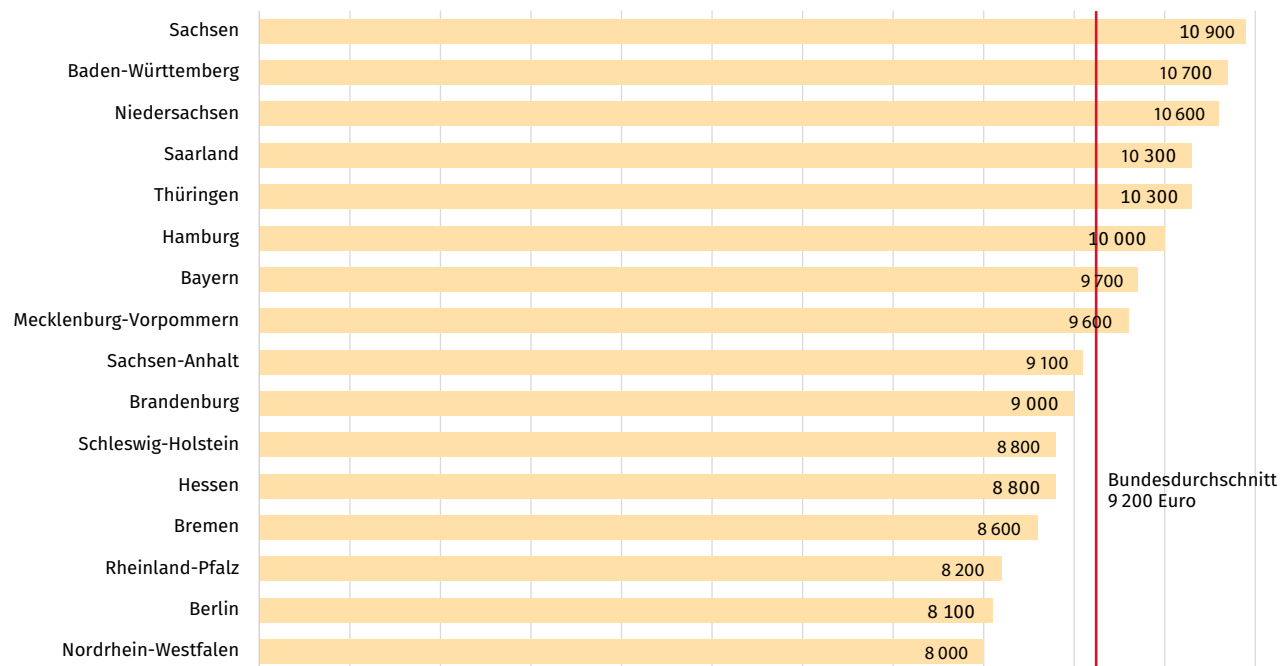
1) Vorläufiges Ist.

2) Soll.

### 4.3.3 Öffentliche Ausgaben für Hochschulen nach Ländern

Im Zeitraum von 2015 bis 2024 sind die öffentlichen Ausgaben für Hochschulen in allen Ländern gestiegen, jedoch unterschiedlich stark. In Brandenburg und Schleswig-Holstein waren die Ausgabensteigerungen mit 91,2 % bzw. 83,3 % am höchsten. In Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt beliefen sich die Zuwächse hingegen auf 19,0 % bzw. 22,9 % (**Tab. 4.3.1-1**). Die Entwicklung der Ausgaben ist nicht nur auf tatsächliche Ausgabenveränderungen zurückzuführen, sondern es treten in den einzelnen Ländern auch buchungsbedingte Sondereffekte aufgrund von Reformmaßnahmen im Hochschulbereich auf. Beispiele hierfür sind Mietzahlungen der Hochschulen an landeseigene Liegenschaftsfonds (z. B. in Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen), die Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens, die Neuordnung der Hochschulmedizin oder die Umwandlung von einzelnen Hochschulen in Stiftungshochschulen.

**Abbildung 4.3.4-1: Laufende Ausgaben (Grundmittel) für Lehre und Forschung je Studierende bzw. Studierenden an öffentlichen Hochschulen<sup>1)</sup> nach Ländern 2023**  
in Euro



1) Hochschulen insgesamt (ohne Medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften an Universitäten, ohne Verwaltungshochschulen).

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2023

### 4.3.4 Ausgaben der öffentlichen Hochschulen je Studierende bzw. Studierenden

Tief gegliederte Ausstattungsvergleiche auf Hochschul- und Länderebene lassen sich auf Basis der in den vorherigen Abschnitten dargestellten Kennzahlen nur bedingt durchführen, da Investitionen unstetig realisiert werden und die Berechnungsgrundlage für die Zusetzung auf Fächerebene nicht vollständig vorliegt. Da die Hochschulart, die Studierendenzahl und das jeweilige Fachgebiet die notwendige Finanzausstattung je Studierende bzw. Studierenden der öffentlichen Hochschulen in den verschiedenen Fachbereichen signifikant beeinflussen, berechnet die Hochschulfinanzstatistik nach Hochschularten und Fächergruppen gegliederte Kennzahlen. Erst diese machen tief gegliederte Ausstattungsvergleiche auf Hochschul- und Länderebene möglich.

So wird für die öffentlichen Hochschulen in Trägerschaft der Länder die Kennzahl „laufende Ausgaben (Grundmittel) je Studierende bzw. Studierenden“<sup>MM</sup> berechnet. Sie zeigt die Mittel für Lehre und Forschung<sup>M</sup>, die der Hochschulträger den Hochschulen für laufende Zwecke (ohne Mieten und Pachten) zur Verfügung stellt. Ausgaben, die mit Einnahmen der Hochschulen (Drittmittel, Verwaltungseinnahmen und Zuweisungen und Zuschüsse nicht vom Träger) finanziert werden, wurden bei der Berechnung der laufenden Ausgaben (Grundmittel) nicht berücksichtigt. Dies gilt auch für die Investitionsausgaben, da diese über die Jahre hinweg stark schwanken und Zeitvergleiche erschweren würden. Die Berechnungsergebnisse zeigen, dass die Finanzausstattung je Studierende bzw. Studierenden zwischen Hochschularten und Fächergruppen teilweise stark variiert.

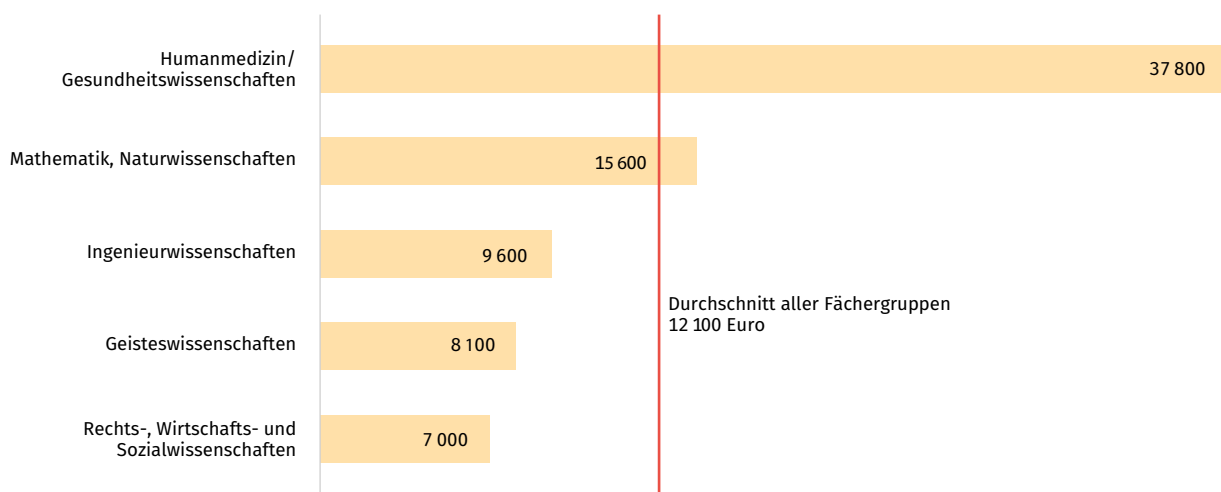
Die laufenden Ausgaben (Grundmittel) je Studierende bzw. Studierenden an öffentlichen Hochschulen (ohne medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften an Universitäten, ohne Verwaltungsfachhochschulen) fielen im Ländervergleich deutlich auseinander.<sup>5</sup> Die Spanne der laufenden Ausgaben (Grundmittel) je Studierende bzw. Studierenden reichte 2023 von 8 000 Euro in Nordrhein-Westfalen bis 10 900 Euro im Sachsen. Im Bundesdurchschnitt beliefen sich die laufenden Ausgaben (Grundmittel) je Studierende bzw. Studierenden auf 9 200 Euro (2022: 8 600 Euro, 2015: 6 600 Euro, **Tab. 4.3.4-1, Abb. 4.3.4-1**).

**Laufende Ausgaben je Studierende bzw. Studierenden 2023 bei durchschnittlich 9 200 Euro**

Diese Abweichungen sind auf unterschiedliche Studienbedingungen und Hochschulstrukturen oder auf standortbedingte Kostenfaktoren zurückzuführen. Eine der Ursachen sind Unterschiede in der Struktur nach Hochschularten. So beliefen sich 2023 die laufenden Ausgaben (Grundmittel) je Studierende bzw. Studierenden an Universitäten (ohne medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften) in Trägerschaft der Länder auf 9 700 Euro, an Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) in Trägerschaft der Länder auf 7 600 Euro.

Die Fächerstruktur ist ein weiterer wesentlicher Faktor für die Höhe der Finanzausstattung. So werden beispielsweise in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Relation zum Lehrpersonal mehr Studierende betreut als im Bereich der Naturwissenschaften. Unterschiede in der Fächerstruktur, der Forschungsintensität (relativ niedrig an Fachhochschulen) und der Auslastung der Hochschulkapazitäten beeinflussen daher auch die Ergebnisse im Ländervergleich (**Abb. 4.3.4-1**). Mit 37 800 Euro waren 2023 die laufenden Ausgaben (Grundmittel) je Studierende bzw. Studierenden an den Universitäten in Trägerschaft der Länder im Bereich der Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften am höchsten. Das war mehr als doppelt so viel wie in den Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften (15 600 Euro) und knapp viermal so viel wie in den Ingenieurwissenschaften (9 600 Euro). Wie in den Vorjahren stellten die Universitäten 2023 der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit 7 000 Euro je Studierende bzw. Studierenden einen vergleichsweise geringen Betrag zur Verfügung (**Abb. 4.3.4-2**).

**Abbildung 4.3.4-2: Laufende Ausgaben (Grundmittel) je Studierende bzw. Studierenden an öffentlichen Universitäten<sup>1)</sup> nach ausgewählten Fächergruppen 2023 in Euro**



1) Universitäten in Trägerschaft der Länder.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2023

<sup>5</sup> Die medizinischen Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften an Universitäten und Verwaltungsfachhochschulen werden bei der Berechnung der Kennzahl Ausgaben je Studierende bzw. Studierenden nicht berücksichtigt, da Finanzierungsbedarf und -struktur sich wesentlich von anderen Fachrichtungen und Einrichtungen unterscheiden. Die Einbeziehung der medizinischen Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften an Universitäten und Verwaltungsfachhochschulen in die Berechnung würde zu einer Verzerrung der Kennzahl Ausgaben je Studierende bzw. Studierenden führen.

**Zusatzmittel sind eine wichtige Finanzierungsquelle der öffentlichen und privaten Hochschulen**

### 4.3.5 Ausgaben der öffentlichen und privaten Hochschulen

Die in den **Abschnitten 4.3.1 bis 4.3.3** dargestellten Grundmittel der Länder sowie die Trägermittel von privaten oder kirchlichen Einrichtungen stellen nur einen Teil der Mittel dar, die öffentliche und private Hochschulen zur Finanzierung ihrer Ausgaben erhalten. Darüber hinaus finanzieren sie einen großen Teil ihrer Ausgaben mit Zusatzmitteln. Hierbei handelt es sich um Verwaltungseinnahmen, Drittmittel, die bei Unternehmen, Stiftungen, der EU und den Gebietskörperschaften eingeworben werden, sowie Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit. Insbesondere diese Zusatzmittel stehen den Hochschulen zum Teil nur für spezielle Aufgaben zur Verfügung und geben daher Aufschluss über die Finanzausstattung der Hochschulen in den verschiedenen Aufgabenbereichen. So sollen die Drittmittel insbesondere für die Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten (FuE) der Hochschulen verwendet werden.

Im Bereich der medizinischen Einrichtungen wird der größte Teil der Ausgaben durch die erzielten Erlöse für die Krankenbehandlung finanziert. Diese Zusatzmittel bleiben bei der Berechnung der öffentlichen Ausgaben für Hochschulen (**Abschnitt 4.3.1 bis 4.3.3**) und der laufenden Ausgaben (Grundmittel) je Studierende bzw. Studierenden (**Abschnitt 4.3.4**) größtenteils unberücksichtigt, wirken sich aber signifikant auf das Ausgabevolumen der Hochschulen aus.

Im folgenden Abschnitt werden die in der Hochschulfinanzstatistik erhobenen Ausgaben der öffentlichen und privaten Hochschulen<sup>m</sup>, die mit Trägermitteln der öffentlichen Körperschaften, öffentlichen und privaten Zusatzmitteln sowie Krankenbehandlungserlösen finanziert werden, beschrieben.

Es ist jedoch zu beachten, dass sich die Ausgaben öffentlicher und privater Hochschulen nicht unmittelbar vergleichen lassen, weil gravierende Unterschiede im Aufgabenprogramm, in der Fächerstruktur, in der Finanzierung und der Ausgabenabgrenzung bestehen (**Abb. 4.3.5-1**).

Private Hochschulen konzentrieren sich vielfach auf weniger ausgabenintensive rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fächer und sind grundsätzlich weniger forschungsorientiert (überwiegend Fachhochschulen).

#### Ausgaben der öffentlichen Hochschulen

Die Ausgaben der öffentlichen Hochschulen beliefen sich 2023 auf 71,5 Mrd. Euro. Der überwiegende Teil der Ausgaben wurde mit 40,3 Mrd. Euro für Personal aufgewendet. Auf Laufende Sachaufwendungen entfielen 24,7 Mrd. Euro und 6,6 Mrd. Euro auf Investitionen. Werden die Ausgaben der Hochschulfinanzstatistik für die öffentlichen Hochschulen um Zusetzungen für die Altersversorgung des aktiven verbeamteten Hochschulpersonals und Ausgaben für die Studentenwerke und dergleichen ergänzt, erhöhen sich die Ausgaben der öffentlichen Hochschulen auf 73,6 Mrd. Euro (**Tab. 4.3.5-1, Abb. 4.3.5-1**).

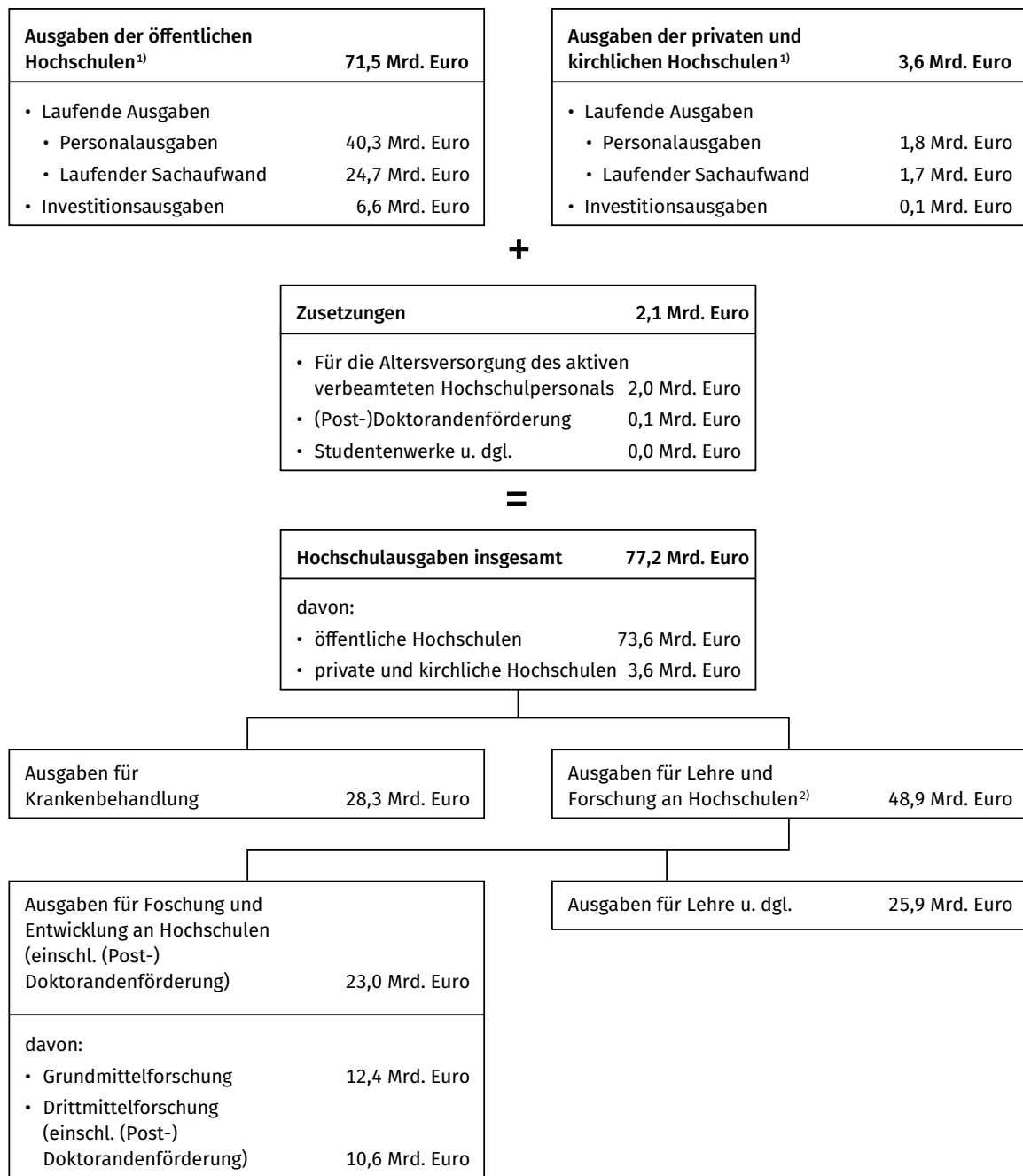
**2023 flossen rund 33 % der Ausgaben öffentlicher Hochschulen in die Lehre**

Um die Mittel nach Aufgabenbereichen differenzieren zu können, wendet das Statistische Bundesamt seit Jahren bewährte Aufteilungsverfahren an. Danach entfielen bei den öffentlichen Hochschulen 2023 auf die Lehre 23,9 Mrd. Euro (32,5 %), 22,4 Mrd. Euro (30,4 %) auf die Forschung und 27,3 Mrd. Euro (37,0 %) auf die Krankenbehandlung (**Tab. 4.3.5-1, Abb. 4.3.5-2**).

Die öffentlichen Hochschulen deckten 2023 ihre Ausgaben weiterhin vor allem aus Trägermitteln und eigenen Verwaltungseinnahmen (ohne Beiträge der Studierenden), die 46,4 % bzw. 38,4 % der Ausgaben öffentlicher Hochschulen betrugten. Dabei machten die Verwaltungseinnahmen der Hochschulkliniken 88,8 % der Verwaltungseinnahmen (ohne Beiträge der Studierenden) öffentlicher Hochschulen aus. Die Beiträge von Studierenden, die sich 2023 auf 319,2 Mill. Euro beliefen, stellten mit 0,4 % nur einen kleinen Anteil der Einnahmen öffentlicher Hochschulen dar. Die von den Hochschulen eingeworbenen Drittmittel in Höhe von 10,4 Mrd. Euro entsprachen einem Anteil von 14,2 % der Einnahmen (**Tab. 4.3.5-2, Abb. 4.3.5-2**).

Im Hinblick auf die Fächergruppen zeigt sich, dass die Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften die ausgabenintensivste Fächergruppe bei den öffentlichen Hochschulen darstellen. Im Jahr 2023 entfielen 36,4 Mrd. Euro bzw. 49,4 % auf die medizinischen Fächer. Ein großer Teil dieser Ausgaben wird jedoch mit den unmittelbaren Einnahmen für die Krankenbehandlung gedeckt. Darüber hinaus entfielen 12,2 Mrd. Euro bzw. 16,6 % auf die Ingenieurwissenschaften, 8,9 Mrd. Euro bzw. 12,0 % auf die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie 8,7 Mrd. Euro bzw. 11,8 % auf die Mathematik und Naturwissenschaften (**Tab 4.3.5-3**).

**Abbildung 4.3.5-1: Übersicht zu den finanzstatistischen Kategorien der Ausgaben der Hochschulen 2023**



Hinweis: Aufgrund von Rundungsdifferenzen können Abweichungen zwischen den Einzelwerten und den ausgewiesenen Summen auftreten.

1) Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Hochschulfinanzstatistik.

2) Einschließlich Verwaltungsfachhochschulen.



### Ausgaben der privaten Hochschulen

Die Anzahl der privaten Hochschulen (private und kirchliche Trägerschaft) lag im Jahr 2023 bei 159. Im Wintersemester 2023/24 waren hier 409 841 der Studierenden insgesamt immatrikuliert (Anteil: 14,3 %). Die Ausgaben der privaten Hochschulen lagen 2023 bei 3,6 Mrd. Euro. Für Personal an privaten Hochschulen wurden 1,8 Mrd. Euro, für den laufenden Sachaufwand 1,7 Mrd. Euro und für Investitionen 0,1 Mrd. Euro ausgegeben. Die Zusetzungen der privaten Hochschulen beliefen sich 2023 auf 21,0 Mill. Euro (**Tab. 4.3.5-1, Abb. 4.3.5-1**).

**Private Hochschulen verwendeten 2023 54 % ihrer Finanzmittel für die Lehre**

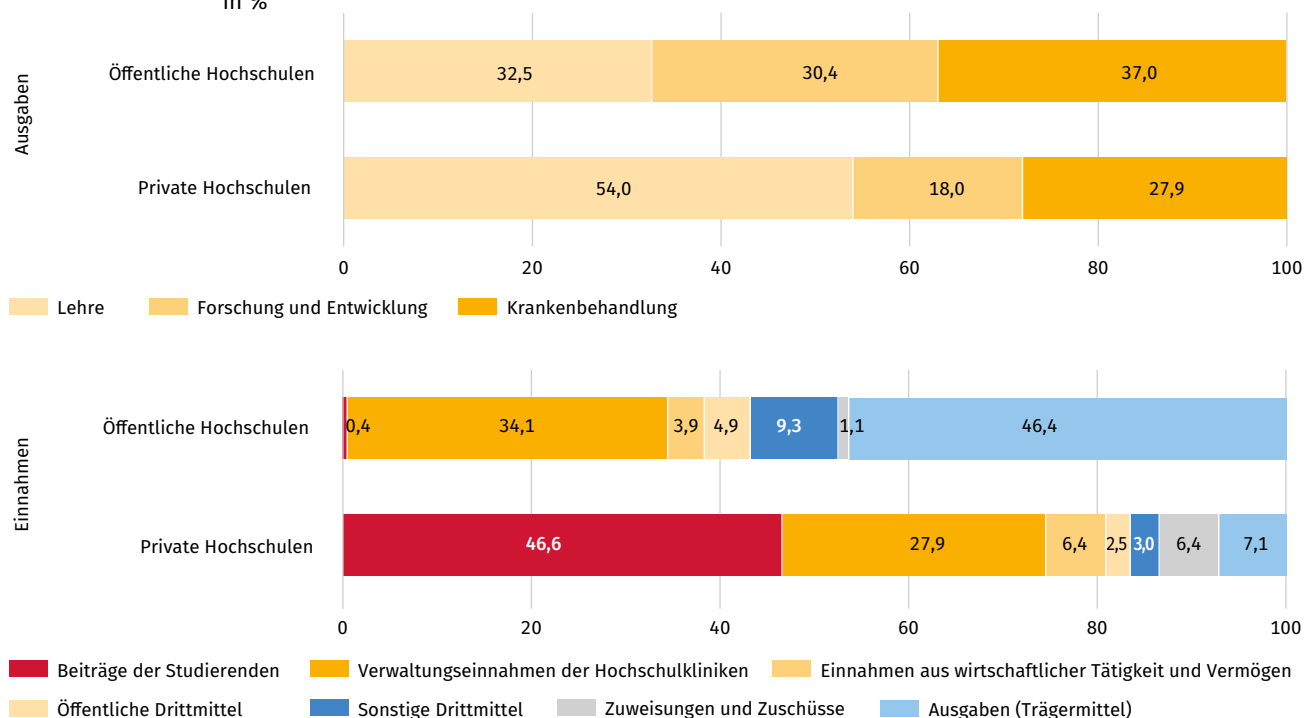
Im Hinblick auf die Aufgabenbereiche verwendeten die privaten Hochschulen 54,0 % bzw. 2,0 Mrd. Euro ihrer Ausgaben auf die Lehre, 18,0 % bzw. 0,7 Mrd. Euro auf die Forschung und 27,9 % bzw. 1,0 Mrd. Euro auf die Krankenbehandlung (**Tab. 4.3.5-1, Abb. 4.3.5-2**).

Mit den Beiträgen der Studierenden konnten 2023 die privaten Hochschulen 86,3 % der Ausgaben für die Lehre decken, die übrigen Ausgaben mit öffentlichen Zuschüssen, Eigenmitteln und dergleichen (**Tab. 4.3.5-1, Tab. 4.3.5-2, Abb. 4.3.5-2**).

Insgesamt erhielten die privaten Hochschulen 2023 vom öffentlichen Bereich Drittmittel in Höhe von 93,0 Mill. Euro. Ein großer Teil hierbei sind Drittmittel für Forschungszwecke. Dabei ist zu beachten, dass den Hochschulen in Einzelfällen öffentliche Mittel über den Träger zur Verfügung gestellt und in den Finanzstatistiken nicht den Hochschulen zugeordnet werden.

Die Betrachtung der Ausgaben privater Hochschulen nach Fächergruppen zeigt die Konzentration der privaten Hochschulen auf die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, auf die 2023 zusammen 52,8 % bzw. 1,9 Mrd. Euro der Ausgaben entfielen. Wie bei den öffentlichen Hochschulen entfällt jedoch insbesondere seit der Privatisierung der Hochschulkliniken in Gießen und Marburg auch ein großer Teil der Ausgaben auf die Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften. So machten 2023 die Ausgaben für diese Fächergruppe 34,7 % bzw. 1,3 Mrd. Euro der Gesamtausgaben der privaten Hochschulen aus (**Tab. 4.3.5-3**).

**Abbildung 4.3.5-2: Anteil der Aufgabenbereiche an den Ausgaben und Mittelherkunft der Einnahmen der Hochschulen in öffentlicher bzw. privater Trägerschaft 2023**  
in %



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Hochschulfinanzstatistik



## 4.4 Öffentliche Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern

Chancengleichheit in der Gesellschaft setzt voraus, dass jeder Mensch unabhängig vom Einkommen bzw. von der Höhe des Familieneinkommens Zugang zu Bildung hat. Von Bund und Ländern wurden deshalb Förderprogramme geschaffen, die auch Schülerinnen und Schülern, Studierenden und anderen Personen aus Familien mit niedrigen Einkommen die Teilhabe an Bildungsmaßnahmen ermöglichen sollen. Schülerinnen und Schüler sowie Studierende haben im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften einen Anspruch auf Ausbildungsförderung. Spezielle Förderprogramme gibt es neben dem BAföG für Hochbegabte, für besonders leistungsfähige Studierende, für die Aufstiegsfortbildung bzw. zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Im Rahmen der Bildungsförderung werden außerdem Ausgaben für die Schülerbeförderung, die insbesondere den Zugang zu Bildung im ländlichen Raum ermöglicht, die Studentenwohnraumförderung sowie die Förderung von Weiterbildungsteilnehmerinnen und Weiterbildungsteilnehmern (bspw. Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung) nachgewiesen. Die Ausgaben für die Bildungsförderung werden in vollem Umfang im Rahmen des Bildungsbudgets und der internationalen Bildungsberichterstattung berücksichtigt. Zusätzlich werden dort auch weitere Fördermittel (z. B. der Bundesagentur für Arbeit, Kindergeld für volljährige Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer) einbezogen.

### 4.4.1 Entwicklung der öffentlichen Ausgaben zur Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern im Überblick

In den letzten Jahren wurden die Förderbedingungen und die Fördersätze nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) sowie im Rahmen des Meister-BAföG mehrfach geändert. Ein Teil der Fördermittel wird als Darlehen gewährt. Der Bund hat seit dem 1. Januar 2015 (25. BAföG-Reform) die volle Finanzierung der Geldleistungen nach dem BAföG übernommen. Die Länder haben sich im Gegenzug verpflichtet, die jährlich freiwerdenden Mittel im Bildungsbereich, insbesondere im Hochschulbereich, zu investieren. Zuletzt wurde das BAföG mit dem 29. BAföG-Änderungsgesetz vom 19. Juli 2024 angepasst. Neben einer Steigerung der Freibeträge und Bedarfssätze (z. B. des Förderhöchstbetrags von 934 Euro auf 992 Euro) kann nun jungen Menschen aus einkommensschwachen Haushalten eine Studienstarthilfe von 1 000 Euro gewährt werden.

Im Jahr 2024 gaben die öffentlichen Haushalte zur Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern 9,1 Mrd. Euro aus. Unter Berücksichtigung der Rückzahlungen durch die Geförderten errechnen sich für 2024 Grundmittel von 8,2 Mrd. Euro. Damit gingen die Grundmittel im Vorjahresvergleich um 1,2 Mrd. Euro bzw. 12,5 % zurück (**Tab. 4.4.2-1**). Im Vergleich zum Jahr 2015 mit 5,8 Mrd. Euro stiegen die Ausgaben jedoch um 2,4 Mrd. Euro bzw. 41,5 %. (+3,9 % pro Jahr) Zu beachten ist, dass es bei der zeitlichen Entwicklung der Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern zu Strukturbrüchen kommen kann, wenn Förderbeträge und Förderbedingungen modifiziert werden. In den Jahren 2020 und 2021 nahm der Bund Zuweisungen an das Sondervermögen zur Ganztagsbetreuung von Kindern im Grundschulalter von insgesamt 3,5 Mrd. Euro vor. Im Jahr 2023 wies der Bund den Ländern 1,0 Mrd. Euro für die Einmalzahlung von 200 Euro an Studierende und Schülerinnen und Schüler an Fach- und Berufsfachschulen zu (Energiepreispauschale). Da diese Zahlungen 2024 entfielen, gingen die Ausgaben insgesamt im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr um 12,5 % zurück. Für das Jahr 2025 sind nach den Angaben der Haushaltsansatzstatistik öffentliche Ausgaben in Höhe von 8,8 Mrd. Euro vorgesehen.

Nicht enthalten in den Ausgaben zur Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern sind die Ausgaben für das Bildungs- und Teilhabepaket. Ziel ist es, allen Kindern von Beginn an unabhängig von den finanziellen Mitteln ihres Elternhauses faire Chancen auf gute Bildung und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, damit sie ihre Fähigkeiten entwickeln können. Die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets gehören zum soziokulturellen Existenzminimum von Kindern und Jugendlichen. Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringem oder fehlendem Einkommen können diese Förderung erhalten, wenn die jeweiligen Voraussetzungen vorliegen. Der Kreis der Leistungsberechtigten umfasst insbesondere Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die

Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch – SGB II – (Bürgergeld), Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch – SGB XII – (Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) oder Leistungen zum Lebensunterhalt nach Kapitel 11 des Vierzehnten Buches Sozialgesetzbuch – SGB XIV – erhalten oder deren Eltern den Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen (§ 6b des Bundeskindergeldgesetzes – BKGG).

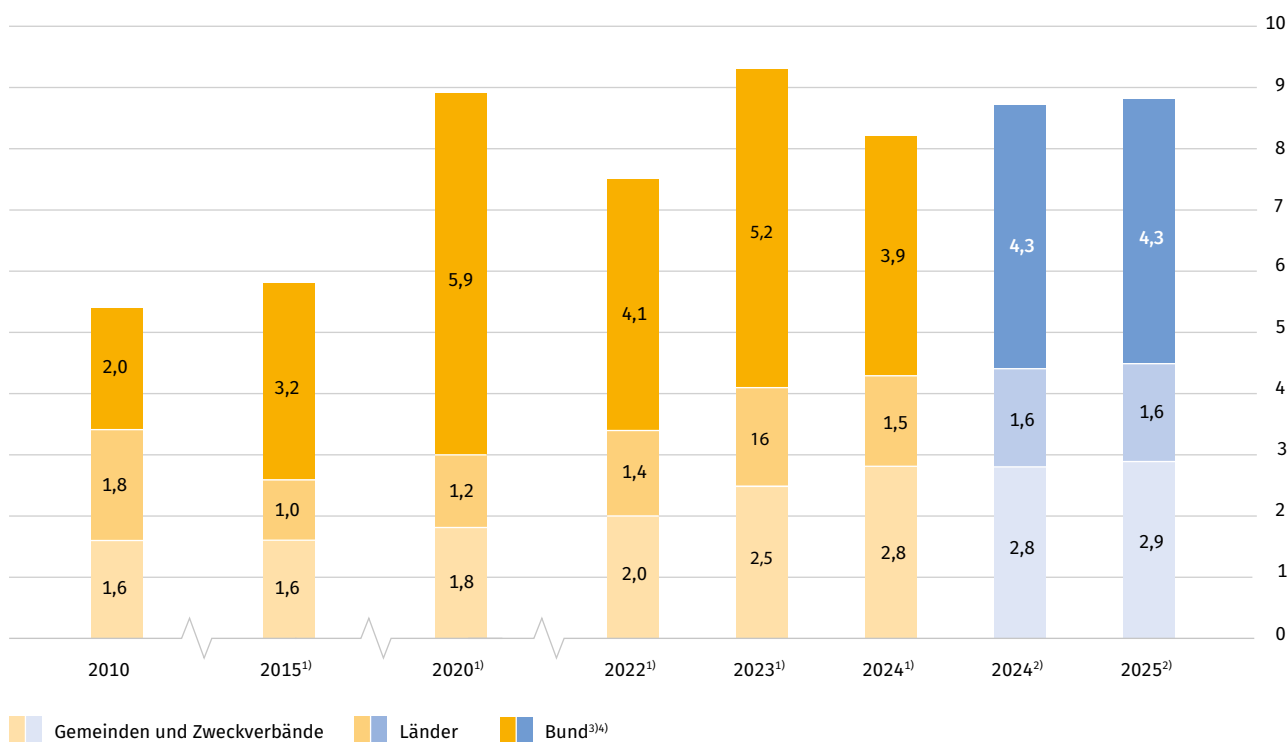
Auch wer Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhält, kann einen Anspruch auf das Bildungspaket haben. Zudem kann ein Anspruch auf Leistungen des Bildungspakets nach dem SGB II, SGB XII oder SGB XIV bestehen, wenn das Kind bzw. seine Eltern zwar ansonsten keine der genannten Sozialleistungen beziehen, jedoch die spezifischen Bildungs- und Teilhabebedarfe des Kindes nicht decken können (Fälle der sogenannten Bedarfsauslösung). Zu den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets gehören neben den Mitteln zur Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf die Übernahme von Aufwendungen für Schulausflüge und Klassenfahrten, für Schülerbeförderung, für Nachhilfe und für das gemeinschaftliche Schulmittagessen an Schultagen sowie ein Zuschuss für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft (z. B. Mitgliedschaft im Sportverein oder Unterricht in einer Musikschule).

Die Träger- und Finanzverantwortung für die Leistungen aus dem Bildungspaket liegt bei den Kreisen und kreisfreien Städten. Bei den Ausgaben für Bildungs- und Teilhabeleistungen nach dem SGB II und BKGG sorgt der Bund für einen finanziellen Ausgleich zugunsten der kommunalen Träger, indem er die Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende entsprechend erhöht. Die Höhe dieser zusätzlichen Beteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung wird durch Rechtsverordnung jährlich nach Maßgabe der tatsächlichen Ausgaben für Bildungs- und Teilhabepaketleistungen nach dem SGB II und BKGG angepasst und betrug 2024 bundesdurchschnittlich 7,4 Prozentpunkte sowie 2025 bundesdurchschnittlich 8,2 Prozentpunkte. Nach Angaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) erhielten Kinder und Jugendliche mit Leistungsanspruch auf Bildungs- und Teilhabeleistungen nach § 28 SGB II oder § 6b Bundeskindergeldgesetz im Jahr 2024 Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets in Höhe von insgesamt 1,4 Mrd. Euro (2023: 1,2 Mrd. Euro, 2022: 978,6 Mill. Euro). Im Jahr 2024 wurden rund 43,4 Mill. Euro an Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ausbezahlt. Die Ausgaben für Bildungs- und Teilhabeleistungen nach dem SGB XIV werden bundesweit statistisch nicht erfasst. Die Ausgaben für Bildungs- und Teilhabeleistungen nach dem Vierten Kapitel SGB XII werden statistisch ebenfalls nicht erfasst. Die Ausgaben für Bildungs- und Teilhabeleistungen nach dem Dritten Kapitel SGB XII betrugen im Jahr 2024 rund 9,3 Mill. Euro.

### 4.4.2 Öffentliche Ausgaben zur Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern nach Körperschaftsgruppen

An den öffentlichen Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern waren im Jahr 2024 alle Gebietskörperschaftsebenen beteiligt. Der Bund stellte 3,9 Mrd. Euro (2015: 3,2 Mrd. Euro), die Länder 1,5 Mrd. Euro (2015: 1,0 Mrd. Euro) und die Gemeinden 2,8 Mrd. Euro (2015: 1,6 Mrd. Euro) zur Verfügung (**Abb. 4.4.2-1, Tab. 4.4.2-1**). 2025 sind in den Haushaltsansätzen beim Bund Ausgaben in Höhe von 4,3 Mrd. Euro und bei den Ländern Ausgaben von 1,6 Mrd. Euro vorgesehen. Die Gemeinden werden 2025 schätzungsweise 2,9 Mrd. Euro für die Bildungsförderung ausgeben.

**Abbildung 4.4.2-1: Öffentliche Ausgaben zur Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern nach Körperschaftsgruppen**  
in Mrd. Euro



1) Vorläufiges Ist.

2) Soll.

3) Zuweisungen des Bundes an das Sondervermögen Ganztägige Betreuung von Kindern im Grundschulalter in den Jahren 2020 (2,5 Mrd. Euro) und 2021 (1,0 Mrd. Euro).

4) Zuweisung des Bundes an die Länder für die Einmalzahlung von 200 Euro an Studierende und Schülerinnen und Schüler an Fach- und Berufsfachschulen im Jahr 2023 (Energiepreispauschale, 1,0 Mrd. Euro).

#### 4.4.3 Öffentliche Ausgaben zur Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern nach Ländern

Die Ausgaben der Länder zur Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern werden auf der Gemeindeebene primär von den Schülerbeförderungskosten bestimmt. Hier waren im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr sowohl steigende Ausgaben als auch Ausgabenrückgänge zu verzeichnen. Am stärksten stiegen die Ausgaben in den Gemeinden in Brandenburg und Niedersachsen, wo die Ausgaben um 14,0 % bzw. 12,8 % zunahmen (**Tab. 4.4.2-1**).

Die Ausgaben für Bildungsförderung in den Landeshaushalten (staatliche Ebene) waren bis 2014 stark durch die Veränderung der Studierendenzahlen geprägt, da der größte Teil der Ausgaben dieses Aufgabenbereichs auf die Studierendenförderung (BAföG) entfiel. Mit Inkrafttreten der BAföG-Reform im Jahr 2015 halbierten sich die Ausgaben der Landeshaushalte für die Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern binnen eines Jahres. Bis 2024 stiegen sie jedoch wieder um insgesamt 58,6 % auf 1,5 Mrd. Euro (**Tab. 4.4.2-1**).

Die relativen Auswirkungen auf die Ausgaben zur Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern sind zwischen den einzelnen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt. Diese Diskrepanzen beruhen jedoch vor allem auf Unterschieden im Kommunalisierungsgrad bei der Schülerbeförderung. Beispielsweise ist Schülerbeförderung in Baden-Württemberg hauptsächlich Landessache, während sie in anderen Ländern in den Aufgabenbereich der Kommunen fällt. Folglich fällt die relative Entlastung durch die BAföG-Reform in Baden-Württemberg bezogen auf den gesamten Aufgabenbereich kleiner aus als in anderen Ländern.

### 4.5 Öffentliche Ausgaben für das sonstige Bildungswesen

Das sonstige Bildungswesen umfasst die Förderung der Weiterbildung, die Volkshochschulen und andere Einrichtungen der Weiterbildung sowie die Einrichtungen der Lehreraus- und -fortbildung. Der Aufgabenbereich bezieht sich damit auf non-formale Bildungsangebote. In den Angaben ist die Jugend- und Jugendverbandsarbeit (**Kapitel 4.6**) nicht enthalten.

Angesichts der demografischen Entwicklung und des Wandels zu einer Wissensgesellschaft kommt der Weiterbildung für die wirtschaftliche Entwicklung und der Beschäftigungssicherung der Individuen eine große Bedeutung zu. Weiterbildung bzw. lebenslanges Lernen werden in der politischen Debatte häufig thematisiert. Dennoch wurden in den letzten Jahren nur wenige kostenintensive Initiativen gestartet, um die Beteiligung an Weiterbildung – insbesondere aus sozial benachteiligten Schichten – zu erhöhen.

Die Ausgaben dieses Bereichs bleiben im Rahmen der internationalen Bildungsberichtserstattung, die sich primär auf die formalen Bildungseinrichtungen bezieht, weitgehend unberücksichtigt. Sie werden aber in den Teil B des Bildungsbudgets integriert. Allerdings wird der größte Teil der Weiterbildungsausgaben der Gebietskörperschaften nicht im Bereich sonstiges Bildungswesen, sondern unter anderen Aufgabenbereichen der öffentlichen Haushalte nachgewiesen (z. B. Ausgaben für betriebliche Weiterbildung in den Verwaltungen und Einrichtungen der Gebietskörperschaften, Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit für Weiterbildung).

Die Weiterbildung wird zu einem großen Teil privat finanziert. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung wurden viele öffentlich finanzierte Angebote in der Weiterbildung reduziert. Teilweise wurden die Kosten auch auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen verlagert (z. B. in der Lehrerfortbildung). Bei der Beobachtung der Entwicklung der Ausgaben ist zu beachten, dass der Vergleich in der Zeitreihe durch die Revision der Haushaltssystematiken eingeschränkt ist. So wurden in einzelnen Ländern die Ausgaben für die Lehrerbildung bis 2008 im Schulbereich nachgewiesen, während andere Länder wiederum die Vergütung für Referendarinnen und Referendare des Schuldienstes nicht dem Schulbereich zugeordnet haben, sondern den Ausgaben für die Lehrerbildung. Nach den Zuordnungsrichtlinien der Haushaltssystematik sind die Vergütungen der Lehrkräfte im Referendariat jedoch bei den einzelnen Schularten oder zumindest im Schulbereich nachzuweisen, nicht jedoch bei den Ausgaben für die Lehreraus- und -fortbildung. Außerdem wird die Jugendbildung seit der Revision der Haushaltssystematiken im Jahr 2001 nicht mehr dem sonstigen Bildungswesen, sondern der Jugendarbeit zugeordnet.

Die öffentlichen Ausgaben für das sonstige Bildungswesen beliefen sich im Jahr 2024 auf 2,6 Mrd. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr wurden die Ausgaben um 0,1 Mrd. Euro bzw. 2,4 % erhöht, im Vergleich zum Jahr 2015 um 1,1 Mrd. Euro bzw. 70,6 % (+6,1 % pro Jahr). Gemäß den Haushaltsplanungen für 2025 sollen die Ausgaben auf insgesamt 2,8 Mrd. Euro steigen (**Tab. 4.5.1-1**).

## 4.6 Öffentliche Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit

Für die Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit sind außerschulische Lern- und Bildungsorte von großer Bedeutung für Kinder und Jugendliche. Die Angebote der Jugend- und Jugendverbandsarbeit sollen an die Interessen von Kindern und Jugendlichen anknüpfen und insbesondere die Selbstbestimmung, die gesellschaftliche Mitverantwortung und soziales Engagement fördern. Durch die freiwillige Teilnahme an Gruppenaktivitäten und die Übernahme von Verantwortung in der Durchführung und Organisation von Aktivitäten der Jugend- und Jugendverbandsarbeit wird die Entwicklung von sozialen Kompetenzen gefördert. Der internationale Jugendaustausch trägt zur Völkerverständigung bei, aber auch zur Entwicklung von Sprach- und kulturellen Kompetenzen, denen in einer internationalisierten und globalisierten Gesellschaft eine zunehmende Bedeutung zukommt.

Zu den Feldern der Jugend- und Jugendverbandsarbeit zählen insbesondere die offene Jugendarbeit (u. a. Jugendzentren, Freizeitheime, Jugendclubs, Aktivspielplätze), die internationale (Kinder- und) Jugendarbeit sowie Jugendbegegnung, Kinder- und Jugenderholung, die mobile (Kinder- und) Jugendarbeit, die politische und kulturelle Jugendbildung sowie die verbandliche Kinder- und Jugendarbeit (z. B. ökologische Verbände, konfessionelle Verbände, Nachwuchsorganisationen der rettenden und bergenden Vereine, Vereine junger Migrantinnen und Migranten, Jugendorganisationen der Sportvereine).

Bei den Ausgaben werden auch Mittel berücksichtigt, die zur Errichtung, Erhaltung und zum Betrieb von Einrichtungen der Jugend- und Jugendverbandsarbeit geleistet werden.

### 4.6.1 Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit im Überblick

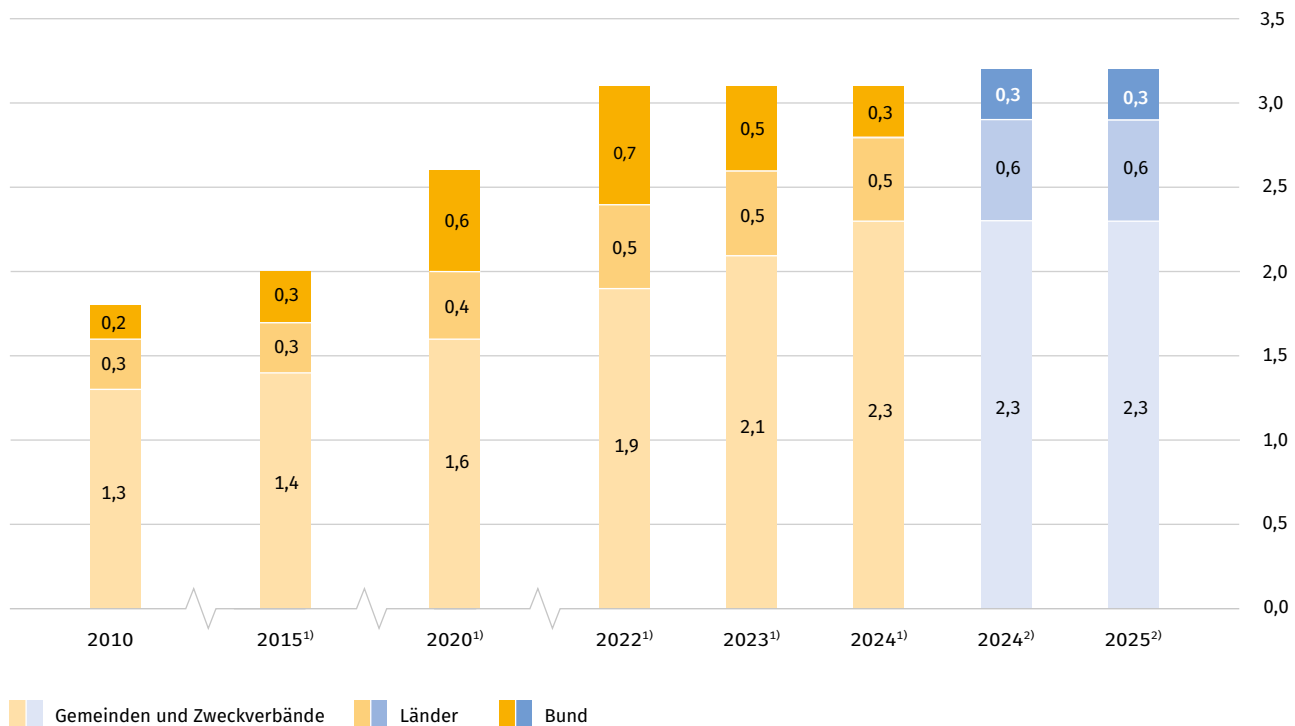
2024 gaben die öffentlichen Haushalte für die Jugend- und Jugendverbandsarbeit 3,1 Mrd. Euro aus. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Ausgaben damit um 4,6 % bzw. 0,1 Mrd. Euro, im Vergleich zum Jahr 2015 um 57,5 % (+5,2 % pro Jahr) bzw. 1,1 Mrd. Euro. Die Haushaltsansätze für 2025 sehen eine leichte Erhöhung der öffentlichen Ausgaben für Jugend- und Jugendverbandsarbeit um 2,4 % der Ausgaben für 2024 auf 3,2 Mrd. Euro vor (**Tab. 4.6.1-1**).

Öffentliche Ausgaben für Jugend- und Jugendverbandsarbeit 2024 bei 3,1 Mrd. Euro

### 4.6.2 Öffentliche Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit nach Körperschaftsgruppen

Die Ausgaben für die Jugend- und Jugendverbandsarbeit werden in erster Linie durch die Gemeinden getragen. Im Jahr 2024 beliefen sich die Ausgaben der Gemeinden für diesen Bereich auf 2,3 Mrd. Euro (2015: 1,4 Mrd. Euro), was einem Anteil von 72,2 % an den gesamten öffentlichen Ausgaben für Jugend- und Jugendverbandsarbeit entspricht. Die Länder stellten 16,9 % bzw. 0,5 Mrd. Euro (2015: 0,3 Mrd. Euro) zur Verfügung. Die Beteiligung des Bundes ging mit 10,9 % bzw. 0,3 Mrd. Euro wieder auf das Niveau von 2015 (0,3 Mrd. Euro) zurück. In den Jahren 2017 bis 2022 waren die Bundesausgaben für die Jugend- und Jugendverbandsarbeit im Zuge der Qualifizierungsoffensive und aufgrund Corona-bedingter Zuschüsse zur Jugendhilfe stark gestiegen, bis zu einem Anteil von 22,8 % an den Gesamtausgaben für diesen Aufgabenbereich bzw. 0,7 Mrd. Euro im Jahr 2022 (**Abb. 4.6.2-1**).

**Abbildung 4.6.2-1: Öffentliche Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit nach Körperschaftsgruppen**  
in Mrd. Euro



1) Vorläufiges Ist.  
2) Soll.

### 4.7 Weitere öffentliche Bildungsausgaben

In diesem Abschnitt werden weitere öffentliche Bildungsausgaben dargestellt, die durch die öffentlichen Haushalte getätigt werden. Dies sind z. B. Bildungsausgaben, die im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik bei der Bundesagentur für Arbeit anfallen. Diese Ausgaben sind haushaltssystematisch nicht dem Bildungsbereich zugeordnet und damit nicht in den dargestellten öffentlichen Grundmitteln (**Kapitel 3, Kapitel 4.4**) enthalten. Jedoch fließen sie in die internationale Bildungsberichterstattung und in das Bildungsbudget (**Kapitel 2**) ein.

Zudem werden im **Abschnitt 4.7.2** die Ergebnisse der Berufsakademiestatistik vorgestellt. Die Berufsakademien werden in der Haushaltssystematik den Hochschulen (Oberfunktion 13) zugeordnet, zählen aber nicht zum Hochschulbereich. Teile der öffentlichen Ausgaben sind daher im **Kapitel 3** enthalten, können jedoch nicht separat ausgewiesen werden. Mit Hilfe der Berufsakademiestatistik können Aussagen zu den Einnahmen und Ausgaben der Berufsakademien in öffentlicher sowie auch privater Trägerschaft in fachlicher Gliederung getroffen werden.

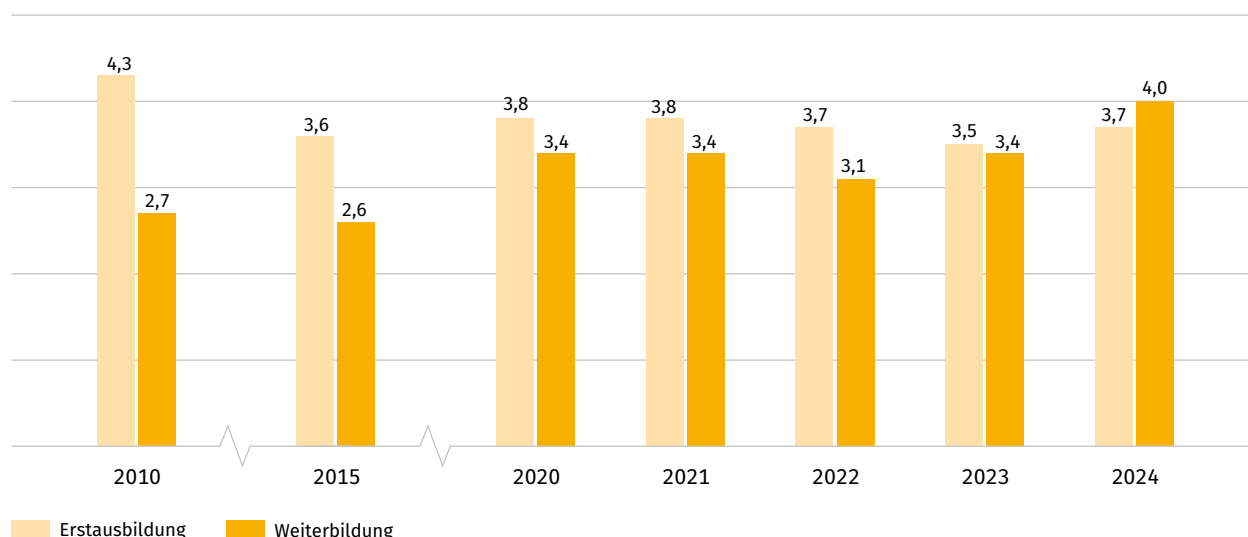
#### 4.7.1 Bildungsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Im Rahmen ihrer Arbeitsmarktpolitik fördert die Bundesagentur für Arbeit seit Jahrzehnten sowohl Maßnahmen der Erstausbildung als auch der Weiterbildung. Darüber hinaus unterstützt sie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Bildungsmaßnahmen mit Zuschüssen zu den Lebenshaltungskosten. Im Rahmen der in der Mitte des vorvergangenen Jahrzehnts erfolgten Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik wurde auch die Sozialgesetzgebung revidiert. So werden seit dem Jahr 2005 bildungsbezogene Maßnahmen als Teil der Leistungen für Eingliederung in Arbeit in der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) aus dem Bundeshaushalt finanziert.

Nach Angaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und der Bundesagentur für Arbeit liegen die Ausgaben für Bildungsmaßnahmen nach SGB II und III im Jahr 2024 bei 7,7 Mrd. Euro (**Abb. 4.7.1-1, Tab. 4.7.1-1**).

Im Jahr 2024 gaben die Bundesagentur für Arbeit und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales 3,7 Mrd. Euro für die Erstausbildung und 4,0 Mrd. Euro für die Weiterbildung aus. Davon stellte das Bundesministerium für Arbeit und Soziales für Bildungsmaßnahmen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende<sup>m</sup> (SGB II) 0,6 Mrd. Euro für Maßnahmen der Erstausbildung bzw. 0,6 Mrd. Euro für die Weiterbildung zur Verfügung. Im Vergleich mit dem Jahr 2015 sanken diese steuerfinanzierten Bildungsausgaben von insgesamt 1,3 Mrd. Euro auf 1,2 Mrd. Euro im Jahr 2024. Die Ausgaben für Bildungsmaßnahmen in der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung (SGB III) lagen im Jahr 2024 mit 6,5 Mrd. Euro über dem Wert von 2015 von 4,9 Mrd. Euro.

**Abbildung 4.7.1-1: Bildungsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales**  
in Mrd. Euro



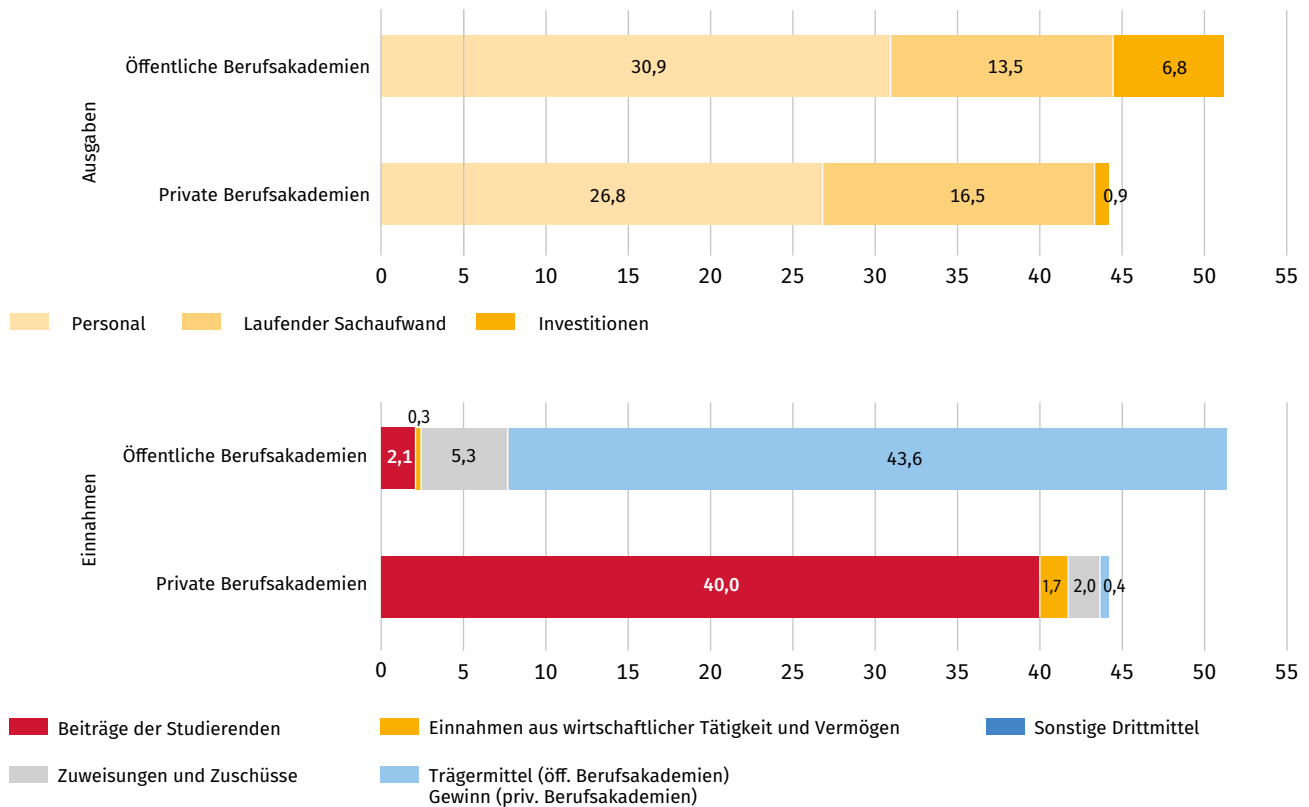
Quelle: Eigene Berechnung auf Basis der Angaben der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

### 4.7.2 Ausgaben und Einnahmen der Berufsakademien in öffentlicher und privater Trägerschaft

Berufsakademien sind Bildungseinrichtungen des Tertiärbereichs, die ausschließlich duale Studiengänge anbieten. Studierende absolvieren im Wechsel theoretische Unterrichtsphasen an der Berufsakademie sowie praktische Ausbildungsphasen in einem kooperierenden Unternehmen, mit dem ein Ausbildungsvertrag geschlossen wurde. An staatlich anerkannten Berufsakademien erhalten Absolventinnen und Absolventen einen Bachelorabschluss.

In Deutschland gab es 2023 insgesamt 23 Berufsakademien. Davon befanden sich sechs in öffentlicher und 17 in privater Trägerschaft. Insgesamt zählten die Berufsakademien 12 087 Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer. Die Ausgaben der öffentlichen und privaten Berufsakademien beliefen sich im Jahr 2023 auf insgesamt 95,3 Mill. Euro (**Tab. 4.7.2-1**).

**Abbildung 4.7.2-1: Ausgaben nach Ausgabearten und Einnahmen nach Mittelherkunft der Berufsakademien nach Trägerschaft 2023**  
in Mill. Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Finanzen der Berufsakademien, Hochschulfinanzstatistik

### Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Berufsakademien

An öffentlichen Berufsakademien beliefen sich die Gesamtausgaben im Jahr 2023 auf 51,2 Mill. Euro und es besuchten 5 131 Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer eine solche Einrichtung. Die Ausgaben wurden zu 60,3 % für das Personal, 26,3 % für laufende Sachaufwendungen und 13,4 % für Investitionen aufgewendet (**Abb. 4.7.2-1, Tab. 4.7.2-1**). Die öffentlichen Berufsakademien finanzierten sich zu 85,1 % bzw. mit 43,6 Mill. Euro aus Trägermitteln. Außerdem erhielten sie im Jahr 2023 Zuweisungen und Zuschüsse in Höhe von 5,3 Mill. Euro – dies entsprach 10,4 % ihrer Gesamteinnahmen. Weitere 2,1 Mill. Euro bzw. 4,0 % entfielen auf Beiträge der Studierenden (**Abb. 4.7.2-1, Tab. 4.7.2-2**).

Die Betrachtung der Ausgaben öffentlicher Berufsakademien nach Fächergruppen zeigt, dass auf die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Ingenieurwissenschaften mit 41,5 % bzw. 40,3 % die höchsten Ausgabenanteile entfielen. Weitere 14,0 % wurden für Kunst und Kunstwissenschaften ausgegeben. Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften machten 2,7 % der Ausgaben im Jahr 2023 aus (**Tab. 4.7.2-3**).



### Ausgaben und Einnahmen der privaten Berufsakademien

Im Jahr 2023 studierten an privaten Berufsakademien 6 956 Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer. Obwohl die Bildungsteilnehmerzahl höher war, lagen die Gesamtausgaben mit 44,1 Mill. Euro unter denen der öffentlichen Berufsakademien. Von den Ausgaben wurden 60,7 % für das Personal, 37,3 % für laufende Sachaufwendungen und 1,9 % für Investitionen aufgewendet (**Abb. 4.7.2-1, Tab. 4.7.2-1**). Die mit 90,6 % größte Einnahmequelle der privaten Berufsakademien waren die Beiträge der Studierenden. Im Jahr 2023 beliefen sie sich auf 40,0 Mill. Euro. Darüber hinaus nahmen die privaten Berufsakademien 1,7 Mill. Euro aus wirtschaftlicher Tätigkeit und Vermögen ein, weitere 2,0 Mill. Euro entfielen auf Zuweisungen und Zuschüsse (**Abb. 4.7.2-1, Tab. 4.7.2-2**).

Auf die Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie Ingenieurwissenschaften entfiel – wie bei den öffentlichen Berufsakademien – der Großteil der Ausgaben im Jahr 2023. Mit 82,2 % wurde jedoch für die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit Abstand am meisten aufgewendet. Auf die Ingenieurwissenschaften entfielen 5,0 %. Die Ausgaben für Sport und die Fächergruppe Kunst und Kunstwissenschaften entsprachen jeweils weiteren 4,3 % der Gesamtausgaben und 3,4 % entfielen auf die Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (**Tab. 4.7.2-3**).

### **M Methodische Erläuterungen**

#### **Veranschlagungspraxis in den Aufgabenbereichen Tageseinrichtungen für Kinder- und Jugendarbeit**

Die originären Daten der Jahresrechnungsstatistik sind aufgrund der Unterschiede in der Veranschlagungspraxis und der Revision der Haushaltssystematiken im Zeitverlauf nicht vergleichbar. Diese Unterschiede wurden für Text und Abbildungen näherungsweise bereinigt. Die **Tabellen 4.1.1-1** und **4.6.1-1** enthalten die originären Werte.

#### **Ausgaben je Schülerin und Schüler**

Die Kennzahl „Ausgaben je Schülerin und Schüler“ wird jährlich vom Statistischen Bundesamt nach einem komplexen, mit den für Statistik zuständigen Gremien der Kultusministerkonferenz (KMK) und dem Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend abgestimmten Verfahren berechnet und in einer Gliederung nach allgemeinbildenden und beruflichen Schularten (darunter Berufsschulen im Dualen System) veröffentlicht. Hierzu werden für jedes Land und für das Bundesgebiet die Ausgaben für öffentliche Schulen in einer Aufgliederung nach Ausgaben für Personal, laufenden Sachaufwand und Investitionen ermittelt und auf die Zahl der Schülerinnen und Schüler im jeweiligen Land bezogen. Auf diese Weise werden Ausgabenunterschiede, die auf Größenunterschiede der Schülerpopulation zurückgehen, ausgeschaltet (vgl. Baumann, 2003). Die Personalausgaben enthalten unterstellte Sozialbeiträge und Beihilfen für die im Schulbereich aktiven verbeamteten Lehrkräfte. Seit dem Bildungsfinanzbericht 2021 kann die Kennzahl um ein Jahr aktueller veröffentlicht werden. Die weiterentwickelte Berechnungsmethode greift dabei auf eine Fortschreibung der Jahresrechnungsergebnisse der Gemeinden sowie für die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, der Lehrkräfte und der Unterrichtsstunden auf Vorjahresdaten der KMK und endgültige Zahlen der amtlichen Schulstatistik zurück. Die vorläufigen Daten werden im Folgejahr durch endgültige Werte ersetzt. Dadurch kann es vorkommen, dass einzelne Werte revidiert werden. Bis zum Berichtsjahr 2020 wurden die Personalkosten u. a. auf Grundlage der Jahresrechnungsstatistik 2011 geschätzt, ab dem Berichtsjahr 2021 dient stattdessen die Haushaltsansatzstatistik des jeweiligen Berichtsjahres als Datenbasis. Die Daten sind daher zwischen diesen beiden Jahren nur bedingt vergleichbar.

#### **Hochschulausgaben für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung**

Das Statistische Bundesamt wendet für die Aufteilung der Mittel auf die Aufgabenbereiche ein mit Bund und Ländern abgestimmtes komplexes, mehrstufiges Verfahren an (vgl. Statistisches Bundesamt 2025c). Das Berechnungsverfahren für FuE-Ausgaben und FuE-Koeffizienten geht von der Trennung von „Grundmittelforschung“ und „Drittmittelforschung“ aus. Die Drittmittelausgaben werden insgesamt der Forschung zugeordnet, während die FuE-Ausgaben der Grundausrüstung mit Hilfe von FuE-Koeffizienten ermittelt werden. Die Ausgaben für die Krankenbehandlung werden nach einem Verfahren berechnet, welches sich an den für die Krankenbehandlung erzielten Entgelten orientiert. Als Ausgaben für die Lehre werden die übrigen Hochschulausgaben angesehen (also ohne Ausgaben für Krankenbehandlung und ohne Forschungsausgaben). Bei der Berechnung der Forschungsausgaben und des Forschungspersonals wird von der Grundannahme ausgegangen, dass sich die Hochschulausgaben (Personal, übrige laufende Ausgaben, Investitionsausgaben) sowie das Personal proportional der Verteilung der Arbeitszeit des wissenschaftlichen Personals auf die einzelnen Hochschulfunktionen aufteilen lassen. Bisher wurde hier auf Zeitbudgetstudien verzichtet und bis einschließlich 2015 nach einem empirisch-normativen Verfahren indirekt über den Zeitaufwand für Lehre und andere Nichtforschungstätigkeiten gerechnet. Ab dem Berichtsjahr 2016 wird ein verändertes Verfahren zur Berechnung der FuE-Koeffizienten angewendet. Auch dieses Verfahren geht von der Trennung von „Grundmittelforschung“ und „Drittmittelforschung“ aus und richtet sich nach den gültigen internationalen Konventionen und Empfehlungen des Frascati Manuals. Die FuE-Koeffizienten der Universitäten werden ab dem Berichtsjahr 2016 nicht mehr indirekt über den Zeitaufwand für Lehre und Nichtforschungstätigkeiten ermittelt, sondern direkt auf Basis des Zeitaufwands für Forschungstätigkeiten. Der Zeitaufwand für Forschungstätigkeiten wurde im Wintersemester 2016/17 bei wissenschaftlichem und künstlerischem Personal im Rahmen einer freiwilligen Erhebung nach § 7 BStatG ermittelt. Somit fließen ab dem Berichtsjahr 2016 in die Berechnung der FuE-Koeffizienten der Zeitaufwand für Forschungstätigkeiten und Ergebnisse der Hochschulpersonalstatistik ein. Die FuE-Koeffizienten der Universitäten werden nach Fächergruppen berechnet und liegen für das Berichtsjahr 2016 zwischen 29 % und 44 %. Die FuE-Koeffizienten der Kunsthochschulen, Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen werden ab dem Berichtsjahr 2016 weiterhin pauschal festgelegt. Der FuE-Koeffizient der Fachhochschulen wurde auf Basis von Experteninterviews auf 15 % festgelegt. Für die Kunsthochschulen gilt weiterhin ein FuE-Koeffizient von 15 %, für die Verwaltungsfachhochschulen weiterhin ein FuE-Koeffizient von 5 % (vgl. Statistisches Bundesamt 2018).

### **Laufende Ausgaben (Grundmittel) für Lehre und Forschung**

Bei den laufenden Ausgaben (Grundmittel) handelt es sich um den Teil der Hochschuleausgaben, den der Hochschulträger aus eigenen Mitteln den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Laufende Ausgaben (Grundmittel) werden ermittelt, indem zu den Ausgaben der Hochschulen für laufende Zwecke (Personalausgaben und laufende Sachausgaben) unterstellte Sozialbeiträge (Zusetzungen für die Altersversorgung und Krankenbehandlung) des verbeamteten Hochschulpersonals addiert und die nicht vom Träger stammenden Einnahmen subtrahiert werden. Darüber hinaus werden noch die Mieten und Pachten abgezogen. Die laufenden Ausgaben (Grundmittel) enthalten keine Investitionsausgaben.

### **Laufende Ausgaben (Grundmittel) für Lehre und Forschung je Studierende und Studierenden**

Die laufenden Ausgaben (Grundmittel) je Studierende und Studierenden entsprechen den Mitteln für Lehre und Forschung, die der Hochschulträger den Hochschulen aus eigenen Mitteln für laufende Zwecke zur Verfügung stellt, bezogen auf die Zahl der Studierenden, die in der Hochschulstatistik im jeweiligen Wintersemester am Ende des Haushaltsjahres in einem Fachstudium immatrikuliert waren, ohne Beurlaubte, Studienkollegiatinnen und Studienkollegiaten sowie Gasthörerinnen und Gasthörer. Die Kennzahl wird in einer Gliederung nach Hochschularten und Fächergruppen berechnet.

### **Ausgegliederte Hochschulen**

Hierbei handelt es sich um Hochschulen, die nach den Konventionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010) zum Staatssektor zählen, die jedoch aus dem öffentlichen Haushalt ausgegliedert wurden und über ein eigenes Rechnungswesen verfügen. In der Finanzstatistik sind ausgegliederte Hochschulen Teil der Extrahaushalte der Länder.

### **Ausgaben öffentlicher und privater Hochschulen**

Die Ausgaben öffentlicher und privater Hochschulen basieren auf der Hochschulfinanzstatistik, die jährlich bei allen Hochschulen in Deutschland Finanzdaten auf gesetzlicher Basis mit Auskunftspflicht erhebt.

### **Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

Die Ausgaben nach einzelnen Haushaltstiteln werden der Haushaltsrechnung der Bundesagentur für Arbeit entnommen und der Erstausbildung und Weiterbildung zugeordnet. Diese werden ergänzt um die entsprechenden Ausgaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS). Die Daten werden überwiegend von der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellt. Bei den Bildungsmaßnahmen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) handelt es sich um Mittel aus dem Bundeshaushalt, die von den gemeinsamen Einrichtungen und den zugelassenen kommunalen Trägern für Bildungsmaßnahmen ausgegeben wurden. Bildungsausgaben der zugelassenen kommunalen Träger wurden vom BMAS geschätzt. Die Kosten für den persönlichen Schulbedarf wurden für das Berichtsjahr 2022 neu geschätzt. Grundlage der Schätzung waren monatliche Zahlen der Bundesagentur für Arbeit zu den Leistungsberechtigten der Leistungsart „Schulbedarf“. Diese wurden in den Monaten Februar und August mit den Leistungssätzen für das Berichtsjahr 2022 (Februar: 52 Euro, August: 104 Euro) multipliziert.

# 5 Bildungsausgaben im internationalen Kontext

Ein Vergleich der Bildungsausgaben in Deutschland mit denen anderer OECD- und EU-Staaten zeigt Unterschiede in der Mittelausstattung des Bildungswesens sowie im Stellenwert, den der Bildungsbereich in den einzelnen Staaten in Relation zur Wirtschaftskraft und zu den öffentlichen Finanzen hat.

Mit der jährlichen Veröffentlichung von „Bildung auf einen Blick“ (Education at a Glance – EAG) stellt die OECD eine Datenbasis zur Verfügung, welche eine Analyse der nationalen Entwicklungen im internationalen Kontext erlaubt. Auf Basis der UOE-Meldungen<sup>M</sup> liefert die Veröffentlichung umfassende Informationen über Entwicklungen des Bildungswesens im Hinblick auf Kosten, Personal, Bildungsstand und Bildungsbeteiligung. In diesem Kapitel werden die Ergebnisse zu wichtigen Finanzindikatoren aus der Publikation „Bildung auf einen Blick 2025“ dargestellt.

Die Darstellung fokussiert die Kernindikatoren „Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer“ sowie „Ausgaben für Bildungseinrichtungen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt“ für das Berichtsjahr 2022. Bei der Beschreibung des Anteils der Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird zusätzlich auf einen Zeitreihenvergleich auf Basis der Datenbank OECD.stat zurückgegriffen. Für weitere Finanzindikatoren wird an dieser Stelle direkt auf die Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick 2025“ (OECD 2025) verwiesen.

Die Darstellung der Kennzahlen erfolgt nach der International Standard Classification of Education 2011 (ISCED-2011). Die Einordnung der Ergebnisse für Deutschland erfolgt über den Vergleich mit denen anderer OECD-Staaten bzw. mit OECD- sowie EU-25-Durchschnitten<sup>M</sup> – vielfach in einer Gliederung nach ISCED-Stufen.

## 5.1 Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer

Die Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer sind ein Indikator für die Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit personellen und finanziellen Ressourcen. Bei diesem Indikator werden die Ausgaben für Bildungseinrichtungen<sup>M</sup> in Bezug zu der auf das Haushaltsjahr umgerechneten Zahl der Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer gesetzt.

Die Bildungsausgaben je Schülerin und Schüler bzw. Studierende und Studierenden werden aufgrund des hohen Personalkostenanteils in hohem Maße vom Lohn- und Gehaltsniveau bestimmt. Aber auch die Unterrichtsdauer (z. B. Halbtags- oder Ganztagsunterricht), der Umfang der Lehrverpflichtungen und die Klassengröße, der Grad der Lernmittelfreiheit, die Struktur und Ausrichtung der Bildungsprogramme sowie die Studien- bzw. Ausbildungsdauer der einzelnen Bildungsprogramme beeinflussen die Höhe der Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer und sind beim Vergleich zu berücksichtigen.

In Deutschland wurden 2022 vom Primar- bis Tertiärbereich kaufkraftbereinigt<sup>M</sup> 18 000 US-Dollar je Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer ausgegeben. Im Vergleich dazu beliefen sich der OECD-Durchschnitt sowie der EU-25-Durchschnitt auf rund 15 000 US-Dollar bzw. 14 300 US-Dollar (**Tab. 5.1-1, Abb. 5.1-1**).

Der Blick auf die Ebene der einzelnen Bildungsbereiche zeigt deutliche Unterschiede zwischen diesen. Doch die Bildungsausgaben je Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer in Deutschland lagen in fast allen Bereichen über den jeweiligen OECD- bzw. den EU-25-Durchschnitten (**Abb. 5.1-2**).

Im Elementarbereich (ISCED 0) betrugen die Ausgaben je Kind 2022 in Deutschland 17 700 US-Dollar und waren deutlich höher als der OECD-Durchschnitt und der EU-25-Durchschnitt von 13 300 US-Dollar bzw. 12 600 US-Dollar. Am höchsten waren mit

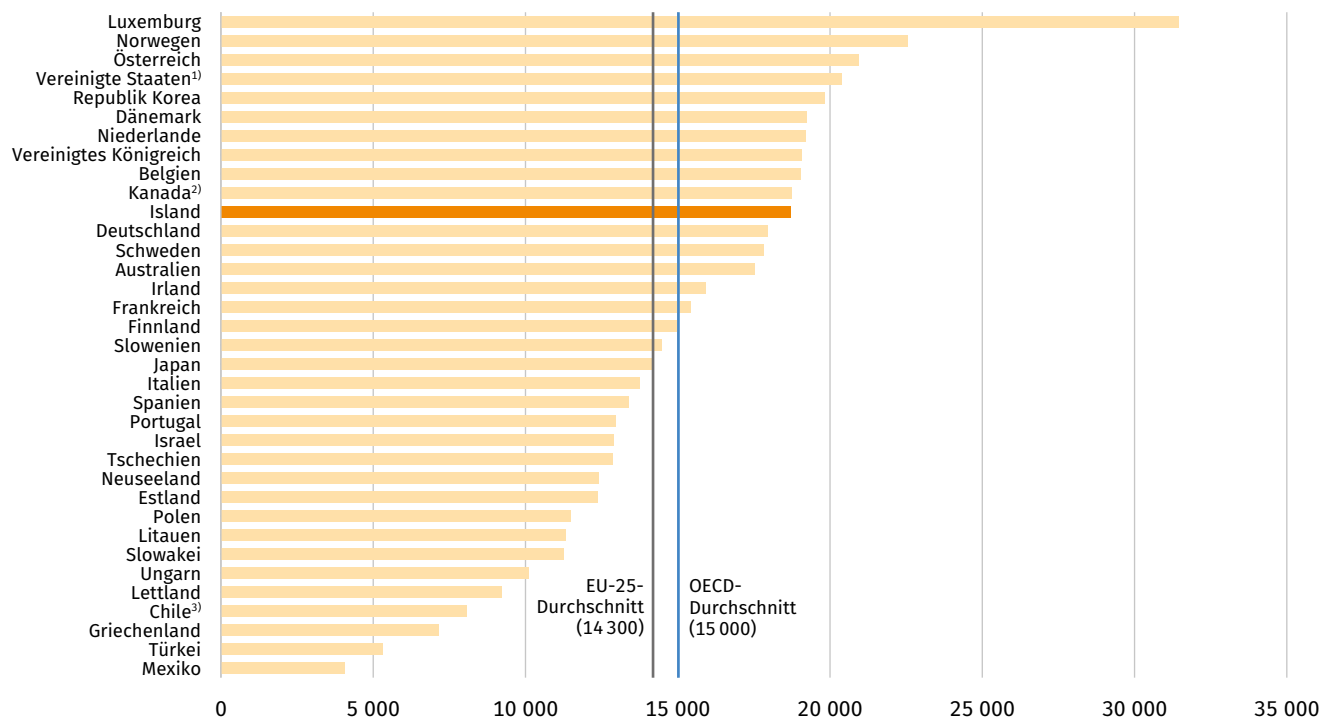
Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer über dem OECD-Durchschnitt ...

27 900 US-Dollar je Kind die Ausgaben in Norwegen. Am niedrigsten waren sie dagegen in Mexiko mit 3 400 US-Dollar.

Auch im Schulbereich (ISCED 1-4) wurde 2022 in Deutschland insgesamt und in den einzelnen Teilbereichen mehr ausgegeben als im OECD- oder EU-25-Durchschnitt. Vor allem im Sekundarbereich II (ISCED 3) lagen in Deutschland im Jahr 2022 mit rund 21 500 US-Dollar je Schülerin und Schüler die Ausgaben deutlich über den Durchschnittswerten der OECD- (14 600 US-Dollar) und EU-25-Staaten (13 400 US-Dollar). Dies ist in erster Linie auf die hohen Ausgaben der Betriebe im Rahmen der dualen Ausbildung zurückzuführen. So waren in Deutschland die Ausgaben je Schülerin und Schüler in den beruflichen Bildungsgängen (einschließlich betrieblicher Ausbildung) im Sekundarbereich II mit 25 300 US-Dollar deutlich höher als in allgemeinbildenden Programmen mit 17 900 US-Dollar (Gymnasiale Oberstufe, Fachoberschule u. dgl.).

... bei hohen Ausgaben für  
die duale Ausbildung ...

**Abbildung 5.1-1: Jährliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer (ISCED 1-8) 2022**  
in US-Dollar



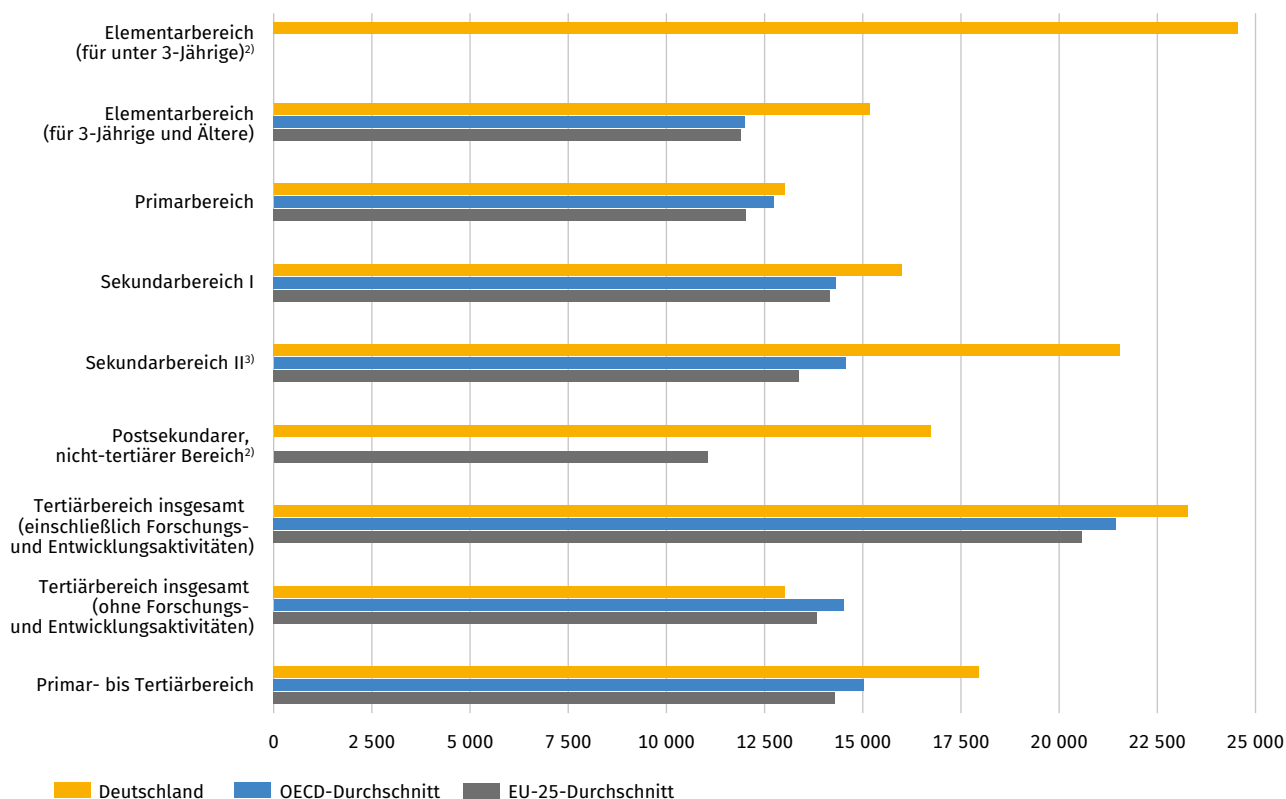
1) Berichtsjahr ist 2021.

2) Beinhaltet auch Bildungsgänge für Kinder ab 3 Jahren (ISCED 02).

3) Ausgaben für Bildungseinrichtungen enthalten Ausgaben privater Haushalte außerhalb von Bildungseinrichtungen.

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Tabelle C1.1 in OECD, Bildung auf einen Blick 2025

**Abbildung 5.1-2: Jährliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer<sup>1)</sup> nach Bildungsbereichen 2022**  
in US-Dollar



1) Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Bildungsteilnehmerin bzw. Bildungsteilnehmer im Elementarbereich sind Pro-Kopf Angaben. Im Primar- bis Tertiärbereich basieren die Angaben auf Vollzeitäquivalenten.

2) Keine Daten für den EU-25- und/oder OECD-Durchschnitt verfügbar (siehe **Tab. 5.1.1-1**).

3) Für Deutschland enthalten die Angaben zum Sekundarbereich II die Ausgaben für berufsbildende Programme des Sekundarbereich I. Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Tabelle C1.1, C2.1, C3.1, C4.1 und C5.1 in OECD, Bildung auf einen Blick 2025

### ... und hohen FuE-Ausgaben im Hochschulbereich

Im Tertiärbereich (ISCED 5-8) wurden im Jahr 2022 in Deutschland je Studierende bzw. Studierenden 23 300 US-Dollar bereitgestellt. In den OECD-Ländern und in den EU-25-Staaten wurden jeweils durchschnittlich 21 400 US-Dollar bzw. 20 600 US-Dollar je Studierende bzw. Studierenden aufgewendet (**Abb. 5.1-2**). Im Tertiärbereich ist gleichzeitig die Spanne der Ausgaben der einzelnen Länder besonders groß. So wurden in Luxemburg rund 61 000 US-Dollar je Studierende bzw. Studierenden ausgegeben und in Griechenland nur rund 5 600 US-Dollar (**Tab. 5.1-1**). Bereinigt man die Ausgaben je Studierende bzw. Studierenden um die Ausgaben für Forschung und Entwicklung an Hochschulen, so betrugen die Ausgaben je Studierende bzw. Studierenden in Deutschland statt 23 300 US-Dollar nur noch 13 000 US-Dollar. Dieser Wert liegt unter dem OECD-Durchschnitt von 14 500 US-Dollar und dem Durchschnitt der EU-25-Staaten von 13 800 US-Dollar.

### Höherer Anstieg der Ausgaben je Schülerin und Schüler in den ISCED-Stufen 1 bis 4 als im OECD-Durchschnitt

Betrachtet man die Veränderung der Ausgaben je Schülerin und Schüler zwischen 2015 und 2022, so stiegen die Ausgaben je Schülerin und Schüler im Primar-, Sekundar- und postsekundären, nicht-tertiären Bereich zu konstanten Preisen<sup>M</sup> in Deutschland um 14,2 % an. Damit stiegen die Ausgaben je Schülerin und Schüler im Schulbereich (ISCED 1-4) stärker als im OECD-Durchschnitt (13,5 %) aber etwas weniger stark als im EU-25-Durchschnitt (16,4 %).

Die Ausgaben je Studierende und Studierenden im Tertiärbereich sind in Deutschland im gleichen Zeitraum um 3,3 % gestiegen, während sie im OECD-Durchschnitt und im EU-25-Durchschnitt um 8,6 % bzw. 11,6 % angestiegen sind. Dies begründet sich in den im internationalen Vergleich stark gestiegenen Studierendenzahlen in Deutschland, die 2022 gegenüber 2015 um 10,0 % zunahmen, während die Ausgaben um 13,5 % erhöht wurden. Im OECD- bzw. EU-25-Durchschnitt nahmen hingegen die Studierendenzahlen nur um 5,0 % bzw. 3,1 % zu, während die Ausgaben für Bildungseinrichtungen um 14,2 % bzw. 13,8 % zunahmen (**Tab. 5.1-2**).

**Ausgaben je Studierenden steigen im internationalen Vergleich weniger stark**

## 5.2 Ausgaben für Bildungseinrichtungen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt

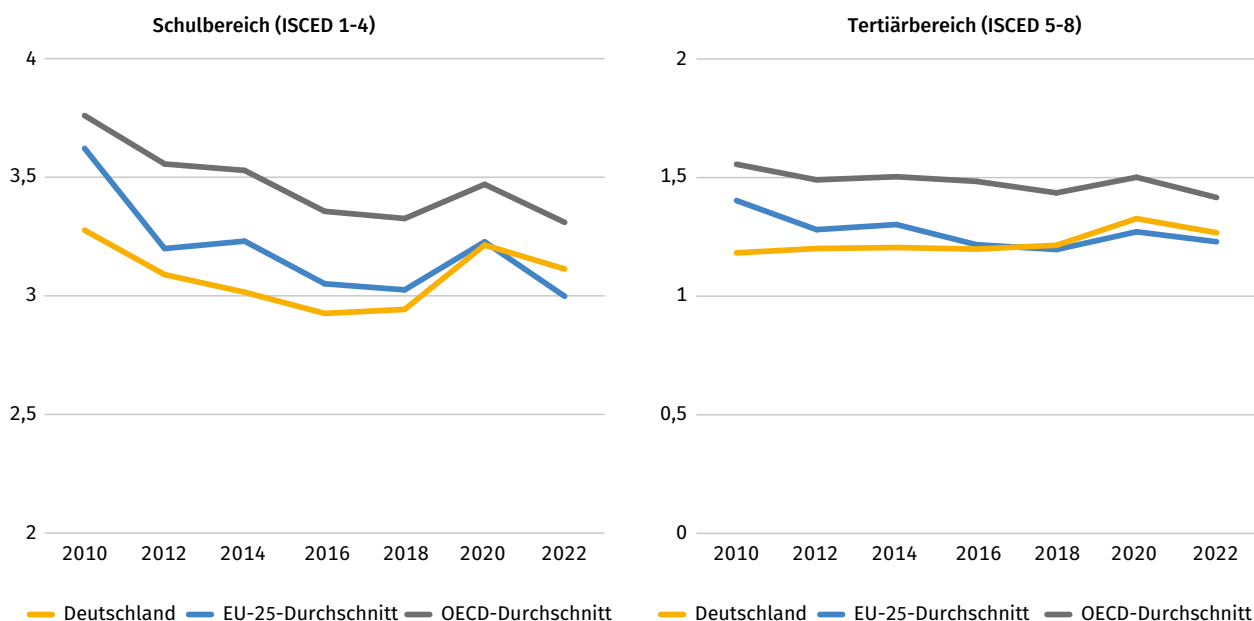
In einer wissensbasierten Gesellschaft tragen Bildungsausgaben zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft, zur Sicherung der Humanressourcen und zur gesellschaftlichen Teilhabe der Individuen bei. Der Stellenwert von Bildung lässt sich auch daran ablesen, wie viel für Bildung in Relation zur Wirtschaftskraft aufgewendet wird. Dies wird mit dem Indikator Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen.

In Bezug auf die Wirtschaftskraft wurden 2022 in der Abgrenzung des nationalen Bildungsbudgets (Budgetteil A+B) insgesamt 6,8 % des BIPs für Bildung verausgabt (**Abb. 2.1-1**). Internationale Vergleiche beziehen sich üblicherweise auf die Ausgaben für formale Bildungseinrichtungen. In dieser Abgrenzung (ohne Berücksichtigung des Elementarbereichs) gab Deutschland im Jahr 2022 für Bildungseinrichtungen im Primar- bis Tertiärbereich 4,4 % des BIPs aus. Die OECD- und EU-25-Länder wandten dagegen durchschnittlich 4,7 % bzw. 4,2 % ihres BIPs für formale Bildungseinrichtungen auf (**Tab. 5.2-1**).

**Ausgaben in Relation zum BIP für formale Bildungsprogramme im Primar- bis Tertiärbereich in Deutschland unter dem OECD-Durchschnitt**

Im Schulbereich (ISCED 1-4) lag der Anteil am BIP in Deutschland 2022 bei 3,1 %, gegenüber einem OECD-Durchschnitt von 3,3 % (EU-25-Durchschnitt: 3,0 %). Im Zeitverlauf zeigt sich, dass der Anteil der Bildungsausgaben am BIP eine rückläufige Tendenz aufweist, die in Deutschland sowie im internationalen Durchschnitt nur 2020 durch den Corona-Pandemie bedingten BIP-Rückgang unterbrochen wird (**Abb. 5.2-1**). Im Gegensatz hierzu sind beim Anteil der Bildungsausgaben am BIP für den Tertiärbereich (ISCED 5-8) unterschiedliche Verläufe zu beobachten. In Deutschland ist dieser Anteil bis 2020 leicht, aber stetig gestiegen, während die Entwicklungen im OECD- bzw. EU-25-Vergleich eher rückläufig waren. Auch hier bildete die Corona-Pandemie eine Zäsur, die zu einem Anstieg des BIP-Anteils führte. Danach fiel der Anteil in Deutschland sowie im internationalen Vergleich wieder und erreichte 2022 das Vor-Corona-Niveau von 2019.

**Abbildung 5.2-1: Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt für den Schulbereich (ISCED 1-4) und den Tertiärbereich (ISCED 5-8) in %**

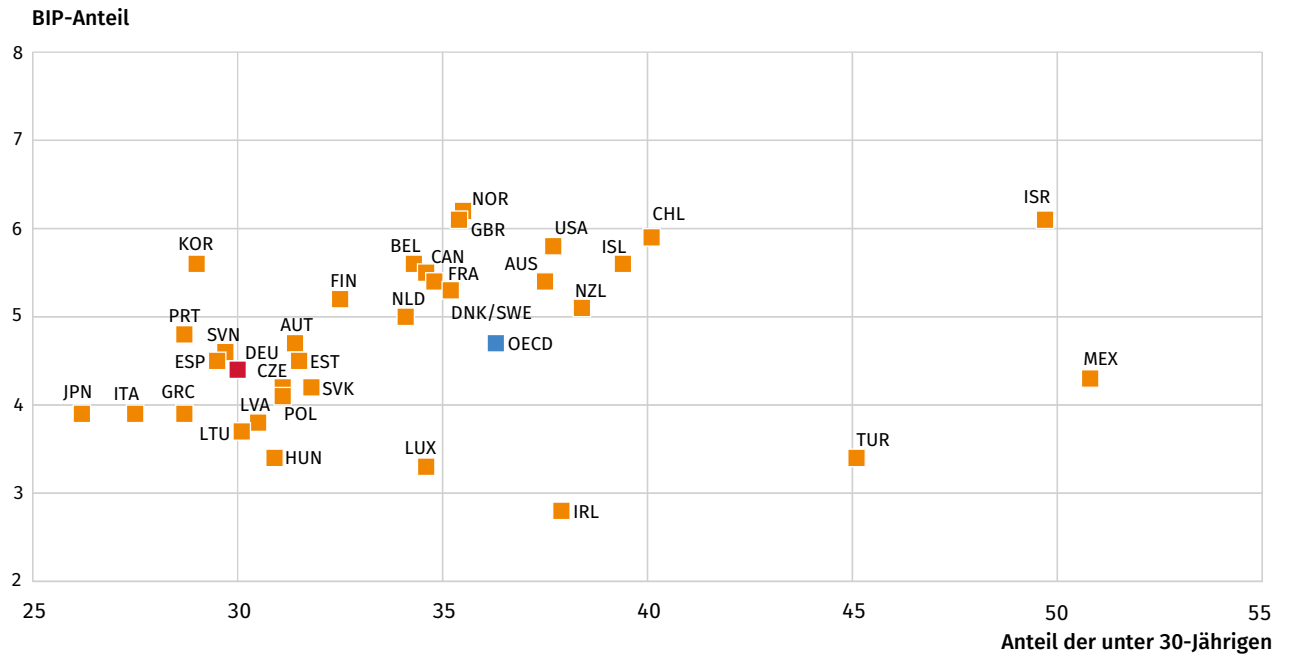


Für den Elementarbereich (ISCED 0) ergab sich ferner ein Anteil am BIP von 1,1 % (OECD- und EU-25-Durchschnitt von 0,9 % bzw. 0,8 %). Somit erreichten die Ausgaben für formale Bildungseinrichtungen insgesamt (ISCED 0-8) in Deutschland einen Anteil von 5,5 % am BIP. Zu beachten ist, dass im OECD-Vergleich in erster Linie die Ausgaben des formalen Bildungssystems berücksichtigt werden. An der formalen Bildung nehmen aber insbesondere junge Menschen teil. Die Ausgaben werden daher wesentlich durch die Größe der Altersgruppe der unter 30-jährigen Personen bestimmt. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist der Anteil der unter 30-jährigen an der Gesamtbevölkerung in Deutschland relativ niedrig. So waren 2022 im OECD-Durchschnitt 36,3 % der Bevölkerung jünger als 30 Jahre, in Deutschland aber nur 30,0 % (**Abb. 5.2-2**). Eine Korrelationsanalyse zeigt, dass zwischen dem Anteil der unter 30-jährigen an der Bevölkerung und der Höhe der Bildungsausgaben vom Primar- bis zum Tertiärbereich als Anteil vom BIP ein positiver Zusammenhang besteht (Korrelationskoeffizient<sup>M</sup>: 0,30).

In Deutschland werden die Ausgaben für Bildung im Primar- bis Tertiärbereich zum größten Teil durch den öffentlichen Bereich getragen. Insgesamt beliefen sich im Jahr 2022 die öffentlichen Ausgaben für Bildungseinrichtungen (Primar- bis Tertiärbereich) auf 3,8 % des BIP. Der OECD-Durchschnitt und der EU-25-Durchschnitt betrugen 4,0 % bzw. 3,7 %. Im Vergleich dazu wurden 2022 in Deutschland durch den privaten Bereich 0,5 % des BIPs für Bildungseinrichtungen (Primar- bis Tertiärbereich) ausgegeben. Während das dem EU-25-Durchschnitt von ebenfalls 0,5 % entsprach, lag der OECD-Durchschnitt mit 0,7 % etwas höher (**Tab. 5.2-2**). In Chile und dem Vereinigten Königreich ist der private Anteil der Ausgaben für Bildungseinrichtungen mit rund einem Drittel deutlich höher als in Deutschland. Im Gegensatz dazu erfolgt die Finanzierung der Bildungseinrichtungen in Finnland, Island, Luxemburg und Schweden fast ausschließlich durch den Staat (**Abb. 5.2-3**).



**Abbildung 5.2-2: Anteil der unter 30-Jährigen an der Bevölkerung und Anteil der Ausgaben für Bildungseinrichtungen (ISCED 1-8) am Bruttoinlandsprodukt 2022**  
in %

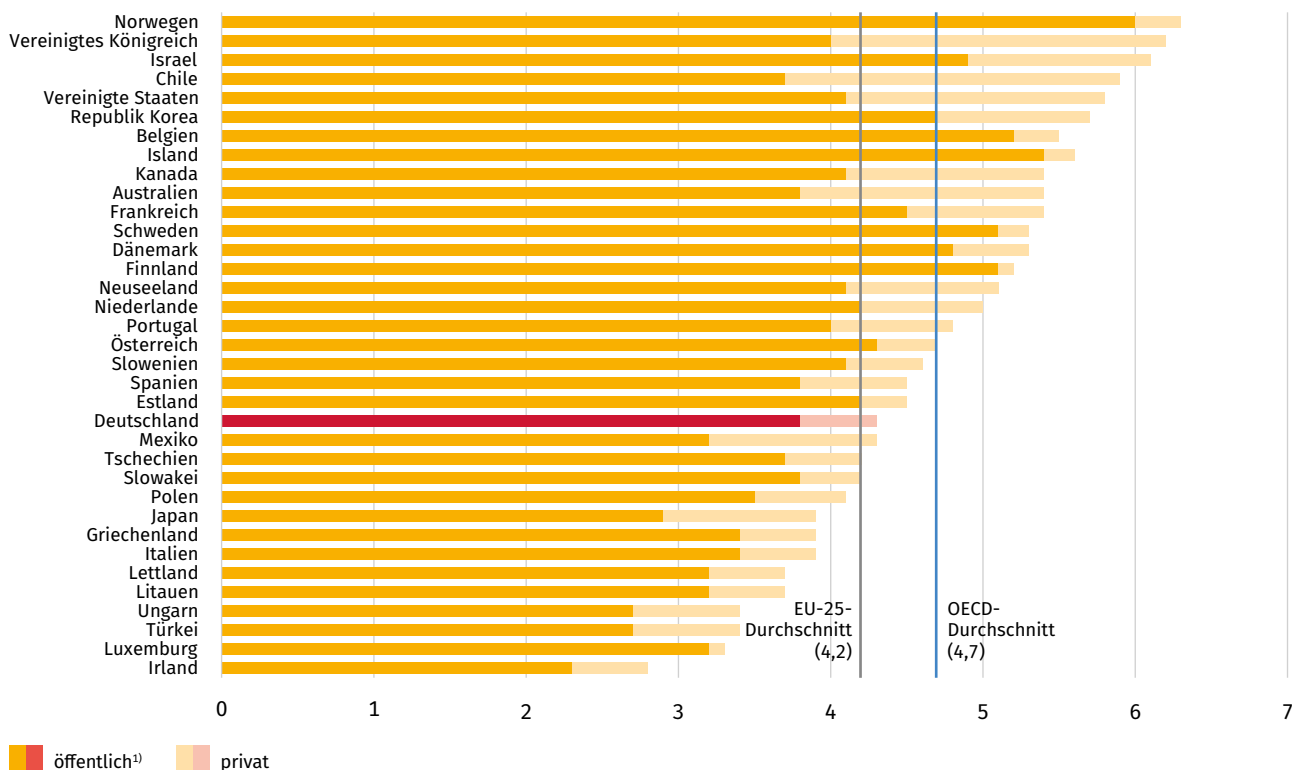


Lesehilfe: In Deutschland waren 30 % der Bevölkerung jünger als 30 Jahre und es wurden 4,4 % des Bruttoinlandsproduktes für Bildungseinrichtungen (Primar- bis Tertiärbereich) ausgegeben.

AUS: Australien; AUT: Österreich; BEL: Belgien; CAN: Kanada; CHL: Chile; CZE: Tschechien; DEU: Deutschland; DNK: Dänemark; ESP: Spanien; EST: Estland; FIN: Finnland; FRA: Frankreich; GBR: Vereinigtes Königreich; GRC: Griechenland; HUN: Ungarn; IRL: Irland; ISL: Island; ISR: Israel; ITA: Italien; JPN: Japan; KOR: Korea, Republik; LTU: Litauen; LUX: Luxemburg; LVA: Lettland; MEX: Mexiko; NLD: Niederlande; NOR: Norwegen; NZL: Neuseeland; POL: Polen; PRT: Portugal; SVN: Slowenien; SVK: Slowakei; SWE: Schweden; TUR: Türkei; USA: Vereinigte Staaten.

Quelle: OECD, eigene Darstellung auf Basis von Tabelle C1.5. in OECD, Bildung auf einen Blick 2025 und Bevölkerungszahlen von OECD.stat

**Abbildung 5.2-3: Ausgaben für Bildungseinrichtungen (ISCED 1-8) nach Herkunft der Mittel in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 2022**  
in %



1) Für eine übersichtlichere Darstellung wurden die internationalen Ausgaben unter den öffentlichen Ausgaben mit erfasst.

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Tabelle C1.5 in OECD, Bildung auf einen Blick 2025

### 5.3 Öffentliche Ausgaben für Bildung

Die Schaffung bzw. der Erhalt eines leistungsfähigen Bildungssystems gehört in allen Staaten zu den Kernaufgaben der öffentlichen Hand. Deshalb ist es von besonderem Interesse, den Stellenwert von Bildung in Relation zu anderen öffentlichen Aufgaben darzustellen.

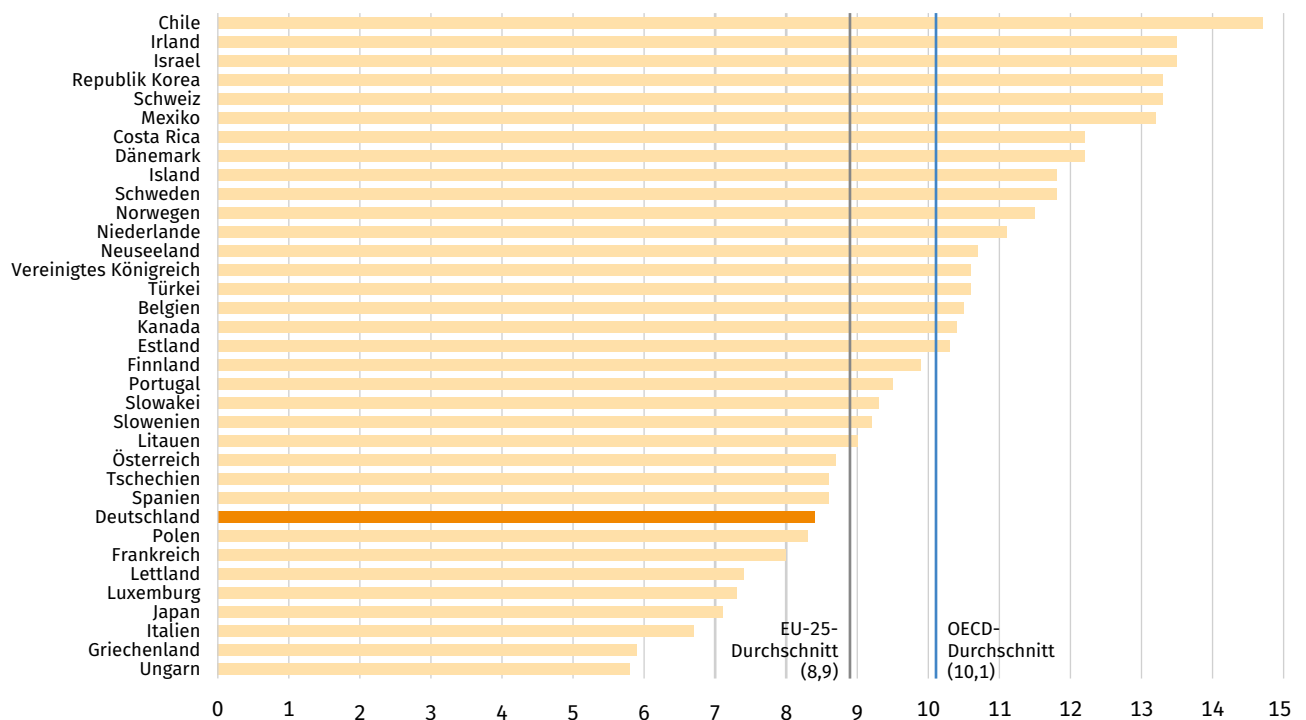
Hierzu werden die öffentlichen Bildungsausgaben auf die Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bezogen. Im Vergleich zu den **Kapiteln 3** und **4**, in denen sich die öffentlichen Ausgaben an den Systematiken der Finanzstatistik orientieren, sind bei diesem Indikator sowohl die öffentlichen Gesamtausgaben als auch die öffentlichen Bildungsausgaben anders abgegrenzt. Für internationale Vergleiche der öffentlichen Gesamtausgaben muss auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zurückgegriffen werden, da keine vergleichbaren Finanzstatistiksysteme vorliegen und in den einzelnen Staaten die öffentliche Hand unterschiedliche Aufgabenprogramme hat. Die öffentlichen Bildungsausgaben<sup>M</sup> werden nach dem UOE-Konzept abgegrenzt. Sie umfassen die direkten öffentlichen Ausgaben für Bildungseinrichtungen sowie die öffentlichen bildungsbezogenen Transfers an private Einrichtungen und Haushalte.

**8,4 % der öffentlichen Gesamtausgaben in Deutschland für Bildung im Primar- bis Tertiärbereich**

Mit einem Anteil der Bildungsausgaben an den öffentlichen Ausgaben – die für die OECD-Staaten vom Primar- bis zum Tertiärbereich vorliegen – von 8,4 % lag Deutschland unter dem OECD-Durchschnitt von 10,1 % und unter dem EU-25-Durchschnitt von 8,9 % (**Tab. 5.3-1, Abb. 5.3-1**).

Im Vergleich zu anderen Staaten geben die öffentlichen Haushalte (einschließlich Sozialversicherungssystem) in Deutschland relativ wenig für Bildung aus. Bei der Interpretation ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich in Deutschland die Wirtschaft im Rahmen der dualen Ausbildung stark an der beruflichen Bildung beteiligt, während in anderen Staaten die berufliche Bildung in einem stärkeren Maße in öffentlichen Schulen erfolgt. Ferner ist in Deutschland der Sozialversicherungsbereich als Teilbereich der öffentlichen Gesamtausgaben deutlich stärker ausgebaut als z. B. in den Vereinigten Staaten.

**Abbildung 5.3-1: Öffentliche Ausgaben für Bildung (ISCED 1-8) in Relation zu den öffentlichen Gesamtausgaben 2022**  
in %



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Tabelle C1.3 in OECD, Bildung auf einen Blick 2025

### **M Methodische Erläuterungen**

#### **Bildungsausgaben in internationaler Abgrenzung (UOE-Meldungen)**

Die Bildungsausgaben in internationaler Abgrenzung umfassen die Ausgaben für Bildungseinrichtungen, die Ausgaben der privaten Haushalte für Bildungsgüter (z. B. privater Kauf von Schulbüchern und Unterrichtsmaterialien, Nachhilfeunterricht außerhalb von Bildungseinrichtungen) und die Ausgaben zur Förderung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an ISCED-Bildungsgängen (z. B. Stipendien oder Kindergeldzahlungen, wenn diese an den Status der Bildungsteilnahme gebunden sind). Eine Gegenüberstellung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen dem Bildungsbudget und der UOE-Meldung zu Bildungsausgaben findet sich in **Abbildung 2.1-1** sowie in Baumann, 2008.

#### **OECD-Durchschnitt**

Der OECD-Durchschnitt ist der ungewichtete Mittelwert der Datenwerte aller OECD-Staaten, für die entsprechende Daten vorlagen oder geschätzt werden konnten.

#### **EU-25-Durchschnitt**

Der EU-25-Durchschnitt ist der ungewichtete Mittelwert der Datenwerte der 25 OECD-Staaten, die Mitglieder der Europäischen Union sind und für die entsprechende Daten vorlagen oder geschätzt werden konnten (Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, die Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien und Ungarn).

#### **Ausgaben für Bildungseinrichtungen**

Die Ausgaben für Bildungseinrichtungen umfassen die Ausgaben für Bildungsdienstleistungen und Zusatzleistungen, die im internationalen Kontext üblicherweise von Bildungseinrichtungen erbracht werden. Die Ausgaben für Bildungsdienstleistungen umfassen alle Ausgaben, die direkt mit Unterricht und Bildung in Zusammenhang stehen. Darin enthalten sind insbesondere Ausgaben für Lehrkräfte, Schulgebäude und Unterrichtsmaterial. Zu den Ausgaben für zusätzliche Dienstleistungen im Bildungsbereich zählen z. B. die Ausgaben der Studentenwerke, der Transport zur Schule und die Unterbringung auf dem Campus sowie im Tertiärbereich auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

Die Höhe der Ausgaben für Bildungseinrichtungen wird auch von der Art des Gebäudemanagements bestimmt. „In den OECD-Ländern ist die Immobilienverwaltung der Bildungseinrichtungen im Tertiärbereich heterogen organisiert. Das liegt daran, dass sich Gebäude und Grundstücke entweder im Besitz der Einrichtungen befinden, kostenlos von ihnen genutzt werden oder angemietet sein können. Auch Energiekosten können unterschiedlich verbucht werden. Die Höhe der laufenden Ausgaben und Investitionsausgaben hängt zum Teil von der Art der Immobilienverwaltung in einem Land ab. In manchen Ländern ist beispielsweise Miete in den laufenden Ausgaben der Bildungseinrichtungen enthalten. Miete (als laufende Ausgabe) kann als Äquivalent von Finanzierungskosten und Abschreibungen gesehen werden.“ (OECD 2012, S. 353).

#### **Kaufkraftbereinigung**

Bei den Ausgaben der Bildungseinrichtungen je Schülerin und Schüler bzw. Studierende und Studierenden werden die Kaufkraftunterschiede mit Hilfe von auf das Bruttoinlandsprodukt bezogenen Kaufkraftparitäten umgerechnet. Die Ausgaben werden auf diese Weise in eine einheitliche Währung mit gleicher Kaufkraft umgerechnet, sodass Vergleiche zwischen den Ländern nur die Unterschiede im Volumen der gekauften Waren und Dienstleistungen widerspiegeln. Der Umrechnungsfaktor zwischen Euro und US-Dollar (Kaufkraftparität) betrug für Deutschland 1,4325 im Jahr 2022 (**Anhang A 5.1.8**).

**Korrelationskoeffizient**

Der Korrelationskoeffizient ist ein statistisches Assoziationsmaß, das die Stärke und die Richtung einer Beziehung zwischen Merkmalen angibt. Er beschreibt den linearen Zusammenhang zwischen zwei betrachteten Variablen. Das Vorzeichen des Korrelationskoeffizienten bestimmt die Richtung. Ist es negativ, liegt eine gegenläufige Beziehung vor (steigt Variable A, sinkt Variable B bzw. sinkt Variable A, steigt Variable B); ist es positiv, besteht eine gleichläufige Beziehung (steigt Variable A, steigt Variable B bzw. sinkt Variable A, sinkt Variable B). Der Betrag des Korrelationskoeffizienten misst die Stärke des linearen Zusammenhangs. Seine Ausprägungen können von -1 (vollständig negativ korreliert) bis +1 (vollständig positiv korreliert) reichen, bei einem Wert von 0 besteht kein linearer Zusammenhang.

**Ausgaben je Schülerin und Schüler im Primar- und Sekundarbereich zu konstanten (realen) Preisen**

Die Preisentwicklung wird von der OECD mittels des BIP-Deflators zu konstanten Preisen von 2022 bereinigt (Anhang A 5.1.8).

**Staatsausgaben in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen**

Die öffentlichen Gesamtausgaben in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entsprechen den nicht rückzahlbaren laufenden Ausgaben und Investitionsausgaben auf allen Ebenen des Staates. Die laufenden Ausgaben umfassen die konsumtiven Ausgaben (z. B. Arbeitsentgelte für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Verbrauch von Vorprodukten und Dienstleistungen sowie Verbrauch von Sachvermögen), geleistete Besitzeinkommen, Subventionen und andere geleistete Transferzahlungen (z. B. Sozialversicherungen, Sozialhilfe, Renten und sonstige Wohlfahrtsleistungen). Investitionsausgaben sind Ausgaben zum Erwerb und/oder der Wertsteigerung von Gütern des Anlagevermögens, Grundstücken, immateriellen Vermögensgegenständen, Staatsanleihen und nicht-militärischem Sachvermögen und Ausgaben zur Finanzierung von Nettokapitaltransfers.

**Öffentliche Bildungsausgaben**

Die Bildungsausgaben sind entsprechend der methodischen Vorgaben von UNESCO, OECD und Eurostat (UOE) abgegrenzt. Sie unterscheiden sich damit von den Rechnungsergebnissen des öffentlichen Gesamthaushalts und von den Staatsausgaben für Bildung im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Die öffentlichen Gesamtausgaben für Bildung umfassen die Ausgaben von Bund (einschließlich Bundesagentur für Arbeit, Sozialversicherungen), Ländern und Gemeinden für öffentliche und private Bildungseinrichtungen und die öffentlichen Ausgaben zur Förderung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an ISCED-Programmen (z. B. Stipendien, Kindergeldzahlungen, die an den Status der Bildungsteilnahme gebunden sind).

# Anhang

## A 1 Haushaltssystematische Abgrenzung der Bildungsbereiche

Abschnitt im Bildungsfinanzbericht		Haushaltssystematik bis 2011		Haushaltssystematik seit 2012	
Nr.	Bildungsbereich	Nr.	Aufgabenbereich	Nr.	Aufgabenbereich
4	Bildung	In 4.1 bis 4.6 angeführte Funktionen und Gliederungsnummern		In 4.1 bis 4.6 angeführte Funktionen und Gliederungsnummern	
4.1	Kindertagesbetreuung				
	Staatliche Ebene (OF/Fkt.)	264	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	27	Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII
		274	Tageseinrichtungen für Kinder		
	Kommunale Ebene (Gl. Nr.)	454	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	454	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
		464	Tageseinrichtungen für Kinder	464	Tageseinrichtungen für Kinder
4.2	Schulen				
	Staatliche Ebene (Fkt.)	111	Unterrichtsverwaltung	111	Unterrichtsverwaltung
		112	Grundschulen	112	Öffentliche Grundschulen
		113	Hauptschulen	113	Private Grundschulen
		114	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	114	Öffentliche weiterführende allgemeinbildende Schulen (ohne Sonder-/Förderschulen)
		115	Kombinierte Haupt- und Realschulen		
		116	Realschulen		
		117	Gymnasien, Kollegs	115	Private weiterführende allgemeinbildende Schulen (ohne Sonder-/Förderschulen)
		119	Gesamtschulen		
		121	Schulformunabhängige Orientierungsstufe	124	Öffentliche allgemeinbildende Sonder-/Förderschulen
		123	Freie Waldorfschulen		
		124	Sonderschulen	125	Private allgemeinbildende Sonder-/Förderschulen
		127	Berufliche Schulen	127	Öffentliche berufliche Schulen
				128	Private berufliche Schulen
		129	Sonstige schulische Aufgaben	129	Sonstige schulische Aufgaben
	Kommunale Ebene (Gl. Nr.)	20	Schulverwaltung	20	Schulverwaltung
		211	Grundschulen	211	Grundschulen
		213	Hauptschulen	213	Hauptschulen
		215	Kombinierte Grund- und Hauptschulen	215	Kombinierte Grund- und Hauptschulen
		216	Schulformunabhängige Orientierungsstufe	216	Schulformunabhängige Orientierungsstufe
		221	Realschulen	221	Realschulen
		225	Kombinierte Haupt- und Realschulen	225	Kombinierte Haupt- und Realschulen
		23	Gymnasien, Kollegs (ohne berufliche Gymnasien)	23	Gymnasien, Kollegs (ohne berufliche Gymnasien)
		24	Berufliche Schulen	24	Berufliche Schulen
		27	Sonderschulen (Förderschulen)	27	Sonderschulen (Förderschulen)
		281	Gesamtschulen (integrierte und additive)	281	Gesamtschulen (integrierte und additive)
		285	Freie Waldorfschulen	285	Freie Waldorfschulen
		295	Sonstige schulische Aufgaben	295	Sonstige schulische Aufgaben

Abschnitt im Bildungsfinanzbericht		Haushaltssystematik bis 2011		Haushaltssystematik seit 2012	
Nr.	Bildungsbereich	Nr.	Aufgabenbereich	Nr.	Aufgabenbereich
4.3	Hochschulen				
	Staatliche Ebene (Fkt.)	131	Universitäten	132	Hochschulkliniken
		132	Hochschulkliniken	133	Öffentliche Hochschulen und Berufsakademien
		133	Verwaltungsfachhochschulen	134	Private Hochschulen und Berufsakademien
		135	Kunsthochschulen	137	Deutsche Forschungsgemeinschaft
		136	Fachhochschulen	139	Sonstige Hochschulaufgaben
		137	Deutsche Forschungsgemeinschaft		
		139	Sonstige Hochschulaufgaben		
	Kommunale Ebene (Gl. Nr.)	---	---	---	---
4.4	Förderung von Bildungsteilnehmern/-innen				
	Staatliche Ebene (Fkt.)	141	Fördermaßnahmen für Schüler/-innen	141	Förderung für Schüler/-innen
		142	Fördermaßnahmen für Studierende	142	Förderung für Studierende und wissenschaftlichen Nachwuchs
		143	Fördermaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs	144	Förderung für Weiterbildungsteilnehmende
		145	Schülerbeförderung	145	Schülerbeförderung
		146	Studentenwohnraumförderung		
	Kommunale Ebene (Gl. Nr.)	290	Schülerbeförderung + Gr. 639 aller Gliederungen 2	290	Schülerbeförderung + Gr. 639 aller Gliederungen 2
		293	Fördermaßnahmen für Schüler/-innen	293	Fördermaßnahmen für Schüler/-innen
4.5	Sonstiges Bildungswesen				
	Staatliche Ebene (Fkt.)	151	Förderung der Weiterbildung	152	Volkshochschulen
		152	Volkshochschulen	153	Sonstige Weiterbildung (ohne Förderung für Teilnehmende)
		153	Andere Einrichtungen der Weiterbildung	154	Ausbildung der Lehrkräfte
		154	Einrichtungen der Lehrerausbildung	155	Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte
		155	Einrichtungen der Lehrerfortbildung		
		156	Berufsakademien		
	Kommunale Ebene (Gl. Nr.)	350	Volkshochschulen	350	Volkshochschulen
		355	Sonstige Weiterbildung	355	Sonstige Weiterbildung
4.6	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit				
	Staatliche Ebene (Fkt.)	261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit	261	Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit
		271	Einrichtung von Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit		
	Kommunale Ebene (Gl. Nr.)	451	Jugendarbeit	451	Jugendarbeit
		460	Einrichtungen der Jugendarbeit	460	Einrichtungen der Jugendarbeit
4.7	Weitere öffentliche Ausgaben, die nicht in 4.1 bis 4.6 enthalten sind				

## A 2 International Standard Classification of Education 2011 (ISCED-2011)

Die Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED) ist eine Klassifikation der Vereinten Nationen für Bildungsprogramme und Bildungsabschlüsse. Durch die Zuordnung der nationalen Bildungsprogramme und Bildungsabschlüsse zu den ISCED-Stufen werden die Daten international vergleichbar und interpretierbar.

### A 2.1 Zuordnung nationaler Bildungsgänge zur ISCED-2011

ISCED-Stufe Ausrichtung	Unter- kategorie	Bildungsprogramme
<b>ISCED 0 Elementarbereich</b>		
ISCED 01	010	Krippen
Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder unter drei Jahren	010	Tageseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren
ISCED 02	020	Kindergärten
Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung für Kinder von drei Jahren bis zum Schuleintritt	020	Vorklassen
	020	Schulkindergärten
	020	Tageseinrichtungen für Kinder im Kindergartenalter
<b>ISCED 1 Primarbereich</b>		
ISCED 10	100	Grundschulen
allgemeinbildend	100	Gesamtschulen (1.–4. Klasse)
	100	Waldorfschulen (1.–4. Klasse)
	100	Förderschulen (1.–4. Klasse)
<b>ISCED 2 Sekundarbereich I</b>		
ISCED 24	241	Orientierungsstufe 5./6. Klasse
allgemeinbildend	244	Hauptschulen
	244	Realschulen
	244	Förderschulen (5.–10. Klasse)
	244	Schulen mit mehreren Bildungsgängen
	244	Gymnasien (5.–9./10. Klasse) <sup>1)</sup>
	244	Gesamtschulen (5.–9./10. Klasse) <sup>1)</sup>
	244	Waldorfschulen (5.–10. Klasse)
	244	Abendhauptschulen
	244	Abendrealschulen
	244	Nachholen von Schulabschlüssen der Sekundarstufe I
	244	Erfüllung der Schulpflicht an beruflichen Schulen
	244	Berufliche Schulen, die zu einem mittleren Abschluss führen
ISCED 25	254	Berufsvorbereitungsjahr (und weitere berufsvorbereitende Programme, z.B. an Berufsschulen oder Berufsfachschulen)
berufsbildend		
<b>ISCED 3 Sekundarbereich II</b>		
ISCED 34	344	Gymnasien (Oberstufe) <sup>1)</sup>
allgemeinbildend	344	Gesamtschulen (Oberstufe) <sup>1)</sup>
	344	Waldorfschulen (11.–13. Klasse)
	344	Förderschulen (11.–13. Klasse)
	344	Fachoberschulen – zweijährig (ohne vorherige Berufsausbildung)
	344	Berufliches, auch Wirtschafts- oder Technisches Gymnasium
	344	Berufsfachschulen, die zur Hochschulreife/ Fachhochschulreife führen
ISCED 35	351	Berufsgrundbildungsjahr (und weitere berufsgrundbildende Programme mit Anrechnung auf das erste Lehrjahr)
berufsbildend	353	Einjährige Programme an Ausbildungsstätten/ Schulen für Gesundheits- und Sozialberufe
	353	Abschluss des Vorbereitungsdienstes für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung
	354	Berufsschulen (Duales System) – Erstausbildung
	354	Berufsfachschulen, die einen Berufsabschluss vermitteln (ohne Gesundheits- und Sozialberufe, Erzieherausbildung)



ISCED-Stufe Ausrichtung	Unter- kategorie	Bildungsprogramme
<b>ISCED 4 Postsekundärer, nicht-tertiärer Bereich</b>		
ISCED 44 allgemeinbildend	444	Abendgymnasien, Kollegs
	444	Fachoberschulen – einjährig (nach vorheriger Berufsausbildung)
	444	Berufsoberschulen/Technische Oberschulen
ISCED 45 berufsbildend	453	Zwei- und dreijährige Programme an Ausbildungsstätten/ Schulen für Gesundheits- und Sozialberufe
	454	Berufsschulen (Duales System) – Zweitausbildung nach Erwerb einer Studienberechtigung <sup>2)</sup>
	454	Berufsfachschulen, die einen Berufsabschluss vermitteln – Zweitausbildung nach Erwerb einer Studienberechtigung <sup>2)</sup>
	454	Berufliche Programme, die sowohl einen Berufsabschluss als auch eine Studienberechtigung vermitteln – gleichzeitig oder nacheinander <sup>2)</sup>
	454	Berufsschulen (Duales System) – Zweitausbildung, beruflich
	454	Berufsschulen (Duales System) – Umschüler/-innen
<b>ISCED 5 Kurzes tertiäres Bildungsprogramm</b>		
ISCED 54 allgemeinbildend	---	---
ISCED 55 berufsbildend	554	Meisterausbildung (nur sehr kurze Vorbereitungskurse, bis unter 880 Stunden) <sup>3)</sup>
<b>ISCED 6 Bachelor- bzw. gleichwertiges Bildungsprogramm</b>		
ISCED 64 akademisch	645	Bachelorstudiengänge an - Universitäten ( <i>wissenschaftliche Hochschulen, auch: Kunsthochschulen, Pädagogische Hochschulen, Theologische Hochschulen</i> ) - Fachhochschulen ( <i>auch Ingenieurschulen, Hochschulen (FH) für angewandte Wissenschaften</i> ) - Duale Hochschulen Baden-Württemberg und Thüringen - Verwaltungsfachhochschulen - Berufsakademien
	645	Diplomstudiengang (FH)
	645	Diplomstudiengang (FH) einer Verwaltungsfachhochschule
	645	Diplomstudiengang an einer Berufsakademie
	647	Zweiter Diplomstudiengang
	647	Zweiter Diplomstudiengang (FH)
	655	Fachschulen, z. B. Technikerausbildung, Betriebswirt/-in, Fachwirt/-in (ohne Gesundheits-, Sozialberufe, Erzieherausbildung)
ISCED 65 berufsorientiert	655	Meisterausbildung (Vorbereitungskurse ab 880 Stunden) <sup>3)</sup>
	655	Ausbildungsstätten/Schulen für Erzieher/-innen
	655	Fachakademien (Bayern)
	655	Fachakademien (Bayern)
<b>ISCED 7 Master- bzw. gleichwertiges Bildungsprogramm</b>		
ISCED 74 akademisch	746	Diplomstudiengang (Universität) (auch Lehramt, Staatsprüfung, Magisterstudiengang, künstlerische und vergleichbare Studiengänge)
	747	Masterstudiengänge an - Universitäten ( <i>wissenschaftliche Hochschulen, auch: Kunsthochschulen, Pädagogische Hochschulen, Theologische Hochschulen</i> ) - Fachhochschulen ( <i>auch Ingenieurschulen, Hochschulen (FH) für angewandte Wissenschaften</i> ), - Duale Hochschulen Baden-Württemberg und Thüringen - Verwaltungsfachhochschulen
	748	Zweiter Masterstudiengang
	748	Zweiter Diplomstudiengang (Universität)
	748	Zweiter Diplomstudiengang (Universität)
	748	Zweiter Diplomstudiengang (Universität)

ISCED-Stufe Ausrichtung	Unter- kategorie	Bildungsprogramme
ISCED 75 berufsorientiert	---	---
<b>ISCED 8 Promotion</b>		
ISCED 84 akademisch	844	Promotionsstudium
<b>ISCED 9 Keinerlei andere Klassifizierung</b>		
ISCED 99 Keinerlei andere Klassifizierung	999	Schüler/-innen an Förderschulen, die keinem Bildungsbereich zugeordnet werden können Schüler/-innen, die keiner Schulart zugeordnet werden <sup>4)</sup>

1) Für G8-Programme an Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen beginnt die dreijährige Oberstufe in der 10. Klasse (Einführungsstufe).

2) Zuordnung der vollqualifizierenden beruflichen Programme nach Erwerb einer Studienberechtigung oder mit zusätzlichem Erwerb einer Studienberechtigung zu ISCED 454 nach Definition von Eurostat.

3) Zuordnung erfolgt über die Fachrichtung der Vorbereitungskurse zur Meisterausbildung.

4) In Hessen: Schülerinnen und Schüler aus dem Ausland, die zunächst grundlegende Kenntnisse der deutschen Sprache erwerben.

#### Erläuterung zu den Unterkategorien (3-Stellern) der ISCED-2011

241	Nicht ausreichend für einen Voll- oder Teilabschluss der Bildungsstufe und ohne unmittelbaren Zugang zum Sekundarbereich II
244, 254	Ausreichend zum Abschluss der Bildungsstufe, mit unmittelbarem Zugang zum Sekundarbereich II
351	Nicht ausreichend für einen Voll- oder Teilabschluss der Bildungsstufe und ohne unmittelbaren Zugang zu ISCED 4 oder dem Tertiärbereich
353	Ausreichend zum Abschluss der Bildungsstufe, ohne unmittelbaren Zugang zum Tertiärbereich (aber eventuell mit unmittelbarem Zugang zu ISCED 4)
344, 354	Ausreichend zum Abschluss der Bildungsstufe, mit unmittelbarem Zugang zum Tertiärbereich (eventuell auch mit unmittelbarem Zugang zu ISCED 4)
453	Ausreichend zum Abschluss der Bildungsstufe, ohne unmittelbaren Zugang zum Tertiärbereich
444, 454	Ausreichend zum Abschluss der Bildungsstufe, mit unmittelbarem Zugang zum Tertiärbereich

## A.2.2 Auswirkungen der Einführung der ISCED-2011 auf die Ergebnisdarstellung im Bildungsfinanzbericht

Mit dem Berichtsjahr 2012 wurde die International Standard Classification of Education 2011 (ISCED-2011) in der internationalen Bildungsberichterstattung eingeführt. Die ISCED-2011 löste die bisherige Klassifikation ISCED-97 ab. Wesentliche Änderungen der ISCED-2011 sind die Aufnahme von Krippen und der Kindertagespflege als Bildungsprogramme und die Neugliederung des Tertiärbereichs, die den Änderungen im Rahmen des Bologna-Prozesses Rechnung trägt. Außerdem wurde die Zuordnung der Bildungsprogramme anhand der Definition der ISCED-2011 überprüft.

Die Einführung der ISCED-2011 hat Auswirkungen auf die Ergebnisdarstellung des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft ab dem Bildungsfinanzbericht 2015. Sowohl der Teil A „Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung“ als auch der Teil B „Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung“ sind von der Umstellung auf die ISCED-2011 betroffen. Bis zum Bildungsfinanzbericht 2014 wurden die Ausgaben für die Krippen und für die Kindertagespflege im Teil B des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft nachgewiesen. Durch die Aufnahme der Krippen und der Kindertagespflege in die ISCED 0, werden diese Ausgaben jetzt dem Elementarbereich (Budgetteil A) zugeordnet.

Aufgrund der neuen Zuordnung steigen im Budgetteil A die Bildungsausgaben, während sie im Budgetteil B um den gleichen Wert zurückgehen. Für das Bildungsbudget insgesamt hat die Aufnahme der Krippen und der Kindertagespflege in die ISCED 0 daher keine Auswirkungen.

Zusätzlich ergeben sich durch die Einführung der ISCED-2011 noch mehrere Verschiebungen von einzelnen Bildungsprogrammen zwischen den ISCED-Stufen. So werden z. B. die zwei- und dreijährigen Programme an Schulen des Gesundheitswesens in der ISCED-2011 nicht mehr dem Tertiärbereich zugeordnet, sondern werden in der ISCED 4 (postsekundärer, nicht-tertiärer Bereich) nachgewiesen. Ferner lassen sich zukünftig durch die Einführung der ISCED-2011 die Ausgaben im Tertiärbereich in akademische und berufsorientierte Bildungsgänge aufteilen. Durch die Neuordnung bestimmter Bildungsprogramme kann es auch in den anderen ISCED-Stufen zu Verschiebungen kommen, die die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu vorangegangenen Veröffentlichungen einschränken.

## A 3 Datenquellen

Die im Bildungsfinanzbericht verwendeten Daten der Finanzstatistik stammen bis zum Jahr 2011 aus der Jahresrechnungsstatistik für Bund, Länder und Gemeinden. Es handelt sich dabei um Ist-Ausgaben. Für die Jahre ab 2012 wurden für die staatliche Ebene von Bund und Ländern die Ergebnisse aus der Haushaltsansatzstatistik des Statistischen Bundesamtes entnommen: vorläufiges Ist für die Jahre 2012 bis 2024 sowie Soll für die Jahre 2024 und 2025 (größtenteils ohne Nachtragshaushalte).

Die vorläufigen Ergebnisse für die Gemeinden, Gemeinde und Zweckverbände wurden für die Jahre 2012 bis 2023 durch eine Vorabaufbereitung der Gemeindefinanzstatistik ermittelt. Die Fortschreibung für das Jahr 2024 erfolgte auf Basis der Vorabaufbereitung der Gemeindefinanzstatistik 2023 und den Veränderungsraten der Nettoausgaben aller Aufgabenbereiche (ohne Schlüsselzuweisungen) für 2024 aus der Vierteljährlichen Kassenstatistik der Gemeinden. Die Veränderungsraten der Gemeindehaushalte für 2025 entstammen der BMF-Projektion für den Stabilitätsrat am 28. März 2024 zur Entwicklung der Gemeindehaushalte (Kernhaushalte) bis 2028 (plus 3 % für 2025).

### A 3.1 Jahresrechnungsstatistik

In der Jahresrechnungsstatistik werden die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte in einer Systematik nach Funktionen/Gliederungen (Aufgabenbereichen) und Arten aufbereitet. Die Basis ist dabei der einzelne Haushaltstitel, der entsprechend der Systematik der staatlichen und kommunalen Haushalte in der Haushaltsrechnung verschlüsselt wird. Jeder Haushaltstitel ist grundsätzlich nur einer Funktion und einer Ausgabe- bzw. Einnahmeart zugeordnet. Die Bildungsausgaben werden über die Funktion/Gliederung und die Ausgabeart definiert.

### A 3.2 Haushaltsansatzstatistik

In der Haushaltsansatzstatistik werden die Einnahmen und Ausgaben der staatlichen Haushalte in einer Systematik nach Funktionen (Aufgabenbereichen) und Arten aufbereitet. Die Basis ist dabei der einzelne Haushaltstitel, der entsprechend der Systematik der staatlichen Haushalte im Haushaltsplan bzw. der Haushaltsrechnung verschlüsselt wird. Die Haushaltsansatzstatistik liefert Informationen über die vorläufigen Ist-Ausgaben des Vorjahres und die Soll-Ausgaben des laufenden Haushaltsjahres. Die Bildungsausgaben werden über die Funktion und die Ausgabeart definiert. Die im vorherigen Abschnitt enthaltenen Ausführungen zur funktionalen Abgrenzung bzw. zur Abgrenzung nach Ausgabearten gelten für die Haushaltsansatzstatistik analog. Der interne Bearbeitungsstand der Haushaltsansatzstatistik entspricht dem 7. August 2025.

### A 3.3 Kassenstatistik

In der Kassenstatistik werden vierteljährlich für das abgelaufene Quartal die Ist-Ausgaben und die Ist-Einnahmen der öffentlichen Haushalte in der Gliederung nach Ausgabe- und Einnahmearten sowie die Bauausgaben nach ausgewählten Aufgabenbereichen erfasst. Funktionale Informationen zu den Ausgabe- und Einnahmearten liegen nicht vor.

### A 3.4 Hochschulfinanzstatistik

In der Hochschulfinanzstatistik werden die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Hochschulen und Hochschulkliniken (jeweils nach Landesrecht) in fachlicher und haushaltsmäßiger Gliederung erhoben. Sie bezieht die öffentlichen, privaten und kirchlichen Hochschulen sowie die Hochschulkliniken ein. Die organisatorische Zuordnung der Einnahmen und Ausgaben bzw. Erträge und Aufwendungen sowie Investitionsausgaben erfolgt dadurch, dass die Finanzen für die kleinsten organisatorischen Einheiten ermittelt werden. Die fachliche Gliederung erfolgt entsprechend dem Fächerschlüssel der Hochschulfinanzstatistik und der Hochschulpersonalstatistik. Allerdings sind die Einnahmen und Ausgaben bzw. Erträge und Aufwendungen sowie Investitionsausgaben nicht nach einzelnen Fachgebieten, sondern nur bis zur Ebene der Lehr- und Forschungsbereiche zu gliedern. Die Hochschulfinanzstatistik ist eine Totalerhebung aller Einnahmen und Ausgaben bzw. Erträge und Aufwendungen sowie Investitionsausgaben einschließlich der über Verwahrkonten vereinnahmten Drittmittel und der internen Leistungsverrechnung.

### A 3.5 Andere Datenquellen

In einzelnen Kapiteln und Abschnitten wird auf andere Datenquellen bzw. Sonderrechnungen zurückgegriffen. Zu nennen sind hier die Berechnungen zu den Ausgaben je Schülerin und Schüler, das Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft, die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die Bevölkerungsfortschreibung, die Berechnungen zur UOE-Datenmeldung, die Personalstandstatistik, die Berufsakademiestatistik sowie eine Sonderauswertung von der Bundesagentur für Arbeit und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales. In die Berechnungen für das Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft fließen eine Vielzahl weiterer Datenquellen ein, z. B. die Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zu den Kosten der betrieblichen Ausbildung im Dualen System, die Geschäftsstatistik und Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks und weitere. Eine Auflistung dieser Quellen findet sich in der entsprechenden Publikation (Statistisches Bundesamt, 2025b).

## A 4 Ergebnisdarstellung

### A 4.1 Gebietsstand, Körperschaftsgruppen und zeitlicher Bezug

Die Ergebnisse beziehen sich auf die seit der Wiedervereinigung bestehenden Gebietsstände von Gesamtdeutschland und werden ab 2010 dargestellt. Die Träger von Ausgaben für die in **Kapitel 3** und **4** dargestellten Aufgabenbereiche sind:

- der Bund,
- die Länder einschließlich der Stadtstaaten Berlin, Bremen, Hamburg,
- die Gemeinden und Gemeindeverbände, die Zweckverbände und andere juristische Personen zwischen-gemeindlicher Zusammenarbeit, soweit sie anstelle kommunaler Körperschaften kommunale Aufgaben erfüllen (als „Zweckverbände“ bezeichnet).

Im Bildungsfinanzbericht umfasst die Gemeindeebene kreisfreie und kreisangehörige Städte, kreisangehörige Gemeinden, Kreise, Gemeindeverbände sowie Zweckverbände. Nicht einbezogen werden grundsätzlich die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit, Sondervermögen und Ausgaben von ausgegliederten Einrichtungen.

### A 4.2 Preisstand und Rundungsdifferenzen

Die Bildungsausgaben werden grundsätzlich in jeweiligen Preisen angegeben. In wenigen Fällen werden auch die Ausgaben in konstanten Preisen dargestellt. Für deren Berechnung wird der Deflator des Bruttoinlandsproduktes verwendet, da für den Bildungsbereich keine speziellen Deflatoren verfügbar sind. Hierdurch kann allerdings die tatsächliche Preisentwicklung nur näherungsweise berücksichtigt werden.

Angesichts des Umfangs der zugrunde liegenden Daten können bei aggregierten Tabellen, bedingt durch Rundungsdifferenzen, Abweichungen zwischen den Einzelwerten und den ausgewiesenen Summen auftreten.

### A 4.3 Überblick über die Ausgabenkonzepte

Die Finanzstatistik hat für die Haushaltsanalyse verschiedene Ausgabenkonzepte entwickelt. Die wichtigsten sind die unmittelbaren Ausgaben, die Nettoausgaben und die Grundmittel. Aus Gründen der Aktualität (Haushaltsansatzstatistik), der Darstellung als Zeitreihe und der Möglichkeit, vergleichbare Angaben für die einzelnen Länder über alle Bildungsbereiche hinweg machen zu können, wird im Bildungsfinanzbericht für die Darstellung der Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden überwiegend das Grundmittelkonzept verwendet.

Die Unterschiede in den Konzepten werden durch das in den **Tabellen A 4-1** und **A 4-2** dargestellte Berechnungsschema deutlich.

**Tabelle A 4-1: Öffentliche Bildungsausgaben nach Ausgabe- und Einnahmearten**

Ausgabe-/Einnahmeart	2010	2015	2018	2019	2020	2021	2022	2023
		vorl. Ist						
	in Mill. Euro							
Personalausgaben	49 458	55 534	62 267	65 456	68 115	70 298	73 558	76 993
+ laufender Sachaufwand	15 475	17 676	20 176	21 349	21 682	23 525	25 437	27 215
+ Baumaßnahmen	7 718	5 162	7 194	8 698	9 997	10 440	11 460	12 973
+ sonstige Sachinvestitionen	1 384	1 249	1 357	1 572	2 070	2 499	2 506	2 455
+ Erwerb von Beteiligungen	9	5	3	2	4	15	5	8
+ Zahlungen an andere Bereiche	37 531	53 838	58 243	60 329	65 834	68 213	72 627	75 921
= Unmittelbare Ausgaben	111 574	133 464	149 241	157 405	167 702	174 989	185 593	195 565
+ Zahlungen an öffentl. Bereiche	18 907	19 100	23 337	26 776	33 682	34 928	35 003	37 852
= Bruttoausgaben	130 481	152 564	172 578	184 181	201 385	209 918	220 596	233 417
– Zahlungen von öffentl. Bereichen	19 121	20 697	23 958	26 616	31 155	35 944	36 865	39 868
= Nettoausgaben	111 360	131 867	148 621	157 565	170 230	173 973	183 731	193 549
– Unmittelbare Einnahmen	5 141	6 125	6 964	7 032	6 228	6 561	7 812	8 509
= Grundmittel	106 219	125 743	141 657	150 533	164 002	167 412	175 919	185 040

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, eigene Berechnungen

Tabelle A 4-2: Bildungsausgaben nach unterschiedlichen Ausgabenkonzepten

Ausgabenkonzept Körperschaftsgruppen	2010	2015	2020	2022	2023	2024	2024	2025
		vorl. Ist					Soll	
	in Mill. Euro							
Unmittelbare Ausgaben	111 574	133 464	167 693	185 593	195 565	208 121	205 918	215 383
Bund	3 316	5 899	5 329	6 370	6 926	5 838	8 150	8 157
Länder	72 681	83 691	101 103	110 443	114 301	120 281	115 766	122 763
Gemeinden und Zweckv.	35 577	43 874	61 261	68 780	74 338	82 003	82 003	84 463
Nettoausgaben	111 360	131 867	170 221	183 731	193 549	207 493	203 832	214 428
Bund	7 907	8 933	12 497	10 441	11 598	11 416	11 771	12 176
Länder	77 095	90 900	114 625	125 741	129 886	138 593	134 578	143 045
Gemeinden und Zweckv.	26 358	32 034	43 099	47 549	52 066	57 483	57 483	59 208
Grundmittel	106 219	125 743	164 002	176 808	185 040	198 447	195 888	205 718
Bund	7 769	10 538	14 223	12 506	11 583	11 398	11 759	12 164
Länder	75 039	88 491	111 802	121 996	126 137	134 803	131 884	139 740
Gemeinden und Zweckv.	23 410	26 713	37 976	42 306	47 320	52 246	52 246	53 813

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, eigene Berechnungen

#### A 4.3.1 Grundmittel

Die Grundmittel geben den Zuschussbedarf der öffentlichen Haushalte für einen Aufgabenbereich an. Sie beschreiben die Ausgaben eines Aufgabenbereichs abzüglich der vom Aufgabenbereich erzielten Einnahmen vom öffentlichen und nicht öffentlichen Bereich. Sie weisen den Betrag aus, den die Körperschaft aus allgemeinen Haushaltsmitteln (Steuereinnahmen, Mittel aus Finanzausgleich, Krediten, Rücklagen) für den jeweiligen Aufgabenbereich bereitgestellt hat. Ihre Höhe ist weitgehend unabhängig vom Grad der Ausgliederung öffentlicher Einrichtungen aus dem Haushalt. Die Grundmittelbetrachtung basiert auf den Ausgaben und Einnahmen von Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden), wie sie in den Jahresrechnungsstatistiken und Haushaltsansatzstatistik auf der Grundlage der Haushaltssystematik abgebildet werden (**Tab. A 4-1**, 2023: 185,0 Mrd. Euro).

#### A 4.3.2 Unmittelbare Ausgaben

Die unmittelbaren Ausgaben sind die im Zuge der Aufgabenerfüllung getätigten Ausgaben, wobei die Zahlungen an den öffentlichen Bereich (bspw. allgemeine Zuweisungen und Umlagen an den öffentlichen Bereich) nicht berücksichtigt werden. Sie finden Verwendung im nationalen Bildungsbudget und bilden die Grundlage für die internationalen Datenmeldungen an die UNESCO, an die OECD und an Eurostat (UOE). Die Höhe der unmittelbaren Ausgaben wird in besonderem Maße durch Ausgliederungen aus dem Haushalt beeinflusst. Aus diesem Grund wird im Hochschulbereich auf die Ergebnisse der Hochschulfinanzstatistik zurückgegriffen (**Tab. A 4-1**, 2023: 195,6 Mrd. Euro).

#### A 4.3.3 Nettoausgaben

Die Nettoausgaben zeigen die aus eigenen Einnahmequellen der jeweiligen Körperschaften oder Körperschaftsgruppen nach dem Belastungsprinzip zu finanzierenden Ausgaben. Nach diesem Ausgabenkonzept wird der finanzielle Beitrag dargestellt, den die Gebietskörperschaften nach Abzug der von anderen öffentlichen Haushalten empfangenen Zuweisungen zur Durchführung ihrer Aufgaben leisten müssen. Die vom Aufgabenbereich unmittelbar erzielten Einnahmen (z. B. Kindergartengebühren) werden nicht herausgerechnet. Die Aussagefähigkeit der Nettoausgaben wird in den letzten Jahren durch die zunehmende Ausgliederung von Einrichtungen aus den öffentlichen Haushalten beeinträchtigt. Bei den nicht ausgegliederten Hochschulen sind beispielsweise die mit Drittmitteln finanzierten Personal- und Sachausgaben in den Nettoausgaben enthalten, bei den ausgegliederten Hochschulen nicht (**Tab. A 4-1**, 2023: 193,5 Mrd. Euro).

#### A 4.3.4 Bruttoausgaben

Die Bruttoausgaben zeigen alle im Zuge der Aufgabenerfüllung von den Körperschaften insgesamt getätigten Ausgaben (ohne die besonderen Finanzierungsvorgänge). Die Addition der Bruttoausgaben mehrerer öffentlicher Haushalte führt aufgrund des Zahlungsverkehrs zwischen den Einzelhaushalten zu Doppelzahlungen (**Tab. A 4-1**, 2023: 233,4 Mrd. Euro).

Bei der Beurteilung der Ausgabenkonzepte ist zu beachten, dass die Wahl des Ausgabenkonzepts lediglich für die Verteilung der Ausgaben auf die finanzierenden Sektoren von Bedeutung ist. Der Gesamtbetrag der vom öffentlichen und dem privaten Bereich für Bildung zur Verfügung gestellten Mittel bleibt davon unberührt.

### A 4.4 Kennzahlen

Aufgrund der unterschiedlichen Größe der einzelnen Bundesländer ist ein Ländervergleich auf der Basis der absoluten Ausgabebeträge wenig aussagefähig. Die Bildungsausgaben werden deshalb zur Bevölkerungszahl, zur Wirtschaftskraft bzw. zu den öffentlichen Gesamtausgaben in Beziehung gesetzt.

#### A 4.4.1 Öffentliche Ausgaben für Bildung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Die Kennzahl misst im **Kapitel 3** die relative Bedeutung der vom Land (einschließlich Gemeinden) bereitgestellten Grundmittel für Bildung im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung (BIP) des jeweiligen Landes. Zu beachten ist, dass im **Kapitel 2** ebenfalls eine Kennzahl zu den Bildungsausgaben am BIP vorgestellt wird. Die Unterschiede zwischen den beiden Kennzahlen werden im **Kapitel 2** in der **Abbildung 2.1-1** veranschaulicht.

Das BIP misst die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft. In Deutschland wird das BIP für Deutschland insgesamt durch das Statistische Bundesamt und das BIP nach Ländern durch die Statistischen Landesämter (Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder) berechnet. Beim BIP muss beachtet werden, dass dieses regelmäßig revidiert wird, sodass sich die Vorjahreswerte ändern können.

Grundlage für die Berechnung der Bildungsausgaben in Relation zum BIP im Bildungsfinanzbericht 2025 bilden für die Berichtsjahre bis 2024 die im März 2025 veröffentlichten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder (Berechnungsstand Februar 2025).

Für das Jahr 2025 wird zusätzlich auf die Herbstprojektion der Bundesregierung vom 8. Oktober 2025 zurückgegriffen. Demnach erwartet die Bundesregierung einen Anstieg des BIP 2025 um nominal 3,0 % gegenüber dem Vorjahr.

#### A 4.4.2 Öffentliche Ausgaben für Bildung in Relation zum Gesamthaushalt (ohne Sozialversicherung)

Die Kennzahl ist ein Maß für die relative Bedeutung der von der Körperschaftsgruppe bereitgestellten Grundmittel für Bildung im Verhältnis zu den übrigen im Zuge der Aufgabenerfüllung getätigten Ausgaben. Die unmittelbaren Ausgaben aller Aufgabenbereiche sind Ausgaben ohne Zahlungen an den öffentlichen Bereich (Ausgaben für Personal, laufender Sachaufwand, Zinsen, Sachinvestitionen sowie laufende und vermögenswirksame Zahlungen an andere Bereiche).

Hierbei handelt es sich bis 2011 um unmittelbare Ausgaben in der Abgrenzung der Jahresrechnungsstatistik, für 2012 bis 2023 um unmittelbare Ausgaben in der Abgrenzung der Haushaltsansatzstatistik sowie unmittelbare Ausgaben der Gemeinden und Zweckverbände auf Basis der Vorabaufbereitung der Gemeindefinanzstatistik und für 2024 bis 2025 um unmittelbare Ausgaben in der Abgrenzung der Haushaltsansatzstatistik sowie mit den Veränderungsraten der Kassenstatistik fortgeschriebene Daten der Gemeinden und Zweckverbände auf Basis der Vorabaufbereitung der Gemeindefinanzstatistik 2023 (**Anhang A 3**).

#### A 4.4.3 Öffentliche Ausgaben für Bildung je Einwohnerin und Einwohner

Diese Kennzahl gibt Aufschluss darüber, wie viele Grundmittel das Land aus allgemeinen Haushaltsmitteln (Steuern, Krediten, Mitteln aus dem allgemeinen Finanzausgleich) für Bildung je Einwohnerin und Einwohner zur Verfügung stellt. Um die öffentliche Finanzierung des Angebots an Bildungsleistungen im Verhältnis zum potentiellen Nachfragevolumen abzubilden, werden üblicherweise die Bildungsausgaben zusätzlich in einer Kennzahl auf die Population der unter 30-Jährigen bezogen.

Als Bezugszahlen werden bis zum Jahr 2011 für die Kennzahl Bildungsausgaben je Einwohnerin und Einwohner die Einwohnerzahlen aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder verwendet, die auf Basis der Bevölkerungsfortschreibung zum Jahresdurchschnitt berechnet wurden. Der Veröffentlichungsstand ist Dezember 2015. Für die Kennzahl Bildungsausgaben je Einwohnerin und Einwohner unter 30 Jahren wurden die Ergebnisse der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zum 1. Januar des jeweiligen Jahres verwendet. Für die Jahre 2011 bis 2024 basieren die Ergebnisse beider Kennzahlen auf der Bevölkerungsfortschreibung zum 31. Dezember des jeweiligen Jahres (bis 2021 auf Grundlage des Zensus 2011, ab 2022 auf Grundlage des Zensus 2022). Für das Jahr 2025 wird die 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basis 31.12.2021, Variante 02 - G2L2W1) verwendet.



## A 5 Hinweise zur Vergleichbarkeit sowie zu methodischen Einzelfragen

### A 5.1 Vergleichbarkeit der öffentlichen Bildungsausgaben

Die dargestellten Finanzdaten entsprechen sachlich und systematisch jeweils dem Stand des aktuellen Berichtsjahres der Jahresrechnungsstatistik bzw. der Haushaltsansatzstatistik. Vergleichsdaten zurückliegender Jahre sind – soweit wie möglich – an diesen Stand angepasst. Die Vergleichbarkeit der Ergebnisse wird durch eine Reihe von Faktoren eingeschränkt, die in den folgenden Abschnitten dargestellt werden.

#### A 5.1.1 Änderung der Haushaltssystematiken

Im Betrachtungszeitraum des Bildungsfinanzberichts 2025 wurden die Haushaltssystematiken im Jahr 2010 grundlegend geändert. Hauptorientierungspunkt für die Abgrenzung des Bildungsbereichs ist der Funktionenplan der staatlichen Haushalte (**Anhang A 1**). Da ein relevanter Teil der öffentlichen Bildungsausgaben auf die Gemeindeebene entfällt, sind aber auch Änderungen des Gliederungsplans der kommunalen Haushalte relevant. Zu beachten ist, dass die Haushaltssystematiken für die kommunale Ebene von den Ländern festgelegt, die Systematiken der Länder länderspezifisch ausgestaltet und seit Einführung des doppelischen Rechnungswesens Produktpläne angewendet werden, deren Ausgestaltung, Verbindlichkeit und Umsetzung zwischen den Ländern und innerhalb der Länder differieren können. Zu beachten ist auch, dass die haushaltssystematischen Änderungen vielfach selbst innerhalb der einzelnen Länder von den Kommunen zu unterschiedlichen Zeitpunkten realisiert werden. Dies beeinträchtigt die Vergleichbarkeit der finanzstatistischen Daten in der Übergangsphase.

Auf Beschluss der Finanzministerkonferenz (FMK) vom 10. April 2008 wurde der Funktionenplan ab 2010 einer umfassenden Revision unterzogen. Davon war auch der Bildungsbereich betroffen, da insbesondere die Gliederung nach Schul- und Hochschularten gestrafft wurde. Die Änderungen wurden primär auf der Dreistellerebene des Funktionenplans vorgenommen. Der überarbeitete Funktionenplan wurde am 24. April 2012 vom „Gremium zur Standardisierung des staatlichen Rechnungswesens nach § 49a HGrG“ beschlossen. Bund und Länder haben ihre Haushaltspläne bis spätestens 2014 auf die neue Systematik umgestellt (**Anhang A 1**).

Im Bildungsfinanzbericht werden die Bildungsausgaben aber in erster Linie auf Ebene der Zweisteller analysiert, weshalb sich die Revision des Funktionenplans 2010 auf die Darstellung der Ausgaben nach den Bildungsbereichen des Bildungsfinanzberichts nur geringfügig auswirkt. Außerdem hat die Revision keinen signifikanten Einfluss auf die Vergleichbarkeit der Zeitreihenwerte. Zu beachten ist aber, dass Änderungen der Haushaltssystematik häufig zum Anlass genommen werden, die funktionale Zuordnung von einzelnen Haushaltstiteln zu überprüfen und diese ggf. neu zuzuordnen.

#### A 5.1.2 Ausgliederung von Einrichtungen aus den Haushalten

Öffentliche Haushalte verselbstständigen vielfach einzelne Einrichtungen oder übertragen bestimmte Aufgaben Eigenbetrieben oder Dritten. Dies führt dazu, dass in der Haushaltsrechnung nicht mehr die Personalausgaben, der laufende Sachaufwand und die Investitionsausgaben für diesen Aufgabenbereich nachgewiesen werden, sondern die Zuschüsse an diese Einrichtungen. Insbesondere der Hochschulbereich ist in einigen Ländern in den letzten Jahren fast vollständig ausgegliedert worden. Die Ausgliederungen beeinflussen die Grundmittel in der Regel nicht. Allerdings ändert sich teilweise auch das Aufgabenprogramm der ausgegliederten Einrichtungen, was zu einer Veränderung der Zuordnung nach Aufgabenbereichen führen kann (z. B. wenn verschiedene Bildungseinrichtungen zu einer Bildungs-GmbH zusammengeschlossen werden). Außerdem werden häufig die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den ausgegliederten Einrichtungen und dem Haushalt des Trägers neu geordnet (z. B. die Berücksichtigung von Miet- und Zinszahlungen bzw. von Aufwendungen für die Altersversorgung der aktiven Beamtinnen und Beamten bei der Festlegung der Zuschüsse).

#### A 5.1.3 Änderungen und Unterschiede in der Veranschlagungspraxis

Im Darstellungszeitraum wurden von den öffentlichen Haushalten eine Reihe von Maßnahmen zur Flexibilisierung und „Verschlankung“ der Haushalte getroffen. Diese Maßnahmen können auch einen Einfluss auf die Art und Höhe der Einnahmen und Ausgaben eines Aufgabenbereichs haben. Zu nennen sind hier folgende Maßnahmen:

- Zusammenfassung von Haushaltstiteln,
- Bildung von Titelgruppen,
- Budgetierung,
- Fremdbezug statt Eigenfertigung,
- Leasing statt Kauf,
- Zentralisierung bzw. Dezentralisierung von Aufgaben,
- Gebäudemanagement.

Auch im Hochschulbereich wird die Vergleichbarkeit durch die Umstellungen im Haushaltswesen beeinträchtigt. So werden in einigen Ländern den Hochschulen für die Nutzung der landeseigenen Hochschulgebäude Mieten in Rechnung gestellt. Für die Hochschulen erfolgt dies vielfach kostenneutral, da ihr laufender Zuschuss in Höhe der Mietzahlungen an die landeseigenen Gesellschaften angehoben wird. Die Grundmittel des Aufgabenbereichs Hochschulen erhöhen sich dadurch aber entsprechend, weil die Mieteinnahmen in einem anderen Aufgabenbereich des Haushalts (bzw. bei der landeseigenen Vermögensgesellschaft) verbucht werden. Die Grundmittel der Hochschulen einzelner Länder (z. B. Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz) sind daher nur bedingt mit denen anderer Länder vergleichbar (**Kapitel 2.5**).

Zwischen den einzelnen öffentlichen Haushalten bestehen zum Teil größere Unterschiede im Nachweis der Einnahmen und Ausgaben eines Aufgabenbereichs. Diese sind einerseits auf die unterschiedliche Ausgestaltung der Bildungssysteme in den einzelnen Bundesländern, andererseits auf eine unterschiedliche Ausgestaltung des Haushaltswesens und der Buchungspraxis zurückzuführen. Beim Zahlungsverkehr zwischen den öffentlichen Haushalten werden die Zahlungen beim leistenden Haushalt nicht immer dem korrespondierenden Aufgabenbereich des empfangenden Haushalts zugeordnet. Dies kann zu Verzerrungen bei der Bereinigung des Zahlungsverkehrs führen.

Einrichtungen und Haushaltstitel werden in der Regel schwerpunktmäßig einem Aufgabenbereich zugeordnet. Unterschiede im Aufgabenprogramm einzelner Einrichtungen sowie eine unterschiedliche Tiefengliederung der Haushalte können wegen des Schwerpunktpinzips die Vergleichbarkeit der Angaben für die einzelnen Aufgabenbereiche im Zeitverlauf und im Ländervergleich beeinträchtigen. Dies gilt insbesondere für den Nachweis der Ausgaben für einzelne Funktionen und Gliederungen, weniger auf der Ebene der Bildungsbereiche (vgl. Statistisches Bundesamt, 2016a).

#### A 5.1.4 Umstellung der Haushalte auf das doppische Rechnungswesen

Seit dem Jahr 2003 haben bereits viele Gemeinden und Gemeindeverbände sowie einige Länder ihre Haushaltsrechnung vollständig auf das doppische Rechnungswesen umgestellt. In allen Flächenländern existiert weiterhin auch eine Rechtsgrundlage für die Doppik. In einzelnen Ländern haben die Gemeinden und Gemeindeverbände ein dauerhaftes Wahlrecht hinsichtlich ihrer Haushaltsführung. Teilweise ist es auch möglich, eine kamerale Haushaltsrechnung in erweiterter Form zu führen. Die Gesetzgebung zur Umstellung der kommunalen Haushaltsführung erfolgte in den Ländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten und die Umstellungsfristen sind entsprechend landesspezifischer Regelungen unterschiedlich lang.

Im Rahmen der kameralen Buchführung werden Einnahmen und Ausgaben entsprechend dem Gruppierungsplan (Ausgabe-/Einnahmearten) nachgewiesen, die Aufgabenbereiche entsprechen dem haushaltsrechtlichen Gliederungsplan. Für die Darstellung in der Finanzstatistik nach dem Finanz- und Personalstatistikgesetz werden hingegen bei doppisch buchenden Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie beim Land Hamburg Auszahlungen und Einzahlungen aus der direkten Finanzrechnung entnommen. In funktionaler Hinsicht werden Produktgruppen zugrunde gelegt. Aufgrund der unterschiedlichen Systematiken, des Umstellungsaufwands und geänderter Zuordnungen sind die doppischen Angaben nur bedingt mit den Ergebnissen der kameral geführten Haushalte vergleichbar. Dies gilt insbesondere, wenn Gliederungs- und Produktgruppenplan differieren. Für die statistische Aufbereitung werden die Daten der doppisch buchenden Gemeinden in die kamerale Systematik umgesetzt.

#### A 5.1.5 Unterschiede zwischen Haushaltsansatzstatistik und Jahresrechnungsstatistik

In der Standardaufbereitung der Finanzstatistik werden zur Verbesserung der Vergleichbarkeit einzelne Haushaltstitel nach anderen Funktionen bzw. Gruppierungen umgesetzt. Insbesondere werden zahlreiche Titel, die in der Haushaltsrechnung schwerpunktmäßig einer Funktion zugeordnet worden sind, mit Hilfe von Zusatzinformationen auf mehrere Aufgabenbereiche aufgeteilt. Diese Informationen sind für die Aufbereitung der Haushaltsansatzstatistik noch nicht verfügbar, weshalb in der Haushaltsansatzstatistik des Bundes und der Länder die Umsetzungen nicht in vollem Umfang erfolgen können. In Einzelfällen können daher methodisch bedingte Verzerrungen nicht ausgeschlossen werden.

Mit dem Haushaltsplan wird vom Parlament grundsätzlich das Ausgabevolumen festgelegt, welches von den Regierungen für die einzelnen Aufgaben ausgeschöpft werden kann, aber nicht ausgeschöpft werden muss. Die Ist-Ausgaben sollten daher in der Regel unter den Soll-Ausgaben liegen. Aber auch Überschreitungen sind möglich, da vielfach einzelne Haushaltstitel gegenseitig deckungsfähig sind bzw. weil vielfach höhere Ausgaben getätigt werden können, wenn der Aufgabenbereich höhere Einnahmen erzielt. Auch über Ergänzungshaushalte können innerhalb des Haushaltsjahres die Haushaltsansätze erhöht werden, ohne dass dies in der Haushaltsansatzstatistik sichtbar werden muss. Ferner ist darauf hinzuweisen, dass der Bund und die einzelnen Länder in unterschiedlicher Weise erwartete Lohn- und Gehaltserhöhungen veranschlagen (z. B. durch höhere Ansätze in den Aufgabenbereichen oder durch den Ansatz globaler Mehr- und Minderausgaben).



#### A 5.1.6 Unterschiedliche Darstellung des Hochschulbereichs in der Hochschulfinanz- und in der Jahresrechnungs- bzw. Haushaltsansatzstatistik

In der Finanzstatistik (Jahresrechnungs-/Haushaltsansatzstatistik) werden die Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte erfasst und in einer Gliederung nach Aufgabenbereichen und Arten aufbereitet. Die Basis ist dabei der einzelne Haushaltstitel, der entsprechend dem Funktionen- und Gruppierungsplan der staatlichen Haushalte in der Haushaltsrechnung verschlüsselt wird. Jeder Haushaltstitel ist grundsätzlich nur einer Funktion und einer Ausgabe- oder Einnahmeart zugeordnet. Die Ergebnisse werden dann nach Funktionen und Einnahme- bzw. Ausgabearten aufbereitet. Die Funktionen der Finanzstatistik waren bis 2011 weitgehend identisch mit den Hochschularten der Hochschulfinanzstatistik. Der ab 2012 gültige Funktionenplan unterscheidet keine Hochschularten mehr (**Anhang A 1**). Die Einnahme- und Ausgabearten der beiden Statistiken unterscheiden sich, denn in der Finanzstatistik folgt die Gliederung nach Arten dem Gruppierungsplan, während sie in der Hochschulfinanzstatistik der Systematik der Finanzarten (SyF) folgt. Jedoch ermöglicht eine Schlüsseltablelle eine Umsetzung zum Gruppierungsplan, sodass die Ergebnisse inhaltlich weitgehend vergleichbar sind.

Es bestehen dennoch einige Unterschiede. So werden in der Hochschulfinanzstatistik die Ausgaben der privaten Hochschulen vollständig erfasst, während in der Finanzstatistik nur die Zuschüsse der öffentlichen Haushalte an die privaten Hochschulen berücksichtigt werden können. Bei öffentlichen Hochschulen, die aus dem Kernhaushalt ausgegliedert wurden, wird in der Jahresrechnung bei den Ausgaben lediglich noch nach laufenden und investiven Zuschüssen unterschieden, während in der Hochschulfinanzstatistik weiterhin detaillierte Angaben nach einzelnen Einnahme- und Ausgabearten für diese Hochschulen verfügbar sind. Außerdem werden ab dem Berichtsjahr 1998 die Ausgaben und Einnahmen der Hochschulkliniken nur in Höhe der Zuschüsse der öffentlichen Haushalte in die Finanzstatistik einbezogen, während in der Hochschulfinanzstatistik weiterhin alle Erträge und Aufwendungen sowie Investitionsausgaben der Hochschulkliniken erfasst werden. Gleiches gilt für die kaufmännisch buchenden Hochschulen.

Eine weitere Abweichung ergibt sich daraus, dass der Hochschulbereich in beiden Statistiken unterschiedlich abgegrenzt bzw. gegliedert wird. So werden in der Finanzstatistik nur die Ausgaben und Einnahmen dem Hochschulbereich zugeordnet, die in der Jahresrechnung unter den Funktionsziffern der Oberfunktion 13 „Hochschulen“ verbucht sind. Ein Teil der Ausgaben der Verwaltungsfachhochschulen und der Bundeswehrhochschulen werden aber rechnerisch unter anderen Funktionen nachgewiesen (z. B. bei der Verteidigung). Dies gilt zum Teil auch für Ausgaben aus Fremdkapitalen (z. B. bei Forschungsmitteln aus speziellen Förderprogrammen des Landes). In der Hochschulfinanzstatistik sind jedoch alle Ausgaben für die Hochschulen – unabhängig von ihrer Zuordnung zur Funktionsziffer – erfasst. Umgekehrt werden allerdings auch bestimmte Ausgaben, die in der Finanzstatistik dem Hochschulbereich zugeordnet werden, nicht in die Hochschulfinanzstatistik einbezogen. So werden z. B. die Zuschüsse an Berufsakademien, an das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, an die Hochschulrektorenkonferenz sowie an den Wissenschaftsrat nicht einbezogen, weil diese nicht von den Hochschulen selbst, sondern von den zuständigen Ministerien bewirtschaftet werden.

Weitere Abweichungen sind auf der Ebene der einzelnen Hochschularten bzw. Aufgabenbereiche festzustellen. Die unter den Funktionen 137 „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ und 139 „Sonstige Hochschulaufgaben“ in den Länderhaushalten (Jahresrechnung) nachgewiesenen Ausgaben werden in der Hochschulfinanzstatistik entweder nicht erfasst (z. B. Zahlungen des Landes an die Deutsche Forschungsgemeinschaft) oder direkt den einzelnen Hochschularten zugeordnet. So sind beispielsweise die Sonderforschungsbereiche grundsätzlich einer Universität oder Hochschulklinik angegliedert und deshalb in der Hochschulfinanzstatistik in den Angaben für diese Hochschularten enthalten.

Des Weiteren werden allgemeine Titel für den Hochschulbau, für Hochschulsonderprogramme oder für die Forschungsförderung in den Haushalten einiger Länder zu einem beträchtlichen Teil der Funktion 139 zugeordnet. Diese Mittel werden aber für einzelne Hochschulen verausgabt und deshalb in der Hochschulfinanzstatistik auch unter den jeweiligen Hochschularten nachgewiesen. Die medizinischen Einrichtungen der Hochschulkliniken umfassen ferner in der Hochschulfinanzstatistik auch die medizinischen Institute, die in den Haushalt der Universität einbezogen werden. In der Finanzstatistik werden die Einnahmen und Ausgaben aber unter der Funktion 133 nachgewiesen.

Aufgrund der oben dargestellten methodischen und konzeptionellen Unterschiede bei den Statistiken kann es vorkommen, dass sich die Grundmittel aus der Finanz- und Hochschulfinanzstatistik in einzelnen Bundesländern in bestimmten Berichtsjahren gegenläufig entwickeln.

#### A 5.1.7 UOE-Methode der Preisbereinigung von Bildungsausgaben

Das Statistische Bundesamt liefert jährlich nominale Daten zu Bildungsausgaben in Deutschland an die UNESCO, an die OECD und an Eurostat. Grundlage dafür ist das gemeinsame UOE-Manual der drei genannten Organisationen. Die OECD wiederum verwendet diese nominalen Basisdaten ihrer Mitgliedsstaaten zur Erstellung von eigenen Analysen und Berichten, darunter „Bildung auf einen Blick“ (OECD, 2025). In dieser Veröffentlichung werden verschiedene Basisdaten aus der UOE-Lieferung zu Kennzahlen kombiniert.

Darunter befinden sich auch einige Kennzahlen mit preisbereinigten Angaben. Die Preisbereinigung wird von der OECD vorgenommen auf Basis von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die als ökonomische Kontextausgaben für Bildungsausgaben dienen und entsprechend im OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“ im Anhang abgedruckt sind. Der von der OECD verwendete BIP-Deflator errechnet sich, indem das nominale BIP (Messzahl 2010 = 100) durch das preisbereinigte BIP (Kettenindex 2010 = 100) geteilt wird. Mit diesem Quotienten deflationiert die OECD die Bildungsausgaben.

#### A 5.1.8 Kaufkraftparitäten

Kaufkraftparitäten (KKP) werden im Bildungsfinanzbericht in **Kapitel 5** verwendet. Die entsprechenden Angaben stammen aus dem OECD-Bildungsbericht „Bildung auf einen Blick“:

- „Die Kaufkraftparitäts-Umrechnungskurse sind die Währungsumrechnungskurse, die die Kaufkraft verschiedener Währungen ausgleichen. Dies bedeutet, dass man mit einer bestimmten Geldsumme, wenn sie anhand der KKP-Kurse in die verschiedenen Währungen umgerechnet wird, in allen Ländern den gleichen Waren- und Dienstleistungskorb erwerben kann. Daher werden durch Verwendung der KKP-Währungsumrechnungskurse die Preisniveauunterschiede zwischen den Ländern aufgehoben. Werden Ausgaben bezogen auf das BIP für verschiedene Länder mithilfe der KKP in eine einheitliche Währung umgerechnet, werden sie praktisch mit den gleichen internationalen Preisen ausgedrückt, sodass Vergleiche zwischen den Ländern nur die Unterschiede im Volumen der gekauften Waren und Dienstleistungen widerspiegeln“ (OECD, 2011, S. 598).
- „Dieser Umrechnungskurs wird verwendet, weil der Devisenmarktkurs von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst wird (Zinsen, Handelspolitik, Konjunkturerwartungen etc.), die wenig mit der aktuellen, relativen inländischen Kaufkraft in den einzelnen OECD-Ländern zu tun haben“ (OECD, 2011, S. 262).
- „Die Ausgaben in Landeswährung werden in US-Dollar umgerechnet, indem der betreffende Betrag in Landeswährung durch den Kaufkraftparitätsindex (KKP-Index) für das BIP geteilt wird“ (OECD, 2011, S. 262).

Im Bildungsfinanzbericht 2025 ergeben sich daher auf Basis des OECD-Bildungsbericht 2025 für das Berichtsjahr 2022 für Deutschland eine KKP von 0,698 (USD=1; OECD, 2025).

Das beschriebene Verfahren wird seit Jahren im Bildungsbericht der OECD angewendet. Die Verwendung der auf das BIP bezogenen Größen für die Preisbereinigung und den Kaufkraftausgleich im Bildungsbereich kann aber nur als grobe Näherungslösung angesehen werden. So können sich vor allem in kleineren Staaten, deren BIP stark durch einzelne Wirtschaftszweige bestimmt wird, Preisveränderungen auf einzelnen Teilmärkten deutlich auf BIP-Deflatoren und Kaufkraftparitäten auswirken, ohne dass sich das Preisniveau im Bildungssektor verändert haben muss. In Norwegen führen beispielsweise Preisveränderungen bei Erdöl zu signifikanten Änderungen bei BIP-Deflatoren.

#### A 5.1.9 Sondervermögen und Extrahaushalte

Bei Sondervermögen handelt es sich um rechtlich unselbstständige, aber organisatorisch und haushaltsrechtlich abgesonderte Teile des Bundes- bzw. Landesvermögens. Für die Schaffung eines Sondervermögens ist eine gesetzliche Grundlage notwendig, in der die Aufgabe, die Art der Finanzierung, die Dauer sowie die Höhe des Sondervermögens festgelegt werden. Die Bereitstellung der finanziellen Mittel kann auf unterschiedliche Weise erfolgen. Während einige Sondervermögen direkt Mittel aus den Haushalten erhalten, sind andere Sondervermögen berechtigt, Kredite am Kapitalmarkt aufzunehmen. Für Sondervermögen ist eine eigene Wirtschafts-/Rechnungsführung vorgeschrieben (eigener Haushalts- bzw. Wirtschaftsplan, Jahresabschluss). Im Haushaltsplan erscheinen nur noch die Zuführungen an das Sondervermögen und die Ablieferungen des Sondervermögens an Bund bzw. Land.

#### Berücksichtigung der Sondervermögen und Extrahaushalte in den Grundmitteltabellen (Kapitel 3 und 4)

Grundlage für die Berechnung der Grundmitteltabellen für Bund und Länder im Bildungsfinanzbericht ist die Haushaltsansatzstatistik. Diese umfasst die Kernhaushalte dieser Gebietskörperschaften. Da Sondervermögen in Wirtschaftsplanen und nicht im Haushaltsplan veranschlagt werden, ist in der Regel nur die Zuweisung an das Sondervermögen, nicht aber die späteren Zahlungen aus dem Sondervermögen in der Haushaltsansatzstatistik enthalten. Folglich können auch nur die Zuweisungen an die Sondervermögen in den Berechnungen berücksichtigt werden.

Die Identifikation der bildungsrelevanten Ausgabenpositionen im Bildungsfinanzbericht erfolgt aufgrund ihrer funktionalen Zuordnung unter einer Bildungsfunktion im Haushalt. Damit werden grundsätzlich nur entsprechende Zuführungen an Sondervermögen berücksichtigt (**Anhang A 1**). Werden die Zuführungen hingegen außerhalb von Bildungsfunktionen veranschlagt (z. B. unter der Funktion 813 „Sondervermögen“), sind die Mittel nicht in den standardisierten Auswertungen der Grundmittel für den Bildungsfinanzbericht enthalten. **Tabelle A 5-1** gibt einen Überblick über die Berücksichtigung von Sondervermögen des Bundes in den Grundmitteltabellen.

Tabelle A 5-1: Berücksichtigung von Sondervermögen des Bundes in den Grundmitteltabellen des Bildungsfinanzberichts

Sondervermögen Körperschaftsgruppe	Aufgabenbereich	2015	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
		in Mill. Euro							
Kommunalinvestitionsförderungsfonds, Kap. I									
Bund	Schulen	1 140							
	Kindertagesbetreuung	570							
	Weiterbildung	18							
Gemeinden <sup>1)</sup>	Schulen		- 216	- 221	- 180	- 158	- 83	- 39	- 34
	Kindertagesbetreuung		- 106	- 108	- 90	- 80	- 42	- 20	- 17
	Weiterbildung		- 2	- 3	- 2	- 2	- 1	0	0
Kommunalinvestitionsförderungsfonds, Kap. II									
Bund	Schulen								
Digitale Infrastruktur (hier DigitalPakt Schule) <sup>2)</sup>									
Bund	Schulen		720		1 722	571	2 080	256	1 461
nachrichtlich <sup>3)</sup>									
Kindertagesbetreuung									
Bund	Kindertagesbetreuung		400	300	800	500			
Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter									
Bund	Bildungsförderung				2 500	1 000			

1) Bereinigungsbeträge der Gemeinden enthalten auch Werte für die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg.

2) Ab 2024 im Bundeshaushalt unter einer Bildungsfunktion veranschlagt und damit in der automatisierten Auswertung der Haushaltsansätze enthalten.

3) Bei den nachrichtlich aufgeführten Sondervermögen sind die Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt unter einer Bildungsfunktion veranschlagt und damit in der automatisierten Auswertung der Haushaltsansätze enthalten.

### Zusätzliche Berücksichtigung von Sondervermögen des Bundes

Eine Ausnahme bilden hier die Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ (Kapitel I und Kapitel II) und die Mittel des DigitalPakt Schule aus dem Sondervermögen Digitale Infrastruktur. Diese werden auf Grundlage eines Beschlusses der Arbeitsgruppe Bildungsfinanzbericht den Grundmitteln des Bundes hinzugerechnet. Eine inhaltliche Beschreibung der Sondervermögen findet sich in **Kapitel 3.1.1**. Um in der Zurechnung der beiden Sondervermögen konsistent zu den standardisierten Auswertungen der Haushaltsansatzstatistiken und zur haushalterischen Verbuchung vorzugehen, wird die Zuweisung aus dem Bundeshaushalt an das Sondervermögen im Jahr der Zuführung bei den Ausgaben des Bundes (Ist-Werte) berücksichtigt. Dadurch werden die hinzugesetzten Sondervermögen gleichbehandelt wie die bereits über die funktionale Zuordnung erfassten Zuweisungen an andere Sondervermögen. Somit wird auch den Grundsätzen der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit Rechnung getragen.

#### Kommunalinvestitionsförderungsfonds, Kapitel I

Insgesamt werden dem Bund durch Kapitel I im Jahr 2015 rund 1,73 Mrd. Euro hinzugerechnet, die sich auf die Aufgabenbereiche Schulen, Öffentliche Förderung von Kindertagesbetreuung sowie Förderung von Weiterbildung verteilen. Um eine Doppelerfassung der Fördermittel zu vermeiden, müssen die Ausgaben der Gemeinden in den Folgejahren um die Zuweisungen des Bundes bereinigt werden. Die jährlichen Bereinigungsbeträge werden dabei auf Basis der Anteile der einzelnen Aufgabenbereiche an den Investitionsvorhaben und der Höhe der insgesamt abgerufenen Mittel geschätzt. Datengrundlage ist dabei der vom Bundesministerium der Finanzen jährlich aktualisierte Stand der Umsetzungen des Kommunalinvestitionsförderungsfonds in den Ländern.

#### Kommunalinvestitionsförderungsfonds, Kapitel II

Durch Kapitel II wurden dem Kommunalinvestitionsförderungsfonds 2016 weitere 3,5 Mrd. Euro für den Schulbereich hinzugeführt. Sie werden als Ausgaben dem Schulbereich zugeordnet.

### Digitale Infrastruktur (hier DigitalPakt Schule)

Die Mittel für den DigitalPakt Schule (Titelgruppe 02 des Sondervermögens Digitale Infrastruktur) werden dem Schulbereich zugerechnet. Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt an das Sondervermögen haben bisher 2018 und 2020 bis 2024 stattgefunden. Die Mittel für den Breitbandausbau (Titelgruppe 01 des Sondervermögens Digitale Infrastruktur) werden in den Grundmitteln nicht zusätzlich berücksichtigt, da sie nicht eindeutig dem Bildungsbereich zurechenbar sind. Seit Auflösung des Sondervermögens im Februar 2024 werden die Ausgaben in Bezug auf den DigitalPakt Schule im Haushaltsplan des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR, ehemals Bundesministerium für Bildung und Forschung, BMBF) dargestellt.

### Berücksichtigung von Sondervermögen und Extrahaushalten der Länder

Da auch die Grundmittel für die Länder aus den Haushaltsansatzstatistiken errechnet werden, erfolgt grundsätzlich das gleiche Verfahren wie bei den Sondervermögen des Bundes. Zuweisungen aus den Landeshaushalten an Sondervermögen sind bei der Tabellierung automatisch enthalten, sofern die Zuführung unter einer Bildungsfunktion im Haushaltsplan veranschlagt wird. Sondervermögen, bei denen die Zuweisung außerhalb einer Bildungsfunktion verbucht wird, sind hingegen nicht enthalten. Weiterführende Informationen über Sondervermögen außerhalb von Bildungsfunktionen liegen nicht in der notwendigen Tiefe vor. Auf Basis der Haushaltsansatzstatistiken ist demnach keine systematische Berücksichtigung von Sondervermögen der Länder innerhalb des Bildungsfinanzberichts 2025 möglich.

Um dennoch einen Eindruck über die Sondervermögen im Bildungsbereich zu erhalten, findet sich auf Beschluss der AG Bildungsfinanzbericht in **Tabelle A 5-2** eine exemplarische Auflistung dieser bildungsrelevanten Einrichtungen der Länder. Datengrundlage ist die Bund-Länder Veröffentlichung „Einnahmen, Ausgaben und Schulden der Extrahaushalte der staatlichen Ebene 2021-2024“ (Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025a). Als Extrahaushalte definiert sind alle öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU), die nach den Vorgaben des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) zum Sektor Staat gehören. Der Umfang der Auflistung geht daher über eine reine Darstellung von Sondervermögen hinaus. Aus diesem Grund wird in den beiden folgenden Absätzen bewusst von bildungsrelevanten Extrahaushalten der Länder gesprochen.

Aus der Bund-Länder-Veröffentlichung wurden die bildungsrelevanten Extrahaushalte anhand einer Titel- und Internetrecherche identifiziert. Zusätzlich wurde eine Umfrage bei den Kultus- und Finanzministerien der Länder durchgeführt und die Ergebnisse in die Auflistung eingearbeitet. Trotz hoher Sorgfalt erhebt die Auswahl keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vielmehr soll aufgezeigt werden, dass Extrahaushalte im Bildungsbereich auf Länderebene eine gewichtige Rolle spielen. Zur besseren Einschätzung der finanziellen Größenordnung der Extrahaushalte im Bildungsbereich auf Länderebene sind die bereinigten Einnahmen und die bereinigten Ausgaben aufgeführt. Diese Angaben werden ebenfalls aus der oben genannten Veröffentlichung übernommen. Eine Darstellung nach dem Grundmittelkonzept ist nicht möglich. Die Spalte „Art der Daten“ bezeichnet die Art der Datenlieferung (kaufmännisch oder kameral) und nicht die interne Rechnungslegung des Extrahaushalts. Im unteren Tabellenteil werden zusätzlich Extrahaushalte mit Sitz in anderen Ländern genannt, die dem genannten Land anteilig zugerechnet werden, sowie Extrahaushalte, die vom Statistischen Bundesamt zentral erhoben werden (im Wesentlichen Extrahaushalte mit kameraler Datenlieferung).

Nicht enthalten in der Auflistung sind Extrahaushalte, die mehrere staatliche Aufgabenbereiche betreffen und nur anteilig Projekte im Bildungsbereich finanzieren. Beispiele hierfür sind Zukunftsinvestitionsfonds, die oftmals eine breite Anzahl von Projekten im Infrastrukturbereich über einen längeren Zeitraum finanzieren. Extrahaushalte im Bereich Bau- und Gebäudemanagement der Länder sind in der Auflistung nur dann enthalten, sofern diese klar auf Bildungsprojekte (z. B. Schul- oder Hochschulbau) beschränkt sind. Ebenfalls nicht gesondert aufgeführt werden aus den Länderhaushalten ausgegliederte Hochschulen, die in den Grundmitteln über die Zuschüsse aus den Landeshaushalten abgebildet werden. Im Bildungsfinanzbericht wird in den **Kapiteln 4.3.4** und **4.3.5** außerdem auf die Hochschulfinanzstatistik zurückgegriffen. In dieser sind die Finanzen der Hochschulen, unabhängig von der Ausgliederung aus dem Haushalt, vollständig abgebildet. Ausgegliederte Universitätskliniken sind ebenfalls nicht aufgeführt.

Tabelle A 5-2: Bildungsrelevante Extrahaushalte der Länder 2024

Land	Art der Daten	Name	Bereinigte Einnahmen <sup>1)</sup>	Bereinigte Ausgaben <sup>1)</sup>
			in Mill. Euro	
Extrahaushalte mit Sitz im Land, die vom zuständigen Landesamt erhoben werden				
SH	kaufm.	Hanse Innovation Campus GmbH	0,4	0,4
HH	kaufm.	Landesbetrieb Hamburger Volkshochschule	26,9	24,6
HH	kaufm.	Landesbetrieb Erziehung und Beratung	87,6	87,7
HH	kaufm.	Landesbetrieb Zentrum für Aus- und Fortbildung Hamburg (ZAF) und Arbeitsmedizinischer Dienst (AMD)	26,4	37,7
HH	kaufm.	Landesbetrieb Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB)	469,4	467,4
HH	kaufm.	Landesbetrieb SBH   Schulbau Hamburg	606,1	706,1
HH	kaufm.	Schulservices Hamburg Gesellschaft für Facility Management mbH	6,1	6,1
HH	kaufm.	Sondervermögen Schulimmobilien	618,0	850,2
HH	kaufm.	Elbkinder Vereinigung Hamburger Kitas gGmbH	445,5	442,0
HH	kaufm.	Elbkinder KITA Hamburg Servicegesellschaft mbH	25,1	24,1
HH	kaufm.	Elbkinder Vereinigung Kitas Nord gGmbH	22,0	19,9
NI	kaufm.	Kita Fingerhut GmbH	0,9	0,9
HB	kaufm.	KiTa Bremen - Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen	150,2	148,9
NW	kaufm.	Ausfallfonds für Studienbeitragsdarlehen	1,1	0,7
HE	kaufm.	Berufsbildungswerk Südhessen gGmbH	43,1	41,8
RP	kaufm.	Medien und Bildung RLP gGmbH	1,4	1,3
BW	kaufm.	Sondervermögen Studienfonds in der Verwaltung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg	0,1	0,1
BY	kaufm.	Allgemeiner Schul- und Studienfonds	0,6	0,5
BY	kaufm.	Gymnasiumfonds Aschaffenburg	3,6	4,0
BE	kaufm.	BVG-Ausbildungs-Campus (ABC) gGmbH	3,3	8,8
BE	kaufm.	Kindergärten City - Eigenbetrieb von Berlin	105,2	107,9
BE	kaufm.	Kindergärten NordOst - Eigenbetrieb von Berlin	156,3	157,0
BE	kaufm.	Kindertagesstätten Nordwest - Eigenbetrieb von Berlin	121,2	126,8
BE	kaufm.	Kindertagesstätten SüdOst - Eigenbetrieb von Berlin	70,3	69,5
BE	kaufm.	Kindertagesstätten Berlin Süd-West - Eigenbetrieb von Berlin	72,5	74,9
MV	kaufm.	Berufsförderungswerk Stralsund GmbH	17,9	15,7
ST	kaufm.	Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen	17,7	17,0
ST	kaufm.	Sondervermögen Finanzierung der beruflichen Ausbildung in der Pflege	0,4	0,4
Anteil an den Ergebnissen der Extrahaushalte mit Sitz in anderen Bundesländern bzw. an den Ergebnissen jener Extrahaushalte mit Sitz im Land, die vom Statistischen Bundesamt erhoben werden, der dem Sitzland zugerechnet wird (Zusetzungen)				
alle <sup>2)</sup>	kam.	Akademie für das öffentliche Gesundheitswesen AÖR	-	-
alle <sup>2)</sup>	kam.	Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen	-	-
alle <sup>2)</sup>	kaufm.	HIS-Institut für Hochschulentwicklung e. V.	-	-
SH	kam.	Sondervermögen Hochschulsanierung	11,3	11,3
SH	kam.	Ausbildungszentrum für Verwaltung	22,3	21,1
NI	kam.	Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen bei den Hochschulen in staatlicher Verantwortung	105,7	298,1
HE	kam.	Pflegeausbildungsfonds	388,9	301,8
HE/RP/BW <sup>2)</sup>	kam.	Bildungszentrum BürgerMedien e. V.	-	-

Fortsetzung siehe Folgeseite.

Land	Art der Daten	Name	Bereinigte Einnahmen <sup>1)</sup>	Bereinigte Ausgaben <sup>1)</sup>
			in Mill. Euro	
BW	kam.	Hochschulen für Angewandte Wissenschaften Baden-Württemberg e. V.	0,3	0,7
BY	kam.	Akademie für Politische Bildung	5,1	5,1
BE	kam.	Ausgleichsfonds des Landes Berlin nach dem Pflegeberufegesetz	282,9	223,6
BE/BB	kaufm.	Institut für Schulqualität der Länder Berlin und Brandenburg e. V.	1,1	1,4
MV	kam.	Ausgleichsfonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern nach dem Pflegeberufegesetz	139,5	101,4
MV	kam.	Sondervermögen Förderung der Universitätsmedizin des Landes Mecklenburg-Vorpommern	0,4	59,1

1) Summe der Ausgaben bzw. Einnahmen, ohne besondere Finanzierungsvorgänge (Schuldenaufnahme und -tilgung, Zuführung an und Entnahmen aus Rücklagen, Aufnahme und Rückzahlung innerer Darlehen).  
2) Bereinigte Ausgaben und Einnahmen können nicht ausgewiesen werden.  
Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Veröffentlichung „Einnahmen, Ausgaben und Schulden der Extrahaushalte der staatlichen Ebene 2021-2024“ (Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2025a)

Berücksichtigung von kommunalen Sondervermögen

Auch auf der kommunalen Ebene kann es bildungsrelevante Sondervermögen geben. Bei der Auswertung der Gemeindefinanzstatistik wird dabei analog zu den Auswertungen der Haushaltsansätze vorgegangen. Sondervermögen, bei denen die Zuweisung unter einer Bildungsfunktion veranschlagt ist, werden bei Auswertungen automatisch berücksichtigt. Aufgrund der Informationslage sowie der Komplexität des kommunalen Haushaltswesens ist eine vollständige Abbildung und Beschreibung kommunaler Sondervermögen im Bildungsfinanzbericht jedoch ebenfalls nicht möglich.

Berücksichtigung von Sondervermögen des Bundes im Budget für Bildung (Kapitel 2)

Bei der Berechnung des Budgets für Bildung werden die Sondervermögen des Bundes ebenfalls berücksichtigt. Im Gegensatz zu den Grundmitteltabellen werden hier allerdings die tatsächlichen Zahlungsströme innerhalb des Berichtszeitraums ausgewiesen. Dafür werden in der Regel Informationen über die abgerufenen Mittel verwendet. Im Budget für Bildung werden so durch einmalige Zuweisungen bedingte Ausgabensprünge vermieden. Je nach Betrachtungsweise (Durchführungs- oder Finanzierungsbetrachtung) kann sich dabei die Zuordnung der Mittel zu den Gebietskörperschaften unterscheiden.

A 5.2 Umsetzungen in der Haushaltsansatzstatistik 2023 bis 2025

Folgende Anpassungen wurden zur Verbesserung der Vergleichbarkeit vorgenommen:

Baden-Württemberg:

1. Korrektur Sachkostenbeiträge: Kapitel 1205 Titel 61372 820

Funktion	2023	2024	2024	2025
	vorl. Ist		Soll	
	in Tsd. Euro			
114	692 932	724 070	702 826	749 054
124	148 102	157 447	150 217	162 880
127	381 510	365 456	386 957	378 066

Die Einnahmen aus den Sachkostenbeiträgen werden im kommunalen Bereich im Schulbereich, die entsprechenden Landesausgaben im Landeshaushalt aber in der allgemeinen Finanzwirtschaft (Funktion 820) nachgewiesen. Um Verzerrungen bei der Berechnung der Grundmittel zu vermeiden, werden in der Finanzstatistik diese Zahlungen des Landes in den Schulbereich umgesetzt.



## 2. Korrektur Tageseinrichtungen für Kinder

In den Haushaltsjahren 2004 bis 2022 wurden die Zuweisungen und Zuschüsse im kommunalen Finanzausgleich veranschlagt und im Landeshaushaltsplan nicht mehr unter der Funktion 27 nachgewiesen. Laut Sozialministerium wurden als Bemessungsgrundlage der Zahlungen die Beträge des Jahres 2002 herangezogen: 394 Mill. Euro. Dieser Betrag wurde in den Tabellen in den Jahren 2004 bis 2009 als Ausgabe den Grundmitteln hinzugesetzt. Ab 2010 erhalten die Kommunen zusätzliche Mittel für den laufenden Betrieb von Kindertagesstätten und für den Ausbau der Kleinkinderbetreuung im Rahmen des „Pakt für die Familie“ (§ 29 b und c des Finanzausgleichsgesetzes). Die Kommunen weisen die Einnahmen vom Land bei den Kindertageseinrichtungen nach. Zur Bereinigung dieser Verzerrungen wurden den Grundmitteln des Landes folgende Beträge hinzugesetzt: 2010 Ist 503 Mill. Euro, 2011 Ist 584 Mill. Euro, 2012 Ist 1 005 Mill. Euro, 2013 vorl. Ist 1 097 Mill. Euro, 2014 bis 2017 vorl. Ist jährlich jeweils 1 136 Mill. Euro, 2018 vorl. Ist 1 461 Mill. Euro, 2019 vorl. Ist 1 671 Mill. Euro, 2020 vorl. Ist 1 876 Mill. Euro, 2021 vorl. Ist 1 054 Mill. Euro sowie 2022 vorl. Ist 1 172 Mill. Euro zum laufenden Betrieb der Kindertagesstätten und zusätzlich für den Ausbau der Kleinkinderbetreuung im Rahmen des „Pakt für die Familie“. Ab dem Haushaltsjahr 2023 werden die Beträge wieder unter der Funktion 27 veranschlagt und werden automatisch bei der Berechnung der Grundmittel berücksichtigt.

### Berlin:

#### 1. Korrektur Zuschüsse zum Religionsunterricht Kapitel 0820 Titel 68445 199

Funktion	2023	2024	2024	2025
	vorl. Ist		Soll	
	in Tsd. Euro			
199	-64 980	-79 921	-83 209	-84 209
112	64 980	79 921	83 209	84 209

Die Umsetzungen erfolgen in der Ausgabeart „Zahlungen an andere Bereiche“.

### Rheinland-Pfalz:

#### 1. Änderungen in der Veranschlagung

Ab dem Jahr 2016 entfallen die personenbezogenen Zuführungen zum Pensionsfonds in den Ressorthaushalten. Stattdessen erfolgt eine pauschale Zuweisung des Landes an den Finanzierungsfonds. Somit werden ab 2016 etwa 410 Mill. Euro weniger nachgewiesen, die in den Jahren zuvor im Bildungsbereich veranschlagt wurden. Das betrifft die **Tabellen 3.1-1, 3.3-1, 3.3-2, 3.4-1, 3.5-1, 4.2.1-1, 4.2.3-1, 4.2.4-2, 4.3.1-1, 4.3.4-1, 4.5.1-1**.

#### 2. Umsetzung von Schülerbeförderungskosten

Der Titel 2006 61311 821 Zahlungen an öffentlichen Bereich wird auf Veranlassung des Kultusministeriums Rheinland-Pfalz in die Funktion 145 umgesetzt.

### Thüringen:

#### 1. Umsetzung der Versorgungsleistungen im Hochschulbereich

Funktion	2023	2024	2024	2025
	vorl. Ist		Soll	
	in Tsd. Euro			
133	-37 743	-39 424	-39 400	-43 000
138	37 743	39 424	39 400	43 000

In den Jahren 2023 bis 2025 werden die Versorgungsleistungen der Hochschulen von der Funktion 133 in die Funktion 138 umgesetzt.

## A 6 Ergänzende Abbildungen

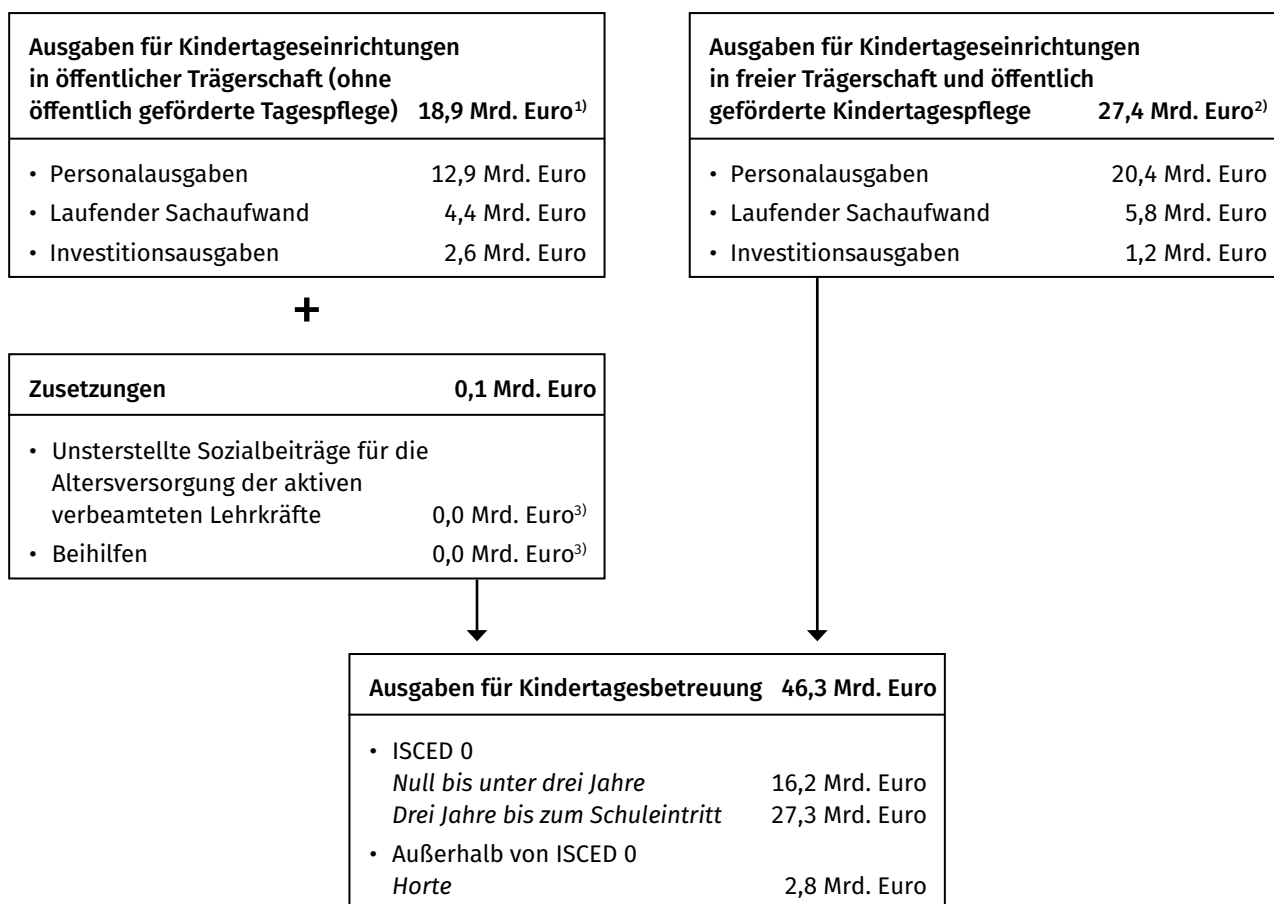
Ergänzend zu den Darstellungen der Ausgaben nach dem Grundmittelkonzept, lassen sich die Ausgaben für Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderte Kindertagespflege sowie die Ausgaben im Schulbereich auch in Abgrenzung der unmittelbaren Ausgabearten darstellen, die in der Abgrenzung des Bildungsbudgets verwendet werden. Im Mittelpunkt stehen hierbei die Ausgaben der Bildungseinrichtungen für Personal, Sachaufwand und Investitionen (ohne Zahlungen an andere Bereiche). In dieser Abgrenzung ist eine nach Trägerschaft differenzierte Darstellung der Ausgaben möglich. Unterschieden wird zwischen Einrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft. Den Ausgaben für Kindertageseinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft bzw. den Ausgaben für Schulen in öffentlicher Trägerschaft werden entsprechend der internationalen Methodik unterstellte Sozialbeiträge sowie Beihilfezahlungen für das aktive Lehrpersonal zugesetzt.

Im Jahr 2022 beliefen sich die Ausgaben für Kindertageseinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft (ohne öffentlich geförderte Kindertagespflege) auf 18,9 Mrd. Euro. Hiervon entfielen 12,9 Mrd. Euro auf Personalausgaben. Für Investitionen wurden 2,6 Mrd. Euro und für den laufenden Sachaufwand 3,4 Mrd. Euro verausgabt. Die Ausgaben der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft und die Ausgaben für die öffentlich geförderte Tagespflege betrugen insgesamt 27,4 Mrd. Euro im Jahr 2022, wobei 20,4 Mrd. Euro auf Ausgaben für Personal entfielen. Im Jahr 2022 wurden in Deutschland für die Kindertagesbetreuung insgesamt 46,3 Mrd. Euro unmittelbar verausgabt (**Abb. A 6-1**).

Im Schulbereich betrugen die Ausgaben für Schulen in öffentlicher Trägerschaft 77,5 Mrd. Euro. Den größten Teil machten die Personalausgaben aus. Da im Schulbereich auch viele verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer unterrichten, beliefen sich die Zusetzungen für unterstellte Sozialbeiträge und Beihilfen auf insgesamt 16,0 Mrd. Euro. Die unmittelbaren Ausgaben der Schulen in freier Trägerschaft (einschließlich der Schulen des Gesundheitswesens) beliefen sich auf 11,7 Mrd. Euro. Insgesamt wurden im Jahr 2022 für Schulen in öffentlicher und privater Trägerschaft einschließlich der Schulen des Gesundheitswesens 105,2 Mrd. Euro unmittelbar verausgabt (**Abb. A 6-2**).



**Abbildung A 6-1: Übersicht zu den unmittelbaren Ausgaben für Kindertageseinrichtungen und für öffentlich geförderte Kindertagespflege 2022**

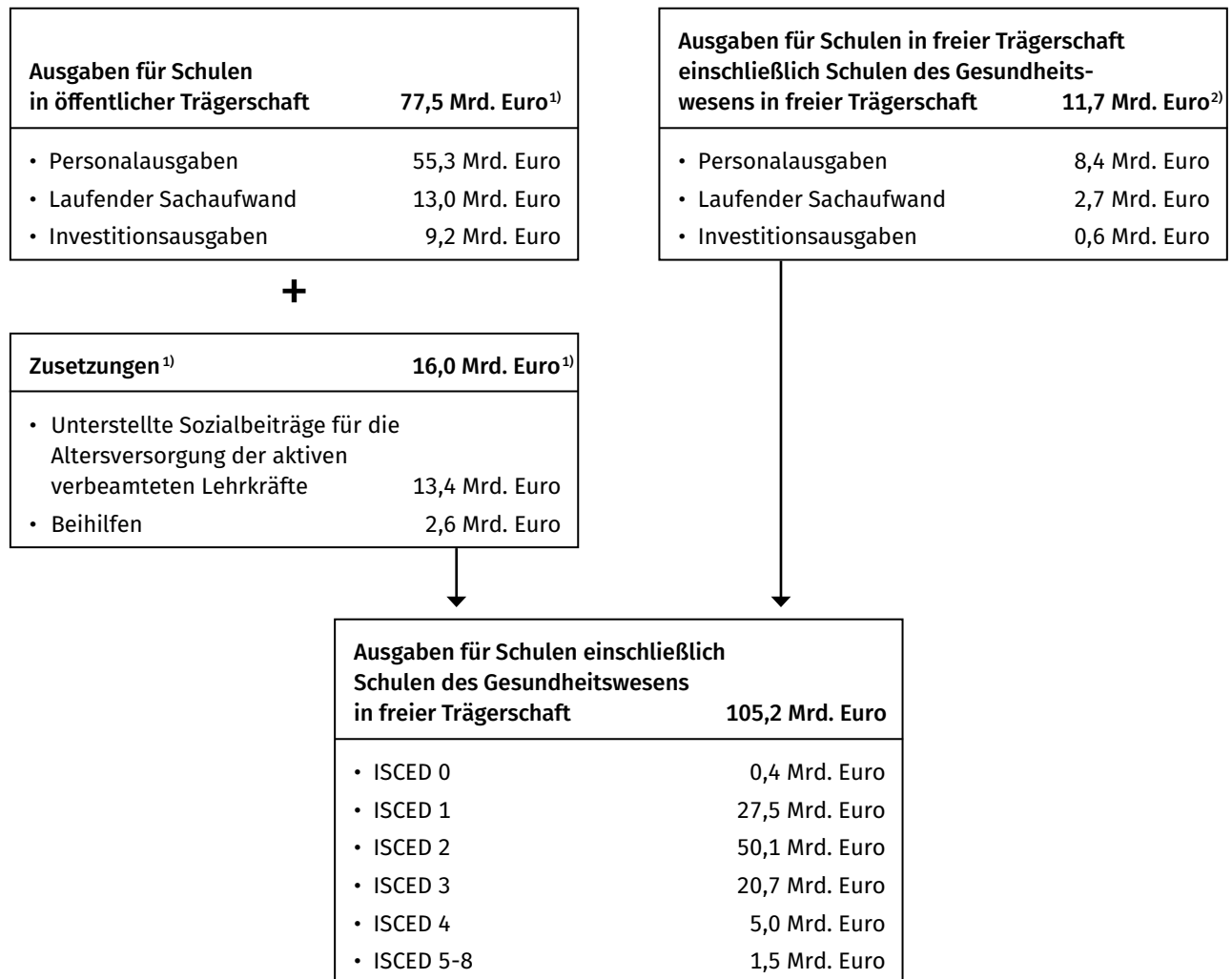


1) Die Ausgaben der Kindertageseinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft umfassen die Ergebnisse der Finanzstatistik und Zusetzungen für aus dem Haushalt ausgegliederte Einrichtungen.

2) Die Ausgaben der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft umfassen die fortgeschriebenen Ergebnisse der § 7-Erhebung zu den Einnahmen und Ausgaben der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft (2022) und die Ausgaben der öffentlich geförderten Kindertagespflege der Kinder- und Jugendhilfestatistik.

3) Beträge sind geringer als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts.

Abbildung A6-2: Übersicht zu den unmittelbaren Ausgaben im Schulbereich 2022



1) Die Ausgaben für Schulen in öffentlicher Trägerschaft umfassen die Ergebnisse der Finanzstatistik und Zusetzungen für aus dem Haushalt ausgegliederte Einrichtungen.

2) Die Ausgaben für Schulen in freier Trägerschaft umfassen die fortgeschriebenen Ergebnisse der § 7-Erhebung zu den Einnahmen und Ausgaben für Schulen in freier Trägerschaft (2013) einschließlich der Ausgaben für Schulen des Gesundheitswesens.

## A 7 Tabellen

Tabelle 2.1-1: Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft nach Bereichen

Bereich		2010	2015	2020	2021	2022	2023
		in Mrd. Euro					
<b>A</b>	<b>Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung<sup>1)</sup></b>	<b>157,5</b>	<b>176,4</b>	<b>219,9</b>	<b>230,1</b>	<b>242,7</b>	<b>255,8</b>
<b>A30</b>	<b>Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft</b>	<b>138,4</b>	<b>157,5</b>	<b>197,1</b>	<b>208,6</b>	<b>220,7</b>	<b>231,0</b>
A31	ISCED 0 – Elementarbereich <sup>2)</sup>	19,5	26,7	37,4	40,4	43,9	47,0
	darunter: Ausgaben für Kinder unter 3 Jahren	5,9	9,6	13,9	14,7	16,2	17,4
	Ausgaben für Kinder ab 3 Jahren bis Schuleintritt	13,6	17,1	23,5	25,7	27,6	29,6
A32	ISCED 1-4 – Schulen und schulnaher Bereich	85,7	91,4	110,9	117,3	123,1	129,8
	darunter: Allgemeinbildende Bildungsgänge	62,1	67,2	82,7	86,7	91,3	96,3
	Berufliche Bildungsgänge <sup>3)</sup>	10,9	11,2	13,8	14,8	15,5	16,1
	Betriebliche Ausbildung im Dualen System <sup>4)</sup>	10,6	10,6	11,6	13,1	13,3	14,1
A33	ISCED 5-8 – Tertiärbereich <sup>5)</sup>	30,9	37,2	45,8	47,6	50,1	50,5
	darunter: Berufsorientierte Bildungsgänge	0,8	1,1	1,8	1,9	2,0	2,1
	Akademische Bildungsgänge (Bildungsgänge an Hochschulen)	28,6	34,2	42,3	43,8	46,4	46,4
	darunter: Forschung und Entwicklung an Hochschulen	12,7	15,3	20,0	20,7	22,0	22,4
A34	Sonstiges (keiner ISCED-Stufe zugeordnet) <sup>6)</sup>	2,3	2,3	3,0	3,3	3,6	3,8
<b>A40</b>	<b>Ausgaben privater Haushalte für Bildungsgüter und -dienste außerhalb von Bildungseinrichtungen</b>	<b>5,6</b>	<b>5,9</b>	<b>6,9</b>	<b>7,4</b>	<b>7,8</b>	<b>8,4</b>
<b>A50</b>	<b>Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen</b>	<b>13,4</b>	<b>12,9</b>	<b>15,9</b>	<b>14,1</b>	<b>14,2</b>	<b>16,4</b>
<b>B</b>	<b>Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung</b>	<b>17,7</b>	<b>19,2</b>	<b>21,3</b>	<b>23,9</b>	<b>24,7</b>	<b>27,0</b>
<b>B10</b>	<b>Betriebliche Weiterbildung<sup>7)</sup></b>	<b>10,0</b>	<b>11,1</b>	<b>11,0</b>	<b>13,7</b>	<b>14,7</b>	<b>15,7</b>
<b>B20</b>	<b>Ausgaben für weitere Bildungsangebote</b>	<b>6,6</b>	<b>7,0</b>	<b>8,9</b>	<b>8,8</b>	<b>8,8</b>	<b>10,1</b>
B21	Horte in öffentlicher und privater Trägerschaft	1,9	2,2	2,7	2,7	2,8	3,0
B22	Einrichtungen der Jugendarbeit	1,7	1,8	2,1	2,1	2,2	2,3
B23	Volkshochschulen	1,0	1,1	1,2	1,2	1,4	1,6
B24	Sonstige Bildungsangebote (z. B. Bildungseinrichtungen der Kammern, Lehrerfortbildung)	2,0	2,0	2,8	2,7	2,5	3,1
<b>B30</b>	<b>Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildung<sup>8)</sup></b>	<b>1,1</b>	<b>1,0</b>	<b>1,3</b>	<b>1,4</b>	<b>1,2</b>	<b>1,2</b>
<b>A+B</b>	<b>Bildungsbudget insgesamt</b>	<b>175,2</b>	<b>195,5</b>	<b>241,2</b>	<b>254,0</b>	<b>267,5</b>	<b>282,8</b>
<b>C</b>	<b>Forschung und Entwicklung<sup>9)</sup></b>	<b>70,0</b>	<b>88,8</b>	<b>106,6</b>	<b>113,2</b>	<b>121,4</b>	<b>129,7</b>
C10	Wirtschaft	46,9	61,0	71,0	75,8	81,8	88,7
C20	Staatliche Forschungseinrichtungen	1,5	1,6	2,0	2,3	2,2	2,3
C30	Private Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck	8,8	10,9	13,6	14,5	15,4	16,3
C40	Hochschulen (zusätzlich in ISCED 5-8 enthalten)	12,7	15,3	20,0	20,7	22,0	22,4
<b>D</b>	<b>Sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur</b>	<b>5,0</b>	<b>5,8</b>	<b>6,4</b>	<b>6,4</b>	<b>6,8</b>	<b>7,9</b>
D10	Wissenschaftliche Museen und Bibliotheken, Fachinformationszentren (ohne Forschung und Entwicklung)	0,7	0,7	1,0	1,0	1,1	1,1
D20	Nichtwissenschaftliche Museen und Bibliotheken	2,3	2,7	2,9	2,9	3,0	3,8
D30	Ausgaben der außeruniversitären Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung (ohne Forschung und Entwicklung)	2,0	2,3	2,4	2,5	2,7	3,0
<b>A+B+C+D</b>	<b>Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft<sup>10)</sup></b>	<b>237,4</b>	<b>274,8</b>	<b>334,2</b>	<b>352,9</b>	<b>373,7</b>	<b>398,0</b>
<b>Nachrichtlich:</b>							
	Unterstellte Sozialbeiträge für aktive Beamtinnen und Beamte des Bildungs- und Forschungsbereichs, im Budget enthalten (Versorgungszuschlag)	11,0	12,0	14,7	15,3	16,2	16,7
	Versorgungsausgaben und Beihilfen der öffentlichen Haushalte für pensionierte Beamtinnen und Beamte des Schul- und Hochschulbereichs (Ergebnisse der Jahresrechnungs- oder Haushaltsansatzstatistik der Funktionen 118 und 138)	15,0	20,2	26,3	27,0	27,4	28,6

Hinweise und Fußnoten siehe Folgeseite.

Durchführungsrechnung, Abgrenzung nach dem Konzept 2015, Werte 2023 vorläufige Berechnungen.

Bei den Summen kann es aufgrund von Rundungen in den Zwischensummen zu Abweichungen kommen.

- 1) Abgegrenzt nach der ISCED-Gliederung: International Standard Classification of Education 2011 (**Anhang A 2.1**).
- 2) Krippen, Kindergärten, Vorschulklassen, Schulkindergärten.
- 3) Einschließlich Schulen des Gesundheitswesens.
- 4) Ausgaben der betrieblichen, überbetrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildung im Dualen System ohne Berufsschulen, einschließlich ausbildungsrelevanter Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.
- 5) Ohne Ausgaben für die Krankenbehandlung, einschließlich Ausgaben für Fachschulen, Fachakademien, Berufsakademien, Forschung und Entwicklung an Hochschulen, Studentenwerke.
- 6) Ausgaben sind den einzelnen ISCED-Stufen nicht zuzuordnen (einschließlich geschätzten Ausgaben für die Beamtenausbildung, Serviceleistungen der öffentlichen Verwaltung sowie Studienseminaren).
- 7) Schätzung der Kosten für interne und externe Weiterbildung (ohne Personalkosten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer) auf Basis der Erwerbstätigenrechnung und der durchschnittlichen Weiterbildungskosten je Beschäftigte und Beschäftigten laut der europäischen Erhebung zur beruflichen Weiterbildung (CVTS). Eventuelle Doppelzählungen bei externen Weiterbildungsmaßnahmen (z. B. in Hochschulen) konnten nicht bereinigt werden.
- 8) Zahlungen der Bundesagentur für Arbeit an Teilnehmerinnen und Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung. Eventuelle Doppelzählungen (duale Ausbildung, Weiterbildung) konnten nicht bereinigt werden.
- 9) Berechnet nach den Methoden der FuE-Statistik (gemäß OECD-Meldung/Frascati-Handbuch).
- 10) Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft wurde konsolidiert um die Ausgaben für „Forschung und Entwicklung an Hochschulen“, da diese Position sowohl in A als auch in C enthalten ist.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2022/2023

Tabelle 2.3-1: Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft nach Bereichen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt

Bereich		2010	2015	2020	2021	2022	2023
		in %					
<b>A</b>	<b>Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung<sup>1)</sup></b>	<b>6,0</b>	<b>5,7</b>	<b>6,4</b>	<b>6,3</b>	<b>6,1</b>	<b>6,1</b>
<b>A30</b>	<b>Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft</b>	<b>5,3</b>	<b>5,1</b>	<b>5,7</b>	<b>5,7</b>	<b>5,6</b>	<b>5,5</b>
A31	ISCED 0 – Elementarbereich <sup>2)</sup>	0,7	0,9	1,1	1,1	1,1	1,1
	darunter: Ausgaben für Kinder unter 3 Jahren	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
	Ausgaben für Kinder ab 3 Jahren bis Schuleintritt	0,5	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7
A32	ISCED 1-4 – Schulen und schulnaher Bereich	3,3	3,0	3,2	3,2	3,1	3,1
	darunter: Allgemeinbildende Bildungsgänge	2,4	2,2	2,4	2,4	2,3	2,3
	Berufliche Bildungsgänge <sup>3)</sup>	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
	Betriebliche Ausbildung im Dualen System <sup>4)</sup>	0,4	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3
A33	ISCED 5-8 – Tertiärbereich <sup>5)</sup>	1,2	1,2	1,3	1,3	1,3	1,2
	darunter: Berufsorientierte Bildungsgänge	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
	Akademische Bildungsgänge (Bildungsgänge an Hochschulen)	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2	1,1
	darunter: Forschung und Entwicklung an Hochschulen	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,5
A34	Sonstiges (keiner ISCED-Stufe zugeordnet) <sup>6)</sup>	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
<b>A40</b>	<b>Ausgaben privater Haushalte für Bildungsgüter und -dienste außerhalb von Bildungseinrichtungen</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>
<b>A50</b>	<b>Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen</b>	<b>0,5</b>	<b>0,4</b>	<b>0,5</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>
<b>B</b>	<b>Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung</b>	<b>0,7</b>	<b>0,6</b>	<b>0,6</b>	<b>0,6</b>	<b>0,6</b>	<b>0,6</b>
<b>B10</b>	<b>Betriebliche Weiterbildung<sup>7)</sup></b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>
<b>B20</b>	<b>Ausgaben für weitere Bildungsangebote</b>	<b>0,3</b>	<b>0,2</b>	<b>0,3</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>
B21	Horte in öffentlicher und privater Trägerschaft	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
B22	Einrichtungen der Jugendarbeit	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
B23	Volkshochschulen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
B24	Sonstige Bildungsangebote (z. B. Bildungseinrichtungen der Kammern, Lehrerfortbildung)	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
<b>B30</b>	<b>Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildung<sup>8)</sup></b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>A+B</b>	<b>Bildungsbudget insgesamt</b>	<b>6,7</b>	<b>6,3</b>	<b>7,0</b>	<b>6,9</b>	<b>6,8</b>	<b>6,8</b>
<b>C</b>	<b>Forschung und Entwicklung<sup>9)</sup></b>	<b>2,7</b>	<b>2,9</b>	<b>3,1</b>	<b>3,1</b>	<b>3,1</b>	<b>3,1</b>
C10	Wirtschaft	1,8	2,0	2,1	2,1	2,1	2,1
C20	Staatliche Forschungseinrichtungen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
C30	Private Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
C40	Hochschulen (zusätzlich in ISCED 5-8 enthalten)	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,5
<b>D</b>	<b>Sonstige Bildungs- und Wissenschaftsinfrastruktur</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>
D10	Wissenschaftliche Museen und Bibliotheken, Fachinformationszentren (ohne Forschung und Entwicklung)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
D20	Nichtwissenschaftliche Museen und Bibliotheken	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
D30	Ausgaben der außeruniversitären Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung (ohne Forschung und Entwicklung)	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
<b>A+B+C+D</b>	<b>Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft<sup>10)</sup></b>	<b>9,1</b>	<b>8,9</b>	<b>9,7</b>	<b>9,6</b>	<b>9,5</b>	<b>9,5</b>
<b>Nachrichtlich:</b>							
	Unterstellte Sozialbeiträge für aktive Beamtinnen und Beamte des Bildungs- und Forschungsbereichs, im Budget enthalten (Versorgungszuschlag)	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
	Versorgungsausgaben und Beihilfen der öffentlichen Haushalte für pensionierte Beamtinnen und Beamte des Schul- und Hochschulbereichs (Ergebnisse der Jahresrechnungs- oder Haushaltsansatzstatistik der Funktionen 118 und 138)	0,6	0,7	0,8	0,7	0,7	0,7

Hinweise und Fußnoten siehe Tab. 2.1-1.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2022/2023

Tabelle 2.4-1a: Finanzierungsstruktur (Ursprüngliche Mittelherkunft) des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft nach Bereichen 2022

Bereich		Öffentlicher Bereich				Insgesamt
		Bund	Länder	Gemeinden	Insgesamt	
		in Mrd. Euro				
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung <sup>1)</sup>	25,7	139,5	42,2	207,3	242,7
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	14,8	137,6	40,7	193,1	220,7
A31	ISCED 0 – Elementarbereich <sup>2)</sup>	0,4	19,0	19,4	38,8	43,9
	darunter: Ausgaben für Kinder unter 3 Jahren	0,1	5,0	8,5	13,6	16,2
	Ausgaben für Kinder ab 3 Jahren bis Schuleintritt	0,3	14,0	10,9	25,2	27,6
A32	ISCED 1-4 – Schulen und schulnaher Bereich	4,3	83,8	20,5	108,6	123,1
	darunter: Allgemeinbildende Bildungsgänge	0,9	74,6	13,9	89,4	91,3
	Berufliche Bildungsgänge <sup>3)</sup>	0,8	8,4	4,2	13,4	15,5
	Betriebliche Ausbildung im Dualen System <sup>4)</sup>	2,0	0,5	0,5	3,1	13,3
A33	ISCED 5-8 – Tertiärbereich <sup>5)</sup>	9,8	31,9	0,3	42,0	50,1
	darunter: Berufsorientierte Bildungsgänge	0,2	1,4	0,2	1,7	2,0
	Akademische Bildungsgänge (Bildungsgänge an Hochschulen)	8,1	31,3	0,0	39,3	46,4
	darunter: Forschung und Entwicklung an Hochschulen	5,7	12,3	0,0	18,1	22,0
A34	Sonstiges (keiner ISCED-Stufe zugeordnet) <sup>6)</sup>	0,3	2,9	0,4	3,6	3,6
A40	Ausgaben privater Haushalte für Bildungsgüter und -dienste außerhalb von Bildungseinrichtungen	–	–	–	–	7,8
A50	Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen	10,9	1,8	1,5	14,2	14,2
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	4,2	3,3	3,5	10,9	24,7
B10	Betriebliche Weiterbildung <sup>7)</sup>	0,3	0,9	0,6	1,8	14,7
B20	Ausgaben für weitere Bildungsangebote	2,7	2,3	2,9	8,0	8,8
B21	Horte in öffentlicher und privater Trägerschaft	- 0,0	1,7	0,7	2,4	2,8
B22	Einrichtungen der Jugendarbeit	0,2	0,1	1,8	2,2	2,2
B23	Volkshochschulen	0,2	0,4	0,3	0,9	1,4
B24	Sonstige Bildungsangebote (z.B. Bildungseinrichtungen der Kammern, Lehrerfortbildung)	2,2	0,2	0,0	2,5	2,5
B30	Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildung <sup>8)</sup>	1,2	0,0	–	1,2	1,2
A+B	Bildungsbudget insgesamt	29,9	142,7	45,7	218,3	267,5

Bei den Summen kann es aufgrund von Rundungen in den Zwischensummen zu Abweichungen kommen.

Finanzierungsrechnung mit Berücksichtigung des Zahlungsverkehrs zwischen Gebietskörperschaften, Abgrenzung nach dem Konzept 2015.

Hinweise und Fußnoten siehe **Tab. 2.1-1**.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2022/2023

Tabelle 2.4-1b: Finanzierungsstruktur (Abschließende Mittelbereitstellung) des Budgets für Bildung, Forschung und Wissenschaft nach Bereichen 2022

Bereich		Öffentlicher Bereich				Insgesamt
		Bund	Länder	Gemeinden	Insgesamt	
		in Mrd. Euro				
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung <sup>1)</sup>	18,4	125,3	63,6	207,3	242,7
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft	9,4	121,6	62,1	193,1	220,7
A31	ISCED 0 – Elementarbereich <sup>2)</sup>	0,0	5,6	33,2	38,8	43,9
	darunter: Ausgaben für Kinder unter 3 Jahren	–	2,3	11,4	13,6	16,2
	Ausgaben für Kinder ab 3 Jahren bis Schuleintritt	0,0	3,4	21,8	25,2	27,6
A32	ISCED 1-4 – Schulen und schulnaher Bereich	2,7	77,8	28,1	108,6	123,1
	darunter: Allgemeinbildende Bildungsgänge	0,0	69,4	20,0	89,4	91,3
	Berufliche Bildungsgänge <sup>3)</sup>	0,7	7,9	4,9	13,4	15,5
	Betriebliche Ausbildung im Dualen System <sup>4)</sup>	2,0	0,5	0,5	3,1	13,3
A33	ISCED 5-8 – Tertiärbereich <sup>5)</sup>	6,3	35,3	0,4	42,0	50,1
	darunter: Berufsorientierte Bildungsgänge	0,1	1,3	0,3	1,7	2,0
	Akademische Bildungsgänge (Bildungsgänge an Hochschulen)	5,9	33,4	0,0	39,3	46,4
	darunter: Forschung und Entwicklung an Hochschulen	5,5	12,6	0,0	18,0	22,0
A34	Sonstiges (keiner ISCED-Stufe zugeordnet) <sup>6)</sup>	0,3	2,9	0,4	3,6	3,6
A40	Ausgaben privater Haushalte für Bildungsgüter und -dienste außerhalb von Bildungseinrichtungen	–	–	–	–	7,8
A50	Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen	9,0	3,7	1,5	14,2	14,2
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	4,2	1,6	5,2	10,9	24,7
B10	Betriebliche Weiterbildung <sup>7)</sup>	0,3	0,9	0,6	1,8	14,7
B20	Ausgaben für weitere Bildungsangebote	2,7	0,7	4,6	8,0	8,8
B21	Horte in öffentlicher und privater Trägerschaft	–	0,1	2,3	2,4	2,8
B22	Einrichtungen der Jugendarbeit	0,2	0,1	1,8	2,2	2,2
B23	Volkshochschulen	0,2	0,3	0,4	0,9	1,4
B24	Sonstige Bildungsangebote (z. B. Bildungseinrichtungen der Kammern, Lehrerfortbildung)	2,2	0,2	0,0	2,5	2,5
B30	Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildung <sup>8)</sup>	1,2	0,0	–	1,2	1,2
A+B	Bildungsbudget insgesamt	22,6	126,9	68,7	218,3	267,5

Bei den Summen kann es aufgrund von Rundungen in den Zwischensummen zu Abweichungen kommen.

Finanzierungsrechnung ohne Berücksichtigung des Zahlungsverkehrs zwischen Gebietskörperschaften, Abgrenzung nach dem Konzept 2015.

Hinweise und Fußnoten siehe **Tab. 2.1-1**.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2022/2023

Tabelle 2.5-1: Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft nach durchführenden Sektoren 2022

Bereich	Ausgaben		Insgesamt	
	öffentlicher Bereich	privater Bereich		
	in Mrd. Euro			
A	Bildungsbudget in internationaler Abgrenzung gemäß ISCED-Gliederung <sup>1)</sup>	164,1	78,6	242,7
A30	Ausgaben für Bildungseinrichtungen	164,1	56,6	220,7
A31	ISCED 0 – Elementarbereich <sup>2)</sup>	17,5	26,4	43,9
	darunter: Ausgaben für Kinder unter 3 Jahren	5,4	10,8	16,2
	Ausgaben für Kinder ab 3 Jahren bis Schuleintritt	12,1	15,5	27,6
A32	ISCED 1-4 – Schulen und schulnaher Bereich	96,3	26,8	123,1
	darunter: Allgemeinbildende Bildungsgänge	82,8	8,5	91,3
	Berufliche Bildungsgänge <sup>3)</sup>	9,3	6,2	15,5
	Betriebliche Ausbildung im Dualen System <sup>4)</sup>	1,2	12,2	13,3
A33	ISCED 5-8 – Tertiärbereich <sup>5)</sup>	46,7	3,4	50,1
	darunter: Berufsorientierte Bildungsgänge	1,1	0,9	2,0
	Akademische Bildungsgänge (Bildungsgänge an Hochschulen)	44,0	2,4	46,4
	darunter: Forschung und Entwicklung an Hochschulen	21,5	0,6	22,1
A34	Sonstiges (keiner ISCED-Stufe zugeordnet) <sup>6)</sup>	3,6	–	3,6
A40	Ausgaben privater Haushalte für Bildungsgüter und -dienste außerhalb von Bildungseinrichtungen	–	–	7,8
A50	Ausgaben für die Förderung von Bildungsteilnehmenden in ISCED-Bildungsgängen	–	–	14,2
B	Zusätzliche bildungsrelevante Ausgaben in nationaler Abgrenzung	3,0	21,7	24,7
B10	Betriebliche Weiterbildung <sup>7)</sup>	–	14,7	14,7
B20	Ausgaben für weitere Bildungsangebote	3,0	5,9	8,8
B21	Horte in öffentlicher und privater Trägerschaft	1,7	1,1	2,8
B22	Einrichtungen der Jugendarbeit	1,1	1,1	2,2
B23	Volkshochschulen	–	1,4	1,4
B24	Sonstige Bildungsangebote (z. B. Bildungseinrichtungen der Kammern, Lehrerfortbildung)	0,2	2,3	2,5
B30	Förderung von Teilnehmenden an Weiterbildung <sup>8)</sup>	–	1,2	1,2
A + B	Bildungsbudget insgesamt	167,1	78,3	267,5
Nachrichtlich:				
	Unterstellte Sozialbeiträge für aktive Beamtinnen und Beamte des Bildungs- und Forschungsbereichs, im Budget enthalten (Versorgungszuschlag)	16,2	–	16,2
	Versorgungsausgaben und Beihilfen der öffentlichen Haushalte für pensionierte Beamtinnen und Beamte des Schul- und Hochschulbereichs (Ergebnisse der Jahresrechnungs- oder Haushaltsansatzstatistik der Funktionen 118 und 138)	27,4	–	27,4

Durchführungsrechnung, Abgrenzung nach dem Konzept 2015.

Eine Darstellung der Ausgaben nach öffentlicher Bereich/privater Bereich ist für die Einzelpositionen A40, A50, B24 und B30 aus methodischen Gründen nicht möglich. Für diese Positionen kann nur der Insgesamt-Wert ausgewiesen werden. Die Summe aus öffentlicher Bereich/privater Bereich ergibt aus diesem Grund nicht zwingend den Insgesamt-Wert.

Weitere Hinweise und Fußnoten siehe **Tab. 2.1-1**.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2022/2023



**Tabelle 2.6-1: Versorgungsausgaben der öffentlichen Haushalte für pensionierte Beamtinnen und Beamte sowie unterstellte Sozialbeiträge für aktive Beamtinnen und Beamte 2011<sup>1)</sup>**

Gebiet	Versorgungsausgaben der öffentlichen Haushalte für pensionierte Beamtinnen und Beamte			Unterstellte Beiträge zur Alterssicherung der öffentlichen Haushalte für aktive Beamtinnen und Beamte						
	Insgesamt	davon		Insgesamt	davon					
		Funktion 118	Funktion 138		Funktionen 11/12	Hochschulfinanzstatistik	Funktion 14	Funktion 15	Funktionen 261, 271, 264, 274	Sonstiges
	in Tsd. Euro									
Baden-Württemberg	2 397 055	2 058 216	338 839	1 469 731	1 268 562	164 654	25	6 541	1 887	28 062
Bayern	2 336 771	2 007 037	329 734	1 499 538	1 265 560	200 133	77	2 172	1 058	30 538
Berlin	538 838	417 940	120 898	350 437	281 981	52 053	–	2 129	–	14 274
Brandenburg	27 989	19 836	8 153	215 964	186 988	16 633	16	3 953	151	8 223
Bremen <sup>2)</sup>	135 835	135 835	–	93 392	67 536	18 321	–	1 563	–	5 972
Hamburg	401 130	353 605	47 525	247 857	202 520	28 550	–	7 253	–	9 534
Hessen <sup>2)</sup>	1 324 073	1 153 566	170 507	787 560	674 817	84 152	142	356	1 057	27 035
Mecklenburg-Vorpommern	6 977	1 726	5 251	24 646	1 049	19 479	–	186	35	3 898
Niedersachsen <sup>2)</sup>	1 575 084	1 418 234	156 850	994 543	885 629	77 952	311	3 367	1 602	25 682
Nordrhein-Westfalen <sup>2)</sup>	3 601 779	3 137 606	464 173	2 055 679	1 783 208	193 752	1 080	32 071	6 260	39 307
Rheinland-Pfalz <sup>2)</sup>	760 659	726 529	34 130	508 475	431 578	48 673	51	10 280	1 275	16 619
Saarland	250 236	228 683	21 553	120 758	96 826	16 765	11	422	203	6 530
Sachsen	21 158	3 865	17 293	64 479	19 951	35 778	–	59	9	8 682
Sachsen-Anhalt	21 349	10 488	10 861	86 873	56 112	22 176	12	771	26	7 776
Schleswig-Holstein <sup>2)</sup>	571 281	519 666	51 615	327 913	294 419	21 940	61	2 428	625	8 440
Thüringen	13 247	13 247	–	187 693	155 664	24 919	6	746	12	6 347
Flächenländer West	12 816 938	11 249 537	1 567 401	7 764 196	6 700 599	808 021	1 758	57 637	13 966	182 215
Flächenländer Ost	90 720	49 162	41 558	579 656	419 764	118 985	33	5 715	233	34 926
Stadtstaaten	1 075 803	907 380	168 423	691 686	552 037	98 924	–	10 945	–	29 779
Länder (einschl. Stadtstaaten)	13 983 461	12 206 079	1 777 382	9 035 537	7 672 400	1 025 930	1 792	74 297	14 199	246 919
Bund	–	–	–	24 790	–	9 471	–	–	–	15 320
Insgesamt	13 983 461	12 206 079	1 777 382	9 060 328	7 672 400	1 035 401	1 792	74 297	14 199	262 239

Gebiet	Beihilfen der öffentlichen Haushalte für pensionierte Beamtinnen und Beamte			Unterstellte Beiträge zur Beihilfe der öffentlichen Haushalte für aktive Beamtinnen und Beamte						
	Insgesamt	davon		Insgesamt	davon					
		Funktion 118	Funktion 138		Funktionen 11/12	Hochschulfinanzstatistik	Funktion 14	Funktion 15	Funktionen 261, 271, 264, 274	Sonstiges
	in Tsd. Euro									
Baden-Württemberg	419 999	366 231	53 768	356 961	308 102	39 990	6	1 589	458	6 816
Bayern	367 652	321 387	46 265	364 201	307 373	48 607	19	528	257	7 417
Berlin	71 938	62 582	9 356	85 112	68 486	12 642	–	517	–	3 467
Brandenburg	3 574	2 655	919	52 452	45 415	4 040	4	960	37	1 997
Bremen <sup>2)</sup>	13 542	13 542	–	22 683	16 403	4 450	–	380	–	1 450
Hamburg	61 200	52 217	8 983	60 198	49 187	6 934	–	1 762	–	2 315
Hessen <sup>2)</sup>	–	–	–	191 279	163 896	20 438	35	87	257	6 566
Mecklenburg-Vorpommern	–	–	–	5 986	255	4 731	–	45	8	947
Niedersachsen <sup>2)</sup>	–	–	–	241 550	215 097	18 933	76	818	389	6 237
Nordrhein-Westfalen <sup>2)</sup>	537 365	537 365	–	499 274	433 097	47 058	262	7 789	1 520	9 547
Rheinland-Pfalz <sup>2)</sup>	126 848	122 200	4 648	123 496	104 820	11 822	12	2 497	310	4 036
Saarland	35 704	33 828	1 876	29 329	23 517	4 072	3	102	49	1 586
Sachsen	2 068	136	1 932	15 660	4 846	8 690	–	14	2	2 109
Sachsen-Anhalt	2 271	1 141	1 130	21 099	13 628	5 386	3	187	6	1 889
Schleswig-Holstein <sup>2)</sup>	–	–	–	79 642	71 507	5 329	15	590	152	2 050
Thüringen	2 259	1 338	921	45 586	37 807	6 052	1	181	3	1 541
Flächenländer West	1 487 568	1 381 011	106 557	1 885 732	1 627 410	196 248	427	13 999	3 392	44 255
Flächenländer Ost	10 172	5 270	4 902	140 784	101 950	28 898	8	1 388	57	8 483
Stadtstaaten	146 680	128 341	18 339	167 993	134 076	24 026	–	2 658	–	7 233
Länder (einschl. Stadtstaaten)	1 644 420	1 514 622	129 798	2 194 509	1 863 437	249 173	435	18 045	3 449	59 971
Bund	–	–	–	6 021	–	2 300	–	–	–	3 721
Insgesamt	1 644 420	1 514 622	129 798	2 200 530	1 863 437	251 473	435	18 045	3 449	63 691

Hinweise und Fußnoten siehe Folgeseite.

Fortsetzung Tabelle 2.6-1

Gebiet	Versorgungsausgaben und Beihilfen der öffentlichen Haushalte für pensionierte Beamtinnen und Beamte			Unterstellte Sozialbeiträge der öffentlichen Haushalte für aktive Beamtinnen und Beamte (unterstellte Beiträge zur Alterssicherung und zur Beihilfe)						
	Insgesamt	davon		Insgesamt	davon					
		Funktion 118	Funktion 138		Funktionen 11/12	Hochschulfinanzstatistik	Funktion 14	Funktion 15	Funktionen 261, 271, 264, 274	Sonstiges
	in Tsd. Euro									
Baden-Württemberg	2 817 054	2 424 447	392 607	1 826 693	1 576 664	204 644	31	8 130	2 345	34 878
Bayern	2 704 423	2 328 424	375 999	1 863 738	1 572 933	248 741	95	2 700	1 315	37 955
Berlin	610 776	480 522	130 254	435 549	350 467	64 695	–	2 646	–	17 740
Brandenburg	31 563	22 491	9 072	268 416	232 403	20 672	20	4 912	188	10 220
Bremen <sup>2)</sup>	149 377	149 377	–	116 075	83 939	22 771	–	1 943	–	7 422
Hamburg	462 330	405 822	56 508	308 055	251 707	35 484	–	9 014	–	11 849
Hessen <sup>2)</sup>	1 324 073	1 153 566	170 507	978 838	838 714	104 590	177	443	1 313	33 602
Mecklenburg-Vorpommern	6 977	1 726	5 251	30 632	1 304	24 210	–	231	43	4 844
Niedersachsen <sup>2)</sup>	1 575 084	1 418 234	156 850	1 236 094	1 100 726	96 885	387	4 185	1 991	31 919
Nordrhein-Westfalen <sup>2)</sup>	4 139 144	3 674 971	464 173	2 554 952	2 216 305	240 810	1 342	39 860	7 781	48 854
Rheinland-Pfalz <sup>2)</sup>	887 507	848 729	38 778	631 972	536 398	60 495	63	12 776	1 584	20 655
Saarland	285 940	262 511	23 429	150 087	120 343	20 837	14	524	252	8 117
Sachsen	23 226	4 001	19 225	80 139	24 797	44 467	–	74	11	10 791
Sachsen-Anhalt	23 620	11 629	11 991	107 973	69 741	27 562	15	959	32	9 665
Schleswig-Holstein <sup>2)</sup>	571 281	519 666	51 615	407 554	365 926	27 269	76	3 018	776	10 490
Thüringen	15 506	14 585	921	233 279	193 471	30 971	7	927	15	7 888
Flächenländer West	14 304 506	12 630 548	1 673 958	9 649 928	8 328 009	1 004 270	2 186	71 636	17 358	226 470
Flächenländer Ost	100 892	54 432	46 460	720 440	521 715	147 883	42	7 103	289	43 408
Stadtstaaten	1 222 483	1 035 721	186 762	859 679	686 113	122 951	–	13 603	–	37 012
Länder (einschl. Stadtstaaten)	15 627 881	13 720 701	1 907 180	11 230 047	9 535 837	1 275 103	2 227	92 342	17 648	306 890
Bund	–	–	–	30 811	–	11 771	–	–	–	19 041
Insgesamt	15 627 881	13 720 701	1 907 180	11 260 858	9 535 837	1 286 874	2 227	92 342	17 648	325 930

Funktion 118 = Versorgung bzw. Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der Schulen;  
 Funktion 138 = Versorgung bzw. Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger im Bereich der Hochschulen;  
 andere Funktionen siehe **Anhang A 1**.

- 1) Daten der Jahresrechnungsstatistik werden im Bildungsfinanzbericht nur bis 2011 verwendet. Mit der ab 2012 verwendeten Haushaltsansatzstatistik kann die Tabelle nicht identisch fortgeschrieben werden. Der Datenstand ist daher 2011.
- 2) Nach Auffassung der Zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister (ZDL) werden in den Ländern Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein Versorgungszahlungen und Beihilfen an pensionierte Beamtinnen und Beamte des Schul- und Hochschulbereichs teilweise unter anderen Funktionen nachgewiesen. Nach Schätzungen der ZDL sind in der Tabelle die Versorgungsausgaben und die Beihilfeausgaben um jeweils 0,2 Mrd. Euro unterzeichnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistik 2011, Hochschulfinanzstatistik 2011, eigene Berechnungen

Tabelle 2.6-2: Beihilfeausgaben der öffentlichen Haushalte für pensionierte und aktive Beamtinnen und Beamte 2011<sup>1)</sup>

Gebiet	Beihilfen der öffentlichen Haushalte für pensionierte Beamtinnen und Beamte			Beihilfen der öffentlichen Haushalte für aktive Beamtinnen und Beamte					
	Insge- samt	davon		Insge- samt	davon				
		Funktion 118	Funktion 138		Funk- tionen 11/12	Hoch- schul- finanz- statistik	Funktion 14	Funktion 15	Funkti- onen 261, 271, 264, 274
	in Tsd. Euro								
Baden-Württemberg	419 999	366 231	53 768	312 064	279 600	29 458	78	237	2 691
Bayern	367 652	321 387	46 265	337 877	301 570	33 579	58	373	2 298
Berlin	71 938	62 582	9 356	63 533	54 170	9 216	–	148	–
Brandenburg	3 574	2 655	919	27 868	25 625	1 449	0	707	87
Bremen <sup>2)</sup>	13 542	13 542	–	14 009	9 129	4 673	–	166	42
Hamburg	61 200	52 217	8 983	61 369	23 241	36 221	–	1 876	31
Hessen <sup>2)</sup>	–	–	–	146 543	119 182	12 653	24	13 594	1 089
Mecklenburg-Vorpommern	–	–	–	3 648	1 283	2 299	2	32	32
Niedersachsen <sup>2)</sup>	–	–	–	172 257	148 817	12 194	106	9 785	1 354
Nordrhein-Westfalen <sup>2)</sup>	537 365	537 365	–	420 717	378 279	31 949	580	2 167	7 741
Rheinland-Pfalz <sup>2)</sup>	126 848	122 200	4 648	107 450	90 027	7 806	196	7 678	1 743
Saarland	35 704	33 828	1 876	32 582	16 533	14 356	13	1 524	156
Sachsen	2 068	136	1 932	9 570	4 678	4 833	2	9	47
Sachsen-Anhalt	2 271	1 141	1 130	14 652	8 162	6 320	0	85	85
Schleswig-Holstein <sup>2)</sup>	–	–	–	53 565	52 434	202	40	303	586
Thüringen	2 259	1 338	921	23 759	21 649	1 897	0	101	112
Flächenländer West	1 487 568	1 381 011	106 557	1 583 055	1 386 442	142 198	1 096	35 661	17 658
Flächenländer Ost	10 172	5 270	4 902	79 498	61 397	16 797	5	935	363
Stadtstaaten	146 680	128 341	18 339	138 911	86 539	50 110	–	2 190	73
Länder (einschl. Stadt staaten)	1 644 420	1 514 622	129 798	1 801 464	1 534 379	209 104	1 101	38 786	18 094
Bund	–	–	–	1 017	–	882	–	135	–
Insgesamt	1 644 420	1 514 622	129 798	1 802 480	1 534 379	209 986	1 101	38 921	18 094

Hinweise und Fußnote siehe **Tab. 2.6-1**.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistik 2011, Hochschulfinanzstatistik 2011, eigene Berechnungen

Tabelle 3.1-1: Öffentliche Bildungsausgaben nach Ländern und Körperschaftsgruppen

Körperschaftsgruppe	2010	2015	2020	2022	2023	2024	2024	2025
		vorl. Ist					Soll	
	Grundmittel in Mill. Euro							
<b>Flächenländer</b>								
Baden-Württemberg	13 139	15 456	20 037	20 781	21 744	23 150	22 042	23 606
Staat	10 245	12 239	15 527	15 785	16 186	17 035	15 927	17 307
Gemeinden und Zweckv.	2 894	3 218	4 510	4 996	5 558	6 115	6 115	6 299
Bayern	15 092	18 298	24 340	26 272	27 882	29 940	30 354	31 604
Staat	10 974	13 435	17 139	18 648	19 386	20 568	20 982	21 951
Gemeinden und Zweckv.	4 118	4 863	7 200	7 624	8 496	9 372	9 372	9 653
Brandenburg	2 422	2 755	4 028	4 483	4 952	5 591	5 388	5 805
Staat	1 543	1 753	2 592	2 744	3 047	3 418	3 215	3 567
Gemeinden und Zweckv.	879	1 002	1 436	1 739	1 906	2 172	2 172	2 238
Hessen	8 095	9 173	11 531	12 899	13 710	14 984	14 853	15 030
Staat	5 475	6 285	7 424	8 302	8 681	9 422	9 291	9 300
Gemeinden und Zweckv.	2 620	2 888	4 107	4 597	5 029	5 562	5 562	5 729
Mecklenburg-Vorpommern	1 800	2 002	2 677	2 989	3 164	3 352	3 228	3 367
Staat	1 343	1 493	1 956	2 155	2 246	2 371	2 247	2 357
Gemeinden und Zweckv.	458	510	721	835	919	981	981	1 010
Niedersachsen	9 106	10 654	13 974	14 913	16 113	17 776	17 546	18 772
Staat	6 394	7 471	9 080	9 849	9 978	10 853	10 623	11 642
Gemeinden und Zweckv.	2 712	3 183	4 894	5 064	6 135	6 923	6 923	7 130
Nordrhein-Westfalen	21 343	25 221	32 147	35 905	37 504	40 917	39 644	41 512
Staat	16 351	19 692	24 436	26 981	27 911	30 254	28 982	30 530
Gemeinden und Zweckv.	4 992	5 529	7 712	8 925	9 593	10 662	10 662	10 982
Rheinland-Pfalz <sup>1)</sup>	4 852	5 421	6 239	7 153	7 575	7 926	7 870	8 954
Staat	3 778	4 138	4 397	4 959	5 038	5 317	5 260	6 266
Gemeinden und Zweckv.	1 074	1 284	1 842	2 194	2 537	2 609	2 609	2 688
Saarland	1 120	1 227	1 401	1 681	1 772	1 979	1 967	2 054
Staat	827	849	986	1 189	1 220	1 359	1 346	1 415
Gemeinden und Zweckv.	293	378	415	491	552	620	620	639
Sachsen	5 049	5 636	7 381	7 894	8 622	9 151	9 043	9 307
Staat	3 817	4 203	5 560	5 774	6 120	6 399	6 290	6 472
Gemeinden und Zweckv.	1 232	1 433	1 822	2 121	2 502	2 752	2 752	2 835
Sachsen-Anhalt	2 696	2 909	3 680	3 853	4 077	4 127	4 138	4 376
Staat	2 043	2 243	2 657	2 742	2 917	2 846	2 857	3 057
Gemeinden und Zweckv.	652	666	1 024	1 111	1 159	1 281	1 281	1 319
Schleswig-Holstein	2 957	3 376	4 644	5 312	5 626	6 172	6 266	6 140
Staat	2 006	2 183	3 046	3 481	3 582	3 939	4 033	3 840
Gemeinden und Zweckv.	951	1 193	1 598	1 831	2 044	2 233	2 233	2 300
Thüringen	2 650	2 817	3 351	3 609	3 877	4 060	4 169	4 356
Staat	2 114	2 251	2 656	2 832	2 986	3 098	3 207	3 366
Gemeinden und Zweckv.	536	566	695	777	891	962	962	991
<b>Flächenländer insgesamt</b>	<b>90 320</b>	<b>104 947</b>	<b>135 431</b>	<b>147 745</b>	<b>156 618</b>	<b>169 125</b>	<b>166 508</b>	<b>174 884</b>
Flächenländer West	75 704	88 828	114 314	124 916	131 926	142 844	140 543	147 673
Staat	56 049	66 292	82 035	89 193	91 983	98 747	96 445	102 252
Gemeinden und Zweckv.	19 654	22 536	32 279	35 723	39 943	44 097	44 097	45 420
Flächenländer Ost	14 617	16 119	21 117	22 829	24 692	26 281	25 965	27 212
Staat	10 861	11 942	15 420	16 246	17 315	18 132	17 817	18 819
Gemeinden und Zweckv.	3 756	4 177	5 697	6 583	7 377	8 148	8 148	8 393
<b>Stadtstaaten insgesamt</b>	<b>8 129</b>	<b>10 258</b>	<b>14 347</b>	<b>16 557</b>	<b>16 840</b>	<b>17 923</b>	<b>17 622</b>	<b>18 669</b>
Berlin	4 591	6 049	8 558	9 975	10 142	10 720	10 935	11 500
Bremen	881	999	1 525	1 670	1 774	1 907	1 737	1 737
Hamburg	2 657	3 210	4 263	4 912	4 924	5 296	4 950	5 433
<b>Länder (einschl. Stadtstaaten)</b>	<b>98 450</b>	<b>115 205</b>	<b>149 778</b>	<b>164 302</b>	<b>173 458</b>	<b>187 048</b>	<b>184 129</b>	<b>193 554</b>
Staat	75 039	88 491	111 802	121 996	126 137	134 803	131 884	139 740
Gemeinden und Zweckv.	23 410	26 713	37 976	42 306	47 320	52 246	52 246	53 813
<b>Bund</b>	<b>7 769</b>	<b>10 538</b>	<b>14 223</b>	<b>12 506</b>	<b>11 583</b>	<b>11 398</b>	<b>11 759</b>	<b>12 164</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>106 219</b>	<b>125 743</b>	<b>164 002</b>	<b>176 808</b>	<b>185 040</b>	<b>198 447</b>	<b>195 888</b>	<b>205 718</b>
Staat	82 809	99 029	126 026	134 502	137 720	146 201	143 642	151 904
Gemeinden und Zweckv.	23 410	26 713	37 976	42 306	47 320	52 246	52 246	53 813

1) Siehe **Anhang A 5.2**.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, eigene Berechnungen

Tabelle 3.1-2: Kommunalinvestitionsförderungsfonds<sup>1)</sup>

Förderbereich	Anzahl	Investitionsvolumen	
		in Mill. Euro	in %
<b>Gemäß § 3 KInvFG<sup>2)</sup></b>	<b>12 940</b>	<b>5 642</b>	<b>100,0</b>
<b>Investitionen mit Schwerpunkt Infrastruktur</b>	<b>7 574</b>	<b>2 878</b>	<b>51,0</b>
Krankenhäuser	181	192	3,4
Lärmbekämpfung	352	202	3,6
Städtebau	1 503	1 100	19,5
Informationstechnologie (50 Mbit-Ausbauziel)	356	181	3,2
Energetische Sanierung sonstiger Infrastruktur	4 462	982	17,4
Luftreinhaltung	719	221	3,9
<b>Investitionen mit Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur</b>	<b>5 366</b>	<b>2 765</b>	<b>49,0</b>
Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur	2 306	943	16,7
Energetische Sanierung von Schulinfrastruktureinrichtungen	3 022	1 799	31,9
Energetische Sanierung von Weiterbildungseinrichtungen	35	17	0,3
Modernisierung von überbetrieblichen Bildungsstätten	3	5	0,1
<b>Gemäß § 10 KInvFG<sup>3)</sup></b>	<b>5 116</b>	<b>6 636</b>	<b>100,0</b>
Sanierung, Umbau, Erweiterung von Schulgebäuden	5 116	6 636	100,0

1) Meldung der Vorhaben nach § 5 Nr. 2 VV zum 30. Juni 2025 und nach § 7 Nr. 22 VV zum 31. März 2025, welche beantragte, bewilligte und abgeschlossene Maßnahmen einschließen.

2) Darin enthalten sind die Finanzhilfen des Bundes in Höhe von 3,5 Mrd. Euro.

3) Hierfür planen die Kommunen Finanzhilfen in Höhe von 3,4 Mrd. Euro ein (Betrag abzgl. vorläufiger Bewilligungskontingente in Bayern und Sachsen).

Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Tabelle 3.1.2-1: Durchschnittliche Monatsbruttogehälter 2024 nach Bildungsbereichen für die Beschäftigten in öffentlichen Bildungseinrichtungen

Gebiet	Kindertages- betreuung nach dem SGB VIII (27)	Grundschulen (112)	Weiterführende allgemeinbil- dende Schulen (ohne Sonder- schulen/ Förder- schulen) (114)	Berufliche Schulen (127)	Hochschulen und Berufs- akademien (133)	Schulen (11/12)
	in Euro					
Baden-Württemberg <sup>1)</sup>	4 500	–	6 900	7 200	6 300	6 800
Bayern	4 800	6 600	7 200	7 300	6 300	7 000
Berlin	4 200	5 600	6 400	6 300	6 000	6 000
Brandenburg	4 600	6 500	6 700	6 800	6 000	6 500
Bremen	4 900	6 300	6 500	6 600	6 100	6 400
Hamburg <sup>2)</sup>	–	6 100	6 500	6 700	5 900	6 300
Hessen	4 700	6 700	7 500	7 700	6 500	7 300
Mecklenburg-Vorpommern	4 600	5 800	6 100	5 900	6 100	5 900
Niedersachsen	4 600	6 200	6 700	6 700	5 900	6 500
Nordrhein-Westfalen	4 700	6 300	6 800	7 200	5 900	6 600
Rheinland-Pfalz	4 500	6 100	6 800	7 000	6 200	6 500
Saarland	4 500	5 800	7 100	7 000	6 000	6 600
Sachsen	4 600	6 300	6 500	6 300	5 900	6 300
Sachsen-Anhalt	4 600	5 400	5 700	5 200	5 400	5 400
Schleswig-Holstein	4 600	6 100	6 700	6 800	6 200	6 500
Thüringen	4 500	5 900	6 700	6 500	6 100	6 300
<b>Flächenländer West</b>	<b>4 600</b>	<b>6 300</b>	<b>7 000</b>	<b>7 200</b>	<b>6 200</b>	<b>6 800</b>
<b>Flächenländer Ost</b>	<b>4 600</b>	<b>6 100</b>	<b>6 400</b>	<b>6 300</b>	<b>5 900</b>	<b>6 200</b>
<b>Stadtstaaten</b>	<b>4 300</b>	<b>5 800</b>	<b>6 500</b>	<b>6 500</b>	<b>6 000</b>	<b>6 200</b>
<b>Deutschland</b>	<b>4 600</b>	<b>6 200</b>	<b>6 900</b>	<b>7 000</b>	<b>6 100</b>	<b>6 600</b>

1) Baden-Württemberg weist aufgrund des Verbundlehramts für Grund- und Haupt-/Werkrealschulen keine gesonderten Werte für Lehrkräfte an Grundschulen nach. Der Nachweis erfolgt bei den öffentlichen, weiterführenden allgemeinbildenden Schulen.

2) In Hamburg findet die Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII in aus dem Haushalt ausgegliederten Einheiten statt. Daher sind in der Personalstandstatistik des öffentlichen Dienstes keine Daten verfügbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Personalstandstatistik des öffentlichen Dienstes, eigene Berechnungen

Tabelle 3.1.2-2: Durchschnittliche Monatsbruttogehälter nach Bildungsbereichen für die Beschäftigten in öffentlichen Bildungseinrichtungen

Bildungsbereich und Entgeltgruppe	2015	2020	2021	2022	2023	2024
	in Euro					
Öffentliche Kindertagesbetreuung nach dem SGB VIII E8	3 200	3 700	3 800	3 800	4 200	4 500
Öffentliche Grundschulen A12	4 900	5 600	5 700	5 900	6 000	6 500
Öffentliche Grundschulen A13	5 700	6 400	6 500	6 700	6 800	7 200
Öffentliche Grundschulen E11	4 400	5 000	5 000	5 000	5 200	5 200
Öffentliche Grundschulen E13	5 100	5 700	5 800	5 900	6 100	6 100
Öffentliche weiterführende allgemeinbildende Schulen A13	5 300	6 100	6 300	6 400	6 600	7 000
Öffentliche weiterführende allgemeinbildende Schulen A14	6 300	7 100	7 300	7 500	7 600	8 000
Öffentliche weiterführende allgemeinbildende Schulen E13	4 900	5 700	5 800	5 800	6 000	6 000
Öffentliche berufliche Schulen A13	5 400	6 200	6 300	6 500	6 600	7 000
Öffentliche berufliche Schulen A14	6 300	7 200	7 300	7 500	7 600	8 000
Öffentliche berufliche Schulen E13	5 000	5 700	5 800	5 900	6 100	6 100
Öffentliche Hochschulen und Berufsakademien W2	7 400	8 700	8 800	9 000	9 200	9 600
Öffentliche Hochschulen und Berufsakademien W3	9 500	11 000	11 200	11 500	11 800	12 200
Öffentliche Hochschulen und Berufsakademien E13	4 300	4 900	5 000	5 100	5 300	5 300

Quelle: Statistisches Bundesamt, Personalstandstatistik des öffentlichen Dienstes, eigene Berechnungen

Tabelle 3.2-1: Nominale und reale öffentliche Bildungsausgaben nach Körperschaftsgruppen (Basisjahr 2010)

Körperschaftsgruppe	2010	2015	2020	2021	2022	2023	2024
	in Mill. Euro						
Nominale Ausgaben							
Insgesamt	106 219	125 743	164 002	167 412	176 808	185 040	198 447
Bund	7 769	10 538	14 223	11 942	12 506	11 583	11 398
Länder	75 039	88 491	111 802	115 996	121 996	126 137	134 803
Gemeinden und Zweckverbände	23 410	26 713	37 976	39 473	42 306	47 320	52 246
Reale Ausgaben							
Insgesamt	106 219	115 871	139 104	138 125	137 501	135 574	141 017
Bund	7 769	9 711	12 064	9 853	9 726	8 486	8 100
Länder	75 039	81 544	94 829	95 704	94 875	92 418	95 791
Gemeinden und Zweckverbände	23 410	24 616	32 211	32 568	32 901	34 671	37 126
BIP-Deflator							
Basisjahr 2010	100,0	108,5	117,9	121,2	128,6	136,5	140,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, eigene Berechnungen

Tabelle 3.3-1: Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zur Bevölkerung nach Ländern und Körperschaftsgruppen

Körperschaftsgruppe	2010	2015	2020	2022	2023	2024	2024	2025
		vorl. Ist					Soll	
	Grundmittel je Einwohnerin und Einwohner in Euro							
<b>Flächenländer</b>								
Baden-Württemberg	1 222	1 421	1 805	1 842	1 936	2 059	1 960	2 071
Staat	953	1 125	1 398	1 399	1 441	1 515	1 416	1 519
Gemeinden und Zweckv.	269	296	406	443	495	544	544	553
Bayern	1 205	1 425	1 852	1 965	2 116	2 260	2 291	2 331
Staat	876	1 046	1 304	1 395	1 471	1 552	1 584	1 619
Gemeinden und Zweckv.	329	379	548	570	645	707	707	712
Brandenburg	966	1 109	1 591	1 742	1 939	2 187	2 107	2 248
Staat	615	705	1 024	1 066	1 193	1 337	1 258	1 382
Gemeinden und Zweckv.	350	403	567	676	746	850	850	867
Hessen	1 335	1 485	1 832	2 018	2 187	2 386	2 365	2 337
Staat	903	1 018	1 180	1 299	1 385	1 500	1 479	1 446
Gemeinden und Zweckv.	432	468	653	719	802	886	886	891
Mecklenburg-Vorpommern	1 093	1 242	1 662	1 836	2 005	2 130	2 051	2 081
Staat	816	926	1 214	1 323	1 423	1 507	1 428	1 457
Gemeinden und Zweckv.	278	316	448	513	582	623	623	624
Niedersachsen	1 149	1 344	1 746	1 832	2 012	2 221	2 192	2 286
Staat	807	943	1 135	1 210	1 246	1 356	1 327	1 418
Gemeinden und Zweckv.	342	402	612	622	766	865	865	868
Nordrhein-Westfalen	1 195	1 412	1 793	1 979	2 082	2 269	2 198	2 290
Staat	916	1 102	1 363	1 487	1 549	1 678	1 607	1 684
Gemeinden und Zweckv.	280	309	430	492	532	591	591	606
Rheinland-Pfalz <sup>1)</sup>	1 211	1 338	1 522	1 720	1 836	1 919	1 906	2 136
Staat	943	1 021	1 073	1 192	1 221	1 288	1 274	1 495
Gemeinden und Zweckv.	268	317	449	528	615	632	632	641
Saarland	1 098	1 233	1 424	1 693	1 748	1 955	1 943	2 089
Staat	811	853	1 002	1 198	1 204	1 342	1 330	1 440
Gemeinden und Zweckv.	287	380	422	495	544	613	613	650
Sachsen	1 215	1 380	1 819	1 932	2 126	2 264	2 237	2 307
Staat	918	1 029	1 370	1 413	1 509	1 583	1 556	1 604
Gemeinden und Zweckv.	296	351	449	519	617	681	681	703
Sachsen-Anhalt	1 150	1 296	1 688	1 762	1 901	1 932	1 937	2 051
Staat	871	999	1 218	1 254	1 360	1 333	1 338	1 433
Gemeinden und Zweckv.	278	297	469	508	541	600	600	618
Schleswig-Holstein	1 044	1 181	1 596	1 799	1 905	2 086	2 117	2 059
Staat	708	764	1 046	1 179	1 213	1 331	1 363	1 288
Gemeinden und Zweckv.	336	417	549	620	692	755	755	771
Thüringen	1 182	1 298	1 580	1 697	1 833	1 933	1 985	2 087
Staat	943	1 037	1 253	1 331	1 412	1 475	1 527	1 612
Gemeinden und Zweckv.	239	261	328	365	421	458	458	475
<b>Flächenländer insgesamt</b>	<b>1 190</b>	<b>1 377</b>	<b>1 760</b>	<b>1 894</b>	<b>2 028</b>	<b>2 187</b>	<b>2 153</b>	<b>2 232</b>
Flächenländer West	1 202	1 397	1 773	1 909	2 036	2 200	2 165	2 241
Staat	890	1 042	1 273	1 363	1 420	1 521	1 486	1 552
Gemeinden und Zweckv.	312	354	501	546	616	679	679	689
Flächenländer Ost	1 133	1 279	1 689	1 812	1 984	2 118	2 093	2 185
Staat	842	948	1 234	1 289	1 391	1 461	1 436	1 511
Gemeinden und Zweckv.	291	332	456	522	593	657	657	674
<b>Stadtstaaten insgesamt</b>	<b>1 381</b>	<b>1 716</b>	<b>2 315</b>	<b>2 615</b>	<b>2 709</b>	<b>2 867</b>	<b>2 818</b>	<b>2 899</b>
Berlin	1 332	1 718	2 336	2 656	2 769	2 909	2 967	2 990
Bremen	1 334	1 487	2 243	2 439	2 524	2 705	2 464	2 513
Hamburg	1 493	1 796	2 301	2 596	2 659	2 844	2 658	2 857
<b>Länder (einschl. Stadtstaaten)</b>	<b>1 204</b>	<b>1 402</b>	<b>1 801</b>	<b>1 948</b>	<b>2 078</b>	<b>2 238</b>	<b>2 203</b>	<b>2 283</b>
Staat	918	1 077	1 345	1 446	1 511	1 613	1 578	1 648
Gemeinden und Zweckv.	286	325	457	502	567	625	625	635
<b>Bund</b>	<b>95</b>	<b>128</b>	<b>171</b>	<b>148</b>	<b>139</b>	<b>136</b>	<b>141</b>	<b>143</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>1 299</b>	<b>1 530</b>	<b>1 972</b>	<b>2 096</b>	<b>2 217</b>	<b>2 374</b>	<b>2 344</b>	<b>2 427</b>
Staat	1 013	1 205	1 516	1 594	1 650	1 749	1 719	1 792
Gemeinden und Zweckv.	286	325	457	502	567	625	625	635

1) Siehe **Anhang A 5.2.**

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, Bevölkerungsstatistik, eigene Berechnungen



**Tabelle 3.3-2: Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zur Bevölkerung der unter 30-Jährigen nach Ländern und Körperschaftsgruppen**

Körperschaftsgruppe	2010	2015	2020	2022	2023	2024	2024	2025
		vorl. Ist					Soll	
	Grundmittel je Einwohnerin und Einwohner unter 30 Jahren in Euro							
<b>Flächenländer</b>								
Baden-Württemberg	3 783	4 409	5 754	5 871	6 185	6 600	6 284	6 632
Staat	2 950	3 491	4 459	4 460	4 604	4 856	4 541	4 863
Gemeinden und Zweckv.	833	918	1 295	1 412	1 581	1 743	1 743	1 770
Bayern	3 786	4 552	6 055	6 397	6 969	7 446	7 549	7 608
Staat	2 753	3 342	4 264	4 541	4 845	5 115	5 218	5 284
Gemeinden und Zweckv.	1 033	1 210	1 791	1 856	2 123	2 331	2 331	2 324
Brandenburg	3 565	4 381	6 486	6 857	7 626	8 511	8 202	8 619
Staat	2 272	2 788	4 174	4 197	4 691	5 204	4 895	5 296
Gemeinden und Zweckv.	1 293	1 594	2 313	2 660	2 935	3 307	3 307	3 322
Hessen	4 329	4 777	5 958	6 514	7 151	7 799	7 730	7 558
Staat	2 928	3 273	3 836	4 192	4 528	4 904	4 835	4 677
Gemeinden und Zweckv.	1 401	1 504	2 122	2 321	2 623	2 895	2 895	2 881
Mecklenburg-Vorpommern	3 888	4 720	6 738	7 237	7 983	8 403	8 092	8 017
Staat	2 900	3 518	4 923	5 216	5 665	5 945	5 633	5 612
Gemeinden und Zweckv.	988	1 201	1 815	2 020	2 318	2 458	2 458	2 405
Niedersachsen	3 660	4 352	5 757	6 003	6 721	7 437	7 341	7 470
Staat	2 570	3 052	3 740	3 965	4 162	4 541	4 445	4 633
Gemeinden und Zweckv.	1 090	1 300	2 016	2 038	2 559	2 896	2 896	2 838
Nordrhein-Westfalen	3 778	4 508	5 815	6 382	6 817	7 438	7 206	7 425
Staat	2 895	3 520	4 420	4 796	5 073	5 500	5 268	5 461
Gemeinden und Zweckv.	884	988	1 395	1 586	1 744	1 938	1 938	1 964
Rheinland-Pfalz <sup>1)</sup>	3 885	4 398	5 123	5 774	6 232	6 524	6 478	7 163
Staat	3 025	3 356	3 610	4 002	4 145	4 376	4 330	5 013
Gemeinden und Zweckv.	860	1 041	1 512	1 771	2 087	2 148	2 148	2 150
Saarland	3 762	4 364	5 147	6 071	6 298	7 052	7 008	7 505
Staat	2 778	3 020	3 621	4 297	4 338	4 841	4 797	5 171
Gemeinden und Zweckv.	985	1 344	1 526	1 775	1 961	2 211	2 211	2 334
Sachsen	4 382	5 117	6 976	7 171	7 856	8 289	8 191	8 319
Staat	3 313	3 816	5 254	5 245	5 576	5 796	5 698	5 785
Gemeinden und Zweckv.	1 069	1 301	1 722	1 927	2 280	2 493	2 493	2 534
Sachsen-Anhalt	4 272	5 102	6 957	6 992	7 576	7 604	7 624	7 945
Staat	3 238	3 933	5 022	4 976	5 421	5 244	5 264	5 550
Gemeinden und Zweckv.	1 034	1 169	1 935	2 017	2 155	2 360	2 360	2 395
Schleswig-Holstein	3 425	3 975	5 482	6 174	6 609	7 250	7 361	7 092
Staat	2 323	2 571	3 596	4 046	4 208	4 627	4 738	4 435
Gemeinden und Zweckv.	1 101	1 404	1 887	2 128	2 401	2 623	2 623	2 657
Thüringen	4 294	4 962	6 364	6 619	7 098	7 444	7 645	7 915
Staat	3 426	3 966	5 045	5 194	5 466	5 680	5 881	6 115
Gemeinden und Zweckv.	868	996	1 319	1 425	1 631	1 764	1 764	1 800
<b>Flächenländer insgesamt</b>	<b>3 857</b>	<b>4 534</b>	<b>5 924</b>	<b>6 320</b>	<b>6 837</b>	<b>7 374</b>	<b>7 260</b>	<b>7 439</b>
Flächenländer West	3 809	4 474	5 794	6 211	6 703	7 255	7 138	7 312
Staat	2 820	3 339	4 158	4 435	4 674	5 015	4 899	5 063
Gemeinden und Zweckv.	989	1 135	1 636	1 776	2 030	2 240	2 240	2 249
Flächenländer Ost	4 126	4 896	6 743	6 994	7 650	8 092	7 995	8 212
Staat	3 066	3 627	4 924	4 977	5 365	5 583	5 486	5 679
Gemeinden und Zweckv.	1 060	1 269	1 819	2 017	2 286	2 509	2 509	2 533
<b>Stadtstaaten insgesamt</b>	<b>4 433</b>	<b>5 392</b>	<b>7 338</b>	<b>8 154</b>	<b>8 519</b>	<b>8 976</b>	<b>8 825</b>	<b>9 020</b>
Berlin	4 303	5 442	7 538	8 412	8 891	9 274	9 460	9 414
Bremen	4 272	4 672	7 001	7 513	7 644	8 174	7 447	7 545
Hamburg	4 740	5 562	7 085	7 892	8 152	8 716	8 146	8 791
<b>Länder (einschl. Stadtstaaten)</b>	<b>3 899</b>	<b>4 600</b>	<b>6 035</b>	<b>6 467</b>	<b>6 970</b>	<b>7 502</b>	<b>7 385</b>	<b>7 567</b>
Staat	2 972	3 533	4 505	4 802	5 069	5 407	5 289	5 463
Gemeinden und Zweckv.	927	1 067	1 530	1 665	1 902	2 095	2 095	2 104
<b>Bund</b>	<b>308</b>	<b>421</b>	<b>573</b>	<b>492</b>	<b>465</b>	<b>457</b>	<b>472</b>	<b>476</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>4 206</b>	<b>5 020</b>	<b>6 608</b>	<b>6 959</b>	<b>7 436</b>	<b>7 959</b>	<b>7 857</b>	<b>8 043</b>
Staat	3 279	3 954	5 078	5 294	5 534	5 864	5 761	5 939
Gemeinden und Zweckv.	927	1 067	1 530	1 665	1 902	2 095	2 095	2 104

1) Siehe **Anhang A 5.2**.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, Bevölkerungsstatistik, eigene Berechnungen

Tabelle 3.3-3: Anteil der Bevölkerung der unter 30-Jährigen an der Gesamtbevölkerung

Gebiet	2010	2015	2020	2022	2023	2024
	in %					
Baden-Württemberg	32,3	32,2	31,4	31,3	31,2	31,2
Bayern	31,8	31,3	30,6	30,4	30,3	30,6
Berlin	31,0	31,6	31,0	31,1	31,4	31,8
Brandenburg	27,1	25,3	24,5	25,4	25,7	26,1
Bremen	31,2	31,8	32,0	33,0	33,1	33,3
Hamburg	31,5	32,3	32,5	32,6	32,6	32,5
Hessen	30,8	31,1	30,8	30,6	30,6	30,9
Mecklenburg-Vorpommern	28,1	26,3	24,7	25,1	25,4	26,0
Niedersachsen	31,4	30,9	30,3	29,9	29,9	30,6
Nordrhein-Westfalen	31,6	31,3	30,8	30,5	30,5	30,8
Rheinland-Pfalz	31,2	30,4	29,7	29,5	29,4	29,8
Saarland	29,2	28,3	27,7	27,7	27,7	27,8
Sachsen	27,7	27,0	26,1	27,1	27,3	27,7
Sachsen-Anhalt	26,9	25,4	24,3	25,1	25,4	25,8
Schleswig-Holstein	30,5	29,7	29,1	28,8	28,8	29,0
Thüringen	27,5	26,2	24,8	25,8	26,0	26,4
<b>Flächenländer West</b>	<b>31,6</b>	<b>31,2</b>	<b>30,6</b>	<b>30,4</b>	<b>30,3</b>	<b>30,7</b>
<b>Flächenländer Ost</b>	<b>27,5</b>	<b>26,1</b>	<b>25,1</b>	<b>25,9</b>	<b>26,2</b>	<b>26,6</b>
<b>Stadtstaaten</b>	<b>31,1</b>	<b>31,8</b>	<b>31,5</b>	<b>31,8</b>	<b>31,9</b>	<b>32,1</b>
<b>Deutschland</b>	<b>30,9</b>	<b>30,5</b>	<b>29,8</b>	<b>29,8</b>	<b>29,8</b>	<b>30,2</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsstatistik, eigene Berechnungen

**Tabelle 3.4-1: Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum Gesamthaushalt nach Ländern und Körperschaftsgruppen**

Körperschaftsgruppe	2010	2015	2020	2022	2023	2024	2024	2025
		vorl. Ist					Soll	
	Anteil der Grundmittel am Gesamthaushalt in %							
<b>Flächenländer</b>								
Baden-Württemberg	26,9	26,6	26,9	25,6	25,7	25,4	24,5	24,9
Staat	41,0	42,7	41,0	39,5	41,1	41,2	39,5	39,9
Gemeinden und Zweckv.	12,1	10,9	12,3	12,1	12,3	12,3	12,3	12,3
Bayern	25,4	26,0	25,7	26,3	26,5	26,5	26,8	26,8
Staat	38,0	40,2	34,8	35,6	37,8	38,4	38,9	38,7
Gemeinden und Zweckv.	13,4	13,1	15,8	16,1	15,8	15,8	15,8	15,8
Brandenburg	20,1	21,5	25,4	25,7	26,1	26,5	25,1	26,2
Staat	25,1	28,7	32,7	33,6	34,1	35,3	32,1	34,4
Gemeinden und Zweckv.	14,9	15,0	18,1	18,7	19,0	19,0	19,0	19,0
Hessen	25,7	26,3	26,4	27,2	27,5	26,6	26,2	26,7
Staat	36,1	37,5	32,9	34,6	36,0	33,8	32,8	34,4
Gemeinden und Zweckv.	16,1	15,9	19,5	19,6	19,6	19,6	19,6	19,6
Mecklenburg-Vorpommern	23,0	23,5	25,5	24,6	25,1	25,7	24,1	24,7
Staat	31,6	34,0	36,4	35,0	37,0	39,2	35,3	36,6
Gemeinden und Zweckv.	12,8	12,4	14,1	13,9	14,0	14,0	14,0	14,0
Niedersachsen	25,8	26,7	29,0	28,4	28,2	28,4	27,6	28,6
Staat	34,8	38,2	39,2	40,3	38,5	39,7	37,7	39,9
Gemeinden und Zweckv.	16,0	15,7	19,5	18,0	19,6	19,6	19,6	19,6
Nordrhein-Westfalen	25,5	25,7	25,5	26,0	26,6	26,9	25,8	26,0
Staat	42,8	45,8	40,7	41,4	46,0	48,4	45,1	45,0
Gemeinden und Zweckv.	10,9	10,0	11,7	12,2	11,9	11,9	11,9	11,9
Rheinland-Pfalz <sup>1)</sup>	26,5	26,0	24,9	26,1	26,4	26,7	25,8	27,7
Staat	39,7	39,0	34,8	37,5	38,1	38,4	36,0	39,3
Gemeinden und Zweckv.	12,2	12,5	14,8	15,5	16,4	16,4	16,4	16,4
Saarland	21,9	22,6	24,0	26,2	25,5	26,3	25,9	26,0
Staat	25,7	26,8	28,4	31,9	30,5	32,1	31,3	31,5
Gemeinden und Zweckv.	15,5	16,7	17,4	18,3	18,8	18,8	18,8	18,8
Sachsen	26,8	26,6	29,8	29,7	29,8	29,2	28,5	28,5
Staat	41,5	41,3	46,2	45,3	44,0	43,3	41,6	41,6
Gemeinden und Zweckv.	12,8	13,0	14,3	15,3	16,6	16,6	16,6	16,6
Sachsen-Anhalt	23,2	24,3	26,5	25,7	26,2	25,0	23,8	24,8
Staat	30,2	33,1	32,4	32,4	33,6	31,9	29,2	31,1
Gemeinden und Zweckv.	13,5	12,9	18,0	17,0	16,9	16,9	16,9	16,9
Schleswig-Holstein	23,3	23,7	24,5	25,6	25,4	25,9	25,3	24,4
Staat	30,5	32,2	32,6	35,3	35,8	37,2	35,0	33,3
Gemeinden und Zweckv.	15,5	16,0	16,7	16,8	16,8	16,8	16,8	16,8
Thüringen	24,6	25,7	26,9	26,6	26,3	26,4	26,2	26,4
Staat	34,6	37,8	39,8	39,3	38,1	39,0	37,9	38,0
Gemeinden und Zweckv.	11,5	11,4	12,0	12,2	12,9	12,9	12,9	12,9
<b>Flächenländer insgesamt</b>	<b>25,4</b>	<b>25,7</b>	<b>26,3</b>	<b>26,5</b>	<b>26,7</b>	<b>26,7</b>	<b>26,0</b>	<b>26,4</b>
Flächenländer West	25,6	26,0	26,2	26,4	26,6	26,7	26,0	26,4
Staat	38,6	40,9	37,6	38,3	40,2	40,9	39,3	39,9
Gemeinden und Zweckv.	13,1	12,5	14,7	14,8	15,0	15,0	15,0	15,0
Flächenländer Ost	23,9	24,6	27,3	26,9	27,2	27,0	26,0	26,5
Staat	33,4	35,7	38,4	38,0	38,1	38,3	35,8	36,9
Gemeinden und Zweckv.	13,1	13,1	15,3	15,7	16,2	16,3	16,3	16,3
<b>Stadtstaaten insgesamt</b>	<b>22,1</b>	<b>25,4</b>	<b>26,2</b>	<b>27,6</b>	<b>27,1</b>	<b>26,6</b>	<b>26,3</b>	<b>26,5</b>
Berlin	21,3	26,1	26,8	28,5	28,2	27,8	28,0	29,0
Bremen	20,7	21,2	24,9	24,0	24,7	23,2	21,6	21,6
Hamburg	24,4	25,8	25,6	27,2	26,0	25,6	25,0	23,8
<b>Länder (einschl. Stadtstaaten)</b>	<b>25,1</b>	<b>25,7</b>	<b>26,3</b>	<b>26,6</b>	<b>26,8</b>	<b>26,7</b>	<b>26,0</b>	<b>26,4</b>
Staat	35,0	37,5	35,7	36,4	37,5	37,9	36,4	37,0
Gemeinden und Zweckv.	13,1	12,6	14,8	15,0	15,2	15,2	15,2	15,2
<b>Bund</b>	<b>4,8</b>	<b>6,6</b>	<b>6,6</b>	<b>5,0</b>	<b>4,4</b>	<b>4,2</b>	<b>4,0</b>	<b>3,9</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>19,1</b>	<b>20,7</b>	<b>20,9</b>	<b>20,3</b>	<b>20,2</b>	<b>20,4</b>	<b>19,6</b>	<b>19,7</b>
Staat	21,9	25,1	23,8	22,9	22,9	23,3	21,9	22,0
Gemeinden und Zweckv.	13,1	12,6	14,8	15,0	15,2	15,2	15,2	15,2

1) Siehe **Anhang A 5.2**.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, eigene Berechnungen

Tabelle 3.5-1: Öffentliche Bildungsausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt nach Ländern und Körperschaftsgruppen

Körperschaftsgruppe	2010	2015	2020	2022	2023	2024	2024	2025
		vorl. Ist					Soll	
	Anteil der Grundmittel am Bruttoinlandsprodukt in %							
<b>Flächenländer</b>								
Baden-Württemberg	3,4	3,3	3,9	3,5	3,4	3,6	3,4	
Staat	2,6	2,6	3,0	2,7	2,6	2,6	2,4	
Gemeinden und Zweckv.	0,7	0,7	0,9	0,8	0,9	0,9	0,9	
Bayern	3,3	3,2	3,8	3,6	3,6	3,8	3,8	
Staat	2,4	2,4	2,7	2,6	2,5	2,6	2,7	
Gemeinden und Zweckv.	0,9	0,9	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	
Brandenburg	4,2	4,1	5,3	5,0	5,1	5,7	5,5	
Staat	2,7	2,6	3,4	3,1	3,2	3,5	3,3	
Gemeinden und Zweckv.	1,5	1,5	1,9	1,9	2,0	2,2	2,2	
Hessen	3,5	3,4	3,9	3,9	3,9	4,1	4,0	
Staat	2,4	2,3	2,5	2,5	2,4	2,6	2,5	
Gemeinden und Zweckv.	1,1	1,1	1,4	1,4	1,4	1,5	1,5	
Mecklenburg-Vorpommern	5,1	4,9	5,7	5,4	5,3	5,5	5,3	
Staat	3,8	3,7	4,1	3,9	3,8	3,9	3,7	
Gemeinden und Zweckv.	1,3	1,2	1,5	1,5	1,6	1,6	1,6	
Niedersachsen	4,0	4,0	4,6	4,3	4,4	4,7	4,6	
Staat	2,8	2,8	3,0	2,9	2,7	2,8	2,8	
Gemeinden und Zweckv.	1,2	1,2	1,6	1,5	1,7	1,8	1,8	
Nordrhein-Westfalen	3,8	3,9	4,5	4,5	4,4	4,7	4,5	
Staat	2,9	3,0	3,4	3,3	3,3	3,5	3,3	
Gemeinden und Zweckv.	0,9	0,8	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	
Rheinland-Pfalz <sup>1)</sup>	4,2	4,0	4,2	4,0	4,2	4,3	4,3	
Staat	3,3	3,1	3,0	2,8	2,8	2,9	2,9	
Gemeinden und Zweckv.	0,9	0,9	1,2	1,2	1,4	1,4	1,4	
Saarland	3,6	3,5	3,9	4,1	4,2	4,6	4,6	
Staat	2,7	2,5	2,8	2,9	2,9	3,2	3,2	
Gemeinden und Zweckv.	1,0	1,1	1,2	1,2	1,3	1,5	1,5	
Sachsen	5,2	4,9	5,7	5,4	5,5	5,7	5,6	
Staat	3,9	3,6	4,3	3,9	3,9	4,0	3,9	
Gemeinden und Zweckv.	1,3	1,2	1,4	1,4	1,6	1,7	1,7	
Sachsen-Anhalt	5,2	5,0	5,7	5,2	5,2	5,2	5,2	
Staat	3,9	3,9	4,1	3,7	3,7	3,6	3,6	
Gemeinden und Zweckv.	1,3	1,2	1,6	1,5	1,5	1,6	1,6	
Schleswig-Holstein	4,0	4,0	4,6	4,5	4,6	4,9	4,9	
Staat	2,7	2,6	3,0	3,0	2,9	3,1	3,2	
Gemeinden und Zweckv.	1,3	1,4	1,6	1,6	1,7	1,8	1,8	
Thüringen	5,4	4,8	5,2	5,0	5,0	5,2	5,3	
Staat	4,3	3,9	4,2	4,0	3,9	4,0	4,1	
Gemeinden und Zweckv.	1,1	1,0	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2	
<b>Flächenländer insgesamt</b>	<b>3,8</b>	<b>3,7</b>	<b>4,3</b>	<b>4,1</b>	<b>4,1</b>	<b>4,3</b>	<b>4,3</b>	
Flächenländer West	3,6	3,6	4,2	4,0	4,0	4,2	4,1	
Staat	2,7	2,7	3,0	2,8	2,8	2,9	2,8	
Gemeinden und Zweckv.	0,9	0,9	1,2	1,1	1,2	1,3	1,3	
Flächenländer Ost	5,0	4,8	5,5	5,2	5,3	5,5	5,4	
Staat	3,7	3,5	4,0	3,7	3,7	3,8	3,7	
Gemeinden und Zweckv.	1,3	1,2	1,5	1,5	1,6	1,7	1,7	
<b>Stadtstaaten insgesamt</b>	<b>3,5</b>	<b>3,8</b>	<b>4,5</b>	<b>4,4</b>	<b>4,3</b>	<b>4,4</b>	<b>4,3</b>	
Berlin	4,4	4,7	5,4	5,4	5,1	5,2	5,3	
Bremen	3,3	3,2	4,7	4,3	4,4	4,6	4,2	
Hamburg	2,7	2,8	3,4	3,2	3,2	3,3	3,1	
<b>Länder (einschl. Stadtstaaten)</b>	<b>3,8</b>	<b>3,7</b>	<b>4,3</b>	<b>4,2</b>	<b>4,1</b>	<b>4,3</b>	<b>4,3</b>	<b>4,4</b>
Staat	2,9	2,9	3,2	3,1	3,0	3,1	3,1	3,2
Gemeinden und Zweckv.	0,9	0,9	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2
<b>Bund</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>4,1</b>	<b>4,1</b>	<b>4,8</b>	<b>4,5</b>	<b>4,4</b>	<b>4,6</b>	<b>4,5</b>	<b>4,7</b>
Staat	3,2	3,2	3,7	3,4	3,3	3,4	3,3	3,5
Gemeinden und Zweckv.	0,9	0,9	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2

Angaben zum Bruttoinlandsprodukt für 2025 – Herbstprojektion der Bundesregierung 2025.

1) Siehe **Anhang A 5.2**.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, VGR, VGR der Länder, eigene Berechnungen

Tabelle 4-1: Öffentliche Ausgaben für Bildung nach Bildungsbereichen, Ländern und Körperschaftsgruppen 2024

Körperschaftsgruppe	Aufgabenbereich						Insgesamt
	Kindertages- betreuung	Schulen	Hochschulen	Förderung von Bildungs- teilnehmern/ -innen	Sonstiges Bildungswesen	Jugend- und Jugendver- bandsarbeit	
	Grundmittel in Mill. Euro						
Flächenländer							
Baden-Württemberg	5 467	12 185	4 690	387	178	243	23 150
Staat	1 487	10 453	4 690	252	121	32	17 035
Gemeinden und Zweckv.	3 980	1 732	–	135	57	212	6 115
Bayern	7 359	15 949	5 221	611	330	471	29 940
Staat	3 579	11 082	5 221	448	199	41	20 568
Gemeinden und Zweckv.	3 780	4 867	–	164	131	430	9 372
Brandenburg	1 960	2 771	579	143	41	96	5 591
Staat	806	1 948	579	36	31	18	3 418
Gemeinden und Zweckv.	1 154	824	–	107	10	78	2 172
Hessen	4 109	7 303	2 814	245	295	218	14 984
Staat	1 236	5 127	2 814	4	236	6	9 422
Gemeinden und Zweckv.	2 873	2 176	–	242	59	212	5 562
Mecklenburg-Vorpommern	981	1 600	591	122	29	29	3 352
Staat	534	1 182	591	34	23	6	2 371
Gemeinden und Zweckv.	447	418	–	88	6	23	981
Niedersachsen	4 887	9 277	2 709	434	211	258	17 776
Staat	1 727	6 275	2 709	17	116	10	10 853
Gemeinden und Zweckv.	3 160	3 002	–	417	96	248	6 923
Nordrhein-Westfalen	10 388	20 558	7 811	861	463	836	40 917
Staat	5 853	16 010	7 811	79	367	135	30 254
Gemeinden und Zweckv.	4 535	4 548	–	782	96	701	10 662
Rheinland-Pfalz	2 396	3 863	976	472	115	104	7 926
Staat	1 016	3 046	976	169	97	14	5 317
Gemeinden und Zweckv.	1 380	818	–	304	17	90	2 609
Saarland	538	956	362	36	19	68	1 979
Staat	234	729	362	19	14	1	1 359
Gemeinden und Zweckv.	304	227	–	18	5	66	620
Sachsen	2 461	4 524	1 568	457	46	95	9 151
Staat	975	3 612	1 568	176	34	33	6 399
Gemeinden und Zweckv.	1 487	912	–	281	11	62	2 752
Sachsen-Anhalt	1 242	1 976	678	142	40	49	4 127
Staat	539	1 553	678	27	34	15	2 846
Gemeinden und Zweckv.	702	423	–	115	6	34	1 281
Schleswig-Holstein	1 754	3 223	949	89	58	100	6 172
Staat	732	2 192	949	15	40	13	3 939
Gemeinden und Zweckv.	1 022	1 031	–	74	19	87	2 233
Thüringen	973	2 124	763	107	42	52	4 060
Staat	370	1 865	763	42	35	24	3 098
Gemeinden und Zweckv.	603	259	–	65	7	28	962
Flächenländer insgesamt	44 513	86 311	29 710	4 107	1 867	2 617	169 125
Flächenländer West	36 896	73 315	25 530	3 136	1 670	2 297	142 844
Staat	15 862	54 913	25 530	1 001	1 189	250	98 747
Gemeinden und Zweckv.	21 034	18 402	–	2 135	480	2 046	44 097
Flächenländer Ost	7 616	12 996	4 179	971	197	321	26 281
Staat	3 223	10 160	4 179	316	158	96	18 132
Gemeinden und Zweckv.	4 393	2 836	–	655	40	225	8 148
Stadtstaaten insgesamt	4 347	9 601	3 425	212	152	186	17 923
Berlin	2 686	5 764	2 010	99	61	100	10 720
Bremen	491	977	358	39	22	20	1 907
Hamburg	1 170	2 861	1 058	73	68	67	5 296
Länder (einschl. Stadt- staaten)	48 860	95 912	33 135	4 319	2 019	2 804	187 048
Staat	23 433	74 675	33 135	1 529	1 499	532	134 803
Gemeinden und Zweckv.	25 427	21 238	–	2 790	520	2 271	52 246
Bund	- 39	1 488	5 209	3 851	546	343	11 398
Insgesamt	48 822	97 401	38 343	8 170	2 565	3 146	198 447
Staat	23 395	76 163	38 343	5 380	2 045	875	146 201
Gemeinden und Zweckv.	25 427	21 238	–	2 790	520	2 271	52 246

Quellen: Statistisches Bundesamt, Haushaltsansatzstatistik, Vorabauflbereitung Gemeindefinanzstatistik, eigene Berechnungen

Tabelle 4-2: Anteile der Bildungsbereiche an den öffentlichen Bildungsausgaben nach Ländern und Körperschaftsgruppen 2024

Körperschaftsgruppe	Aufgabenbereich					
	Kindertages- betreuung	Schulen	Hochschulen	Förderung von Bildungsteil- nehmern/-innen	Sonstiges Bildungswesen	Jugend- und Jugendver- bandsarbeit
	Anteil der Grundmittel an den öffentlichen Bildungsausgaben in %					
<b>Flächenländer</b>						
Baden-Württemberg	23,6	52,6	20,3	1,7	0,8	1,1
Staat	8,7	61,4	27,5	1,5	0,7	0,2
Gemeinden und Zweckv.	65,1	28,3	–	2,2	0,9	3,5
Bayern	24,6	53,3	17,4	2,0	1,1	1,6
Staat	17,4	53,9	25,4	2,2	1,0	0,2
Gemeinden und Zweckv.	40,3	51,9	–	1,7	1,4	4,6
Brandenburg	35,1	49,6	10,4	2,6	0,7	1,7
Staat	23,6	57,0	16,9	1,1	0,9	0,5
Gemeinden und Zweckv.	53,1	37,9	–	4,9	0,4	3,6
Hessen	27,4	48,7	18,8	1,6	2,0	1,5
Staat	13,1	54,4	29,9	0,0	2,5	0,1
Gemeinden und Zweckv.	51,6	39,1	–	4,3	1,1	3,8
Mecklenburg-Vorpommern	29,3	47,7	17,6	3,6	0,9	0,9
Staat	22,5	49,9	24,9	1,4	1,0	0,3
Gemeinden und Zweckv.	45,5	42,6	–	8,9	0,6	2,3
Niedersachsen	27,5	52,2	15,2	2,4	1,2	1,4
Staat	15,9	57,8	25,0	0,2	1,1	0,1
Gemeinden und Zweckv.	45,6	43,4	–	6,0	1,4	3,6
Nordrhein-Westfalen	25,4	50,2	19,1	2,1	1,1	2,0
Staat	19,3	52,9	25,8	0,3	1,2	0,4
Gemeinden und Zweckv.	42,5	42,7	–	7,3	0,9	6,6
Rheinland-Pfalz	30,2	48,7	12,3	6,0	1,5	1,3
Staat	19,1	57,3	18,4	3,2	1,8	0,3
Gemeinden und Zweckv.	52,9	31,3	–	11,6	0,7	3,5
Saarland	27,2	48,3	18,3	1,8	1,0	3,4
Staat	17,2	53,7	26,6	1,4	1,0	0,1
Gemeinden und Zweckv.	49,0	36,6	–	2,8	0,9	10,7
Sachsen	26,9	49,4	17,1	5,0	0,5	1,0
Staat	15,2	56,5	24,5	2,8	0,5	0,5
Gemeinden und Zweckv.	54,0	33,1	–	10,2	0,4	2,2
Sachsen-Anhalt	30,1	47,9	16,4	3,4	1,0	1,2
Staat	18,9	54,6	23,8	1,0	1,2	0,5
Gemeinden und Zweckv.	54,8	33,0	–	9,0	0,5	2,7
Schleswig-Holstein	28,4	52,2	15,4	1,4	0,9	1,6
Staat	18,6	55,6	24,1	0,4	1,0	0,3
Gemeinden und Zweckv.	45,8	46,2	–	3,3	0,8	3,9
Thüringen	24,0	52,3	18,8	2,6	1,0	1,3
Staat	11,9	60,2	24,6	1,4	1,1	0,8
Gemeinden und Zweckv.	62,7	27,0	–	6,7	0,7	2,9
<b>Flächenländer insgesamt</b>	<b>26,3</b>	<b>51,0</b>	<b>17,6</b>	<b>2,4</b>	<b>1,1</b>	<b>1,5</b>
Flächenländer West	25,8	51,3	17,9	2,2	1,2	1,6
Staat	16,1	55,6	25,9	1,0	1,2	0,3
Gemeinden und Zweckv.	47,7	41,7	–	4,8	1,1	4,6
Flächenländer Ost	29,0	49,5	15,9	3,7	0,8	1,2
Staat	17,8	56,0	23,0	1,7	0,9	0,5
Gemeinden und Zweckv.	53,9	34,8	–	8,0	0,5	2,8
<b>Stadtstaaten insgesamt</b>	<b>24,3</b>	<b>53,6</b>	<b>19,1</b>	<b>1,2</b>	<b>0,8</b>	<b>1,0</b>
Berlin	25,1	53,8	18,7	0,9	0,6	0,9
Bremen	25,8	51,2	18,8	2,1	1,2	1,0
Hamburg	22,1	54,0	20,0	1,4	1,3	1,3
<b>Länder (einschl. Stadt- staaten)</b>	<b>26,1</b>	<b>51,3</b>	<b>17,7</b>	<b>2,3</b>	<b>1,1</b>	<b>1,5</b>
Staat	17,4	55,4	24,6	1,1	1,1	0,4
Gemeinden und Zweckv.	48,7	40,6	–	5,3	1,0	4,3
<b>Bund</b>	<b>- 0,3</b>	<b>13,1</b>	<b>45,7</b>	<b>33,8</b>	<b>4,8</b>	<b>3,0</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>24,6</b>	<b>49,1</b>	<b>19,3</b>	<b>4,1</b>	<b>1,3</b>	<b>1,6</b>
Staat	16,0	52,1	26,2	3,7	1,4	0,6
Gemeinden und Zweckv.	48,7	40,6	–	5,3	1,0	4,3

Quellen: Statistisches Bundesamt, Haushaltsansatzstatistik, Vorabauflbereitung Gemeindefinanzstatistik, eigene Berechnungen

Tabelle 4-3: Entwicklung der Anzahl der Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmer (Basisjahr 2015)

Gebiet	2010	2015	2020	2021	2022	2023	2024
	in %						
Kindertageseinrichtungen							
Baden-Württemberg	94,4	100,0	111,8	112,1	115,9	119,4	120,3
Bayern	88,7	100,0	115,4	117,4	121,1	124,2	126,0
Berlin	82,6	100,0	114,0	114,9	116,4	117,1	115,6
Brandenburg	88,3	100,0	112,7	112,6	114,1	118,1	119,4
Bremen	90,5	100,0	115,0	118,5	120,8	122,9	124,0
Hamburg	99,8	100,0	113,5	114,5	116,1	116,6	115,7
Hessen	93,1	100,0	109,7	109,6	111,4	112,6	112,5
Mecklenburg-Vorpommern	89,5	100,0	110,3	112,4	113,9	115,6	115,3
Niedersachsen	95,0	100,0	116,1	116,9	120,7	124,0	125,2
Nordrhein-Westfalen	96,9	100,0	111,7	114,0	115,7	117,0	117,4
Rheinland-Pfalz	93,3	100,0	112,5	111,9	114,0	115,6	115,7
Saarland	93,4	100,0	110,2	110,5	112,4	115,3	116,4
Sachsen	87,7	100,0	110,6	109,8	110,3	112,0	110,8
Sachsen-Anhalt	92,8	100,0	108,2	107,4	108,7	110,6	110,3
Schleswig-Holstein	90,4	100,0	111,0	111,8	114,2	116,2	116,4
Thüringen	91,7	100,0	105,4	102,9	101,5	100,3	96,6
Flächenländer West	93,4	100,0	112,9	114,0	116,9	119,3	120,1
Flächenländer Ost	89,4	100,0	110,0	109,5	110,3	112,2	111,5
Stadtstaaten	88,6	100,0	113,9	115,2	116,8	117,5	116,5
Deutschland	92,1	100,0	112,3	113,0	115,3	117,5	117,8
Allgemeinbildende und berufliche Schulen <sup>1)</sup>							
Baden-Württemberg	107,0	100,0	97,8	96,8	97,8	98,8	99,8
Bayern	107,8	100,0	99,3	97,2	99,3	100,5	101,8
Berlin	97,9	100,0	110,4	108,2	110,4	112,1	113,6
Brandenburg	98,9	100,0	112,8	108,5	112,8	115,1	116,7
Bremen	105,6	100,0	105,3	102,6	105,3	107,7	108,9
Hamburg	98,7	100,0	106,0	103,8	106,0	108,7	109,9
Hessen	105,3	100,0	103,2	100,6	103,2	104,6	105,7
Mecklenburg-Vorpommern	99,0	100,0	111,9	108,2	111,9	113,2	114,2
Niedersachsen	108,3	100,0	98,9	97,4	98,9	99,5	99,8
Nordrhein-Westfalen	109,3	100,0	98,4	97,0	98,4	99,2	99,9
Rheinland-Pfalz	107,9	100,0	99,0	96,7	99,0	100,0	101,3
Saarland	109,5	100,0	98,4	97,0	98,4	99,8	100,5
Sachsen	96,1	100,0	112,8	109,6	112,8	114,8	116,1
Sachsen-Anhalt	100,2	100,0	107,3	104,3	107,3	108,6	109,4
Schleswig-Holstein	105,0	100,0	96,8	95,4	96,8	97,5	97,7
Thüringen	100,4	100,0	107,0	104,6	107,0	108,4	108,9
Flächenländer West	107,8	100,0	99,0	97,3	99,0	99,9	100,8
Flächenländer Ost	98,5	100,0	110,7	107,4	110,7	112,5	113,6
Stadtstaaten	99,1	100,0	108,4	106,2	108,4	110,5	111,9
Deutschland	106,0	100,0	101,1	99,2	101,1	102,2	103,2
Hochschulen <sup>2)</sup>							
Baden-Württemberg	80,8	100,0	100,4	99,5	98,8	97,8	97,5
Bayern	76,3	100,0	107,5	107,3	107,2	107,7	108,8
Berlin	83,6	100,0	113,4	115,9	113,5	113,9	114,2
Brandenburg	103,1	100,0	102,5	102,3	102,1	104,2	106,6
Bremen	87,7	100,0	103,6	102,9	103,5	103,3	105,3
Hamburg	81,8	100,0	118,9	121,7	122,0	121,8	123,8
Hessen	80,4	100,0	109,2	107,5	104,9	100,5	99,9
Mecklenburg-Vorpommern	102,6	100,0	101,5	101,3	99,6	96,2	93,5
Niedersachsen	75,0	100,0	104,2	98,6	98,4	95,4	93,9
Nordrhein-Westfalen	71,2	100,0	103,7	101,7	99,8	95,5	94,4
Rheinland-Pfalz	93,1	100,0	101,8	99,7	96,3	92,7	90,4
Saarland	82,2	100,0	102,0	103,2	100,7	98,7	96,4
Sachsen	96,9	100,0	95,0	93,5	92,6	91,3	91,6
Sachsen-Anhalt	98,4	100,0	100,1	99,8	106,2	103,1	100,4
Schleswig-Holstein	91,2	100,0	116,4	117,5	115,2	111,7	109,4
Thüringen	106,8	100,0	192,6	249,0	271,1	287,8	305,0
Flächenländer West	77,1	100,0	104,7	103,0	101,6	98,9	98,2
Flächenländer Ost	100,5	100,0	113,9	122,5	126,7	128,3	130,8
Stadtstaaten	83,5	100,0	114,0	116,2	115,0	115,2	116,2
Deutschland	80,4	100,0	106,8	106,7	105,9	104,0	103,9

1) Jahresangaben entsprechen dem Jahr des Schuljahresbeginns.

2) Ohne Berufsakademien. Jahresangaben entsprechen dem Jahr des Semesterbeginns zum Wintersemester.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Kinder- und Jugendhilfestatistik, Schulstatistik, Hochschulstatistik, eigene Berechnungen

Tabelle 4.1.1-1: Öffentliche Ausgaben für Kindertagesbetreuung nach Ländern und Körperschaftsgruppen

Körperschaftsgruppe	2010	2015	2020	2022	2023	2024	2024	2025
		vorl. Ist					Soll	
	Grundmittel in Mill. Euro							
<b>Flächenländer</b>								
Baden-Württemberg	1 940	3 039	4 777	4 365	4 952	5 467	5 325	5 880
Staat <sup>1)</sup>	506	1 144	1 918	1 309	1 335	1 487	1 345	1 781
Gemeinden und Zweckv.	1 435	1 895	2 859	3 056	3 617	3 980	3 980	4 099
Bayern	2 130	3 520	5 707	6 357	6 979	7 359	7 668	7 932
Staat	893	1 925	2 935	3 234	3 553	3 579	3 887	4 039
Gemeinden und Zweckv.	1 237	1 595	2 772	3 124	3 427	3 780	3 780	3 894
Brandenburg	593	784	1 348	1 511	1 735	1 960	1 964	2 043
Staat	156	260	547	629	722	806	810	854
Gemeinden und Zweckv.	437	524	801	882	1 012	1 154	1 154	1 189
Hessen	1 300	1 952	3 112	3 418	3 756	4 109	4 220	4 206
Staat	239	451	1 053	1 140	1 158	1 236	1 347	1 247
Gemeinden und Zweckv.	1 061	1 501	2 059	2 278	2 598	2 873	2 873	2 959
Mecklenburg-Vorpommern	291	412	710	826	909	981	977	1 035
Staat	115	181	355	461	491	534	531	575
Gemeinden und Zweckv.	176	231	355	365	418	447	447	460
Niedersachsen	1 252	1 871	3 436	3 877	4 299	4 887	4 846	5 020
Staat	348	624	1 175	1 484	1 498	1 727	1 686	1 765
Gemeinden und Zweckv.	903	1 247	2 260	2 393	2 800	3 160	3 160	3 255
Nordrhein-Westfalen	3 046	4 676	7 262	8 309	8 939	10 388	10 389	10 542
Staat	1 358	2 254	3 878	4 421	4 859	5 853	5 854	5 871
Gemeinden und Zweckv.	1 689	2 421	3 384	3 888	4 080	4 535	4 535	4 671
Rheinland-Pfalz	871	1 256	1 796	2 028	2 245	2 396	2 339	2 484
Staat	373	570	777	890	903	1 016	959	1 063
Gemeinden und Zweckv.	498	686	1 019	1 138	1 342	1 380	1 380	1 421
Saarland	184	250	355	405	448	538	542	577
Staat	65	90	127	170	178	234	238	264
Gemeinden und Zweckv.	118	160	229	235	270	304	304	313
Sachsen	1 070	1 325	1 901	2 044	2 272	2 461	2 462	2 472
Staat	448	497	820	842	920	975	975	940
Gemeinden und Zweckv.	622	828	1 081	1 201	1 352	1 487	1 487	1 531
Sachsen-Anhalt	492	649	996	1 074	1 161	1 242	1 234	1 264
Staat	176	259	464	486	525	539	531	541
Gemeinden und Zweckv.	315	390	532	588	636	702	702	723
Schleswig-Holstein	495	679	1 209	1 414	1 660	1 754	1 797	1 867
Staat	161	185	478	613	724	732	775	814
Gemeinden und Zweckv.	334	494	731	801	936	1 022	1 022	1 053
Thüringen	423	571	767	863	935	973	1 001	1 131
Staat	148	217	345	377	376	370	398	510
Gemeinden und Zweckv.	275	354	422	486	559	603	603	622
<b>Flächenländer insgesamt</b>	<b>14 087</b>	<b>20 983</b>	<b>33 375</b>	<b>36 491</b>	<b>40 289</b>	<b>44 513</b>	<b>44 764</b>	<b>46 453</b>
Flächenländer West	11 219	17 242	27 653	30 173	33 278	36 896	37 126	38 508
Staat	3 943	7 243	12 341	13 261	14 208	15 862	16 092	16 843
Gemeinden und Zweckv.	7 276	9 999	15 312	16 912	19 069	21 034	21 034	21 665
Flächenländer Ost	2 868	3 740	5 722	6 318	7 011	7 616	7 638	7 945
Staat	1 043	1 414	2 530	2 796	3 034	3 223	3 245	3 420
Gemeinden und Zweckv.	1 825	2 326	3 192	3 522	3 977	4 393	4 393	4 525
<b>Stadtstaaten insgesamt</b>	<b>1 506</b>	<b>2 313</b>	<b>3 647</b>	<b>3 925</b>	<b>4 112</b>	<b>4 347</b>	<b>4 231</b>	<b>4 261</b>
Berlin	898	1 389	2 236	2 450	2 542	2 686	2 560	2 554
Bremen	136	209	382	397	422	491	472	472
Hamburg	472	716	1 028	1 078	1 148	1 170	1 199	1 236
<b>Länder (einschl. Stadtstaaten)</b>	<b>15 593</b>	<b>23 296</b>	<b>37 022</b>	<b>40 416</b>	<b>44 401</b>	<b>48 860</b>	<b>48 996</b>	<b>50 714</b>
Staat	6 492	10 971	18 518	19 982	21 355	23 433	23 569	24 524
Gemeinden und Zweckv.	9 101	12 325	18 503	20 434	23 046	25 427	25 427	26 190
<b>Bund<sup>2)</sup></b>	<b>146</b>	<b>570</b>	<b>800</b>	<b>- 3</b>	<b>- 16</b>	<b>- 39</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>15 739</b>	<b>23 866</b>	<b>37 822</b>	<b>40 413</b>	<b>44 385</b>	<b>48 822</b>	<b>48 996</b>	<b>50 714</b>
Staat	6 638	11 541	19 318	19 979	21 338	23 395	23 569	24 524
Gemeinden und Zweckv.	9 101	12 325	18 503	20 434	23 046	25 427	25 427	26 190

Die öffentlichen Ausgaben für Kindertagesbetreuung enthalten Ausgaben für Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderhorte und die Kindertagespflege.

1) Siehe **Anhang A 5.2**.

2) Zusätzliche Finanzmittel vom Bund aus dem Sondervermögen Kinderbetreuungs-ausbau in den Jahren 2007 bis 2021 (**Tab. A 5-1**).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, eigene Berechnungen



Tabelle 4.1.4-1: Ausgaben für Krippen und Kindergärten je Kind nach Einrichtung und Ausgabearten 2022

Einrichtung	Insgesamt	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Investitions- ausgaben
	in Euro			
Krippen				
Öffentliche Einrichtungen	21 300	16 500	2 800	2 000
Private Einrichtungen	15 700	11 900	3 300	500
Insgesamt	17 200	13 100	3 200	900
Kindergärten				
Öffentliche Einrichtungen	13 200	8 500	2 600	2 000
Private Einrichtungen	9 300	6 900	1 900	500
Insgesamt	10 600	7 400	2 200	1 000
Insgesamt				
Öffentliche Einrichtungen	15 000	10 300	2 600	2 000
Private Einrichtungen	11 200	8 300	2 300	500
Insgesamt	12 400	9 000	2 400	1 000

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Tabelle 4.2.1-1: Öffentliche Ausgaben für allgemeinbildende und berufliche Schulen nach Ländern und Körperschaftsgruppen

Körperschaftsgruppe	2010	2015	2020	2022	2023	2024	2024	2025
		vorl. Ist					Soll	
	Grundmittel in Mill. Euro							
<b>Flächenländer</b>								
Baden-Württemberg	7 893	8 469	10 235	11 046	11 421	12 185	11 400	12 117
Staat	6 771	7 402	8 875	9 451	9 847	10 453	9 669	10 333
Gemeinden und Zweckv.	1 122	1 067	1 361	1 596	1 574	1 732	1 732	1 784
Bayern	9 261	10 642	13 145	14 200	14 787	15 949	16 115	17 028
Staat	6 832	7 860	9 265	10 250	10 375	11 082	11 248	12 014
Gemeinden und Zweckv.	2 429	2 781	3 879	3 951	4 412	4 867	4 867	5 013
Brandenburg	1 407	1 525	2 070	2 382	2 486	2 771	2 630	2 831
Staat	1 054	1 155	1 569	1 684	1 764	1 948	1 807	1 982
Gemeinden und Zweckv.	353	370	501	699	723	824	824	848
Hessen	4 596	4 752	5 687	6 272	6 560	7 303	6 977	7 667
Staat	3 352	3 710	4 051	4 426	4 593	5 127	4 801	5 426
Gemeinden und Zweckv.	1 243	1 043	1 636	1 846	1 967	2 176	2 176	2 241
Mecklenburg-Vorpommern	1 001	1 024	1 303	1 478	1 518	1 600	1 564	1 633
Staat	770	812	1 026	1 106	1 126	1 182	1 146	1 202
Gemeinden und Zweckv.	231	212	277	372	392	418	418	430
Niedersachsen	5 420	5 954	7 362	7 772	8 436	9 277	9 069	9 893
Staat	4 059	4 547	5 308	5 689	5 775	6 275	6 067	6 800
Gemeinden und Zweckv.	1 361	1 407	2 053	2 083	2 661	3 002	3 002	3 092
Nordrhein-Westfalen	12 385	13 258	16 417	18 613	19 110	20 558	19 458	20 948
Staat	10 069	11 035	13 169	14 824	15 018	16 010	14 909	16 263
Gemeinden und Zweckv.	2 315	2 224	3 248	3 788	4 092	4 548	4 548	4 685
Rheinland-Pfalz <sup>1)</sup>	2 888	3 098	3 331	3 706	3 679	3 863	3 788	4 135
Staat	2 407	2 607	2 672	2 872	2 884	3 046	2 970	3 292
Gemeinden und Zweckv.	480	491	659	833	795	818	818	843
Saarland	622	636	760	872	872	956	971	1 014
Staat	492	509	604	689	670	729	744	780
Gemeinden und Zweckv.	130	127	157	182	202	227	227	234
Sachsen	2 720	2 907	3 789	4 005	4 239	4 524	4 581	4 816
Staat	2 213	2 427	3 197	3 238	3 410	3 612	3 670	3 877
Gemeinden und Zweckv.	507	480	592	767	829	912	912	939
Sachsen-Anhalt	1 544	1 554	1 809	1 839	1 945	1 976	1 940	2 072
Staat	1 290	1 385	1 433	1 445	1 562	1 553	1 517	1 636
Gemeinden und Zweckv.	254	168	376	394	383	423	423	436
Schleswig-Holstein	1 852	2 029	2 524	2 812	2 952	3 223	3 236	3 135
Staat	1 351	1 454	1 790	1 929	2 009	2 192	2 205	2 073
Gemeinden und Zweckv.	501	575	734	883	944	1 031	1 031	1 062
Thüringen	1 567	1 587	1 811	1 950	2 070	2 124	2 226	2 251
Staat	1 369	1 442	1 609	1 736	1 830	1 865	1 967	1 984
Gemeinden und Zweckv.	198	145	202	214	240	259	259	267
<b>Flächenländer insgesamt</b>	<b>53 156</b>	<b>57 436</b>	<b>70 242</b>	<b>76 946</b>	<b>80 075</b>	<b>86 311</b>	<b>83 957</b>	<b>89 538</b>
Flächenländer West	44 917	48 839	59 461	65 292	67 818	73 315	71 014	75 936
Staat	35 335	39 124	45 733	50 130	51 171	54 913	52 613	56 982
Gemeinden und Zweckv.	9 581	9 715	13 728	15 162	16 647	18 402	18 402	18 954
Flächenländer Ost	8 239	8 597	10 782	11 654	12 258	12 996	12 942	13 602
Staat	6 696	7 222	8 833	9 208	9 691	10 160	10 107	10 682
Gemeinden und Zweckv.	1 543	1 376	1 949	2 446	2 566	2 836	2 836	2 921
<b>Stadtstaaten insgesamt</b>	<b>4 239</b>	<b>5 331</b>	<b>7 414</b>	<b>8 861</b>	<b>8 985</b>	<b>9 601</b>	<b>9 435</b>	<b>10 139</b>
Berlin	2 389	3 115	4 377	5 456	5 450	5 764	6 022	6 499
Bremen	494	507	776	871	911	977	840	840
Hamburg	1 355	1 709	2 261	2 533	2 624	2 861	2 574	2 799
<b>Länder (einschl. Stadtstaaten)</b>	<b>57 394</b>	<b>62 767</b>	<b>77 656</b>	<b>85 807</b>	<b>89 061</b>	<b>95 912</b>	<b>93 391</b>	<b>99 677</b>
Staat	46 270	51 677	61 979	68 199	69 847	74 675	72 154	77 802
Gemeinden und Zweckv.	11 124	11 090	15 677	17 608	19 213	21 238	21 238	21 875
<b>Bund<sup>2)</sup></b>	<b>1 665</b>	<b>1 161</b>	<b>1 753</b>	<b>2 104</b>	<b>281</b>	<b>1 488</b>	<b>1 283</b>	<b>1 648</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>59 059</b>	<b>63 928</b>	<b>79 408</b>	<b>87 911</b>	<b>89 341</b>	<b>97 401</b>	<b>94 675</b>	<b>101 324</b>
Staat	47 935	52 838	63 732	70 303	70 128	76 163	73 437	79 449
Gemeinden und Zweckv.	11 124	11 090	15 677	17 608	19 213	21 238	21 238	21 875

1) Siehe Anhang A 5.2.

2) Von 2009 bis 2011 unterstützte der Bund im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes den Ausbau von Bildungs- und allgemeiner Infrastruktur in Kommunen und Ländern. Von dem dafür bereitgestellten Sondervermögen in Höhe von 10,0 Mrd. Euro entfielen 65 % bzw. 6,5 Mrd. Euro auf die Förderung von Investitionen in die Bildungsinfrastruktur.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, eigene Berechnungen

**Tabelle 4.2.3-1: Öffentliche Ausgaben für Schulen nach Ländern ohne und mit Berücksichtigung von Beihilfezahlungen und unterstellten Sozialbeiträgen für aktive Beamtinnen und Beamte**

Gebiet	2010		2015		2020		2022		2023	
	ohne	mit	ohne	mit	ohne	mit	ohne	mit	ohne	mit
	in Mill. Euro									
Baden-Württemberg	7 893	9 713	8 469	10 388	10 235	12 558	11 046	13 611	11 421	14 090
Bayern	9 261	11 130	10 642	12 751	13 145	15 727	14 200	17 009	14 787	17 754
Berlin	2 389	2 797	3 115	3 577	4 377	5 000	5 456	5 786	5 450	5 798
Brandenburg	1 407	1 653	1 525	1 798	2 070	2 456	2 382	2 799	2 486	2 909
Bremen	494	586	507	605	776	912	871	1 014	911	1 063
Hamburg	1 355	1 625	1 709	2 013	2 261	2 688	2 533	2 890	2 624	2 993
Hessen	4 596	5 548	4 752	5 784	5 687	6 920	6 272	7 626	6 560	8 011
Mecklenburg-Vorpommern	1 001	1 003	1 024	1 030	1 303	1 314	1 478	1 572	1 518	1 624
Niedersachsen	5 420	6 649	5 954	7 322	7 362	9 043	7 772	9 580	8 436	10 301
Nordrhein-Westfalen	12 385	14 963	13 258	15 990	16 417	19 788	18 613	22 290	19 110	22 959
Rheinland-Pfalz <sup>1)</sup>	2 888	3 493	3 098	3 744	3 331	4 136	3 706	4 589	3 679	4 617
Saarland	622	760	636	779	760	936	872	1 068	872	1 077
Sachsen	2 720	2 749	2 907	2 940	3 789	3 848	4 005	4 259	4 239	4 529
Sachsen-Anhalt	1 544	1 618	1 554	1 638	1 809	1 929	1 839	2 039	1 945	2 166
Schleswig-Holstein	1 852	2 270	2 029	2 483	2 524	3 089	2 812	3 415	2 952	3 582
Thüringen	1 567	1 779	1 587	1 815	1 811	2 082	1 950	2 290	2 070	2 429
<b>Flächenländer West</b>	<b>44 917</b>	<b>54 526</b>	<b>48 839</b>	<b>59 240</b>	<b>59 461</b>	<b>72 197</b>	<b>65 292</b>	<b>79 187</b>	<b>67 818</b>	<b>82 391</b>
<b>Flächenländer Ost</b>	<b>8 239</b>	<b>8 802</b>	<b>8 597</b>	<b>9 220</b>	<b>10 782</b>	<b>11 629</b>	<b>11 654</b>	<b>12 959</b>	<b>12 258</b>	<b>13 656</b>
<b>Stadtstaaten</b>	<b>4 239</b>	<b>5 009</b>	<b>5 331</b>	<b>6 195</b>	<b>7 414</b>	<b>8 601</b>	<b>8 861</b>	<b>9 691</b>	<b>8 985</b>	<b>9 853</b>
<b>Deutschland</b>	<b>57 394</b>	<b>68 337</b>	<b>62 767</b>	<b>74 656</b>	<b>77 656</b>	<b>92 427</b>	<b>85 807</b>	<b>101 837</b>	<b>89 061</b>	<b>105 900</b>

1) Siehe **Anhang A 5.2**.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistik, eigene Berechnungen

**Tabelle 4.2.4-1: Ausgaben<sup>1)</sup> für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler nach Schularten und Ländern 2023<sup>2)</sup>**

Gebiet	Allgemeinbildende Schulen	Berufliche Schulen		Alle Schularten
		Insgesamt	darunter: Berufs- schulen im Dualen System <sup>3)</sup>	
	in Euro			
Baden-Württemberg	10 100	8 000	4 200	9 600
Bayern	12 100	7 900	5 000	11 300
Berlin	14 300	8 900	5 400	13 400
Brandenburg	10 200	6 700	4 900	9 700
Bremen	10 900	6 500	4 200	9 800
Hamburg	13 300	8 000	5 300	12 300
Hessen	10 200	7 000	4 500	9 600
Mecklenburg-Vorpommern	9 900	5 600	3 900	9 200
Niedersachsen	10 100	6 400	3 900	9 300
Nordrhein-Westfalen	9 600	6 200	3 800	8 900
Rheinland-Pfalz	9 800	6 400	4 000	9 100
Saarland	10 300	7 300	4 500	9 600
Sachsen	9 700	6 800	4 500	9 200
Sachsen-Anhalt	9 800	6 000	4 000	9 200
Schleswig-Holstein	10 200	7 200	5 200	9 500
Thüringen	10 500	8 800	5 500	10 200
Flächenländer West	10 300	7 000	4 300	9 600
Flächenländer Ost	10 000	6 800	4 600	9 500
Stadtstaaten	13 600	8 200	5 200	12 700
Deutschland	10 500	7 100	4 400	9 800

1) Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung einschließlich unterstellter Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfeaufwendungen, laufender Sachaufwand und Investitionsausgaben. Alle Ergebnisse wurden auf volle 100 Euro gerundet.

2) Daten für 2023 sind vorläufig.

3) Teilzeitunterricht.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler 2023

Tabelle 4.2.4-2: Ausgaben<sup>1)</sup> für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler nach Ländern

Gebiet	2010	2015	2018	2019	2020	2021 <sup>2)</sup>	2022	2023 <sup>3)</sup>
	in Euro							
Baden-Württemberg	6 100	6 800	7 600	8 200	8 500	8 800	9 300	9 600
Bayern	6 400	7 800	8 800	9 500	10 000	10 200	10 600	11 300
Berlin	7 000	8 900	10 500	11 300	12 300	13 300	13 100	13 400
Brandenburg	6 200	6 800	7 800	8 400	8 800	9 100	9 600	9 700
Bremen	6 100	6 800	7 300	8 100	9 400	9 600	9 700	9 800
Hamburg	7 100	8 600	9 800	10 600	11 500	11 700	12 200	12 300
Hessen	6 500	7 000	7 600	8 200	8 500	8 900	9 200	9 600
Mecklenburg-Vorpommern	5 800	6 900	7 100	7 600	7 900	8 100	9 000	9 200
Niedersachsen	5 800	6 700	7 300	7 800	8 400	8 700	9 000	9 300
Nordrhein-Westfalen	5 200	6 000	6 800	7 300	7 700	8 300	8 700	8 900
Rheinland-Pfalz <sup>4)</sup>	5 700	6 300	7 200	7 700	8 200	8 500	8 900	9 100
Saarland	5 600	6 500	7 400	7 900	8 300	8 700	9 800	9 600
Sachsen	7 000	7 000	7 700	8 100	8 400	8 400	9 000	9 200
Sachsen-Anhalt	7 200	7 400	7 500	7 900	8 300	8 900	8 800	9 200
Schleswig-Holstein	5 400	6 200	7 100	7 600	8 200	8 600	9 000	9 500
Thüringen	7 900	8 300	8 700	8 800	9 100	9 600	9 900	10 200
<b>Flächenländer West</b>	<b>5 800</b>	<b>6 700</b>	<b>7 500</b>	<b>8 100</b>	<b>8 500</b>	<b>8 900</b>	<b>9 300</b>	<b>9 600</b>
<b>Flächenländer Ost</b>	<b>6 900</b>	<b>7 200</b>	<b>7 800</b>	<b>8 200</b>	<b>8 500</b>	<b>8 800</b>	<b>9 300</b>	<b>9 500</b>
<b>Stadtstaaten</b>	<b>6 900</b>	<b>8 600</b>	<b>9 900</b>	<b>10 700</b>	<b>11 700</b>	<b>12 400</b>	<b>12 400</b>	<b>12 700</b>
<b>Deutschland</b>	<b>6 000</b>	<b>6 900</b>	<b>7 700</b>	<b>8 300</b>	<b>8 700</b>	<b>9 200</b>	<b>9 500</b>	<b>9 800</b>

1) Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung einschließlich unterstellter Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfeaufwendungen, laufender Sachaufwand und Investitionsausgaben. Alle Ergebnisse wurden auf volle 100 Euro gerundet.

2) Methodische Umstellung der Berechnung ab 2021.

3) Daten für 2023 sind vorläufig.

4) Siehe **Anhang A 5.2**.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler 2023

Tabelle 4.2.4-3: Ausgaben<sup>1)</sup> für öffentliche allgemeinbildende Schulen je Schülerin und Schüler nach Schularten und Ländern 2023<sup>2)</sup>

Gebiet	Allgemeinbildende Schulen darunter:					
	Grund- schulen <sup>3)</sup>	Hauptschulen	Schulen mit mehreren Bildungs- gängen	Realschulen	Gymnasien	Integrierte Gesamt- schulen
	in Euro					
Baden-Württemberg	7 500	–	–	9 100	11 200	10 600
Bayern	9 300	13 800	–	12 100	14 000	–
Berlin	12 200	–	–	–	14 200	16 500
Brandenburg	7 900	–	11 700	–	10 100	12 100
Bremen	9 100	–	–	–	9 900	12 300
Hamburg	12 600	–	–	–	12 100	14 400
Hessen	9 200	–	–	9 300	10 000	11 100
Mecklenburg-Vorpommern	8 200	–	9 500	–	11 200	–
Niedersachsen	8 200	–	12 100	8 700	9 900	11 100
Nordrhein-Westfalen	7 500	–	–	8 400	9 700	10 900
Rheinland-Pfalz	8 000	–	9 800	–	9 800	10 500
Saarland	8 700	–	–	–	10 100	10 600
Sachsen	8 000	–	9 300	–	10 400	–
Sachsen-Anhalt	7 500	–	9 500	–	10 600	10 000
Schleswig-Holstein	8 400	–	–	–	9 600	11 300
Thüringen	8 200	–	10 700	–	12 000	11 500
<b>Flächenländer West</b>	<b>8 200</b>	<b>13 300</b>	<b>11 300</b>	<b>9 700</b>	<b>10 800</b>	<b>10 900</b>
<b>Flächenländer Ost</b>	<b>7 900</b>	–	<b>9 900</b>	–	<b>10 700</b>	<b>11 100</b>
<b>Stadtstaaten</b>	<b>12 000</b>	–	–	–	<b>13 100</b>	<b>15 100</b>
<b>Deutschland</b>	<b>8 400</b>	–	<b>10 500</b>	<b>9 700</b>	<b>10 900</b>	<b>11 600</b>

Hinweise und Fußnoten siehe Folgeseite.

- 1) Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung einschließlich unterstellter Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfeaufwendungen, laufender Sachaufwand und Investitionsausgaben. Alle Ergebnisse wurden auf volle 100 Euro gerundet.  
 2) Daten für 2023 sind vorläufig.  
 3) Berlin und Brandenburg ohne 5. und 6. Jahrgangsstufe.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler 2023

**Tabelle 4.2.4-4: Ausgaben<sup>1)</sup> für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler nach Ausgabearten und Ländern 2023<sup>2)</sup>**

Gebiet	Insgesamt	davon		
		Personalausgaben	Laufender Sachaufwand	Investitionsausgaben
	in Euro			
Baden-Württemberg	9 600	7 500	1 100	900
Bayern	11 300	7 900	1 400	1 900
Berlin	13 400	8 800	2 900	1 700
Brandenburg	9 700	7 200	1 300	1 200
Bremen	9 800	7 700	1 800	300
Hamburg <sup>3)</sup>	12 300	8 100	4 100	100
Hessen	9 600	7 200	1 300	1 000
Mecklenburg-Vorpommern	9 200	6 600	1 500	1 100
Niedersachsen	9 300	7 300	1 000	900
Nordrhein-Westfalen	8 900	7 100	1 200	600
Rheinland-Pfalz	9 100	7 300	1 000	800
Saarland	9 600	7 300	1 500	800
Sachsen	9 200	6 900	1 200	1 100
Sachsen-Anhalt	9 200	7 100	900	1 100
Schleswig-Holstein	9 500	7 200	1 300	1 000
Thüringen	10 200	8 400	1 100	800
<b>Flächenländer West</b>	<b>9 600</b>	<b>7 400</b>	<b>1 200</b>	<b>1 000</b>
<b>Flächenländer Ost</b>	<b>9 500</b>	<b>7 200</b>	<b>1 200</b>	<b>1 100</b>
<b>Stadtstaaten<sup>4)</sup></b>	<b>12 700</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>–</b>
<b>Deutschland</b>	<b>9 800</b>	<b>7 400</b>	<b>1 400</b>	<b>1 000</b>

- 1) Personalausgaben für Schulen und Schulverwaltung einschließlich unterstellter Sozialbeiträge für verbeamtete Lehrkräfte sowie Beihilfeaufwendungen, laufender Sachaufwand und Investitionsausgaben. Alle Ergebnisse wurden auf volle 100 Euro gerundet. Ein Wert von 0 bedeutet demnach, dass der Ausgangswert zwischen 0 und 50 Euro je Schülerin und Schüler liegt.  
 2) Daten für 2023 sind vorläufig.  
 3) In Hamburg werden Schulbaumaßnahmen in einem Mieter-Vermieter-Modell durch eine ausgegliederte Einrichtung getätigt. Daher werden Investitionen für Baumaßnahmen nur in geringer Höhe ausgewiesen. Stattdessen werden die Mietzahlungen im laufenden Sachaufwand berücksichtigt.  
 4) Aufgrund der eingeschränkten Vergleichbarkeit wird der Mittelwert für die Stadtstaaten nicht nach Ausgabearten differenziert.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler 2023

Tabelle 4.3.1-1: Öffentliche Ausgaben für Hochschulen nach Ländern und Körperschaftsgruppen

Körperschaftsgruppe	2010	2015	2020	2022	2023	2024	2024	2025
		vorl. Ist					Soll	
	Grundmittel in Mill. Euro							
<b>Flächenländer</b>								
Baden-Württemberg	2 544	3 330	4 297	4 608	4 464	4 690	4 477	4 737
Staat	2 544	3 330	4 297	4 608	4 464	4 690	4 477	4 737
Gemeinden und Zweckv.	–	–	–	–	–	–	–	–
Bayern	2 722	3 151	4 366	4 555	4 799	5 221	5 152	5 250
Staat	2 722	3 151	4 366	4 555	4 799	5 221	5 152	5 250
Gemeinden und Zweckv.	–	–	–	–	–	–	–	–
Brandenburg <sup>1)</sup>	253	303	428	372	482	579	508	620
Staat	253	303	428	372	482	579	508	620
Gemeinden und Zweckv.	–	–	–	–	–	–	–	–
Hessen	1 764	2 077	2 219	2 510	2 709	2 814	2 893	2 374
Staat	1 764	2 077	2 219	2 510	2 709	2 814	2 893	2 374
Gemeinden und Zweckv.	–	–	–	–	–	–	–	–
Mecklenburg-Vorpommern	373	433	524	529	569	591	531	540
Staat	373	433	524	529	569	591	531	540
Gemeinden und Zweckv.	–	–	–	–	–	–	–	–
Niedersachsen <sup>1)</sup>	1 775	2 180	2 445	2 522	2 523	2 709	2 710	2 907
Staat	1 775	2 180	2 445	2 522	2 523	2 709	2 710	2 907
Gemeinden und Zweckv.	–	–	–	–	–	–	–	–
Nordrhein-Westfalen <sup>1)</sup>	4 377	6 024	6 834	7 202	7 466	7 811	7 580	7 746
Staat	4 377	6 024	6 834	7 202	7 466	7 811	7 580	7 746
Gemeinden und Zweckv.	–	–	–	–	–	–	–	–
Rheinland-Pfalz <sup>1)2)3)</sup>	816	820	818	915	970	976	1 048	1 581
Staat	816	820	818	915	970	976	1 048	1 581
Gemeinden und Zweckv.	–	–	–	–	–	–	–	–
Saarland	242	231	231	300	343	362	327	332
Staat	242	231	231	300	343	362	327	332
Gemeinden und Zweckv.	–	–	–	–	–	–	–	–
Sachsen	1 011	1 180	1 382	1 446	1 532	1 568	1 332	1 385
Staat	1 011	1 180	1 382	1 446	1 532	1 568	1 332	1 385
Gemeinden und Zweckv.	–	–	–	–	–	–	–	–
Sachsen-Anhalt	508	552	655	702	751	678	714	775
Staat	508	552	655	702	751	678	714	775
Gemeinden und Zweckv.	–	–	–	–	–	–	–	–
Schleswig-Holstein	441	517	720	869	780	949	972	876
Staat	441	517	720	869	780	949	972	876
Gemeinden und Zweckv.	–	–	–	–	–	–	–	–
Thüringen	501	518	630	635	696	763	738	762
Staat	501	518	630	635	696	763	738	762
Gemeinden und Zweckv.	–	–	–	–	–	–	–	–
<b>Flächenländer insgesamt</b>	<b>17 327</b>	<b>21 318</b>	<b>25 549</b>	<b>27 165</b>	<b>28 082</b>	<b>29 710</b>	<b>28 982</b>	<b>29 885</b>
Flächenländer West	14 681	18 332	21 931	23 480	24 053	25 530	25 159	25 802
Staat	14 681	18 332	21 931	23 480	24 053	25 530	25 159	25 802
Gemeinden und Zweckv.	–	–	–	–	–	–	–	–
Flächenländer Ost	2 646	2 986	3 619	3 685	4 029	4 179	3 823	4 082
Staat	2 646	2 986	3 619	3 685	4 029	4 179	3 823	4 082
Gemeinden und Zweckv.	–	–	–	–	–	–	–	–
<b>Stadtstaaten insgesamt</b>	<b>1 976</b>	<b>2 327</b>	<b>2 933</b>	<b>3 340</b>	<b>3 320</b>	<b>3 425</b>	<b>3 420</b>	<b>3 642</b>
Berlin	1 111	1 444	1 790	1 905	1 974	2 010	2 112	2 199
Bremen	200	230	291	328	353	358	348	348
Hamburg	665	653	852	1 106	993	1 058	960	1 096
<b>Länder (einschl. Stadtstaaten)</b>	<b>19 303</b>	<b>23 644</b>	<b>28 482</b>	<b>30 505</b>	<b>31 402</b>	<b>33 135</b>	<b>32 402</b>	<b>33 527</b>
Staat	19 303	23 644	28 482	30 505	31 402	33 135	32 402	33 527
Gemeinden und Zweckv.	–	–	–	–	–	–	–	–
<b>Bund</b>	<b>3 224</b>	<b>5 030</b>	<b>4 705</b>	<b>4 918</b>	<b>5 062</b>	<b>5 209</b>	<b>5 222</b>	<b>5 272</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>22 527</b>	<b>28 675</b>	<b>33 187</b>	<b>35 423</b>	<b>36 464</b>	<b>38 343</b>	<b>37 623</b>	<b>38 799</b>
Staat	22 527	28 675	33 187	35 423	36 464	38 343	37 623	38 799
Gemeinden und Zweckv.	–	–	–	–	–	–	–	–

1) In den Bundesländern Brandenburg (ab 2008), Niedersachsen (ab 2001), Nordrhein-Westfalen (ab 2001) und Rheinland-Pfalz (2008/2009 bis 2018) werden die Hochschulliegenschaften durch landeseigene Gesellschaften verwaltet. Durch Mietzahlungen und Leistungen im Bereich der Immobilienbewirtschaftung werden Zahlungsströme generiert, die ein Wachstum der öffentlichen Hochschulausgaben bewirken.

2) Das Land Rheinland-Pfalz hat in den Jahren 2008-2017 insgesamt 930 Mill. Euro dem Sondervermögen „Wissen schafft Zukunft - Sonderfinanzierung“ zugeführt (Zuführung 2008: 400 Mill. Euro, 2010: 120 Mill. Euro, 2011: 254 Mill. Euro, 2013: 30 Mill. Euro, 2016: 119 Mill. Euro, 2017: 7 Mill. Euro). Die Mittel des Sondervermögens werden von den Hochschulen des Landes u. a. zur Finanzierung im Rahmen des Hochschulpakts verwendet.

3) Siehe **Anhang A 5.2**.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, eigene Berechnungen

Tabelle 4.3.4-1: Laufende Ausgaben (Grundmittel) je Studierenden an öffentlichen Hochschulen<sup>1)</sup>

Gebiet	2010	2015	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	in Euro							
Baden-Württemberg	6 800	7 800	8 500	8 900	9 200	9 600	10 000	10 700
Bayern	6 600	7 000	7 700	8 200	8 100	8 500	9 100	9 700
Berlin	6 000	6 700	6 600	7 000	7 300	7 400	7 800	8 100
Brandenburg	5 500	6 500	7 900	8 100	8 100	8 900	9 700	9 000
Bremen	6 200	5 800	6 400	6 800	7 100	7 800	7 900	8 600
Hamburg	7 400	7 900	8 300	9 200	9 200	9 500	9 500	10 000
Hessen	6 900	6 400	6 800	7 200	7 400	7 900	8 200	8 800
Mecklenburg-Vorpommern	6 100	6 500	7 900	7 900	7 900	8 300	8 500	9 600
Niedersachsen	8 600	8 100	8 700	8 900	8 900	9 400	9 900	10 600
Nordrhein-Westfalen	5 500	5 300	5 900	6 200	6 400	7 000	7 200	8 000
Rheinland-Pfalz <sup>2)</sup>	5 200	5 600	6 300	6 500	6 700	6 900	7 600	8 200
Saarland <sup>3)</sup>	4 800	8 000	8 800	9 800	10 600	9 200	10 500	10 300
Sachsen	6 600	7 300	8 900	9 500	9 700	10 100	10 300	10 900
Sachsen-Anhalt	7 000	7 400	8 600	9 000	9 300	9 500	8 900	9 100
Schleswig-Holstein	5 600	6 300	6 800	7 000	7 200	7 700	8 100	8 800
Thüringen	7 600	8 200	9 700	9 900	9 900	10 000	10 500	10 300
<b>Flächenländer West<sup>4)</sup></b>	<b>6 400</b>	<b>6 500</b>	<b>7 100</b>	<b>7 400</b>	<b>7 800</b>	<b>8 200</b>	<b>8 600</b>	<b>9 300</b>
<b>Flächenländer Ost<sup>4)</sup></b>	<b>6 600</b>	<b>7 200</b>	<b>8 700</b>	<b>9 100</b>				
<b>Stadtstaaten</b>	<b>6 400</b>	<b>6 900</b>	<b>7 100</b>	<b>7 500</b>	<b>7 800</b>	<b>8 000</b>	<b>8 200</b>	<b>8 700</b>
<b>Deutschland</b>	<b>6 400</b>	<b>6 600</b>	<b>7 300</b>	<b>7 600</b>	<b>7 800</b>	<b>8 200</b>	<b>8 600</b>	<b>9 200</b>

1) Hochschulen in Trägerschaft der Länder (ohne medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften an Universitäten, ohne Verwaltungsfachhochschulen).

2) Siehe **Anhang A 5.2**.

3) Ab dem Berichtsjahr 2011 einschließlich drittmittelfinanzierter Ausgaben.

4) Ab dem Berichtsjahr 2020 werden die Flächenländer zusammen ausgewiesen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hochschulfinanzstatistik

Tabelle 4.3.5-1: Ausgaben der Hochschulen nach Aufgabenbereichen 2023

Merkmal	Hoch- schulen insgesamt	davon		Öffentliche Hoch- schulen	Private Hoch- schulen <sup>1)</sup>
		Öffentliche Hochschu- len	Private Hoch- schulen <sup>1)</sup>		
	in Mill. Euro	in %			
Hochschulausgaben (lt. Hochschulfinanzstatistik) <sup>2)</sup>	75 155	71 528	3 627	97,2	99,4
darunter: Personalausgaben	42 079	40 279	1 800	54,7	49,4
Laufender Sachaufwand	26 340	24 651	1 689	33,5	46,3
Investitionsausgaben	6 736	6 598	137	9,0	3,8
+ Zusetzungen	2 069	2 048	21	2,8	0,6
darunter: Zusetzungen für die Altersversorgung des akti- ven verbeamteten Hochschulpersonals	1 955	1 934	21	2,6	0,6
(Post-)Doktorandenförderung	113	113	–	0,2	0,0
Studentenwerke u. dgl.	1	1	–	0,0	0,0
= Hochschulausgaben insgesamt	77 224	73 577	3 648	100,0	100,0
– Ausgaben für Krankenbehandlung	28 278	27 259	1 019	37,0	27,9
= Ausgaben für Lehre und Forschung <sup>3)</sup>	48 946	46 317	2 629	63,0	72,1
– Ausgaben für Forschung	23 026	22 369	658	30,4	18,0
darunter: Drittmittelfinanzierte Forschung	10 629	10 426	204	14,2	5,6
Grundmittelfinanzierte Forschung	12 397	11 943	454	16,2	12,4
= Ausgaben für Lehre	25 920	23 949	1 971	32,5	54,0
darunter: Laufende Ausgaben für Lehre	23 093	21 235	1 857	28,9	50,9
Studierende im Wintersemester (Anzahl)	2 860 769	2 450 928	409 841		
Ausgaben für Lehre und Forschung je Studierenden (in Euro)	17 110	18 898	6 415		
Ausgaben für Lehre je Studierenden (in Euro)	9 061	9 771	4 810		
Laufende Ausgaben für Lehre je Studierenden (in Euro)	8 072	8 664	4 532		

1) Einschließlich Hochschulen in kirchlicher Trägerschaft.

2) Einschließlich Beihilfen.

3) Einschließlich Graduiertenförderung und Studentenwerke.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hochschulfinanzstatistik

Tabelle 4.3.5-2: Einnahmen der Hochschulen nach Mittelherkunft 2023

Merkmal	Hochschulen insgesamt	davon		Öffentliche Hochschulen	Private Hochschulen <sup>1)</sup>
		Öffentliche Hochschulen	Private Hochschulen <sup>1)</sup>		
	in Mill. Euro			in %	
Verwaltungseinnahmen	31 185	28 233	2 952	38,4	80,9
darunter: Beiträge der Studierenden	2 020	319	1 700	0,4	46,6
Verwaltungseinnahmen der Hochschulkliniken	26 080	25 061	1 019	34,1	27,9
+ Drittmittel	10 629	10 426	204	14,2	5,6
darunter: öffentliche Drittmittel	3 689	3 596	93	4,9	2,5
sonstige Drittmittel	6 940	6 829	111	9,3	3,0
+ Zuweisungen und Zuschüsse	1 016	783	233	1,1	6,4
+ Ausgaben der Träger für Hochschulen	34 394	34 135	259	46,4	7,1
<b>= Einnahmen der Hochschulen</b>	<b>77 224</b>	<b>73 577</b>	<b>3 648</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

1) Einschließlich Hochschulen in kirchlicher Trägerschaft.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hochschulfinanzstatistik

Tabelle 4.3.5-3: Ausgaben<sup>1)</sup> der Hochschulen nach Fächergruppen 2023

Fächergruppe	Hochschulen insgesamt	davon		Öffentliche Hochschulen	Private Hochschulen <sup>2)</sup>
		Öffentliche Hochschulen	Private Hochschulen <sup>2)</sup>		
	in Mill. Euro			in %	
Geisteswissenschaften	3 706	3 591	116	4,9	3,2
Sport	472	465	7	0,6	0,2
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	10 772	8 861	1 911	12,0	52,8
Mathematik, Naturwissenschaften	8 755	8 692	63	11,8	1,7
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (einschl. Zentrale Einrichtungen der Hochschulkliniken)	37 614	36 356	1 258	49,4	34,7
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, Veterinärmedizin	1 527	1 526	1	2,1	–
Ingenieurwissenschaften	12 378	12 211	167	16,6	4,6
Kunst, Kunstwissenschaft	1 643	1 553	90	2,1	2,5
<b>Insgesamt</b>	<b>77 164</b>	<b>73 544</b>	<b>3 620</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

1) Einschließlich unterstellter Sozialbeiträge der Beamtinnen und Beamten.

2) Einschließlich Hochschulen in kirchlicher Trägerschaft.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hochschulfinanzstatistik



**Tabelle 4.4.2-1: Öffentliche Ausgaben zur Förderung von Bildungsteilnehmerinnen und Bildungsteilnehmern nach Ländern und Körperschaftsgruppen**

Körperschaftsgruppe	2010	2015	2020	2022	2023	2024	2024	2025
		vorl. Ist					Soll	
	Grundmittel in Mill. Euro							
<b>Flächenländer</b>								
Baden-Württemberg	498	325	374	361	511	387	424	430
Staat	315	250	308	249	389	252	289	291
Gemeinden und Zweckv.	182	75	66	113	123	135	135	139
Bayern	589	529	511	513	568	611	594	549
Staat	429	375	379	407	420	448	431	380
Gemeinden und Zweckv.	160	154	132	106	148	164	164	169
Brandenburg	96	64	84	97	128	143	137	142
Staat	49	5	18	18	34	36	31	32
Gemeinden und Zweckv.	47	59	66	79	94	107	107	110
Hessen	224	168	198	255	230	245	256	268
Staat	68	- 2	2	9	11	4	15	19
Gemeinden und Zweckv.	156	171	196	245	218	242	242	249
Mecklenburg-Vorpommern <sup>1)</sup>	98	80	92	105	119	122	101	103
Staat	65	36	29	36	36	34	13	13
Gemeinden und Zweckv.	33	44	63	69	82	88	88	90
Niedersachsen	376	334	331	349	410	434	436	452
Staat	100	21	10	28	41	17	19	22
Gemeinden und Zweckv.	276	313	321	322	370	417	417	429
Nordrhein-Westfalen	722	526	682	664	773	861	873	897
Staat	240	22	102	61	70	79	91	91
Gemeinden und Zweckv.	482	504	580	603	704	782	782	806
Rheinland-Pfalz	106	84	110	306	470	472	472	518
Staat	73	48	33	180	175	169	168	205
Gemeinden und Zweckv.	33	36	77	127	295	304	304	313
Saarland	27	21	25	31	33	36	38	41
Staat	18	9	13	16	17	19	20	23
Gemeinden und Zweckv.	8	12	12	15	16	18	18	18
Sachsen <sup>2)</sup>	145	139	203	278	450	457	511	482
Staat	89	64	114	187	195	176	230	193
Gemeinden und Zweckv.	56	75	89	91	255	281	281	289
Sachsen-Anhalt	95	90	120	128	135	142	154	162
Staat	39	10	34	37	31	27	39	44
Gemeinden und Zweckv.	56	81	86	91	104	115	115	118
Schleswig-Holstein	82	62	67	81	90	89	98	97
Staat	27	3	12	22	22	15	24	20
Gemeinden und Zweckv.	56	59	55	58	68	74	74	77
Thüringen	96	77	74	82	89	107	105	112
Staat	59	33	28	32	29	42	40	45
Gemeinden und Zweckv.	37	44	46	50	60	65	65	67
<b>Flächenländer insgesamt</b>	<b>3 152</b>	<b>2 501</b>	<b>2 871</b>	<b>3 251</b>	<b>4 006</b>	<b>4 107</b>	<b>4 199</b>	<b>4 252</b>
Flächenländer West	2 622	2 050	2 298	2 561	3 086	3 136	3 192	3 251
Staat	1 269	724	859	972	1 145	1 001	1 057	1 052
Gemeinden und Zweckv.	1 353	1 326	1 439	1 589	1 942	2 135	2 135	2 199
Flächenländer Ost	530	451	573	690	920	971	1 008	1 002
Staat	301	148	224	310	325	316	353	327
Gemeinden und Zweckv.	229	303	350	380	595	655	655	675
<b>Stadtstaaten insgesamt</b>	<b>194</b>	<b>92</b>	<b>109</b>	<b>167</b>	<b>137</b>	<b>212</b>	<b>197</b>	<b>244</b>
Berlin	101	26	42	42	37	99	75	82
Bremen	18	18	37	34	47	39	34	34
Hamburg <sup>3)</sup>	75	47	30	90	53	73	88	129
<b>Länder (einschl. Stadtstaaten)</b>	<b>3 346</b>	<b>2 592</b>	<b>2 980</b>	<b>3 418</b>	<b>4 143</b>	<b>4 319</b>	<b>4 396</b>	<b>4 497</b>
Staat	1 764	964	1 191	1 449	1 607	1 529	1 606	1 623
Gemeinden und Zweckv.	1 582	1 629	1 789	1 969	2 537	2 790	2 790	2 874
<b>Bund</b>	<b>1 983</b>	<b>3 181</b>	<b>5 950</b>	<b>4 114</b>	<b>5 193</b>	<b>3 851</b>	<b>4 327</b>	<b>4 307</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>5 329</b>	<b>5 773</b>	<b>8 930</b>	<b>7 532</b>	<b>9 336</b>	<b>8 170</b>	<b>8 723</b>	<b>8 804</b>
Staat	3 747	4 144	7 141	5 563	6 800	5 380	5 933	5 930
Gemeinden und Zweckv.	1 582	1 629	1 789	1 969	2 537	2 790	2 790	2 874

1) Im Bereich der Funktion 145 (Schülerbeförderung) werden Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr an öffentliche Unternehmen nur auf Antrag gewährt. Im Haushaltsplan wird daher der entsprechende Titel 1507 68271 145 mit 0 Euro veranschlagt. Tatsächlich fallen in den Ist-Ergebnissen Ausgaben in Höhe von ca. 21 Mill. Euro (2024) an.

2) In Sachsen wird seit dem Haushaltsjahr 2011 der Titel 0704 63301 741 (Maßnahmen im öffentlichen Personennahverkehr) der Funktion 145 (Schülerbeförderung) zugeordnet.

3) In Hamburg werden als Förderung nur die unmittelbaren Zuschüsse an natürliche Personen veranschlagt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, eigene Berechnungen

Tabelle 4.5.1-1: Öffentliche Ausgaben für das sonstige Bildungswesen nach Ländern und Körperschaftsgruppen

Körperschaftsgruppe	2010	2015	2020	2022	2023	2024	2024	2025
		vorl. Ist					Soll	
	Grundmittel in Mill. Euro							
<b>Flächenländer</b>								
Baden-Württemberg	129	142	160	165	169	178	173	191
Staat	93	94	107	113	117	121	116	132
Gemeinden und Zweckv.	36	48	52	52	52	57	57	59
Bayern	145	181	275	256	311	330	354	363
Staat	78	99	167	159	192	199	223	228
Gemeinden und Zweckv.	67	83	108	97	119	131	131	135
Brandenburg	23	18	25	34	36	41	51	65
Staat	20	14	17	25	28	31	41	55
Gemeinden und Zweckv.	3	4	8	9	8	10	10	10
Hessen	74	75	141	261	260	295	290	290
Staat	48	47	97	213	206	236	230	229
Gemeinden und Zweckv.	26	28	45	48	54	59	59	61
Mecklenburg-Vorpommern	18	26	23	24	22	29	26	26
Staat	15	22	17	17	17	23	20	20
Gemeinden und Zweckv.	3	4	6	6	5	6	6	6
Niedersachsen	135	155	202	182	214	211	228	236
Staat	98	92	132	112	129	116	132	137
Gemeinden und Zweckv.	37	63	70	70	85	96	96	99
Nordrhein-Westfalen	271	302	415	436	450	463	498	506
Staat	227	259	338	348	364	367	402	407
Gemeinden und Zweckv.	45	44	77	88	86	96	96	99
Rheinland-Pfalz <sup>1)</sup>	109	99	95	106	109	115	118	128
Staat	101	84	82	90	92	97	101	110
Gemeinden und Zweckv.	8	15	13	16	17	17	17	18
Saarland	10	12	13	16	17	19	21	21
Staat	9	10	11	12	12	14	15	16
Gemeinden und Zweckv.	1	2	3	3	5	5	5	6
Sachsen	70	22	45	39	43	46	56	52
Staat	56	15	36	30	32	34	45	40
Gemeinden und Zweckv.	14	7	9	9	10	11	11	12
Sachsen-Anhalt	23	30	62	67	41	40	46	49
Staat	17	24	56	61	36	34	39	42
Gemeinden und Zweckv.	6	6	6	7	6	6	6	6
Schleswig-Holstein	30	31	47	51	54	58	64	64
Staat	22	22	35	35	37	40	45	44
Gemeinden und Zweckv.	8	10	12	16	17	19	19	19
Thüringen	26	22	29	35	35	42	42	45
Staat	22	17	24	29	29	35	36	38
Gemeinden und Zweckv.	4	5	5	6	6	7	7	7
<b>Flächenländer insgesamt</b>	<b>1 065</b>	<b>1 116</b>	<b>1 531</b>	<b>1 672</b>	<b>1 761</b>	<b>1 867</b>	<b>1 966</b>	<b>2 035</b>
Flächenländer West	904	998	1 347	1 473	1 583	1 670	1 745	1 798
Staat	676	705	968	1 082	1 149	1 189	1 265	1 303
Gemeinden und Zweckv.	228	293	379	391	434	480	480	495
Flächenländer Ost	161	118	184	199	177	197	221	237
Staat	130	92	151	162	141	158	181	196
Gemeinden und Zweckv.	31	26	34	37	36	40	40	41
<b>Stadtstaaten insgesamt</b>	<b>96</b>	<b>97</b>	<b>127</b>	<b>133</b>	<b>137</b>	<b>152</b>	<b>140</b>	<b>175</b>
Berlin	28	26	47	47	50	61	51	48
Bremen	22	20	22	21	22	22	23	23
Hamburg	46	50	58	64	65	68	66	103
<b>Länder (einschl. Stadtstaaten)</b>	<b>1 161</b>	<b>1 213</b>	<b>1 658</b>	<b>1 804</b>	<b>1 898</b>	<b>2 019</b>	<b>2 106</b>	<b>2 209</b>
Staat	902	894	1 246	1 377	1 427	1 499	1 586	1 674
Gemeinden und Zweckv.	259	319	412	428	470	520	520	536
<b>Bund<sup>2)</sup></b>	<b>531</b>	<b>291</b>	<b>420</b>	<b>681</b>	<b>609</b>	<b>546</b>	<b>592</b>	<b>618</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>1 692</b>	<b>1 504</b>	<b>2 078</b>	<b>2 485</b>	<b>2 506</b>	<b>2 565</b>	<b>2 698</b>	<b>2 827</b>
Staat	1 433	1 185	1 665	2 057	2 036	2 045	2 178	2 291
Gemeinden und Zweckv.	259	319	412	428	470	520	520	536

1) Siehe **Anhang A 5.2**.

2) Große Teile der sonstigen Weiterbildung werden seit 2013 als Förderung von Weiterbildungsteilnehmerinnen und Weiterbildungsteilnehmern nachgewiesen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, eigene Berechnungen

Tabelle 4.6.1-1: Öffentliche Ausgaben für Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit nach Ländern und Körperschaftsgruppen

Körperschaftsgruppe	2010	2015	2020	2022	2023	2024	2024	2025
		vorl. Ist					Soll	
	Grundmittel in Mill. Euro							
<b>Flächenländer</b>								
Baden-Württemberg	134	151	194	235	226	243	242	251
Staat	16	19	22	56	34	32	31	33
Gemeinden und Zweckv.	118	133	172	180	192	212	212	218
Bayern	246	275	337	391	437	471	472	482
Staat	21	25	29	44	47	41	42	39
Gemeinden und Zweckv.	225	250	309	347	390	430	430	443
Brandenburg	50	60	73	86	86	96	97	103
Staat	11	15	13	15	17	18	18	23
Gemeinden und Zweckv.	39	44	61	70	69	78	78	81
Hessen	137	149	174	183	196	218	217	225
Staat	3	3	3	3	4	6	5	6
Gemeinden und Zweckv.	134	146	171	180	192	212	212	219
Mecklenburg-Vorpommern	19	27	24	28	28	29	29	30
Staat	5	9	4	6	7	6	6	7
Gemeinden und Zweckv.	14	19	20	22	21	23	23	23
Niedersachsen	148	160	199	210	232	258	257	265
Staat	13	7	9	15	12	10	10	10
Gemeinden und Zweckv.	135	153	190	196	220	248	248	255
Nordrhein-Westfalen	542	434	538	682	766	836	846	874
Staat	80	98	114	125	135	135	145	152
Gemeinden und Zweckv.	462	336	423	557	631	701	701	722
Rheinland-Pfalz	63	64	90	93	101	104	105	108
Staat	8	8	16	13	13	14	14	15
Gemeinden und Zweckv.	55	56	74	81	88	90	90	93
Saarland	36	77	16	57	60	68	68	70
Staat	1	1	1	1	1	1	1	1
Gemeinden und Zweckv.	35	76	15	56	59	66	66	68
Sachsen	33	63	61	84	87	95	100	100
Staat	0	20	11	31	31	33	38	37
Gemeinden und Zweckv.	33	43	50	53	56	62	62	64
Sachsen-Anhalt	34	34	39	43	44	49	51	54
Staat	13	12	15	11	13	15	16	19
Gemeinden und Zweckv.	21	22	24	31	31	34	34	35
Schleswig-Holstein	56	57	78	86	91	100	100	102
Staat	4	3	11	12	11	13	13	13
Gemeinden und Zweckv.	52	54	66	74	80	87	87	90
Thüringen	37	43	40	43	52	52	56	56
Staat	15	24	21	22	26	24	29	28
Gemeinden und Zweckv.	22	19	19	21	26	28	28	29
<b>Flächenländer insgesamt</b>	<b>1 534</b>	<b>1 595</b>	<b>1 862</b>	<b>2 220</b>	<b>2 404</b>	<b>2 617</b>	<b>2 639</b>	<b>2 721</b>
Flächenländer West	1 361	1 368	1 625	1 937	2 108	2 297	2 307	2 377
Staat	146	164	204	268	257	250	260	270
Gemeinden und Zweckv.	1 216	1 204	1 421	1 669	1 851	2 046	2 046	2 108
Flächenländer Ost	172	227	237	283	296	321	332	344
Staat	43	80	64	85	93	96	108	112
Gemeinden und Zweckv.	129	146	174	198	203	225	225	232
<b>Stadtstaaten insgesamt</b>	<b>119</b>	<b>98</b>	<b>117</b>	<b>133</b>	<b>149</b>	<b>186</b>	<b>199</b>	<b>209</b>
Berlin	64	48	66	75	89	100	115	118
Bremen	11	14	17	19	19	20	20	20
Hamburg	45	36	34	39	41	67	63	70
<b>Länder (einschl. Stadtstaaten)</b>	<b>1 653</b>	<b>1 692</b>	<b>1 980</b>	<b>2 352</b>	<b>2 553</b>	<b>2 804</b>	<b>2 838</b>	<b>2 930</b>
Staat	308	342	385	485	499	532	567	590
Gemeinden und Zweckv.	1 345	1 351	1 594	1 868	2 054	2 271	2 271	2 340
<b>Bund</b>	<b>220</b>	<b>305</b>	<b>596</b>	<b>693</b>	<b>455</b>	<b>343</b>	<b>335</b>	<b>320</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>1 873</b>	<b>1 997</b>	<b>2 576</b>	<b>3 045</b>	<b>3 008</b>	<b>3 146</b>	<b>3 173</b>	<b>3 249</b>
Staat	528	647	982	1 178	954	875	902	910
Gemeinden und Zweckv.	1 345	1 351	1 594	1 868	2 054	2 271	2 271	2 340

Quellen: Statistisches Bundesamt, Jahresrechnungsstatistiken, Haushaltsansatzstatistiken, eigene Berechnungen

Tabelle 4.7.1-1: Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für die Erstausbildung und für die Förderung beruflicher Bildung (Weiterbildung)

Zweck	2010	2015	2020	2021	2022	2023	2024
	in Mill. Euro						
<b>Erstausbildung</b>	<b>4 331</b>	<b>3 591</b>	<b>3 847</b>	<b>3 810</b>	<b>3 738</b>	<b>3 545</b>	<b>3 697</b>
Grundsätzlich beitragsfinanziert (SGB III)	3 601	2 854	3 114	3 058	2 985	2 957	3 117
darunter: Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Auszubildender (ohne Auszubildendenvergütung)	436	310	314	274	235	126	123
Berufsausbildungsbeihilfe (BAB)	574	306	287	250	214	211	185
Übergangsgeld	99	88	143	146	137	133	141
Ausbildungsgeld	191	162	207	206	203	209	211
Teilnahmekosten zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben	1 254	1 142	1 253	1 285	1 292	1 322	1 405
Teilnahmekosten für Maßnahmen in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)	591	577	675	664	666	715	784
Teilnahmekosten für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB)	326	203	174	174	183	187	213
Steuerfinanziert (SGB II)	730	738	733	752	753	588	580
darunter: Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Auszubildender im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (ohne Auszubildendenvergütung)	257	79	62	59	48	43	37
Schulbedarfspaket	125	125	125	125	150	150	150
Bildungsausgaben der zugelassenen kommunalen Träger <sup>1)</sup>	261	467	491	517	507	498	494
<b>Förderung beruflicher Bildung (Weiterbildung)</b>	<b>2 747</b>	<b>2 586</b>	<b>3 385</b>	<b>3 352</b>	<b>3 052</b>	<b>3 361</b>	<b>4 033</b>
Grundsätzlich beitragsfinanziert (SGB III)	1 891	2 003	2 891	2 836	2 515	2 790	3 423
darunter: Zuschüsse zu den Kosten beruflicher Weiterbildung (FbW)	646	879	1 539	1 449	1 314	1 501	1 902
Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung (AlGW)	962	854	1 269	1 307	1 129	1 222	1 445
Förderung der beruflichen Weiterbildung (WeGebAU)	173	188	–	–	–	–	–
Steuerfinanziert (SGB II)	856	583	494	516	537	571	610
darunter: Zuschüsse zu den Kosten der beruflichen Weiterbildung an Beschäftigte und Arbeit-suchende	827	563	473	496	516	550	586

1) Schätzung des Volumens durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Quellen: Berechnet aus den Angaben der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

Tabelle 4.7.2-1: Ausgaben der Berufsakademien nach Ausgabearten 2023

Merkmal	Berufsakademien insgesamt	davon		Öffentliche Berufs- akademien	Private Berufs- akademien
		Öffentliche Berufs- akademien	Private Berufs- akademien		
	in Mill. Euro			in %	
Personalausgaben	58	31	27	60,3	60,7
Laufender Sachaufwand	30	13	16	26,3	37,3
Investitionsausgaben	8	7	1	13,4	1,9
<b>= Ausgaben der Berufsakademien insgesamt</b>	<b>95</b>	<b>51</b>	<b>44</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
Studierende im Wintersemester (Anzahl)	12 087	5 131	6 956		

Quelle: Statistisches Bundesamt, Finanzen der Berufsakademien

Tabelle 4.7.2-2: Einnahmen der Berufsakademien nach Mittelherkunft 2023

Merkmal	Berufsakademien insgesamt	davon		Öffentliche Berufs- akademien	Private Berufs- akademien
		Öffentliche Berufs- akademien	Private Berufs- akademien		
	in Mill. Euro			in %	
Verwaltungseinnahmen	44	2	42	4,6	94,5
darunter: Beiträge der Studierenden	42	2	40	4,0	90,6
+ Drittmittel	0	–	0	–	0,1
darunter: öffentliche Drittmittel	0	–	0	–	–
sonstige Drittmittel	0	–	0	–	0,1
+ Zuweisungen und Zuschüsse	7	5	2	10,4	4,4
+ Ausgaben der Träger für Berufsakademien	44	44	0	85,1	1,0
<b>= Einnahmen der Berufsakademien</b>	<b>95</b>	<b>51</b>	<b>44</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt, Finanzen der Berufsakademien

Tabelle 4.7.2-3: Ausgaben der Berufsakademien nach Fächergruppen 2023

Fächergruppe	Berufsakademien insgesamt	davon		Öffentliche Berufs- akademien	Private Berufs- akademien
		Öffentliche Berufs- akademien	Private Berufs- akademien		
	in Mill. Euro			in %	
Geisteswissenschaften	0	–	0	0,0	0,8
Sport	2	–	2	0,0	4,3
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	57	21	36	41,5	82,2
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	3	1	1	2,7	3,4
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, Veterinärmedizin	1	1	–	1,5	–
Ingenieurwissenschaften	23	21	2	40,3	5,0
Kunst, Kunstwissenschaft	9	7	2	14,0	4,3
<b>Insgesamt</b>	<b>95</b>	<b>51</b>	<b>44</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt, Finanzen der Berufsakademien

Tabelle 5.1-1: Jährliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer<sup>1)</sup> für alle Bildungsbereiche 2022

Gebiet	Elementarbereich			Primarbereich	Sekundarbereich		Post-sekundärer, nicht-tertiärer Bereich	Tertiärbereich (einschl. FuE)			Tertiärbereich insgesamt (ohne FuE)	Primar- bis Tertiärbereich (einschl. FuE)
	Elementarbereich (unter 3-jährige)	Elementarbereich (3-jährige und Ältere)	Elementarbereich insgesamt		Sekundarbereich I	Sekundarbereich II		Kurze tertiäre Bildungsprogramme	Bachelor, Master, Promotion oder gleichwertige Bildungsprogramme	Tertiärbereich insgesamt		
ISCED 010	ISCED 020	ISCED 0	ISCED 1	ISCED 2	ISCED 3	ISCED 4	ISCED 5	ISCED 6-8	ISCED 5-8	ISCED 5-8	ISCED 1-8	
in US-Dollar												
OECD-Länder	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(8)	(9)	(10)	(11)	(12)	(13)
Australien	11 707	12 605	12 232	13 610	18 644	17 523	9 856	12 289	28 272	25 162	15 948	17 529
Österreich	18 273	13 992	14 823	16 897	19 691	20 474	4 747	22 100	26 894	26 190	16 164	20 942
Belgien <sup>2)</sup>	m	12 779	m	15 350	18 849	18 588	x(6)	17 696	26 373	25 989	16 724	19 024
Kanada <sup>3/4)</sup>	m	m	m	14 606	x(4)	18 383	m	21 340	31 225	27 582	m	18 733
Chile <sup>5)</sup>	8 937	7 863	8 089	6 199	8 185	6 361	a	5 683	13 567	11 639	11 145	8 068
Kolumbien	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Costa Rica	m	m	m	m	m	m	a	x(10)	x(10)	18 405	m	m
Tschechien	a	9 183	9 183	8 637	14 601	13 300	2 073	31 144	17 177	17 221	11 147	12 844
Dänemark	28 217	13 522	18 813	16 411	19 910	12 340	a	14 904	31 488	29 680	13 610	19 229
Estland	x(3)	x(3)	11 931	11 709	12 698	7 520	8 947	a	19 011	19 011	10 447	12 362
Finnland <sup>2)</sup>	35 051	16 188	20 022	12 426	19 542	11 443	x(6)	a	20 456	20 456	10 850	15 000
Frankreich	a	11 551	11 551	11 135	13 622	18 127	13 839	21 637	21 302	21 379	15 546	15 427
Deutschland <sup>6)</sup>	24 546	15 167	17 669	13 007	16 004	21 543	16 728	9 115	23 303	23 269	13 016	17 960
Griechenland	m	7 949	m	8 011	8 866	7 805	7 015	a	5 620	5 620	3 586	7 137
Ungarn	8 508	8 448	8 450	7 689	7 662	8 292	8 272	22 610	20 390	20 476	16 881	10 097
Island <sup>5)</sup>	33 407	23 432	26 988	19 211	20 067	15 059	20 366	20 234	20 234	20 234	m	18 707
Irland	x(3)	x(3)	8 625	12 357	15 525	13 711	33 223	x(10)	x(10)	24 241	19 425	15 915
Israel <sup>7)</sup>	4 377	7 863	6 643	13 003	m	11 815	2 926	6 810	19 333	15 057	10 905	12 877
Italien <sup>2)</sup>	a	11 969	11 969	14 959	11 897	13 045	x(6)	3 691	14 867	14 713	10 330	13 750
Japan <sup>8/9)</sup>	m	10 180	m	10 570	12 259	13 914	x(6)	16 262	23 203	21 836	a	14 130
Republik Korea	m	15 003	m	19 749	20 907	29 935	a	7 995	16 200	14 695	11 180	19 805
Lettland	8 406	8 625	8 585	7 757	7 958	9 800	13 672	12 402	12 419	12 416	9 203	9 204
Litauen	12 031	11 800	11 844	9 738	9 966	10 421	12 475	a	15 950	15 950	11 247	11 313
Luxemburg	a	26 726	26 726	26 975	32 176	30 592	5 266	11 255	67 808	60 979	35 862	31 439
Mexiko	1 785	3 447	3 371	3 391	2 901	4 210	a	x(10)	x(10)	7 519	6 422	4 066
Niederlande	a	11 439	11 439	14 910	18 930	19 185	a	15 216	25 054	24 874	16 306	19 186
Neuseeland	m	m	m	9 997	11 323	13 250	9 734	11 890	19 875	18 729	13 514	12 389
Norwegen	38 835	21 575	27 935	19 752	19 752	21 921	25 482	22 851	30 170	29 917	19 278	22 558
Polen	a	9 913	9 913	11 935	10 977	8 929	4 982	2 615	15 907	15 897	10 348	11 488
Portugal <sup>2)</sup>	m	9 745	m	11 047	14 179	13 523	x(6)	9 225	14 398	14 155	9 863	12 956
Slowakei	a	8 821	8 821	10 282	8 528	10 967	12 209	12 001	19 290	19 178	14 217	11 259
Slowenien	16 464	12 716	13 887	13 390	13 765	11 798	a	10 036	22 464	21 127	16 865	14 454
Spanien <sup>2)</sup>	11 886	10 263	10 711	10 954	12 660	13 980	x(6)	12 878	18 369	17 124	12 732	13 385
Schweden	23 242	16 494	18 245	15 775	15 616	15 223	8 919	8 231	31 503	28 823	14 130	17 804
Schweiz <sup>2)</sup>	a	m	m	m	m	23 667	x(6)	m	m	m	m	m
Türkei	m	4 163	m	3 914	4 025	4 140	a	x(10)	x(10)	10 825	7 119	5 305
Vereinigtes Königreich	9 836	7 087	7 615	14 914	14 788	16 757	a	32 170	35 545	35 350	28 762	19 072
Vereinigte Staaten <sup>10)</sup>	m	11 367	m	15 270	15 934	16 683	15 332	x(10)	x(10)	36 274	31 610	20 387
OECD-Durchschnitt	m	11 996	13 311	12 730	14 315	14 562	m	14 603	22 828	21 444	14 512	15 023
EU-25-Durchschnitt	m	11 904	12 580	12 028	14 165	13 371	11 049	13 927	21 486	20 574	13 836	14 285
Partnerländer												
Argentinien	m	m	m	m	m	m	a	m	m	m	m	m
Brasilien	m	m	m	m	m	m	m	x(10)	x(10)	3 765	3 328	m
Bulgarien	a	8 837	8 837	7 313	8 044	7 575	21 795	a	12 680	12 680	12 104	8 703
China	a	2 789	2 789	3 835	5 303	5 670	a	x(10)	x(10)	7 157	m	5 161
Kroatien	x(3)	x(3)	8 613	8 265	x(4)	8 286	a	x(10)	x(10)	11 429	m	9 033
Indien	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Indonesien	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Peru	305	2 012	1 916	1 980	2 775	2 619	a	x(10)	x(10)	3 641	3 615	2 612
Rumänien	13 779	5 760	6 107	3 758	8 291	7 804	2 624	a	11 466	11 466	11 454	7 221
Saudi-Arabien <sup>10)</sup>	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m	m
Südafrika	m	1 303	m	3 297	3 615	3 844	3 131	x(10)	x(10)	15 726	m	4 395
G20-Durchschnitt	m	8 886	m	10 943	11 658	14 136	m	m	m	18 947	m	13 517

Hinweise und Fußnoten siehe Folgeseite.

- 1) Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Bildungsteilnehmerin bzw. Bildungsteilnehmer im Elementarbereich sind pro-Kopf Angaben. Im Primar- bis Tertiärbereich basieren die Angaben auf Vollzeitäquivalenten.
- 2) Sekundarbereich II enthält Ausgabedaten des postsekundaren, nicht-tertiären Bereichs.
- 3) Öffentliche Ausgaben für Bildungseinrichtungen enthalten Zahlungen an den privaten Nicht-Bildungssektor.
- 4) Primarbereich beinhaltet auch Bildungsgänge für Kinder ab 3 Jahren (ISCED 02) und des Sekundarbereichs I.
- 5) Ausgaben für Bildungseinrichtungen enthalten Ausgaben privater Haushalte außerhalb von Bildungseinrichtungen.
- 6) Berufsbildende Programme des Sekundarbereich I sind im Sekundarbereich II enthalten.
- 7) Sekundarbereich II enthält Ausgaben des Sekundarbereich I.
- 8) Sekundarbereich II und Tertiärbereich enthalten Ausgabedaten des postsekundaren, nicht-tertiären Bereichs. Im Tertiärbereich sind einige Ausgabedaten berufsbildender Programme des Sekundarbereich II enthalten.
- 9) Ohne Daten von Kindertageseinrichtungen und integrierten Angeboten der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung. Ausgabedaten enthalten Transferzahlungen an private Haushalte und andere private Nicht-Bildungseinrichtungen.
- 10) Berichtsjahr ist 2021.

Quelle: Bildung auf einen Blick 2025 – OECD-Indikatoren, Tab. C1.1, C2.1, C3.1, C4.1 und C5.1

Tabelle 5.1-2: Veränderung der Ausgaben für Bildungseinrichtungen je Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer zwischen 2015 und 2022

Gebiet	Primar-, Sekundar- und postsekundärer, nicht-tertiärer Bereich			Tertiärbereich		
	ISCED 1-4			ISCED 5-8		
	Anzahl Bildungs- teilnehmer/- innen <sup>1)</sup>	Ausgaben für Bildungsein- richtungen	Ausgaben für Bildungs- einrichtungen je Bildungs- teilnehmer/-in	Anzahl Bildungs- teilnehmer/- innen <sup>1)</sup>	Ausgaben für Bildungsein- richtungen	Ausgaben für Bildungs- einrichtungen je Bildungs- teilnehmer/-in
	in %					
OECD-Länder						
Australien	m	m	m	m	m	m
Österreich	2,8	3,6	0,7	2,5	15,2	12,4
Belgien	1,2	8,0	6,8	10,0	20,6	9,7
Kanada <sup>2)</sup>	3,3	13,5	9,9	17,2	9,1	-6,9
Chile <sup>3)</sup>	4,2	24,6	19,6	5,8	41,2	33,5
Kolumbien	m	m	m	m	m	m
Costa Rica	-2,0	m	m	-54,7	m	m
Tschechien	10,9	40,0	26,2	-10,9	6,1	19,2
Dänemark	m	m	m	m	m	m
Estland	12,5	34,8	19,8	-16,3	-8,8	8,9
Finnland	0,7	0,9	0,2	12,2	-3,0	-13,5
Frankreich	1,4	7,8	6,3	21,2	22,9	1,4
Deutschland	-0,4	13,7	14,2	10,0	13,5	3,3
Griechenland	1,1	3,5	2,4	25,0	33,9	7,1
Ungarn	-6,8	-1,3	5,9	-3,7	76,6	83,3
Island	3,2	22,9	19,1	13,8	32,7	16,6
Irland	5,0	40,4	33,7	14,5	35,5	18,4
Israel	15,9	43,6	23,8	13,5	26,1	11,1
Italien	-3,6	5,5	9,4	18,9	13,6	-4,4
Japan	-6,4	-1,7	5,1	1,0	2,9	1,8
Republik Korea	-13,3	49,3	72,1	-13,7	6,0	22,7
Lettland	2,5	-7,4	-9,7	-10,6	-19,3	-9,7
Litauen	-5,8	34,4	42,7	-22,7	-3,9	24,4
Luxemburg	11,1	21,5	9,4	10,8	5,7	-4,6
Mexiko	-4,3	-13,6	-9,7	36,0	-0,6	-26,9
Niederlande	-3,8	12,7	17,1	19,0	13,9	-4,2
Neuseeland	2,7	25,3	22,0	-12,0	-12,0	0,0
Norwegen	3,1	4,0	0,9	17,4	18,9	1,2
Polen	0,7	24,0	23,2	-17,5	7,6	30,4
Portugal	-6,5	4,6	11,9	21,8	11,1	-8,7
Slowakei	2,9	25,9	22,3	-18,1	-16,5	1,9
Slowenien	11,2	28,4	15,4	-7,1	43,3	54,3
Spanien	2,6	15,4	12,4	17,1	19,8	2,3
Schweden	14,9	21,0	5,3	16,1	6,8	-8,0
Schweiz	5,3	m	m	14,5	m	m
Türkei	6,0	-8,2	-13,3	15,4	9,9	-4,8
Vereinigtes Königreich	-2,2	4,5	6,8	22,4	25,6	2,7
Vereinigte Staaten	m	m	m	m	m	m
OECD-Durchschnitt	2,1	15,7	13,5	5,0	14,2	8,6
EU-25-Durchschnitt	1,5	18,3	16,4	3,1	13,8	11,6
Partnerländer						
Argentinien	4,1	m	m	25,4	m	m
Brasilien	m	m	m	m	m	m
Bulgarien	-6,2	54,1	64,3	-17,4	8,2	31,0
China	10,1	m	m	31,8	m	m
Indien	-6,9	m	m	-1,2	m	m
Indonesien	m	m	m	m	m	m
Kroatien	m	m	m	m	m	m
Peru	9,6	m	m	8,2	m	m
Rumänien	-6,1	28,8	37,2	1,9	14,6	12,5
Saudi-Arabien	m	m	m	m	m	m
Südafrika	0,9	m	m	2,5	m	m
G20-Durchschnitt	-0,4	m	m	15,7	m	m

1) Vollzeitäquivalente.

2) Primarbereich beinhaltet auch Bildungsgänge für Kinder ab 3 Jahren (ISCED 02).

3) Ausgaben für Bildungseinrichtungen enthalten Ausgaben privater Haushalte außerhab von Bildungseinrichtungen.

Quelle: Bildung auf einen Blick 2025 – OECD-Indikatoren, Tab. C1.3



Tabelle 5.2-1: Ausgaben für Bildungseinrichtungen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 2022

Gebiet	Primar-, Sekundar- und postse-	Tertiärbereich	Primar- bis Tertiärbereich
	kundarer, nicht-tertiärer Bereich		
	ISCED 1-4	ISCED 5-8	ISCED 1-8
	in %		
OECD-Länder			
Australien	3,9	1,6	5,4
Österreich	2,9	1,8	4,7
Belgien <sup>1)</sup>	4,0	1,6	5,6
Kanada <sup>2)</sup>	3,4	2,0	5,5
Chile <sup>3)</sup>	3,4	2,5	5,9
Kolumbien	m	m	m
Costa Rica	m	1,4	m
Tschechien	3,1	1,0	4,2
Dänemark	3,4	1,9	5,3
Estland	3,2	1,3	4,5
Finnland <sup>1)</sup>	3,7	1,5	5,2
Frankreich	3,7	1,7	5,4
Deutschland	3,1	1,3	4,4
Griechenland	2,7	1,2	3,9
Ungarn	2,2	1,2	3,4
Island	4,3	1,3	5,6
Irland	2,1	0,8	2,8
Israel	4,7	1,3	6,1
Italien <sup>1)</sup>	2,9	1,0	3,9
Japan <sup>4)</sup>	2,5	1,4	3,9
Republik Korea	4,2	1,4	5,6
Lettland	2,7	1,1	3,8
Litauen	2,5	1,1	3,7
Luxemburg	2,9	0,4	3,3
Mexiko	3,0	1,3	4,3
Niederlande	3,4	1,6	5,0
Neuseeland	3,8	1,3	5,1
Norwegen	4,4	1,9	6,2
Polen	3,0	1,1	4,1
Portugal <sup>1)</sup>	3,6	1,2	4,8
Slowakei	3,1	1,1	4,2
Slowenien	3,4	1,2	4,6
Spanien	3,2	1,4	4,5
Schweden	3,8	1,5	5,3
Schweiz <sup>1)</sup>	m	m	m
Türkei	2,1	1,3	3,4
Vereinigtes Königreich	4,0	2,1	6,1
Vereinigte Staaten <sup>5)</sup>	3,5	2,3	5,8
OECD-Durchschnitt	3,3	1,4	4,7
EU-25-Durchschnitt	3,0	1,2	4,2
Partnerländer			
Argentinien	m	m	m
Brasilien	m	0,9	m
Bulgarien	2,3	1,0	3,3
China	2,8	1,3	4,1
Kroatien	2,4	1,0	3,4
Indien	m	m	m
Indonesien	m	m	m
Peru	2,9	1,4	4,2
Rumänien	1,8	0,7	2,5
Saudi-Arabien <sup>5)</sup>	m	m	m
Südafrika	5,0	1,8	6,9
G20-Durchschnitt	3,4	1,5	5,0

1) Sekundarbereich II enthält Ausgaben für den für den postsekundären, nicht-tertiären Bereich.

2) Primarbereich beinhaltet auch Bildungsgänge für Kinder ab 3 Jahren (ISCED 02).

3) Ausgaben für Bildungseinrichtungen enthalten Ausgaben privater Haushalte außerhalb von Bildungseinrichtungen.

4) Sekundarbereich II und Tertiärbereich enthalten Ausgaben für den postsekundären, nicht-tertiären Bereich.

5) Referenzjahr 2021.

Quelle: Bildung auf einen Blick 2025 – OECD-Indikatoren, Tab. C1.2

Tabelle 5.2-2: Ausgaben für Bildungseinrichtungen nach Herkunft der Mittel (nach öffentlichen Transferzahlungen an den Privatsektor) in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 2022

Gebiet	Primar- bis Tertiärbereich			
	ISCED 1-8			
	Öffentlich	Privat	International	Insgesamt
	in %			
OECD-Länder	(1)	(2)	(3)	(4)
Australien	3,8	1,6	x(2)	5,4
Österreich	4,3	0,4	a	4,7
Belgien	5,2	0,3	0,1	5,6
Kanada <sup>1)</sup>	4,1	1,3	x	5,5
Chile <sup>2)</sup>	3,7	2,2	a	5,9
Kolumbien	m	m	m	m
Costa Rica	4,9	m	m	m
Tschechien	3,6	0,5	0,1	4,2
Dänemark	4,7	0,5	0,1	5,3
Estland	4,0	0,3	0,1	4,5
Finnland	5,0	0,1	0,1	5,2
Frankreich	4,4	0,9	0,0	5,4
<b>Deutschland</b>	<b>3,8</b>	<b>0,5</b>	<b>0,0</b>	<b>4,4</b>
Griechenland	3,1	0,5	0,3	3,9
Ungarn	2,7	0,7	0,0	3,4
Island	5,3	0,2	0,0	5,6
Irland	2,3	0,5	0,0	2,8
Israel	4,9	1,2	a	6,1
Italien	3,3	0,5	0,1	3,9
Japan	2,9	1,0	0,0	3,9
Republik Korea	4,7	1,0	x(2)	5,6
Lettland	3,1	0,5	0,1	3,8
Litauen	3,2	0,5	0,0	3,7
Luxemburg	3,1	0,1	0,1	3,3
Mexiko	3,2	1,1	0,0	4,3
Niederlande	4,2	0,8	0,0	5,0
Neuseeland	4,1	1,0	0,0	5,1
Norwegen	5,9	0,3	0,0	6,2
Polen	3,4	0,6	0,1	4,1
Portugal	3,9	0,8	0,1	4,8
Slowakei	3,7	0,4	0,1	4,2
Slowenien	4,0	0,5	0,1	4,6
Spanien	3,8	0,7	0,0	4,5
Schweden	5,1	0,2	0,1	5,3
Schweiz	4,3	m	0,0	m
Türkei	2,7	0,7	0,0	3,4
Vereinigtes Königreich	3,9	2,2	0,1	6,1
Vereinigte Staaten <sup>3)</sup>	4,1	1,7	a	5,8
<b>OECD-Durchschnitt</b>	<b>4,0</b>	<b>0,7</b>	<b>0,1</b>	<b>4,7</b>
<b>EU-25-Durchschnitt</b>	<b>3,7</b>	<b>0,5</b>	<b>0,1</b>	<b>4,2</b>
<b>Partnerländer</b>				
Argentinien	4,1	m	0,0	m
Brasilien	4,4	m	m	m
Bulgarien	2,9	0,4	0,0	3,3
China	3,3	0,9	x	4,1
Kroatien	3,0	0,4	x	3,4
Indien	m	m	m	m
Indonesien	m	m	m	m
Peru	3,0	1,2	x	4,2
Rumänien	2,4	0,0	0,1	2,5
Saudi-Arabien	m	m	m	m
Südafrika	5,8	m	m	6,9
<b>G20-Durchschnitt</b>	<b>3,9</b>	<b>1,1</b>	<b>m</b>	<b>5,0</b>

1) Primarbereich beinhaltet auch Bildungsgänge für Kinder ab 3 Jahren (ISCED 02).

2) Ausgaben für Bildungseinrichtungen enthalten Ausgaben privater Haushalte außerhab von Bildungseinrichtungen.

3) Referenzjahr 2021.

Quelle: Bildung auf einen Blick 2025 – OECD-Indikatoren, Tab. C1.2 und Tab. C1.6

**Tabelle 5.3-1: Öffentliche Gesamtausgaben<sup>1)</sup> für Bildung in Relation zu den öffentlichen Gesamtausgaben und zum Bruttoinlandsprodukt 2022**

Gebiet	Primar- bis Tertiärbereich	Primar- bis Tertiärbereich	darunter	
			Primar-, Sekundar- und postsekundärer, nicht-tertiärer Bereich	Tertiärbereich
	ISCED 1-8	ISCED 1-8	ISCED 1-4	ISCED 5-8
	in % des öffentlichen Gesamthaushalts	in % des BIP		
<b>OECD-Länder</b>				
Australien	m	3,8	3,2	0,6
Österreich	8,7	4,3	2,8	1,6
Belgien	10,5	5,2	3,8	1,3
Kanada <sup>2)</sup>	10,4	4,1	3,1	1,0
Chile <sup>3)</sup>	14,7	3,7	2,8	1,0
Kolumbien	m	m	m	m
Costa Rica	12,2	4,9	3,6	1,3
Tschechien	8,6	3,6	2,8	0,8
Dänemark	12,2	4,7	3,2	1,5
Estland	10,3	4,0	3,0	1,0
Finnland	9,9	5,0	3,7	1,3
Frankreich	8,0	4,4	3,3	1,1
<b>Deutschland</b>	<b>8,4</b>	<b>3,8</b>	<b>2,7</b>	<b>1,1</b>
Griechenland	5,9	3,1	2,1	1,0
Ungarn	5,8	2,7	1,9	0,8
Island	11,8	5,3	4,1	1,2
Irland	13,5	2,3	1,8	0,4
Israel	13,5	4,9	4,3	0,7
Italien	6,7	3,3	2,7	0,6
Japan <sup>4)</sup>	7,1	2,9	2,3	0,5
Republik Korea	13,3	4,7	4,0	0,6
Lettland	7,4	3,1	2,5	0,6
Litauen	9,0	3,2	2,4	0,8
Luxemburg	7,3	3,1	2,7	0,4
Mexiko	13,2	3,2	2,5	0,8
Niederlande	11,1	4,2	3,0	1,2
Neuseeland	10,7	4,1	3,4	0,8
Norwegen	11,5	5,9	4,2	1,7
Polen	8,3	3,4	2,6	0,9
Portugal	9,5	3,9	3,2	0,7
Slowakei	9,3	3,7	2,8	0,9
Slowenien	9,2	4,0	3,0	1,0
Spanien	8,6	3,8	2,8	0,9
Schweden	11,8	5,1	3,8	1,2
Schweiz	13,3	4,3	3,1	1,2
Türkei	10,6	2,7	1,8	0,9
Vereinigtes Königreich	10,6	3,9	3,4	0,5
Vereinigte Staaten <sup>5)</sup>	m	4,1	3,2	0,9
<b>OECD-Durchschnitt</b>	<b>10,1</b>	<b>4,0</b>	<b>3,0</b>	<b>0,9</b>
<b>EU-25-Durchschnitt</b>	<b>8,9</b>	<b>3,7</b>	<b>2,8</b>	<b>0,9</b>
<b>Partnerländer</b>				
Argentinien	10,9	4,1	3,2	0,9
Brasilien	m	4,4	3,6	0,9
Bulgarien	8,4	2,9	2,2	0,7
China	10,4	3,3	2,5	0,7
Kroatien	6,9	3,0	2,2	0,8
Indien	m	m	m	m
Indonesien	m	m	m	m
Peru	14,0	3,0	2,5	0,5
Rumänien	6,3	2,4	1,7	0,6
Saudi-Arabien <sup>5)</sup>	m	m	m	0,3
Südafrika	m	5,8	4,5	1,3
<b>G20-Durchschnitt</b>	<b>m</b>	<b>3,9</b>	<b>3,1</b>	<b>0,8</b>

1) Die in dieser Tabelle angegebenen öffentlichen Ausgaben beinhalten öffentliche Subventionen an private Nicht-Bildungseinrichtungen, die an Bildungseinrichtungen ausgegeben werden, sowie öffentliche Subventionen an private Haushalte für den Lebensunterhalt, die nicht an Bildungseinrichtungen ausgegeben werden.

2) Primarbereich beinhaltet auch Bildungsgänge des Bereichs für Kinder ab 3 Jahren (ISCED 02).

3) Ausgaben für Bildungseinrichtungen enthalten Ausgaben privater Haushalte außerhau von Bildungseinrichtungen.

4) Tertiärbereich enthält auch teilweise Ausgaben für den postsekundären, nicht-tertiären Bereich.

5) Berichtsjahr 2021.

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis von Bildung auf einen Blick 2025 – OECD-Indikatoren, Tab. C1.2 und C1.3

# Literaturverzeichnis

- Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (2024).** Bildung in Deutschland 2024. Bielefeld: wbv Publikation.  
<https://doi.org/10.3278/6001820iw>
- Baumann, T. (2003).** Ausgaben im Sekundarbereich II. In: Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 4/2003, Seite 345 ff.  
[https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEAusgabe\\_mods\\_00000017](https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEAusgabe_mods_00000017)
- Baumann, T. (2008).** Bildungsausgaben in Deutschland. Ziele, Konzepte und Ergebnisse des nationalen Bildungsbudgets im Vergleich zur internationalen Bildungsberichterstattung. In: Wirtschaft und Statistik. Ausgabe 11/2008, Seite 993 ff. [https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEAusgabe\\_mods\\_00000218](https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEAusgabe_mods_00000218)
- OECD (2011).** Bildung auf einen Blick 2011: OECD-Indikatoren. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.  
<https://doi.org/10.1787/eag-2011-de>
- OECD (2012).** Bildung auf einen Blick 2012: OECD-Indikatoren. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.  
<https://doi.org/10.1787/eag-2012-de>
- OECD (2025).** Bildung auf einen Blick 2025: OECD-Indikatoren (1. Aufl.). Bielefeld: wbv Publikation.  
<https://doi.org/10.3278/9783763979257>
- OECD (2015).** Frascati Manual 2015. Guidelines for collecting and reporting data on Research and Experimental Development. Paris: OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/9789264239012-en>
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2025a).** Einnahmen, Ausgaben und Schulden der Extrahaushalte der staatlichen Ebene 2021-2024. Wiesbaden. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/OeffentlicheFinanzen/Ausgaben-Einnahmen/Publikationen/Downloads-Ausgaben-und-Einnahmen/extrahaushalte-laender-5715101247005.html>
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2025b).** Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich. Wiesbaden. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsstand/Publikationen/Downloads-Bildungsstand/bildungsindikatoren-1023017247004.html>
- Statistisches Bundesamt (2016a).** Bildungsfinanzbericht 2016. Wiesbaden.  
[https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft\\_mods\\_00096010](https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00096010)
- Statistisches Bundesamt (2023).** Bildungsfinanzbericht 2023. Wiesbaden.  
[https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft\\_mods\\_00157228](https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00157228)
- Statistisches Bundesamt (2024).** Finanzen der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft – Bericht zur Erhebung nach § 7 Abs. 1 BStatG 2022. Wiesbaden. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsfoerderung/Publikationen/Downloads-Bildungsfinanzen/finanzen-kita-traeger-5217111229004.pdf>
- Statistisches Bundesamt (2016b).** Finanzen der Schulen – Schulen in freier Trägerschaft und Schulen des Gesundheitswesens 2013. Wiesbaden. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsfoerderung/Publikationen/Downloads-Bildungsfinanzen/finanzen-schulen-traeger-5217110139004.html>
- Statistisches Bundesamt (2018).** Forschung und Entwicklung an Hochschulen: Überprüfung der FuE-Koeffizienten 2017. Wiesbaden. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Forschung-Entwicklung/Publikationen/Downloads-Forschung-Entwicklung/forschung-entwicklung-hochschulen-5929101179004.html>
- Statistisches Bundesamt (2025a).** Statistischer Bericht – Ausgaben für öffentliche Schulen je Schülerin und Schüler 2023. Wiesbaden. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsfoerderung/Publikationen/Downloads-Bildungsfinanzen/statistischer-bericht-ausgaben-schueler-5217109237005.html>
- Statistisches Bundesamt (2025b).** Statistischer Bericht – Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2022/2023. Wiesbaden. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsfoerderung/Publikationen/Downloads-Bildungsfinanzen/statistischer-bericht-budget-bildung-5217108237005.html>
- Statistisches Bundesamt (2025c).** Statistischer Bericht – Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2023. Wiesbaden. [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publikationen/\\_publikationen-innen-hochschulen-kennzahlen.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publikationen/_publikationen-innen-hochschulen-kennzahlen.html)



